

Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien

20. Wahlperiode

10. Sitzung vom 27. und 28. Juni 2016
(2. Sitzungstag vom 28. Juni 2016)

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

Entschuldigte Gemeinderätinnen bzw Gemeinderäte	S. 3	GR Mag. Dr. Alfred Wansch	S. 42
		GR Dipl.-Ing. Martin Margulies	S. 43
		GR Ing. Udo Guggenbichler, MSc	
Beratung der Geschäftsgruppe Frauen, Bildung, Integration, Jugend und Personal		(tatsächliche Berichtigung)	S. 44
Rednerinnen bzw. Redner:		GR Mag. Dr. Alfred Wansch	S. 45
GR Christoph Wiederkehr, BA	S. 3	Amts. StRin Mag. Ulli Sima	S. 45
GRin Sabine Schwarz	S. 4		
GRin Mag. Barbara Huemer	S. 7	Beratung der Geschäftsgruppe Kultur, Wissenschaft und Sport	
GR Armin Blind	S. 8	Rednerinnen bzw. Redner:	
GRin Marina Hanke, BA	S. 10	GRin Mag. Beate Meinl-Reisinger, MES	S. 47
GR Armin Blind		GR Dkfm. Dr. Fritz Aichinger	S. 49
(tatsächliche Berichtigung)	S. 13	GR Dipl.-Ing. Martin Margulies	S. 51
GRin MMag. Dr. Gudrun Kugler	S. 13	GR Mag. Gerald Ebinger	S. 52
GR David Ellensohn	S. 14	GRin Susanne Bluma	S. 53
GR Maximilian Krauss	S. 15	GR Markus Ornig, MBA	S. 55
GR Christian Hursky	S. 16	GR Dr. Wolfgang Ulm	S. 57
GRin Mag. Faika El-Nagashi	S. 17	GRin Mag. Barbara Huemer	S. 58
GRin Elisabeth Ullmann	S. 18	GR Dr. Kurt Stürzenbecher	
GR Peter Kraus, BSc	S. 19	(tatsächliche Berichtigung)	S. 60
GR Nemanja Damjanovic, BA	S. 20	GRin Ursula Schweiger-Stenzel	S. 61
GR Mag. Martin Hobek	S. 21	GR Jörg Neumayer, MA	S. 62
GR Dr. Wolfgang Aigner	S. 22	GR Dietrich Kops	S. 64
GRin Mag. Bettina Emmerling, MSc	S. 23	GRin Mag. Ulrike Nittmann	S. 66
GR Heinz Vettermann	S. 23	Amts. StR Dr. Andreas Mailath-Pokorny	S. 67
GRin Mag. Faika El-Nagashi	S. 24		
Amts. StRin Sandra Frauenberger	S. 24	Schlusswort Berichtersterterin	
		Amts. StRin Mag. Renate Brauner	S. 69
Beratung der Geschäftsgruppe Umwelt und Wiener Stadtwerke		Abstimmung	S. 69
Rednerinnen bzw. Redner:			
GRin Mag. Bettina Emmerling, MSc	S. 27	4. 01614-2016/0001-GGS; KAV, P 2:	
GRin Dipl.-Ing. Elisabeth Olischar, BSc	S. 28	Jahresabschluss der Unternehmung Wie- ner Krankenanstaltenverbund 2015	
GR Mag. Rüdiger Maresch	S. 29	Abstimmung	S. 74
GR Ing. Udo Guggenbichler, MSc	S. 31		
GRin Kathrin Gaal	S. 33	5. 01423-2016/0001-GGU; WKN, P 3:	
GRin MMag. Dr. Gudrun Kugler	S. 34	Jahresabschluss der Unternehmung Wien Kanal 2015	
GR Erich Valentin		Abstimmung	S. 74
(tatsächliche Berichtigung)	S. 37		
GR Ing. Udo Guggenbichler, MSc	S. 37		
(tatsächliche Berichtigung)			
GRin Veronika Matiassek	S. 38	6. 01292-2016/0001-GWS; WRW, P 4:	
GRin Waltraud Karner-Kremser, MAS	S. 39	Jahresabschluss der Unternehmung Stadt Wien - Wiener Wohnen 2015	
GR Manfred Hofbauer, MAS	S. 41	Abstimmung	S. 75

(Beginn um 9 Uhr.)

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Schönen guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Willkommen zum zweiten Tag der Rechnungsabschlussdebatte. Wir nehmen die Sitzung des Gemeinderates wieder auf.

Entschuldigt ist Herr GR Stark, er ist erkrankt. Es gibt auch noch eine Reihe von temporären dienstlichen und beruflichen Verhinderungen von Abgeordneten, die ich aber jetzt nicht einzeln vorlesen werde.

Die Beratungen des Rechnungsabschlusses der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2015 werden fortgesetzt.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Frauen, Bildung, Integration, Jugend und Sport. (Amtsf. StRin Sandra Frauenberger: *Nein! Jugend und Personal!*) Guten Morgen, Frau Stadträtin! Danke! Korrekt heißt es: Geschäftsgruppe Frauen, Bildung, Integration, Jugend und Personal. - Sport ist meine Leidenschaft, deshalb habe ich es verwechselt.

Zum Wort gemeldet ist Herr GR Wiederkehr. Ich erteile es ihm. Die selbstgewählte Redezeit beträgt 15 Minuten.

GR Christoph **Wiederkehr**, BA (NEOS): Sehr geehrter Vorsitzender! Werte Damen und Herren!

Dann beginne ich gleich mit dem Bereich Personal, wo sich eine wenig erfreuliche Entwicklung in diesem Geschäftsbereich zeigt. Später werde ich auch auf einige für mich ein bisschen erfreulichere Entwicklungen eingehen, nämlich im Bildungs- und Unterrichtsbereich, aber vorhin einmal zu den unerfreulichen Entwicklungen betreffend Personal und Kosten für die Verwaltung selbst und vor allem auch für die Pensionen.

In Zeiten eines starken Defizits sollte man eigentlich schauen, wie man bei sich selber sparen kann. Diesen Willen hat es 2015 aber noch nicht gegeben, und das sieht man auch an den Zahlen.

Besonders viel erhoffen wir uns natürlich von der Verwaltungs-, und Personalreform, die kommen sollte. Ob das ein großer Wurf wird, werden wir sehen! Heute schauen wir aber in die Vergangenheit, nämlich ins Jahr 2015, und allein die Zahlen, die man dort lesen kann, sind schon sehr negativ.

Wenn man sich die Bezüge im Magistrat anschaut, dann sieht man, dass allein 2015 die Aktivbezüge um 46 Millionen EUR und die Kosten für Pensionen um 21 Millionen EUR gestiegen sind. Damit machen die Kosten für Aktivbezüge des Personals und für Pensionen über 17 Prozent des Gesamtkuchens des Budgets aus! Das ist im Vergleich zu anderen Städten ein wahnsinnig hoher Posten! Und wenn man sich diesen Posten historisch anschaut, dann sieht man, dass es zum Beispiel seit 2005 im Bereich Personal einen Anstieg um 30 Prozent und im Bereich Pensionen sogar um 40 Prozent gegeben hat. - Das ist keine gesunde Entwicklung eines Haushalts, denn wenn immer mehr Geld für bestehendes Personal und Pensionisten verwendet wird, dann ist immer weniger Geld für Zukunftsinvestitionen frei, die die Rot-Grün ja so wichtig sind. (Beifall bei den NEOS.)

Ich habe schon öfters von einem Personalstopp und Einsparungen in der Verwaltung gehört, wenn man sich aber die Zahlen anschaut, dann ist davon nicht viel zu sehen! 2015 gab es 57.176 Vollzeitäquivalente für den Magistrat und für Unternehmungen der Stadt. Das ist ein Anstieg von 264 im Vergleich zum Jahr 2014!

Dass es diesen Anstieg gab, ist besonders erschreckend, weil es ja im Krankenanstaltenverbund eine Abnahme des Personals gab. Letzterer ist eigentlich der einzige Bereich, im Hinblick auf welchen ich mir erklären lassen würde, dass man in einer stark wachsenden Stadt mit großen gesundheitspolitischen Herausforderungen mehr Personal braucht. Aber genau dort sinkt der Personalstand, während er in allen anderen Bereichen steigt!

Und wenn dann die Mär erzählt wird, dass dieser Anstieg nur auf den Gratiskindergarten und auf diverse Bildungseinrichtungen zurückzuführen ist, dann sage ich: Das stimmt nicht! Denn wenn man diesen Bereich weg-rechnet, bleiben immer noch über 200 Vollzeitäquivalente in anderen Bereichen.

Das heißt: Die Verwaltung in Wien wächst und wächst und wächst.

Rein exemplarisch nenne ich jetzt den Stadtschulrat: Für mich ist es unverständlich, wieso die Institution Stadtschulrat von 2014 auf 2015 um 900.000 EUR mehr Mittel braucht! Das sind fast 10 Prozent für eine Einrichtung betreffend welche wir uns eigentlich im Hinblick auf viele Bereiche einig sind, dass diese entpolitisiert und das auch reformiert gehört. Aber warum steckt man dann im Jahr vor der Umstrukturierung des Stadtschulrats noch einmal 10 Prozent an zusätzlichen Verwaltungskosten hinein? Das Geld brauchen wir viel eher dort, wo es auch ankommt, nämlich bei den Schülern!

Aber weiteres Thema sind die Pensionen. Die Zahl der Pensionisten der Stadt Wien stieg im letzten Jahr um über 180 Vollzeitäquivalente. Und das besonders Erschreckende daran ist, wenn man sich anschaut, wie die Pensionierungen zustande gekommen sind, dass nämlich nur ein geringer Teil des Personals in Regelpension geht und ein überwiegender Anteil in der Stadt Wien wegen Dienstunfähigkeit oder sonstiger Gründe in Früh-pension geht. In Anbetracht dessen frage ich mich, ob die Stadt Wien wirklich ein so schlechter Dienstgeber ist oder ob es, wie man bei den Stadtwerken sieht, politische Strategie ist, Beamte sehr früh in die Pensionierung zu drängen. Uns wird immer wieder berichtet, dass Beamtinnen und Beamte, die eigentlich noch gar nicht in Pension gehen wollen, freundlich dorthin gedrängt werden. - Das ist für mich unverantwortlich, weil das im Endeffekt langfristig zusätzliche Kosten entstehen lässt und nicht Kosten spart! Ob nämlich das Geld für Pensionen oder für aktives Personal ausgegeben wird, ist eine Frage, ob das Geld aus der linken oder rechten Tasche gezogen wird. Für mich wird hier auf's Übelste ein Taschenspielertrick angewendet! (Beifall bei den NEOS.)

Das sieht man vor allem, wenn man sich die Entwicklung bei den Stadtwerken in den letzten Jahren anschaut. Seit 2008 wurde jedes Jahr mehr Personal eingestellt. Von Jahr zu Jahr gab es neue Einstellungen. Jetzt sagt man aber auf einmal: 800 Personen brauchen

wir nicht. Schicken wir sie in Frühpension! Das kostet den Steuerzahler ja nichts! - Das ist wieder ein solcher Taschenspielertrick! Natürlich kostet es den Steuerzahler etwas, wenn ein Betrieb im Eigentum der Stadt Wien Frühpensionierungen so massenhaft zulässt.

Mittelfristig ist es sogar eine große Herausforderung für das Budget, wenn weiter so gehandelt wird! Deshalb braucht die Stadt eine viel klarere Strategie, wie man Beamtinnen und Beamte einerseits im Dienstverhältnis behält und nicht so schnell in Pension gehen lässt, wie man aber zum Beispiel auch Krankenstände verringert. Die Zahl der Krankenstände im Bereich der Verwaltung ist enorm hoch in der Stadt Wien. In Anbetracht dessen müsste die Verwaltung hier mit der Personalreform ansetzen: Es müsste Einsparungen geben, man müsste sich aber auch die Gründe ansehen, warum wirklich so viele Bedienstete in Frühpension gehen und warum es auch so viele Krankenstände gibt.

Ein weiterer Punkt für mich sind die Luxuspensionen. Wenn 12 Prozent der Beamten eine Pension von über 3.400 EUR - das ist die maximale ASVG-Höchstpension! - bekommen, aber nur 2 Prozent der ASVG-Bediensteten diese Pension bekommen, dann kann auch irgendetwas nicht stimmen! Es gibt hier offenbar Privilegien aus der Vergangenheit, die weitergeschleift werden, und genau in diese Privilegien muss man einschneiden. Man muss sich wirklich anschauen, ob eine Pension über der ASVG-Höchstpension überhaupt berechtigt ist und - wenn ja - ob das wirklich für 12 Prozent der Beamten und politischen Funktionäre zutrifft. Wir müssen den Mut haben, auch hier einzusparen, wenn wir sehen, dass der Budgethaushalt kippt. - Diesen Bereich Personal finde ich wirklich düster, und ich bin gespannt, welche Synergieeffekten durch die Personalreform gehoben werden können!

Im Bildungsbereich schauen die Zahlen etwas erfreulicher aus. Das erste Mal - das sage ich jetzt mit ein bisschen Ironie - wird mehr für Schulsanierung ausgegeben als für Eigenwerbung der Stadt Wien. Es ist schon einmal ein Fortschritt, dass man mehr für die Entwicklung von Schulen ausgibt als für Eigenwerbung. Das ist ein erster Schritt, obwohl dazu natürlich auch zu sagen ist, dass die Art der Bauprojekte mit vielen Ausschreibungen oder PPP-Projekten manchmal sehr fragwürdig ist. Aber insgesamt ist offenbar die Erkenntnis da, dass man den Schulausbau mit dem Schulsanierungspaket forcieren muss, und es ist richtigerweise tatsächlich saniert und investiert worden.

Auch das Ansteigen der Zahl der Betreuungsplätze in Kindergärten und Kindergruppen halt ich prinzipiell für sehr erfreulich. Natürlich muss man da darauf achten, dass Wachstum und quantitativer Ausbau nicht um jeden Preis geschehen. Debatten darüber, dass die Qualität unter dem massiven Ausbau gelitten hat und die Kontrollmechanismen viel zu spät gegriffen haben, hatten wir ja hier schon oft.

Wenn immer erzählt wird, dass ein Großteil der Budgetneuerschuldung auf die Einführung des Gratiskindergartens zurückzuführen ist, dann muss ich feststellen: Das ist mir aus den Zahlen nicht ganz ersichtlich! -

Es stimmt, dass 750 Millionen EUR budgetiert sind, aber ein Großteil dieser Kosten würde auch anfallen, wenn der Kindergarten nicht gratis wäre! Die durch den Gratiskindergarten entgangenen Einnahmen belaufen sich nach meinen Berechnungen auf 34 Millionen EUR, und im Hinblick darauf halte ich es für unfair und nicht redlich, wenn der Schuldenstand immer wieder mit dem Gratiskindergarten begründet wird. Dass allein durch den Gratiskindergarten diese Schulden entstehen, ist aus den Daten zumindest nicht wirklich ersichtlich. *(GR Dominik Nepp: Wie bei Pippi Langstrumpf!)* Das ist schon problematisch!

Zum Bildungssystem: Klar ist, dass es viel Geld ist, und zwar direkt in den Neuen Mittelschulen. Wir haben massive Bildungsprobleme vor allem an den Neuen Mittelschulen. Mir ist klar, dass da vor allem auch der Bund gefordert ist, und diesbezüglich haben Sie in uns auch einen Verbündeten, um im Bereich des Finanzausgleichs starken Druck zu machen, damit wir für Wien wirklich mehr Mittel bekommen, weil die Herausforderungen in Wien im Schulbereich sehr hoch sind.

Es ist unverständlich, warum pro Schüler in Wien so viel weniger ausgegeben wird als im Burgenland oder in der Steiermark! Deshalb würde ich mir wirklich wünschen, dass mehr Druck gegenüber der Bundesregierung gemacht wird, damit man hier auch mehr Mittel bekommt.

Aber auch im eigenen Wirkungsbereich muss mehr möglich sein. Wenn eine ganze Generation von Schülern gefährdet ist, die nachher beim AMS ein Ticket über Jahrzehnte haben werden, dann muss man sich schon die Frage stellen: Haben wir genug getan? - Ich glaube, dass die Stadt Wien nicht genug tut! Es gibt erste Ansätze mit zusätzlichem Geld für zusätzliche Sprachlehrer und zusätzliche Betreuungslehrer, aber in diesem Bereich wird noch viel zu wenig investiert. Hier müssen wir jetzt ansetzen, damit wir nicht die Zukunft einer ganzen Generation verspielen! *(Beifall bei den NEOS.)*

Im Bildungsbereich haben Sie in uns auf jeden Fall einen Verbündeten im Hinblick auf die zusätzlichen Integrationsherausforderungen auch minderjähriger Flüchtlinge. Wenn wir da jetzt nicht investieren, dann werden wir Probleme in der Gesellschaft bekommen, und das wollen wir alle nicht. *(Beifall bei den NEOS.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Das waren jetzt 11 Minuten. Die Restredezeit für NEOS beträgt 12 Minuten. Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau GRin Schwarz. Selbstgewählte Redezeit 15 Minuten.

GRin Sabine **Schwarz** (ÖVP): Guten Morgen! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Zuseher und Zuseherinnen!

Ich möchte gleich zum Thema Bildung kommen und werde in meiner Rede auch immer wieder einmal Bezug auf das Budget nehmen.

Ich glaube, dass wir Bildung als eine Art Leiter sehen sollten, auf welcher die Kinder eine Sprosse nach der anderen erreichen können, um an ihr Ziel zu kommen. Damit sie aber eine Sprosse und die nächste Sprosse erreichen können, bedarf es eines Standards, was Kin-

der können müssen, um die nächste Sprosse erklimmen zu können. Auf dem Weg dorthin muss von der Politik gewährleistet sein, dass die Kinder die Förderung bekommen, die sie brauchen, um eben die nächste Sprosse zu erreichen.

Des Weiteren geht es auch darum, dass Förderungen in Zukunft nicht mehr nur dafür da sein sollen, um Schwächen zu schwächen, sondern auch dazu, die Stärken der Kinder zu stärken.

Die erste Sprosse dieser Leiter ist sicherlich der Kindergarten. An dieser Stelle möchte ich mich einmal wirklich herzlich bei allen Kindergartenpädagoginnen und Kindergartenpädagogen und bei den Assistenten in den Kindergärten bedanken, die großartige Arbeit leisten. Wir wissen, dass mittlerweile über 40 Prozent aller bis-2-jährigen Kinder in Wien in Kindergärten oder Kinderkrippen sind, und die Kindergartenpädagoginnen und Kindergartenpädagogen leisten großartige Arbeit. Sie sind eine Stütze für uns Familien, und sie sind diejenigen, die sozusagen auch mit das Fundament legen, wenn es um die Bildungskarriere unserer Kinder geht.

Der Kindergarten sollte - wie wir immer sagen - als Bildungseinrichtung positioniert werden. Es hapert da aber ein wenig an der Qualität. Das habe ich auch bereits immer wieder betont: Als der Gratiskindergarten als Wahlzuckerl ausgerufen wurde, gab es kein Konzept. Es wurden viele Plätze geschaffen, das stimmt, aber es fehlt an Kindergartenpädagoginnen. (*GRin Dr. Jennifer Kickert: Auch an Kindergartenpädagoginnen?*) Möchte man aber den Kindergarten als eine Bildungseinrichtung beziehungsweise als einen Bildungsgarten sehen, dann braucht es professionelle, ausgebildete Kindergartenpädagoginnen. Deshalb hat dieser Satz im Kindergartenengesetz keinen Platz, der besagt: Gibt es keinen Kindergartenpädagoginnen, dann darf ein Mensch, der Erfahrung mit Kindern hat, im Kindergarten arbeiten. Das hat keinen Platz, wenn wir der Meinung sind, dass ein Kindergarten eine Bildungseinrichtung ist. Das wäre nämlich genauso, wie wenn in der Volksschule keine Lehrerin mehr in der Klasse stünde, sondern einfach irgendjemand, der ein Kind kennt.

Deswegen sind wir der Meinung und bringen auch einen entsprechenden Antrag ein, dass sich der Gemeinderat dafür ausspricht, dass es eine Beschränkung der Förderungen für Trägerorganisationen im Rahmen des Modells „Beitragsfreier Kindergarten“ auf Einrichtungen gibt, deren Kindergruppen zumindest von diplomierten Kindergartenpädagoginnen geleitet werden. (*GRin Dr. Jennifer Kickert: Auch von Kindergartenpädagoginnen?*) Verzeihung! Auch von Pädagoginnen. Entschuldigung! (*GRin Dr. Jennifer Kickert: Super!*) Ja. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich wollte eine Lanze dafür brechen, dass mehr Männer in die Kindergärten gehen und dort arbeiten. (*Zwischenruf von GR Mag. Manfred Juraczka.*) Die Stadträtin hat es lustig gefunden!

Die Stadt Wien braucht, wie wir sehen, vermehrt private Anbieter. Das ist per se nichts Schlechtes. Viele Anbieter leisten sehr gute, professionelle Arbeit. Wir sehen aber auch, dass im Jahr 2015 mit 286 Millionen

ein bisschen mehr veranschlagt wurde, dass allerdings 340 Millionen gebraucht wurden. Was zeigt uns das? - Das zeigt uns, dass die Stadt Wien Kindergartenplätze geschaffen hat. Wir wissen, dass alles Mögliche gefördert wurde, wo „Kind“, „Freude“, „Friede“ oder was auch immer draufgestanden ist. Gleichzeitig wurde aber die Kontrolle nicht ausgebaut. Und das werden wir jedes Mal sagen, bis wir der Meinung sind, dass diese Kontrollen funktionieren.

13 Kontrolleure sind zu wenig. Wir haben das schon einmal ausgerechnet: Da hat nämlich ein Kontrolleur die Verantwortung für 7.000 Kinder, und das ist eindeutig zu wenig. Unsere diesbezüglichen Vorschläge haben wir in Form von Anträgen auch schon im Ausschuss eingebracht, und ich hoffe, dass wir bei nächster Gelegenheit auch darüber diskutieren, wie wir diese Institution der Kontrolleure ausbauen können.

Die nächste Sprosse ist sicherlich die Volksschule. - Ich möchte mich da auf einen Punkt konzentrieren: Wir wissen, dass über 30 Prozent aller Kinder nicht sinnerfassend lesen und schreiben können. Wir wissen: Das Wichtigste für Kinder, um dem Regelunterricht folgen zu können, ist die Beherrschung der deutschen Sprache.

Ich möchte Ihnen in diesem Zusammenhang eine eigene Erfahrung schildern: Mein Sohn kommt jetzt im September in die Volksschule. Da gab es so eine Schnupperstunde, und es war ein Kind dabei, das nicht Deutsch kann. Die Mutter kann nicht Deutsch, das Kind kann nicht Deutsch. Und dieses Kind hat sich so unwohl gefühlt, dass es nur geweint hat, weil es nicht wusste, was da auf es zukommt. Es hat nicht verstanden, was da geschieht, und das Ergebnis war, dass das Kind eben an dieser Schnupperstunde nicht teilnehmen konnte und es wieder rausgenommen wurde. - Im Hinblick darauf sage ich Ihnen: Das ist den Kindern gegenüber nicht fair! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir sind der Meinung, dass wir, wenn man es schaffen möchte, dass die Kinder wirklich ihre Bildungskarriere machen beziehungsweise fortsetzen können, und zwar so, dass das ihrer eigenen Entscheidung oder des Familienverbands entspricht, so früh wie möglich anfangen müssen, die Kinder zu fördern und zu fordern. Es geht darum, dass wir den Kindern so früh wie möglich die Chance geben müssen - so wie etwa in diesem Fall -, dass sie Deutsch lernen und Deutsch sprechen, bevor sie in den Regelunterricht kommen.

Deswegen sind wir der Meinung, dass es auch wieder eine Art Vorschulsystem geben sollte, damit Kinder, die nicht ausreichend Deutsch können, um dem Unterricht folgen zu können, dort zumindest Deutsch lernen, bevor sie in die Volksschule kommen. - Auch diesen Antrag möchten wir gerne im Ausschuss diskutieren, und deswegen bringe ich hiermit diesen Antrag ein: „Der Gemeinderat der Stadt Wien spricht sich für die flächendeckende Einrichtung von verpflichtenden Vorschulklassen für Kinder, die auf Grund mangelnder Beherrschung der deutschen Unterrichtssprache dem Regelunterricht nicht folgen können, aus.“ (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die nächste Sprosse ist die AHS oder Mittelschule, und ich möchte mich jetzt auf die Mittelschulen konzentrieren.

rieren. Leider hat die Mittelschule in der Gesellschaft den Ruf der Restschule. Wir wissen allerdings, dass die Mittelschulen, die einen Schwerpunkt haben, einen unglaublichen Run erleben. Wir wissen, dass wir zum Beispiel bei einer Sportmittelschule im 2. Bezirk bis zu 900 Bewerbungen haben und die Kinder dort sozusagen ausgesucht werden, die aufgenommen werden. Die Mittelschule sollte in Wirklichkeit - jedenfalls ist das unsere Zukunft - als Alternative zur AHS ausgebaut und positioniert werden, nämlich als eine Schule für Kinder, die mehr praxisbegabt sind. Das wäre zum Beispiel eine Lösung! Wir hatten einmal ein solches Modell einer DKS, das großen Zuspruch auch in der Bevölkerung fand, das aber leider wieder sozusagen abgeschafft wurde. Nach diesem Modell gab es drei verschiedene Zweige, einen musischen Zweig, einen humanistischen Zweig für die Kinder, die sozusagen noch einen kleinen Schubs brauchen, um die AHS zu schaffen und danach eine universitäre Laufbahn einschlagen zu können, wenn sie wollen, und, wie ich glaube, einen naturwissenschaftlichen Zweig.

Würde man die Mittelschule als eine Schule für praxisorientierte Kinder ausbauen, die die verschiedenen Begabungen der Kinder - und jedes Kind hat eine Begabung - abdeckt und wo die Kinder auf das Leben in der freien Wirtschaft vorbereitet werden, wo sich die Kinder etwa auf eine Lehre vorbereiten können, dann wäre das eine Alternative zur AHS, und wir hätten ein vielfältiges Angebot, wofür wir stehen.

Wir haben ... Jetzt habe ich den Faden verloren. - Genau! Was wir als ÖVP immer sagen, was die Mittelschulen sozusagen für ihre Positionierung bräuchten, ist, dass wir Menschen brauchen, die die Begabungen unserer Kinder erkennen. Das gibt es in Wien so gut wie gar nicht! Wenn wir eine Bildungspolitik machen, bei der es um die Stärken unserer Kinder und darum geht, dass wir die Stärken stärken und die Interessen und Begabungen der Kinder fördern, dann brauchen wir Menschen, die diese Begabungen erkennen.

Es hat einen sehr interessanten Artikel in der „Presse“ mit dem Titel „Wiens Spagat bei der Begabungsförderung“ gegeben. In diesem steht, dass es in ganz Wien 13 Volksschulen gibt, die das Gütesiegel der Begabungsförderung haben, und davon sind die Hälfte private Schulen.

Ich möchte Ihnen den letzten Absatz vorlesen, weil das sehr interessant ist und, glaube ich, ziemlich klar zeigt, wie in Wien Begabtenförderung in den Schulen gemacht wird: „Begabungsförderung ist in Wien ein eher heikles Thema. Im Vergleich mit Oberösterreich gibt es kaum Mittel für Begabungsförderung. Und während dort die besonders begabten Kinder aktiv gesucht und gefördert werden, legt man den Begabungsbegriff in Wien sehr breit aus. Weshalb die öffentlichen Schulen mit dem Begabungssiegel einen Weg suchen, alle Kinder zu fördern. Was im Fall der“ - an dieser Stelle wird eine Schule genannt - „auch den Schülern zu Gute kommt: Die einzelnen Werkstätten sind gut vorbereitet und machen sichtlich Spaß. Den politischen Eiertanz um Begabungsförderung bemerken sie nicht.“ - Diesen Eiertanz

bemerkten die Kinder zum Glück nicht! Daher ein großes Dankeschön an die Lehrer, die wieder einmal das ausbügeln, was die Politik nicht schafft! (Beifall bei der ÖVP.)

Wenn wir so etwas offenbar brauchen, dann müssen wir eben mehr Geld in die Hand nehmen und schauen, dass wir wirklich die Stärken der Kinder stärken. Das brauchen wir!

Jetzt möchte ich Ihnen etwas sagen: Sie sagen immer, dass Begabtenförderung für begabte Kinder immer im Zusammenhang mit elitären Eltern steht. - Ich sage: Jedes Kind hat eine Begabung, sei es eine soziale Kompetenz, sei es eine musische Kompetenz, was auch immer. Es gibt eine breite Palette an verschiedenen Begabungen, und es ist nicht eine Frage der Größe des Geldbörserls der Eltern, ob die Kinder eine Begabung haben oder nicht! Das, was Sie geschafft haben, ist jedoch, dass es mittlerweile Sache der Eltern beziehungsweise der Größe der Geldbörse der Eltern ist, dass dieses Talent, die Begabung, oder auch das Interesse der Kinder gefördert werden kann! Wenn man nämlich sein Kind individuell fördern will, dann muss man tief in die Tasche greifen und zahlen. Wir wissen aber, dass es vielen Eltern gibt, die das nicht können. (Beifall bei der ÖVP.)

Apropos große Geldbörse: Da fällt mir gerade die Volkshochschule ein. Wir wissen, dass es diese Nachhilfe beziehungsweise Förderung 2.0 gibt. Rot-Grün hat den Volkshochschulen sozusagen sieben Millionen gegeben, damit Nachhilfe über die Volkshochschulen organisiert werden kann. - Ich habe jetzt einige Gespräche mit den Schulen geführt, wo die Nachhilfe stattfindet, und habe erfahren, dass es immer wieder oder vermehrt vorkommt, dass dort zwar ein Nachhilfelehrer sitzt, aber kein Schüler kommt. Das heißt, der Lehrer sitzt dort seine Stunde ab, wartet, dass ein Kind kommt, aber es kommt keines. Das ist vergeudetetes Geld!

Wir wissen aber noch etwas: Wenn die Nachhilfe stattfindet, dann steht der Nachhilfelehrer - meist sind es Lehrer, aber nicht immer - beziehungsweise die Person, die Nachhilfe gibt, oft vor der Situation, dass zwischen den Schülern vom Niveau her extrem große Unterschiede bestehen. Die Kinder sind ganz unterschiedlich weit mit dem Stoff, und dann ist es schwierig, diese Kinder aus verschiedenen Schulverbänden zusammenzubringen und eine sinnvolle Nachhilfe zu geben. Das macht keinen Sinn!

Deswegen sind wir immer noch der Meinung, dass das Geld direkt an den Schulen besser aufgehoben wäre. Denn wer kann besser Nachhilfe geben als die Lehrer, die mit den Kindern arbeiten?

Außerdem wurden uns zwei verschiedene Zahlen zugespielt: Es wurde nur die Hälfte von dem Geld verbraucht. Zirka 2,8 Millionen EUR wurden nicht verbraucht. Wir wissen also, dass eine schöne Summe vorhanden ist - die genaue Höhe wird uns nicht gesagt -, die anscheinend nicht verbraucht wurde. Im Hinblick darauf bitte ich Sie inständig, diese Summe den Schulen zur Verfügung zu stellen, denn wir haben bis jetzt kein

Konzept bekommen, was mit diesem Geld geschehen wird!

Wir bringen auch diesbezüglich einen Antrag ein, dass wir zum einen eine Evaluierung der Förderung 2.0 fordern, ob das Sinn macht und ob es so weitergehen soll. Zweitens fordern wir, dass das Geld, das übrig geblieben ist, direkt den Schulen zur Verfügung gestellt werden soll.

Ich bin schon fast am Ende, nur noch einen Punkt: Ich weiß, dass Sie keinen Schulentwicklungsplan haben wollen. Wir wissen aber, dass wir in den Volksschulen um 100 Klassen mehr brauchen. Sie haben mit 50 gerechnet, wir brauchen aber um über 100 Klassen mehr. Das ist natürlich ein Ergebnis der aktuellen Herausforderung, vor der das Land und die Stadt stehen. Daher brauchen wir einen neuen Schulentwicklungsplan!

Wir wissen, dass es nicht genug Platz an den Schulen gibt, dass wir teilweise auch für die Nachmittagsbetreuung keinen oder nicht genügend Plätze haben. - Ich möchte nur ein Beispiel nennen: Im 3. Bezirk gibt es das Eurogate. Dort wurden vor einigen Jahren über 900 Wohnungen gebaut, und ich glaube, man hat das erste Mal 2010 oder 2012 einen Schulcampus versprochen. Bis jetzt steht dort aber nichts!

Die neue Anfrage lautete: Wann kommt die Schule? - Jetzt heißt es, dass sie bis 2020 kommt. Gleichzeitig werden dort aber fröhlich weitere 700 Wohnungen gebaut. Jetzt frage ich Sie: Wohin gehen denn diese Kinder in die Schule? Wir wissen, dass es im 3. Bezirk fast keine Schulplätze mehr gibt. Wir wissen, dass Werkräume aufgelassen werden. Wir wissen, dass es wirklich eine Platzknappheit gibt. Und ich nenne jetzt nur diesen einen Bezirk, aber es verhält sich in vielen Bezirken so!

Ich glaube daher, es braucht wirklich einen Schulentwicklungsplan! Deshalb danke ich den Zuständigen im 3. Bezirk herzlich, denn die entwickeln jetzt einen, weil sie das Land und die Stadt im Stich lässt! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Worum geht es uns? - Es geht uns wieder einmal darum, dass es in der Bildungspolitik viel mehr um die Interessen, die Stärken und die Kompetenzen geht. Und wir brauchen eine familienfreundliche Bildungspolitik. - Das heißt: Die Entscheidung, welche Karriere im Hinblick auf Bildung, Ausbildung und Beruf ein Kind machen darf oder möchte, trifft die Familie gemeinsam mit dem Kind, nicht aber die Stadt Wien oder ein Politiker. Das ist allein die Entscheidung der Familie beziehungsweise des Kindes!

Daher brauchen wir viel mehr Angebote. Wir brauchen eine echte Wahlfreiheit. Das Angebot darf nicht so zusammengeschnürt werden, dass es nur noch eine Möglichkeit gibt. Wir brauchen eine Stärkung der Stärken. In der soll Ideologie keinen Platz haben, sondern die Bildungspolitik soll in Wirklichkeit den Eltern und in erster Linie den Kindern entgegenkommen.

Leider bin ich schon am Ende, denn meine Kollegin Gudrun Kugler möchte auch noch etwas sagen. Ich hätte noch gerne über das Frauenbudget gesprochen, aber das hebe ich mir auf, weil das sehr wichtig ist. Darauf werde ich noch einmal zurückkommen.

Ich möchte noch weitere Anträge einbringen, auf die ich auf Grund der Zeitknappheit jetzt aber nicht mehr zu sprechen kommen darf. Der eine Antrag betrifft die Erhaltung der Sonderschulen. Der zweite Antrag betrifft die Harmonisierung der Pensionssysteme im öffentlichen Dienst bis spätestens 2028 analog zur Bundesbeamtenreform und die Abschaffung des § 68a Abs. 1 Z 2 DO 1994, vorzeitige Versetzung in den Ruhestand aus organisatorischen Gründen. - Vielen Dank. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Ich darf bitten, die Anträge auch einzubringen. - Danke.

Die Redezeit betrug 19 Minuten. Daher verbleibt für die ÖVP eine Restredezeit von 6 Minuten. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag. Huemer. Ich erteile es ihr. Selbstgewählte Redezeit 5 Minuten. - Bitte.

GRin Mag. Barbara **Huemer** (GRÜNE): Einen schönen guten Morgen, Herr Vorsitzender! Einen schönen guten Morgen, Frau Stadträtin! Guten Morgen, meine Damen und Herren!

Zuerst an die NEOS. Ich finde es nicht richtig, hier wieder einmal ein Beamten-Bashing zu betreiben. Auch die BeamtInnen und die Bediensteten der Stadt Wien haben ein Anrecht darauf, dass ihre Gehälter und ihre Pensionen angehoben werden. Das sind sehr wohl Zukunftsinvestitionen! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. - GR Dominik Nepp: Pensionen als Zukunftsinvestitionen zu sehen, ist stark!)*

Im Weiteren werde ich über die Frauenpolitik der Stadt Wien reden. - Wien ist aus meiner Sicht für Frauen eine sehr lebenswerte Stadt, und als rot-grüne Regierung achten wir auch darauf, dass Frauen in Wien gerne wohnen, leben und arbeiten können. Wir achten darauf, dass sie ihre Potenziale heben können, dass sie ihre Existenz eigenständig sichern können, dass sie sich sicher und wohl fühlen, dass sie anerkannt, respektiert und wertgeschätzt werden, dass sie sich einfach stolz durch die Stadt bewegen können. *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)*

Es ist uns ein Anliegen, dass Frauen sich alle Räume nehmen können, dass sie sich beruflich, künstlerisch oder sportlich selbstverwirklichen können oder auch, dass ihre Kinder gut betreut werden. Wichtig ist uns auch, dass Frauen und ihre Leistungen sichtbar gemacht werden. In diesem Zusammenhang komme ich später noch zu einem Antrag, der von der Fraktion der FPÖ gestellt wird.

Diese frauenpolitischen Errungenschaften in die Stadt müssen jeden Tag verteidigt werden, beispielsweise gegen rückschrittliche Frauenpolitik à la FPÖ. Wir wissen, dass das eine Arbeit ist, die wir hier täglich zu leisten haben, denn Stillstand in der Frauenpolitik ist Rückschritt, und den wollen und können wir uns nicht leisten. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Gleichzeitig wissen wir auch, dass wir da noch viel zu tun haben. 52 Prozent der Wiener Bevölkerung sind Frauen, und wir schauen, dass sie am Kuchen einen entsprechenden Anteil haben. Wir schauen darauf, dass sie an der Bäckerei den entsprechenden Anteil haben,

dass sie die entsprechenden Jobs haben und dass sie gemäß ihrem Anteil auch die Zulieferinnen sind.

Wie machen wir das in der Stadt Wien? Ich zähle nur einige Beispiele auf, denn Marina Hanke, die später reden wird, wird noch mehr dazu sagen. *(GR Dominik Nepp: Leider!)*

Wien hat den kleinsten Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern. Wir haben eine 40-prozentige Frauenquote in den Aufsichtsräten der Unternehmungen der Stadt Wien. Wir haben den Papa-Monat schon lange selbst eingeführt. Wir haben Drei-Jahres-Frauen-Förderverträge, und das ist ebenfalls vorbildlich. Wir haben den WAFF mit dem FRECH-Programm, und so weiter.

Ich nenne weiters den Töchterttag und den Frauentag. Gender Budgeting und Gender Mainstreaming sind in Wien seit mehr als einem Jahrzehnt Selbstverständlichkeit. Und was wirklich einzigartig ist: Wir haben mit dem Wiener Gleichstellungsmonitor einen Kompass, der uns genau anzeigt, wo wir in der Gleichstellungsfrage stehen und wo wir uns noch weiter bewegen wollen.

Auch für geflüchtete Frauen - ein Thema, das im letzten Jahr ja ganz stark auf die Agenda gekommen ist - stehen selbstverständlich alle Angebote zur Verfügung und werden bei Bedarf ausgebaut. Hier finden aus meiner Sicht eine sehr gute ressortübergreifende Zusammenarbeit und ein Austausch statt, und hier zeigt sich auch, dass die Stadt wirklich bereit ist zu lernen.

Zum Thema sprachliche Gleichstellung kommt noch ein Antrag. Das Thema sprachliche Gleichstellung ist in Wien Selbstverständlichkeit. Und wenn man glaubt, Gender Mainstreaming ohne sprachliche Gleichstellung machen zu können, dann meine ich, dass das ungefähr so ist wie Fußballspielen ohne Fußball. Das geht einfach nicht! *(GR Dr. Wolfgang Aigner: Spielen ohne Ball ist schwieriger als mit Ball!)*

Geschlechtergerechtes Formulieren ist uns ein Anliegen, und geschlechtergerechtes Formulieren wird auch angewendet. Es gibt den Leitfaden für geschlechtergerechtes Formulieren, den kann man sich downloaden und dann alles anschauen. Was wir nicht wollen, ist, dass sich die Frauen mitgemeint fühlen oder sich mitdenken müssen, sondern das soll auch in der Sprache sichtbar gemacht werden.

Feministische SprachkritikerInnen haben schon in den 70er Jahren darauf aufmerksam gemacht, dass, wenn man beispielsweise „Mensch“ sagt, was an sich ein sehr neutraler Begriff ist, sehr viele Leute nur an „Mann“ denken.

Der Antrag, der da kommen wird, ist ein „Vorwärts ins Mittelalter“, wenn Sie meinen, dass geschlechtergerechte Sprache nicht notwendig ist! *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)*

Für ein Bonmot halte ich es, wenn Sie sich schon so darauf konzentrieren, in der Sprache genau zu sein, wenn Sie in Ihrem Antrag „Ernst Walburg“ schreiben. In Österreich und in der deutschen Sprache ist es nämlich an sich üblich, dass wir zuerst den Vornamen und dann den Nachnamen nennen, also „Walburg Ernst“ schreiben. - Das ist nur ein kleines Beispiel dafür, wie genau -

unter Anführungszeichen - Sie es mit der Sprache nehmen! Sie können nicht einmal den Namen einer Frau richtig zitieren! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. - Zwischenrufe bei der FPÖ.)*

Ich hätte hier noch einiges zu sagen, beispielsweise zur sexistischen Werbung, die uns derzeit von allen Ecken entgegenschlägt und die auch vom Österreichischen Werberat als klar sexistisch definiert wurde. *(GR Dominik Nepp: Aber Ihr Werbeplakat war nicht sexistisch?!)* Und es wurde einer Wettfirma auch die Aufforderung erteilt, diese Kampagne sofort zu stoppen und das Sujet zu wechseln. *(GR Dominik Nepp: Das ist die Denk- und Sprachpolizei! - Weitere lebhaftes Zwischenrufe bei der FPÖ.)* Also, Wien hat mit der ...

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl** *(unterbrechend)*: Entschuldigung, Frau Kollegin!

Ich darf die Kollegen von der FPÖ bitten, ihre Zwischenrufe etwas zu reduzieren. Man versteht von hier oben die Rede fast nicht. - Danke. *(Beifall bei GRÜNEN und bei SPÖ.)*

GRin Mag. Barbara **Huemer** *(fortsetzend)*: Das Thema Sexismus in der Werbung ist uns in der Stadt ein großes Anliegen. Wir haben hier die Watchgroup, und wir haben den Werberat, aber alle sind damit konfrontiert, dass es kein Gesetz gibt, das sexistische Werbung verbietet, und darauf angewiesen, nur Empfehlungen geben zu können. Das ist traurig. Hier gibt es noch Handlungsbedarf! Vielleicht kommt es hier irgendwann einmal auch auf Bundesebene zu einer Erkenntnis, dass dieser sexistischen Werbung mit freiwilligen Selbst... *(GRin Gabriele Mörk: Selbstzensuren!)* - ja, danke! - dass dieser sexistischen Werbung mit freiwilligen Selbstzensuren nicht beizukommen ist.

Ich komme zum Schluss. - Wien ist eine lebenswerte Stadt für Frauen. Wir wollen daran weiter arbeiten, Das ist eine Aufgabe, die wir als Politikerinnen und als Politiker ernst nehmen sollten! Es steht uns allen gut an, daran zu arbeiten.

Ich finde, in der Stadt und insbesondere in der Frauenabteilung wird eine ganz tolle Arbeit geleistet. Ich bedanke mich dafür ganz herzlich bei allen Stellen! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Die Redezeit hat 7 Minuten betragen. Die Restredezeit für die GRÜNEN beträgt 18 Minuten. Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Blind. Selbstgewählte Redezeit 8 Minuten.

GR Armin **Blind** *(FPÖ)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe mir jetzt in Vorbereitung auf diesen Rechnungsabschluss die Rede der Frau Stadträtin zum Budget angeschaut: Es wurden viele Dinge angekündigt, und man kann ja jetzt einmal überprüfen, was die Frau Stadträtin tatsächlich umgesetzt hat.

Ich habe nur acht Minuten. Ich werde mich daher auf einige wenige Punkte beschränken müssen. Ich werde Ihnen diverse Floskeln ersparen wie etwa, dass Wien eine urbane Stadt sei - was denn sonst? -, und werde

nur auf die Kernaussagen der Rede der Frau Stadträtin eingehen.

Sie hat zum Beispiel gesagt, dass gesellschaftliche Mitbestimmung und Transparenz wichtig sind und dass es sehr wichtig ist, transparent darzustellen, welche politischen Entscheidungsprozesse den einzelnen Projekten vorangegangen sind.

Frau Stadträtin! Das ist eine grundvernünftige Aussage! Was aber machen Sie daraus? Wie schaut es in der Realität aus? - Es gibt in dem Ausschuss eine Geheimniskrämerei sondergleichen! So war es beispielsweise bislang nicht möglich, zu eruieren, welche Vereine vom Magistrat nicht zur Förderung vorgeschlagen wurden. Man muss sich das mal vorstellen: Dem politischen Gremium wird die Information vorenthalten, welche Vereine um Subvention angesucht haben! Man nimmt uns die Entscheidungsbasis, festzustellen, was wir als politische Entscheidungsträger für subventionswürdig empfinden und was nicht. Wir werden hier zu einem reinen Durchwinkgremium des Magistrats abqualifiziert, und das geht nicht, meine Damen und Herren! Das ist ungeheuerlich! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und wenn man dann eine Anfrage einbringt, dann wird diese Anfrage auch noch unzureichend beantwortet. Es wird der Datenschutz vorgeschoben. Es werden Bestimmungen des Datenschutzgesetzes genannt, wobei dann aber die entscheidende Bestimmung wieder vergessen wird. Wir haben natürlich eine weitere Anfrage eingebracht, und wir sind auf diese Antwort sehr gespannt, und zwar speziell deshalb, weil es in den anderen Abteilungen des Magistrats sehr wohl möglich ist, solche Informationen zu bekommen! Hier werden unseres Erachtens die Abgeordneten der Opposition mit Informationen vollkommen unzulässig im Stich gelassen! Und ich hoffe sozusagen, dass es auch den Abgeordneten der Regierungsparteien so ergeht! Sie sind nämlich nicht die Stadtregierung, sondern auch nur Abgeordnete so wie jene der Opposition!

Ich brachte dann einen Antrag ein, dass der Ausschuss informiert werden möge. Und in diesem Zusammenhang kann man sagen, dass die GRÜNEN in der Vergangenheit auch ihre Verdienste hatten. Sie hatten sich ja früher einmal als Aufdeckerpartei positioniert. Als Kollege Ellensohn zum Beispiel noch im Kulturausschuss war, hat er einen Antrag eingebracht, dass der Kulturausschuss unterrichtet werden möge. Was aber tun die GRÜNEN jetzt? - In der vorletzten oder letzten Gemeinderatssitzung haben sie gegen unseren Antrag gestimmt, gegen eine Art von Antrag, wie sie ihn früher selber vertreten haben.

Und was sagt Kollege Ellensohn dazu? - Er sagt: „Na ja, dass ich diesen Antrag eingebracht habe, das ist ja schon so lange her!“ - Herr Kollege Ellensohn! Es hat sich zwar auch die Zeit geändert, aber die einzig relevante Änderung in diesem Zusammenhang ist, dass Sie nicht mehr in der Opposition sitzen, sondern dass Sie in der Regierung sitzen und Teil dieser Zudeckmaschinerie geworden sind! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wenn ein Geständnis fehlt, dann kann man sich natürlich auch von den Indizien her ein Urteil bilden, etwa

wenn man sieht, dass die GRÜNEN plötzlich, wenn sie in der Regierung sind, zum Beispiel eine „Wienwoche“ oder etliche Beauftragte einführen. Aber die „Wienwoche“ hat natürlich mit Ihnen nichts zu tun, genauso wie Van der Bellen mit Ihnen nichts zu tun hat! Wenn man aber diese Fakten zur Kenntnis nimmt, dann ist natürlich der Schluss zulässig, dass Sie sich da eingehängt haben. Bei der SPÖ ist die Zudeckerei notorisch, bei den GRÜNEN ist sie neu, meine Damen und Herren! *(Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)*

Ich habe nicht mehr lange Zeit. Gehen wir daher zum nächsten Punkt beziehungsweise zur nächsten Fehlannahme: Die Frau Stadträtin gibt uns in ihrer Budgetrede bekannt: „Längst wissen wir, dass nicht die örtliche Herkunft, sondern die soziale Herkunft unserer Bevölkerung relevant ist.“ - Befreien Sie sich bitte von Ihren klassenkämpferischen Ambitionen des 20. Jahrhunderts und nehmen Sie die Realität zur Kenntnis! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es geht hier nicht um die Frage der sozialen Herkunft. Um diese geht es zum Teil auch, aber nicht hauptsächlich, sondern es geht darum, ob man vom kulturellen Hintergrund her, was heutzutage häufig auch eine Frage des religiösen Hintergrundes ist, bildungsaffin oder bildungsavers ist, meine Damen und Herren. Solange Sie nämlich nur von einer sozialen Komponente ausgehen und darauf Ihre Arbeit aufbauen, werden Sie laufend Schiffbrüche leiden, wie es Ihnen die Realität auch tagtäglich vorführt! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Da bringt es dann auch überhaupt nichts, dass uns unterstellt wird, dass wir Schauergeschichten erzählen. Gestern hat uns Frau StRin Brauner gesagt, dass es sich bei den Asylwerbern oder den Wirtschaftsflüchtlingen - je nachdem, von welcher Fraktion die Bezeichnung kommt - um eine vorübergehende Situation handelt. - Das ist überhaupt nichts Vorübergehendes! Meine Damen und Herren! Man muss sich einmal die Realitätsverweigerung dieser grünen Stadtregierung mit roter Beteiligung - denn in Wirklichkeit wedelt in dieser Frage ja der Schwanz mit dem Hund - ansehen! Die Realitätsverweigerung ist so weit fortgeschritten, dass StRin Frauenberger in der „Kronen Zeitung“ am 16. Juni dieses Jahres sogar noch bekannt gibt, dass Wien doppelt so viele Flüchtlinge verträgt. - Das geht doch an der Realität vollkommen vorbei!

Da hat ja StR Ludwig noch einen echten Bezug zur Realität. Das war gestern ja ein Erweckungserlebnis, als er gesagt hat, dass nicht die gesamte Welt nach Wien kommen kann! Diese Auffassung wird offensichtlich hier in der Stadtregierung nicht einheitlich vertreten! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Schauen wir uns einmal an, was Sie sonst noch weitergebracht haben. Leider ist Herr Klubobmann Oxonitsch nicht da, der im Wesentlichen die Frage des Kindergartens im Jahre 2015 zu vertreten hat. Sie müssen sich das hier ja nur anhören! Sie können zumindest in diesem Punkt nicht unbedingt etwas dafür. Ich kann mich aber sehr genau an eine Sitzung des Stadtrechnungshofausschusses - oder vielleicht war es damals noch das Kontrollamt, so lange ist das schon her! -,

erinnern, in der es um die technische Sicherheit in Kindergärten gegangen ist. Wir haben StR Oxonitsch damals gefragt: „Wie viele Kontrolleure gibt es eigentlich dort?“ - Darauf hat er gesagt: „Dort sind genug Kontrolleure.“

Ich glaube, es waren damals sechs oder sieben. Darauf haben wir natürlich gesagt: „Herr Stadtrat! Das ist zu wenig! Das geht sich nicht aus. Kein Mensch kann so viele Kindergarteneinrichtungen kontrollieren.“ StR Oxonitsch hat jedoch gemeint, alles kein Problem, alles paletti! - Ich sage, das ist vollkommen absurd, da wird natürlich eine Kontrolle unmöglich, meine Damen und Herren!

Das Problem ist nur: Jetzt hat man den Bock zum Gärtner gemacht. Ich habe hier ein Interview mit StRin Frauenberger, aber sie hat mir gleich unterstellt, dass ich sie nicht richtig zitiere. Es handelt sich um ein Interview in der „Presse“ vom 25.11.2015, und ich lese Ihnen den Originaltext vor: „Es gibt keine islamischen Kindergärten, weil sich alle an den Wiener Bildungsplan halten müssen.“ - So StRin Frauenberger in der „Presse“ am 25. November. Und dass es dann mit der Kontrolle nicht besser geworden wäre, ist ja offensichtlich, und Sie würden noch immer nicht kontrollieren, wenn wir als Oppositionspartei nicht entsprechend Druck gemacht hätten! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und wenn uns vorgeworfen wird, dass wir keine konstruktiven Lösungsvorschläge bringen, dann verweise ich Sie nur ganz grosso modo und pauschal auf die Anträge, die wir zum Thema Kindergarten eingebracht haben. Aber wenn man natürlich in dieser Stadtregierung und auch bei den Regierungsfractionen der „Margulies-Doktrin“ anhängt, dass keinem Antrag der Freiheitlichen zugestimmt werden darf, weil er von den Freiheitlichen kommt, meine Damen und Herren, dann braucht man sich über mangelnden Parlamentarismus und über mangelnde Vorschläge nicht beschweren! Das liegt aber an Ihrer Wahrnehmungsfähigkeit und nicht an unseren Vorschlägen! *(Beifall bei der FPÖ. - Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)*

Meine Damen und Herren! Den Leuten in Wien reicht es einfach! Den Leuten in Wien reicht es, dass, wann immer kulturelle Konfliktfelder auftreten, die Konflikte von Ihnen zu Lasten der einheimischen Bevölkerung gelöst werden. Es reicht den Leuten vollkommen, dass in Grundrechte eingegriffen wird, wie etwa bei der Bauordnungsnovelle, dass Ihnen plötzlich Nachbarschaftsrechte wurscht sind. Das ist ein Eingriff ins Eigentum, meine Damen und Herren!

Aber Eigentum, das brauchen wir offenbar nicht, es reicht, dass die „Margulies-Doktrin“ gilt!

Es reicht den Leuten, dass alles valorisiert wird. Die Preise bei Strom und Gas, bei den Wiener Linien, bei der Fernwärme schnalzen in die Höhe. Alles wird teurer in Wien, weil angeblich kein Geld da ist. Damit sind wir wieder beim Rechnungsabschluss. Aber wenn es dann um die Flüchtlingspolitik geht, meine Damen und Herren, dann öffnet sich das Füllhorn der sozialistischen Stadtregierung, dann ist Geld ohne Ende da, meine Damen und

Herren, und das haben die Leute in Wien satt! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die weiteren Punkte werden dann meine Kolleginnen und Kollegen nach mir vorbringen. Es bleibt mir daher, zunächst einmal Dank an die Mitarbeiter dieser Stadt auszusprechen, die hervorragende Arbeit leisten. Das ist nicht einfach unter den gegebenen Bedingungen, und dafür möchte ich Ihnen ausdrücklich unseren Dank und unsere Anerkennung zollen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zum Schluss bringe ich einen Beschlussantrag ein: „Die Gemeinderäte Blind, Krauss, Aigner, Haslinger, Damjanovic, Ullmann, Hobek und Schütz stellen folgenden Antrag:

„Der Gemeinderat fordert das zuständige Mitglied der Wiener Stadtregierung auf, eine Änderung der Dienstordnung dahin gehend vorzubereiten, dass eine vorzeitige einseitige Frühpensionierung wegen Organisationsänderung oder Bedarfsmangels nicht mehr möglich ist.“ - Ich darf diesen Antrag überreichen.

Ich halte es für ungeheuerlich, dass eine Stadtverwaltung, die derart groß ist wie in Wien, Leute gegen ihren Willen in Frühpension schickt!

Frau Stadträtin! Sie sind von der „Kronen Zeitung“ gefragt worden - ich habe das Zitat auch hier -, ob Sie beabsichtigen, in sechs Jahren in Frühpension zu gehen. Sie haben das verneint. Wir können das auch verneinen, denn mit Hilfe der Bevölkerung wird das spätestens 2020 nach der nächsten Wahl eintreten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Das waren 11 Minuten. Die Restredezeit für die FPÖ beträgt 27 Minuten. Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau GRin Hanke. Ihre selbstgewählte Redezeit beträgt 20 Minuten. - Bitte.

GRin Marina **Hanke**, BA (SPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Stadträtin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuhörer und Zuhörerinnen!

Für uns Verantwortliche in der Stadt ist es das erklärte Ziel, dass alle Menschen, die hier in Wien wohnen - und zwar wirklich alle! -, ein selbstbestimmtes Leben nach ihren Vorstellungen leben können, egal, wie alt sie sind, woher sie kommen, welches Geschlecht sie haben, wen sie lieben. Das ist unser Ziel. Es ist unsere Aufgabe als Politiker, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, das heißt, genau das ermöglichen, eventuelle Hürden abzubauen, Angebote zu machen und zu unterstützen.

Vor allem müssen wir bei jungen Menschen in Wien ansetzen, und ich möchte in meinem ersten Punkt auf das Thema Bildung und Ausbildung eingehen.

Wien wächst und wird in wenigen Jahren zum jüngsten Bundesland Österreichs werden. Unsere Aufgabe als Stadt Wien ist es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass wir allen jungen Menschen, deren Zahl immer mehr wächst, die besten Zukunftschancen bereitstellen können. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Dreh- und Angelpunkt dafür sind Bildung und Ausbildung. Es wird uns immer vorgeworfen, dass wir die ganze Bildungsdebatte viel zu ideologisch führen, aber wir sehen und wissen, dass Bildung immer noch sozusagen vererbt wird. Das ist ein Faktum. Ich empfinde all das, was ich vorher von Kollegin Schwarz von der ÖVP ge-

hört habe, dass es sehr stark um Wahlfreiheit und auch - was man offenbar jetzt auch seitens der FPÖ vertritt, wie wir gehört haben - um einen kulturellen Zugang zur Bildung geht, als sehr eigenartig! Ich meine, Bildung hängt immer noch vom Geldbörstel der Eltern ab.

Wie kann man dem entgegenwirken? - Mit einem guten öffentlichen Bildungssystem, das die Stadt Wien auch Stück für Stück immer mehr schafft. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ein Bildungsweg in Wien startet in der ersten Bildungseinrichtung, im Kindergarten. Und gerade in diesem Bereich konnten im letzten Jahr, so wie auch schon in den Jahren davor, die Plätze gerade für Null- bis Dreijährige weiter ausgebaut und somit der Versorgungsgrad weiter gesteigert werden. Wien ist damit in Österreich nach wie vor und immer noch das einzige Bundesland, das das sogenannte Barcelona-Ziel der EU nicht nur erfüllt, sondern übererfüllt, und darauf können wir sehr stolz sein!

Aber nicht nur Quantität, sondern auch Qualität von Bildungsarbeit muss im Vordergrund stehen, und auch in diesem Sinn ist von uns im Jahr 2015 ein weiterer wichtiger Baustein geschaffen worden. Am Standort der BAKIP 21 in Floridsdorf hat die neue dreijährige Ausbildung zur Assistenzpädagogin oder zum Assistenzpädagogen im Kindergarten begonnen. Diese neue Berufsgruppe wird zur weiteren Qualitätssteigerung in der elementaren Bildungsarbeit sorgen und somit unsere Kleinsten beim Einstieg in den Bildungsweg unterstützen.

Weil wir heute auch mehrere Anträge zum Thema Kindergarten und Förderung von Kindergärten vorliegen haben, möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass gerade im Bereich der Anstoßfinanzierung explizit Projekte von langjährigen Vertragspartnern und Vertragspartnerinnen gefördert werden, Erstanträge genauestens analysiert, geprüft und kontrolliert werden und auch nach relativ kurzer Zeit noch einmal geprüft wird, wie es im Kindergarten abgeht, was dort geschieht: Wir nehmen da sehr genaue Kontrollen vor.

Auch zum Vorschlag betreffend Befristung von Förderungen sei gesagt, dass sich dieser Gemeinderat hier - ich war damals noch nicht Mitglied, aber ich habe mich entsprechend informiert - einstimmig und bewusst dagegen entschieden hat, wieder eine Befristung vorzunehmen. Dafür wurden andererseits aber wichtige weitere Punkte wie zum Beispiel neue Kündigungsbestimmungen in die Verträge aufgenommen.

Verfolgen wir weiter den Bildungsweg eines jungen Menschen in Wien: Nach dem Kindergarten geht es weiter in die Schule. Junge Menschen brauchen Bildung, Bildung braucht Qualität, und wenn wir diese Qualität zur Verfügung stellen wollen, dann brauchen wir für Bildung vor allem etwas, nämlich Platz. Gerade weil Wien wächst, ist das Bereitstellen von neuem Platz für Bildung eine große Herausforderung, aber auch eine Chance.

Auf Basis der bisherigen Ausbauprojekte wurde deshalb ein umfassendes Bildungsinfrastrukturkonzept erarbeitet. Neben den laufenden Sanierungen, die heute dankenswerterweise auch schon gelobt wurden, wird vor allem auf die Schaffung neuer Bildungsinfrastruktur ein

Schwerpunkt liegen. Gerade in Stadterweiterungsgebieten muss für die Bewohner und Bewohnerinnen wohnortnah die nötige Infrastruktur geschaffen werden, denn wenn wir wollen, dass alle Kinder in Wien die bestmögliche Bildung bekommen, dann muss Platz dafür auch in ganz Wien zur Verfügung stehen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Zukunftschancen ermöglichen, heißt aber auch, dort einzugreifen, wo es vielleicht manchmal schwierig wird, und diesbezüglich ist mit der Gratisnachhilfe, die seit dem letzten Jahr an AHS- und Mittelschulstandorten angeboten wird, meiner Meinung nach ein sehr wichtiger Meilenstein gesetzt worden.

Junge Menschen in unserer Stadt zu begleiten, spielt sich aber nicht nur im Kindergarten oder in der Schule ab. Als Stadt setzen wir auch eine Vielzahl an Angeboten im außerschulischen Jugendbereich, um unsere Jüngsten weiterzubilden und zu stärken, um die Integration zu fördern, um den jungen Leuten Politik zu vermitteln, sie aber auch in die Gestaltung unserer Stadt mit einzubeziehen, egal, ob es sich um das Lesofantenfest, die Eröffnung der neuen Kinderbücherei der Weltsprachen oder die Kinderstadt handelt, die jedes Jahr hier im Rathaus stattfindet. Wir zeigen jungen Menschen hier in Wien, dass die Stadt bunt ist und viel für sie zu bieten hat, und gerade diese Angebote im außerschulischen Bereich sind es auch, mit welchen Begabungen gefördert und die jungen Menschen in ihren Interessen gestärkt werden, denn das ist uns ein Anliegen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Wir zeigen jungen Menschen nicht nur, dass Wien eine bunte Stadt ist, sondern wir zeigen ihnen auch, dass Wien eine Stadt ist, in der sie Freiräume bekommen, in der ihnen Freiräume angeboten werden und wo sie auch Unterstützung finden. Die außerschulische Jugendarbeit in Jugendeinrichtungen oder durch aufsuchende Jugendarbeit ist ein nichtwegzudenkender Bestandteil unserer Stadt. Dabei geht es um gemeinsame Projekte mit den Jugendlichen, Nachbarschaftsarbeit, Konfliktbewältigung, Demokratiebildung oder auch um Unterstützung bei der Jobsuche durch die Zusammenarbeit mit arbeitsmarktpolitischen Einrichtungen.

Die Angebote der offenen Jugendarbeit in Wien sind vielfältig und eine wichtige Stütze für den Zusammenhalt unserer Stadt. Im Hinblick darauf möchte ich hier auch allen Jugendarbeitern und Jugendarbeiterinnen einmal ein großes Dankeschön aussprechen! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

In Wien ist klar: Wir wollen allen - wirklich allen! - jungen Menschen die besten Zukunftschancen bieten. Wir begleiten sie vom Kindergarten bis zur Schule, aber darüber hinaus auch im außerschulischen Bereich in ihrer Freizeit.

Ich möchte jetzt zum zweiten Thema kommen, nämlich dazu, wie wichtig es - wie gesagt - für uns ist, allen Menschen in Wien ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Somit komme ich nun zum Thema Frauen in Wien.

Für uns ist klar: Wir stärken Frauen in allen Lebenslagen. Oft wird uns erklärt, dass Frauen- und Gleichstel-

lungspolitik eigentlich nicht mehr notwendig ist und dass man all das nicht mehr braucht. Ich meine aber, dass gerade der heutige Antrag zum Binnen-I wieder einmal genau zeigt, dass es gerade das noch ganz dringend braucht! Das wissen wir von Rot-Grün, und daher packen wir das auch an und tun etwas!

Wir stärken Frauen in allen Lebenslagen. Das bedeutet für uns zum Beispiel, gängigen Rollenbildern, die in unserer Gesellschaft immer noch vorherrschen, etwas entgegenzusetzen. Das bedeutet, jungen Frauen zum Beispiel am Töchterttag, der auch in diesem Jahr 2016 schon stattgefunden hat, zu zeigen, dass sie Technikerinnen, Chemikerinnen oder Tischlerinnen werden können, dass sie alles werden können, was sie wollen. Mehrere Tausend junge Frauen können so jedes Jahr empowered werden.

Rollenbilder aufbrechen bedeutet aber auch, sich des Themas Haus- und Betreuungsarbeit anzunehmen. Halbe-Halbe in der Haus- und Betreuungsarbeit zu machen, ist eine der ältesten feministischen Forderungen. Davon sind wir ehrlicherweise allerdings noch sehr weit entfernt.

Damit wir da aber einmal hinkommen, ist es notwendig, Sensibilisierungsarbeit zu leisten und Unterstützung zu bieten. Als Stadt Wien ist es uns ein Anliegen, als Arbeitgeberin auch hier eine VorreiterInnenrolle einzunehmen und unserer sozialen Verantwortung nachzukommen. Deswegen hat im letzten Jahr 2015 eine Kampagne gestartet, die Männer dazu ermutigt, sich auf die wichtigste Rolle in ihrem Leben vorzubereiten und sich für diese Rolle auch bewusst zu entscheiden: die als Karenzvater. Und da oftmals gesagt wird, dass von frauen- und gleichstellungspolitischen Maßnahmen ja nur die Frauen profitieren und es eigentlich total unfair ist, dass man das immer macht: Gerade das ist ein Beispiel dafür, dass von Gleichstellungspolitik alle profitieren - die Frauen, die entlastet werden, die Männer, die mehr Zeit mit ihrer Familie haben. Frauen- und gleichstellungspolitische Maßnahmen stärken entgegen vieler Behauptungen auch Familien. *(Beifall SPÖ und GRÜNEN.)*

Wir stärken Frauen in allen Lebenslagen, das bedeutet auch, sie in den schwierigsten Zeiten und schlimmsten Situationen zu unterstützen. Daher möchte ich jetzt auch, gerade weil uns das Thema in diesem Jahr hier im Haus auch schon sehr viel beschäftigt hat, einen Blick auf das Thema Gewalt gegen Frauen und die Maßnahmen der Stadt Wien dagegen werfen. Entgegen diverser Unterstellungen, die wir ja in diesem Jahr schon oft hatten, ist das Thema Gewalt gegen Frauen für die Stadt Wien schon sehr lange eines, dem wir uns annehmen. Klar ist, in Wien gibt es keine Toleranz für Gewalt gegen Frauen, wir setzen auf Prävention, Zivilcourage, Unterstützung - und vor allem Schutz für die Frauen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* So konnte zum Beispiel im letzten Herbst die neue barrierefreie Beratungsstelle der Wiener Frauenhäuser eröffnet werden. Frauenhäuser sind eine der wichtigsten Anlaufstellen für Frauen, die von Gewalt betroffen sind. Und die neue Beratungsstelle ist eine erste wichtige Kontaktmöglichkeit.

Wir müssen in unserer politischen Arbeit aber vor allem viel früher ansetzen und dafür sorgen, dass Gewalt erst gar nicht passieren kann. Und auch da hat sich im letzten Jahr einiges getan, so hat die Sensibilisierungskampagne „Dabei sein, heißt beteiligt sein - aber sicher“ gestartet, die einerseits noch einmal verstärkt auf die Angebote des Frauennotrufs aufmerksam gemacht hat, die aber auch ein breites Angebot rundherum setzte: Workshops, die Frauen in unsicheren Situationen stärken, die ihnen helfen, damit umzugehen, aber insbesondere der Aufruf zur Zivilcourage stand im Vordergrund.

Gewalt gegen Frauen passiert sehr oft im öffentlichen Raum, wie wir wissen. Gerade da ist es wichtig, zu sensibilisieren und Menschen dazu zu ermutigen, einzugreifen und zu unterstützen. In Wien gibt es keine Toleranz für Gewalt gegen Frauen, und das seit Jahren. Was ist der Unterschied zwischen der SPÖ und auch der rot-grünen Stadtregierung zu anderen Parteien bei diesem Thema? Der Unterschied ist, dass wir das eben seit Jahren schon bearbeiten, und dass wir das vor allem professionell und sehr unaufgeregt machen. Wir sind nicht diejenigen, die aufschreien, wenn einmal etwas passiert und man eigentlich nur politisches Kleingeld daraus schlagen möchte. Wir sind nicht die, die aufschreien, wenn etwas passiert, um das zu nutzen, um gegen Menschen anderer Herkunft zu hetzen. Wir meinen das ernst mit dem Gewaltschutz und sind nicht wie die FPÖ, die zum Beispiel regelmäßig die Schließung von Frauenhäusern fordert. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ich möchte jetzt noch kurz auf ein letztes Thema eingehen, um aufzuzeigen ... *(GR Armin Blind: Wo fordern wir regelmäßig die Schließung von Frauenhäusern?!)* - Googeln Sie es einmal, da werden Sie viele Beiträge finden *(GR David Ellensohn: Amstetten!)*, Amstetten zum Beispiel.

Aber ich möchte jetzt noch auf ein letztes Thema eingehen *(Rufe und Gegenrufe zwischen FPÖ, SPÖ und GRÜNEN.)*, um aufzuzeigen, was es für uns heißt, dass in Wien alle Menschen selbstbestimmt und frei leben können sollen, und was unser Beitrag dazu ist. Und das ist das Thema von LGBT-Personen in Wien. Das letzte Jahr war über mehrere Wochen geprägt vom Song Contest. Ganz Europa hat auf Wien geschaut, hat aber nicht nur auf Wien geschaut, weil ein touristischer Groß-Event bei uns stattgefunden hat, sondern auch, weil Wien Regenbogenhauptstadt ist. Wir sind dafür sehr viel gelobt worden und können darauf auch sehr stolz sein. Regenbogenhauptstadt zu sein, bedeutet aber nicht nur, dass wir uns freuen, wenn alle auf uns schauen, es bedeutet auch, dass wir Maßnahmen setzen, die gegen Diskriminierung wirken, und dass wir Angebote setzen, die ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen.

Im letzten Jahr konnte die Wiener Antidiskriminierungsstelle die Ergebnisse der Studie „Queer in Wien“ präsentieren, die uns einen guten Einblick in die Situation von queeren Personen in Wien gibt, uns aber auch aufzeigt, dass noch viel zu tun ist. Was zeigt uns diese Studie? Sie zeigt uns zum Beispiel, dass 79 Prozent der befragten Personen im öffentlichen Raum beschimpft

wurden, dass ein Viertel davon sexualisierten Übergriffen oder sexualisierter Gewalt ausgesetzt war, dass 20 Prozent davon körperlich attackiert wurden, dass 28 Prozent der befragten Personen in den letzten 12 Monaten in Wien Diskriminierungs- oder Gewalterfahrungen gemacht haben. Das sind Zahlen, die uns schockieren müssen, und das sind Zahlen, die uns zeigen, dass wir in dem Bereich noch weiterarbeiten müssen. Die Wiener Antidiskriminierungsstelle ist darauf auch eingegangen und setzt in diesem Jahr, im Jahr 2016 einen Schwerpunkt auf den Kampf gegen Diskriminierung, auf den Kampf gegen Mobbing. Und da möchte ich auch einmal ein großes Dankeschön an die Wiener Antidiskriminierungsstelle aussprechen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Frei und selbstbestimmt leben in Wien, das ist unser Ziel. Ich habe jetzt einige Projekte aufgezählt, mit denen wir daran arbeiten, dass das für alle Menschen möglich ist. Das ist im letzten Jahr sehr gut gelungen, das wird auch im nächsten Jahr und in den nächsten Jahren sicher weiterhin gut funktionieren. - Danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Die Redezeit hat 14 Minuten betragen, die Restredezeit für die SPÖ ist 26 Minuten.

Ich darf bei uns auf der Tribüne die HTL Rennweg aus Wien 3 begrüßen, recht herzlich willkommen im Wiener Gemeinderat. *(Allgemeiner Beifall.)*

Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr GR Blind gemeldet.

GR Armin **Blind** (FPÖ): Sehr geehrter Vorsitzender! Sehr geehrte Stadträtin! Frau Kollegin Hanke, das brauchen wir uns von Ihnen nicht sagen lassen. Sie haben behauptet, wir, die Freiheitliche Partei habe regelmäßig die Schließung von Frauenhäusern gefordert. *(GR David Ellensohn: Amstetten!)* Das ist unrichtig, richtig ist vielmehr, die Freiheitliche Partei hat in Wien allen Subventionen für Frauenhäuser zugestimmt und die Freiheitliche Partei hat weder wiederholt Schließungen von Frauenhäusern gefordert noch intendiert sie so etwas. Wir halten die Frauenhäuser für eine Einrichtung, die wir für subventionswürdig gehalten haben. Was Sie hier aufgeführt haben, ist eine Verdrehung der Tatsachen im miesesten Stil der 68er. *(Beifall bei der FPÖ.)* Wir lassen uns das von Ihnen nicht sagen, Ihre Behauptung ist unrichtig und durch die Protokolle im Wiener Gemeinderat leicht zu widerlegen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Zu Wort gelangt Frau GRin Mag. Dr. Kugler. Die selbstgewählte Redezeit ist 10 Minuten, aber Ihre Vorrednerin hat Ihnen nur noch 6 Minuten gelassen. Daher darf ich Sie bitten, so zu verfahren.

GRin MMag. Dr. Gudrun **Kugler** (ÖVP): Sehr geehrter Vorsitzender! Frau Stadträtin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Frau Kollegin Hanke, Sie haben brav Ihre Hausübung gemacht, aber ich glaube, Sie haben noch nie mit einem Pflichtschullehrer in Wien gesprochen. Ich lade Sie ganz herzlich ein, mit mir ein paar Besuche zu machen. Ich wollte Ihnen einiges erzählen, was ich so von Pflicht-

schullehrern höre, habe aber auf Grund der engagierten Rede meine Kollegin dafür keine Zeit. Aber ich sage Ihnen nur ein Beispiel: Ein Geschichtelehrer, 9. Pflichtschuljahr, sagt mir, er will über den Zweiten Weltkrieg unterrichten, hat drei Muttersprachler in der Klasse und die meisten verstehen einmal das Wort gar nicht. Er fragt sich, wie die überhaupt in die 9. Schulstufe gekommen sind, mit einem Gut in Deutsch: Sie verstehen das Wort Weltkrieg gar nicht. Er sagt, er erklärt Begriffe, aber unterrichtet nicht. Und dann sagt er, wenn er den Begriff erklärt hat, dann kommt er drauf, dass die Kinder gar nicht wissen, dass es einen Zweiten Weltkrieg gegeben hat. Und wenn er es dann versucht hat zu erklären, dann kommt er drauf, es interessiert sie eigentlich gar nicht.

Das sind die Zustände, in nicht allen, aber in vielen Wiener Pflichtschulen. Ich glaube, darüber müssten wir reden, und Sie haben es nicht einmal erwähnt. Ich weiß nicht, in welcher Welt Sie leben. Aber ich lade Sie ein - das soll jetzt kein Kampfaufruf sein -, gemeinsam mit uns hier Fact-finding zu betreiben.

Ich habe diesen Lehrer dann gefragt, warum das so ist, was seine Analyse der Probleme ist. Und ich sage Ihnen ein paar Punkte, die er mir erzählt hat: natürlich die fehlende Integration, die fehlende Sprache, das andere Kulturverständnis. Ja, man muss einmal die 14-jährigen Schüler - vor allem Schüler, das sage ich jetzt wirklich in der männlichen Form - fragen, was sie über Frauen denken und was sie über Köln und Silvester denken. Da würden Ihnen die Augen aufgehen.

Aber dieser Lehrer hat mir auch gesagt, schuld ist auch zum Beispiel der wachsende Nationalismus, Nationalismus als Identität. Da die einzelnen Schülerinnen und Schüler keine Zukunft vor sich sehen, suchen sie Identität woanders, und das ist dann der Nationalismus. Er sieht aber auch ein Überhandnehmen von materiellen Statussymbolen, auch das wächst in dieser jungen Generation ganz stark. Und die Handysucht: Er sagt, er kann gar nicht unterrichten, weil sie gar nicht mehr von ihren Bildschirmen wegkommen. Und dann sieht er die zerrütteten Familien und eine Einstellung, eine Grundhaltung in den Familien, dass nämlich die Schule für alles zuständig ist.

Es kann sein und mir kommt vor, dass man das auch von den Regierungsparteien vielleicht gar nicht so falsch findet. Was ist unsere Antwort? Die Kollegin Schwarz hat schon viel gesagt: Vorschulklassen, mehr Mittel, und so weiter, das ist alles schon gesagt worden. Ich ergänze vielleicht noch einen Satz, das ist die Rolle der Familie als Antwort für dieses Zukunftsproblem, die Sie anscheinend gar nicht sehen.

Darum möchte ich heute einen Antrag einbringen, auf eine Familienverträglichkeitsprüfung für das Handeln der Stadt auf Familie als Gestaltungsprinzip *(GR Mag. Rüdiger Maresch: Was ist Familie überhaupt?!)* - ich sage gleich noch mehr dazu -, dass nämlich in den relevanten Politikbereichen die Bedürfnisse der Familien Gestaltungsprinzip für die Stadt sind. Wir fordern ein familienfreundliches Wien. *(GR Birgit Hebein: Mindestsicherung kürzen!)* - Die Beispiele, die Sie gestern gebracht haben, stimmen ja auch nicht. Der Alleinerzieherin will man die

Mindestsicherung nicht kürzen und es ist auch bei der Deckelung von 1.500 EUR die Kinderbeihilfe nicht eingerechnet. Das heißt, das wird natürlich noch viel mehr. (GR Mag. Rüdiger Maresch: Was ist mit mehreren Kindern?!)

Jetzt muss ich zu meinem Vortrag zurück, denn ich habe leider nur noch zwei Minuten Zeit. (GR Peter Kraus, BSc: Was ist Familie?!) Also, was heißt Familie als Gestaltungsprinzip? Ich gebe Ihnen jetzt ein paar Beispiele: Ein Punkt, die Leistbarkeit des Lebens für Familien einmal zu überprüfen, ist, sich die Gebührenstruktur auf die Familienfreundlichkeit anzusehen. Wir wollen Familien vom Druck von außen befreien, damit Familie innen gelingen kann. Die Frage nach der Kinderbetreuung: Wir haben oft genug über den Betreuungsschlüssel und die Qualität von Betreuungseinrichtungen gesprochen, und da sind Sie sicher auch meiner Meinung, dass man hier noch viel tun muss. Aber Wahlfreiheit für Familien heißt auch, dass jedes Familienmodell gleichberechtigt nebeneinander stehen darf und dass die familieninterne Kinderbetreuung gegenüber der institutionellen nicht schlechter gestellt werden darf. Das heißt auch, dass die Tageseltern in Wien vielleicht noch mehr Platz bekommen. In anderen Ländern ist es selbstverständlich, dass es, wenn man zum Beispiel bei einem Amt warten muss, da „Family Lanes“ gibt, für Frauen mit Kindern, Schwangere. - ÖVP-Bezirksämter haben das vorexerziert. Das wird gut angenommen, das wäre auch eine Idee für die roten Bezirksämter.

Die Versorgung mit Kinderärzten in Wien: Ich habe es gestern schon erwähnt, der Selbstbehalt für Kinder in Krankenhäusern ist in Wien der höchste - das kann doch bitte nicht sein -, und zwar interessanterweise doppelt so hoch wie der Selbstbehalt für Erwachsene. Wo kommen da die Kosten her? Noch ein Beispiel: Freiraum für Familien. Wien Statistik hat einmal verglichen, wie viel Quadratmeter pro Nase ein Hund und wie viel Quadratmeter pro Nase ein Kind in Wien hat. Wissen Sie, was da herausgekommen ist? - „Die Presse“, 5. Jänner: Ein Hund hat in Wien sechs Mal mehr Platz als ein Kind. Und noch ein letztes Beispiel: Familienfreizeiteinrichtungen. Ich habe ja, wie Sie wissen, vier Kinder. Die Freizeiteinrichtungen in Wien sehen normalerweise für Familienkarten nur ein Kind vor, für das zweite, dritte und vierte Kind zahle ich extra! Entschuldigung, das kann es aber nicht sein. Noch etwas: Ich war im Tierpark Haag - Sie kennen den Tierpark Haag, auf der Autobahn fährt man oft vorbei - und wollte dort eine Familienkarte lösen. Und da hängt ein Schild, auf dem steht: Familien mit Familienpass eines österreichischen Bundeslandes oder einem tschechischen Familienpass bekommen eine Familienkarte. - Und wissen Sie, wer sie nicht bekommen hat? Ich, da nämlich Wien das einzige Bundesland ist, das keinen solchen Familienpass hat und wo diese Familienvergünstigungen nicht gelten. Und Entschuldigung, so etwas einzuführen, ist nicht schwierig, das ist das Mindeste, dass wir die Familien wertschätzen, denn Familie ist Teil der Lösung. Und Sie, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen aus den Regierungsparteien, greifen dieses Thema Familie und die Bedürfnisse von Familien

gar nicht auf. So kann es nicht gehen. - Herzlichen Dank. (Beifall bei ÖVP und FPÖ.)

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Zu Wort gelangt Herr GR Ellensohn, seine selbstgewählte Redezeit ist 5 Minuten.

GR David **Ellensohn** (GRÜNE): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Ganz kurz eingehend auf die kurze Diskussion um Frauenhäuser: Es ist ja immer wieder befremdlich, wenn die FPÖ irgendetwas zur Frauenpolitik sagt, das wäre so, als ob die Englische Nationalmannschaft über Fußball reden würde. „Frauenhäuser zerstören Ehen!“ - FPÖ-Amstetten. Nachdem hier im Raum immer wieder Politik von ganz Österreich, nicht nur von ganz Österreich, sondern von weit darüber hinaus hereingezogen wird, müssen Sie es sich schon auch gefallen lassen, die Sie völlig undifferenziert anschütten, was herumläuft und was man gerade sieht, wenn man zwischendurch sagt, das ist eine Position, die in der FPÖ vertreten wird. (GR Armin Blind: Das haben wir nicht so gesagt! Sie sollten sinnerfassend zuhören, Herr Kollege!) Und da heißt es - das ist super zum Lesen: Gender Mainstreaming zerstört Familien und sei nichts anderes als die Fortsetzung des Zweiten Weltkriegs mit effektiveren Waffen. - Wer immer das gesagt hat, muss einen an der Waffel haben.

Es ist, einmal mehr, in dem Bereich zu lesen: „Frauenhäuser sind Selbstläufer“, die Angestellten verhindern die Familienzusammenführung. „Hinter dem Rücken des Vaters“ werden die Kinder in das Frauenhaus gebracht. - Ihr scheint nicht zu wissen, warum die dort hingehen, da handelt es sich dann öfter um Gewalt. Das sollte man eigentlich schon wissen. - „Mit dem Schritt ins Frauenhaus“ ist schon viel passiert - und deswegen sind Sie gegen die Frauenhäuser, weil ja vorher viel passiert ist. Es ist einmal mehr eine Aufzählung von einer FPÖ-Politikerin, die, wie viele andere in dem Bereich, halt auch wieder ahnungslos unterwegs ist.

Das ist eine Position, die bei Ihnen vertreten wird. Das andere ist, wie hier zwischendurch umgegangen wird. Wir hören „Frauenpolitik“ und dann hören wir da die Mimimi-Männchen von der FPÖ, die jedes Mal, wenn Frauen am Rednerpult stehen, je jünger sie sind, noch dazu, noch eine Spur frecher und aggressiver sind, als sie sonst auch sind. Sie rufen selbst ständig dazwischen und sagen immer „Opfer“. Sie sagen immer „Opfer“, aber vor allem, wenn Frauen am Wort sind, halten Sie es gar nicht aus. Ganz schlecht sind zugewanderte Frauen oder Frauen mit Migrationshintergrund oder junge Frauen. Das ist irgendwie wahnsinnig schwierig für Sie. Und wenn dann so belehrende Worte kommen, das war auch nicht wahnsinnig super: Sie können doch nicht einfach zu einer 26-jährigen Gemeinderätin sagen, sie habe brav ihre Hausaufgaben erledigt. Das geht nicht. Nein, das geht von der Tonalität nicht, wie hier überhaupt miteinander geredet wird. (Unruhe bei der FPÖ.) Und ganz speziell geht es nicht, wie da mit Frauen gesprochen wird. Das geht einfach nicht. (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.) Reißen Sie sich zusammen! Das ist ein Wahnsinn. (GR Armin Blind: Sie sind ein Weltmeister am Rednerpult!) Das ist ein Rüpelhaufen, das ist unglaublich.

(Anhaltende Zwischenrufe von GR Mag. Dr. Alfred Wansch.) - Schlechte Manieren, was haben Ihnen Ihre Eltern beigebracht? Herr Wansch, wirklich, schreien Sie zu Hause auch so dazwischen? (GR Mag. Dr. Alfred Wansch: *Meine Eltern haben mir beigebracht, nicht zu lügen!*) Herr Wansch, Sie dürfen doch nicht „nicht lügen“ sagen. Können Sie sich an die ältere Dame erinnern, ich glaube, aus dem 19. Bezirk, und Sie sagen hier „nicht lügen“?! Sind sie sicher, dass Sie wollen ... Wir haben nicht die Zeit, um das aufzuarbeiten, mit wem jeder von uns sein Geld verdient, das wissen wir nicht genau, bei Ihnen hat man einiges dazu in der Zeitung lesen können.

Jetzt sind wir bei Erziehung und Bildung, das wäre jetzt tatsächlich wichtig. Und wir reden da hauptsächlich darüber, was die Schulen leisten können, was die öffentliche Hand leisten kann. Man könnte auch zwischendurch darüber reden, was können Eltern leisten und wie macht man die Bedingungen für Eltern besser. Ich frage mich ja immer, was bei Ihnen schiefgelaufen ist, was man machen kann, damit auch Sie nützliche Mitglieder dieser Gesellschaft werden? (Anhaltende Zwischenrufe bei der FPÖ.) Ich möchte ja nicht, dass mehr Menschen rechts ausrutschen. Ich möchte nicht, dass es mehr Menschen gibt, die rechtsradikal sind und Schwierigkeiten beim Austreten haben. Man hat es ja nicht leicht, dort herauszukommen. Es ist ja nicht leicht, herauszukommen. Und ich möchte nicht, dass es immer mehr Männer gibt, die, wenn irgendjemand etwas sagt, was ihnen nicht passt, sagen: Wir sind Opfer, wir sind so arm! - Das ist unglaublich, Ihnen da zuzuhören, jedes Mal, wirklich. Man könnte es lustig nehmen, ist es aber nicht, da Sie tragischerweise das glauben, was sie sagen. Wenn es nur eine Show wäre, aber das ist es nicht. Sie haben wirklich Angst: vor Kopftüchern, vor Frauen, vor jungen Frauen, das ist ein Wahnsinn. (GR Armin Blind: *Haben Sie außer in Psychoanalyse zu dilettieren, noch etwas zu bieten?!*)

Ganz kurz zur zentralen Frage Bildung. Das wäre nämlich tatsächlich wichtig. Und Bildung ist ja natürlich nicht ausschließlich etwas Formales, sondern da geht es auch um soziales Leben, Zusammenleben, schauen, dass wir alle gemeinsam weiterkommen - das gehört auch alles zur Bildung. Da geht es nicht nur um irgendwelche Abschlüsse, die man irgendwo sammelt, sondern da geht es auch darum, wie man sich benimmt. Deswegen hat in Wien der Kindergarten Priorität und ist bis auf fast 85.000 Plätze für knapp 100.000 Kinder ausgebaut worden. Da sind wir weit vorne bei den Null- bis Sechsjährigen im österreichischen Vergleich. Quantitativ sind wir dort, wo wir hinwollten, trotzdem wird der Ausbau noch verbessert. Auf die Qualität muss man schauen, und worauf man besonders achten muss im Bildungsbereich, ist, dass wir eine Menge Leute haben, die mit 15 Jahren die Schule verlassen und nicht wahnsinnig viele Qualifikationen haben, um auf dem Arbeitsmarkt zu bestehen. Und das schaffen wir nicht ausschließlich - das richte ich auch an unsere eigene Adresse - mit einer Diskussion, die sich dann aufhellt bei der mir wichtigen gemeinsamen Schule. Aber das deckt viel zu, die ÖVP schafft das gut, dass wir ausschließlich über das reden -

die reden dagegen, wir reden dafür -, und es hängt dann dort. Die gemeinsame Schule in Österreich wird nicht kommen, solange die Österreichische Volkspartei was zu sagen hat, also müssen wir ein paar andere Sachen machen. Deshalb müssen wir andere Sachen verbessern.

Die zentrale Frage im Bildungswesen ist ganz einfach, die sollten wir immer am Anfang stellen: Hat jedes Kind, unabhängig davon, wie viel Geld die Eltern verdienen, unabhängig davon, wie viel die Eltern besitzen, die gleichen Chancen oder nicht? Und die Antwort lautet: Nein. Sie kommen immer damit: Die Familien sollen das selber bestimmen. - Die starken Familien können das, die, die ihren Bildungsgrad schon haben, können das leichter, die, die ökonomisch besser gestellt sind, können das leichter. Ich kann meinen Kindern bei jedem Defizit, das sie haben, leichter nachhelfen, weil ich besser verdiene, als es meine Eltern getan haben - die konnten nicht helfen. Das sind dann schon fast mehr Zufälle, wo man hinkommt, man braucht irgendwelche MentorInnen in der Familie, die sich um dich kümmern können.

Da nicht jede Familie in der Lage ist, alles selbst leisten zu können, kämpfen wir als rot-grüne Stadtregierung für das beste Bildungswesen, damit jedes einzelne Kind, unabhängig von der Herkunft - kulturell, sozial oder sonst was - eine Chance hat. Ein zweijähriges Kind weiß nicht, dass das Kind daneben nicht von da ist, denn darum geht es nicht. Dazu fällt mir immer als Abschluss der schöne Satz ein, bei dem ein Kind gefragt wurde, ob bei ihm im Kindergarten auch so viele Ausländer sind, das Kind gesagt hat: Nein, bei uns sind nur Kinder. - Danke.

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Die Redezeit war 7 Minuten, die Restredezeit für die GRÜNEN ist 11 Minuten. Zu Wort gelangt Herr GR Maximilian Krauss, selbstgewählte Redezeit ist 6 Minuten.

GR Maximilian **Krauss** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Ich glaube, Kollege Ellensohn, bei allen Parteien gibt es Verfehlungen und bei allen Parteien gibt es Dinge, die auftreten, wie bei uns in Amstetten, wo man sich im Nachhinein dafür entschuldigen muss und wo man sagt, das ist nicht unsere Linie. Aber der Unterschied von uns zu Ihnen ist, dass wir die Größe haben, dann zu sagen, wir haben einen Fehler gemacht, während ich Ihre Distanzierung vom Kollegen Cohn-Bendit beispielsweise noch immer vermisse, meine sehr geehrten Damen und Herren. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich möchte nur ganz kurz auf die Frauendebatte zurückkommen. Da mir persönlich Frauenrechte sehr wichtig sind, habe ich eine Frage dazu: Wie bekommt man es unter einem Hut, auf der einen Seite hier die ganze Zeit von Gender Mainstreaming zu schwadronieren und von Gender Watchgroups, und auf der anderen Seite Steinzeitislamisten-Kindergärten zu fördern, wo genau das Gegenteil betrieben wird? Wie geht das zusammen? (Beifall bei der FPÖ.) Also ich hoffe, vielleicht, Frau Kollegin El-Nagashi, dass Sie nicht nur lässig im Sessel lehnen, sondern mir das auch beantworten können. (Rufe und Gegenrufe zwischen GRin Birgit Hebein und GR Mag. Wolfgang Jung.)

Wenn wir uns aber ansehen, was der gemeinsame Nenner dieser Geschäftsgruppe von Bildung, Integration und Jugend ist, dann ist es, glaube ich, die Inkompetenz der rot-grünen Stadtregierung. *(Beifall bei der FPÖ.)* Und wenn die Frau Hanke kommt und sagt, ja, das Bildungssystem ist so super, wir haben die Barcelona-Ziele erreicht, weiß ich nicht, was genau das ist, vielleicht, dass in Ihrer Sektion jeder Zweite Barcelona auf der Landkarte findet. Aber wenn wir uns die Ergebnisse im Wiener Schulbereich anschauen, dann sind diese schlichtweg katastrophal: Wir haben die Situation, dass jeder dritte Schüler nach neun Jahren Schule nicht einmal sinnerfassend lesen kann, und Sie sagen, alles ist super. Wir haben die Situation, dass wir daraus resultierend die mit Abstand höchste Jugendarbeitslosigkeit in ganz Österreich haben, jeder dritte männliche Jugendliche unter 30 Jahren ist arbeitslos, und Sie sagen, alles ist super! Ich sage, das ist eine Verhöhnung der jungen Menschen in dieser Stadt, das sind ein Zukunftsraub und eine Verhöhnung. *(Beifall bei der FPÖ.)* Und wenn man jetzt glaubt, als quasi Allheilmittel die Gesamtschule einführen zu können, dann wird das schiefgehen.

Deshalb stellen wir Freiheitlichen auch heute entsprechende Anträge: Erstens haben wir in den Flächenbezirken in Zukunft genug Gymnasiumsplätze zur Verfügung zu stellen, weil wir dort ja die Situation haben, dass immer mehr Menschen dort wohnen, es aber nicht genügend Gymnasiumsplätze gibt. Da sollten Sie sich nicht aufregen, sondern lieber den Antrag unterstützen. *(Beifall bei der FPÖ. - Zwischenruf von GR Mag. Rüdiger Maresch.)* - Ja, eben weil Sie dort wohnen, sollten Sie sich den Bedürfnissen der jungen Menschen endlich annehmen.

Denn wenn wir uns ansehen, wohin das sonst noch führt, dann sind es ja wirklich keine guten Ergebnisse. Wir haben, wie gesagt, beim eigenen Wiener Lesetest diese schlechten Ergebnisse, wir haben die höchste Jugendarbeitslosigkeit, und wir erleben, dass es vor allem keine Antworten seitens der rot-grünen Stadtregierung gibt. Wir hören von einer Gratisnachhilfe, die in Wahrheit nicht sehr viel gebracht haben dürfte, denn heute haben wir hereinbekommen, dass über 20 Prozent der Schülerinnen und Schüler bei der Mathematik-Matura negativ waren. - Also so toll dürfte auch die Gratisnachhilfe nicht funktioniert haben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir bringen deswegen noch eine Reihe von Anträgen ein, die sich mit diesen Thematiken beschäftigen, von Integration bis zur Bildung. Ebenso fordern wir auch endlich Verbesserungen für die Lehrlinge dieser Stadt, die ja in vielen Bereichen benachteiligt sind, bei denen wir wollen, dass endlich der Führerschein im Rahmen der Lehrlingsausbildung absolviert werden kann, wo wir wollen, dass es endlich die Gratisfreifahrt für alle Jugendlichen in dieser Stadt gibt, und wo wir dieses Ziel hoffentlich mit Ihrer Unterstützung heute umsetzen können. - Vielen Dank. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Die Redezeit war 4 Minuten, die Restredezeit der FPÖ ist nun 23

Minuten. Nächster Redner ist Herr GR Hursky. Die selbstgewählte Redezeit beträgt 15 Minuten, die Fraktionsredezeit 26 Minuten.

GR Christian **Hursky** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Um ganz kurz vielleicht noch einmal auf diese Frauenhaus-Thematik einzugehen: Ich bin sehr froh, dass sich die FPÖ hier in eine andere Richtung letztendlich deklariert hat, als es die Frau Brigitte Kashofer gesagt hat, die gemeint hat, dieser Unfug gehöre abgestellt. Auch Sie haben das Einsehen, dass das eine sehr gute Maßnahme ist, die wir hier in Wien haben, mittlerweile über viele Jahrzehnte bewährt. Leider Gottes gibt es immer noch viel zu viel Gewalt innerhalb der Familien, innerhalb des Freundeskreises. Das ist ein Thema, an dem wir dann gemeinsam arbeiten können.

Lassen Sie mich aber in der Geschäftsgruppe weitergehen, wir haben ja auch andere Geschäftsstellen, die wir heute hier zu bedienen haben. Als Beispiel darf ich die MA 54 nennen, die ja quasi gerade eine Symbiose aus Verwaltung und politischer Gestaltung ist, wenn wir hier zum Beispiel „Zentraler Einkauf“ hernehmen. Das heißt, wir schaffen es, über diesen zentralen Einkauf billiger für die Stadt Wien einzukaufen und ersparen uns Geld. Wir haben hier die Erfolgs-Story, dass die MA 54 innerhalb des Magistrats den virtuellen Markt bildet und hier auch die Waren dann günstig bezogen werden können. Wir haben eine Steigerung von 2014 auf 2015, da sind die Bestellungen von 35.000 auf 45.000 angestiegen, womit sich die Bestellpositionen von 86.000 auf 164.000 quasi verdoppelt haben. Das ist also eine wirkliche Erfolgs-Story und das war auch etwas, worüber am Anfang auch viele innerhalb des Magistrats gemostert haben. Aber jetzt, wo es einmal implementiert ist und wo es funktioniert, ist es gerade etwas, das dieser Stadt bei der Verwaltung hilft.

Politische Gestaltung, Frauenförderung, ebenfalls bei der MA 54: Wenn wir hier heute Ausschreibungen machen, dann beziehen wir das mit ein, dass Maßnahmen und Einkäufe bei Firmen gefördert werden, wo die Frauen auch entsprechend berücksichtigt und entsprechend gefördert werden. Das nenne ich eine politische Gestaltung auch in einem Ressort, das letztendlich eine einfache Verwaltungsaufgabe zur Verfügung zu stellen hat.

Aber eines der wichtigsten Projekte, das in der MA 54 derzeit läuft, ist natürlich das Logistikprojekt mit einem Logistikcenter. Und jeder, der auch beruflich ein bisschen - so wie ich - in dieser Thematik unterwegs ist, weiß, dass es Sinn macht, wenn man sich seine Waren zentral anliefern lässt und dann in einer großen Packung an eine einzige Stelle anliefert. Das erspart uns Kilometer, das erspart uns Treibstoff, und das bringt uns beim ökologischen Fußabdruck um etliche Schritte weiter. Und dafür ein Lob an die MA 54, die sich dieser Aufgabe stellt. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Da der Sommer gerade so schön heiß ist und in den nächsten Tagen heiß werden wird: MA 44, unsere Wiener Bäder. Wir sorgen dafür, dass sich jeder in dieser Stadt den Badespaß leisten kann. Insgesamt stellt die

Stadt Wien 38 Standorte in den verschiedensten Richtungen zur Verfügung. Sei es, ob man ein Wannbad machen kann, unser beliebtes Freibad jetzt, oder ich als Favoritner, der vor allem auf sein Amalienbad stolz ist. 5,4 Millionen Besucher im vergangenen Jahr legen Zeugnis ab dafür, dass dieses breite und gute Angebot der Stadt genutzt wird. Und da heute auch ein Antrag gekommen ist, man möchte es noch billiger machen, noch billiger machen: Ich will nur sagen, es wird heute schon jeder Besucher in der Stadt mit rund 7,80 EUR pro Besuch gefördert. Es also noch viel billiger zu machen, würde auch bedeuten, dass man bei den Investitionen sparen müsste.

Wenn wir ans Sparen gehen, das tut auch die Stadt Wien, und zwar vor allem bei den Ausgaben. Und zwar in dieser Form, dass man ein Energiespar-Contracting durchgeführt hat, bei dem es durch sehr, sehr gutes Verhandeln der Verantwortlichen gelungen ist, Einsparungen von 5,2 Millionen EUR pro Jahr durchzusetzen. Das ist etwas, was sich langfristig auswirkt und auch die Qualität unserer Bäder heben wird.

Kommen wir zu einem meiner Lieblingsthemen, Integration, in schwierigen Zeiten letztendlich der Schlüssel in unsere Gesellschaft. Federführend ist hier die hervorragende Arbeit der MA 17, über viele, viele Jahre. Ich möchte nur einige Projekte nennen, die wir in der Stadt haben und die speziell Ende des letzten Jahres mit Volldampf angegangen worden sind. Ab Tag 1 betreuen wir die Flüchtlinge und schauen, dass sie sich hier in dieser Stadt optimal integrieren. Wir bieten bereits Deutschkurse an, während noch ihre Verfahren laufen, letztendlich ein Ziel, damit hier nicht jemand unter Umständen sechs Monate in der Stadt herumsitzt und nichts zu tun hat, nichts mit seiner Zeit anzufangen weiß. Nein, wir sagen, in dieser Zeit soll Vernünftiges geleistet werden. Gemeinsam mit dem Fonds Soziales Wien, Arbeitsmarktservice und dem WAFF als Partner haben wir auch das Jugend College eingeführt, bei dem es darum geht, dass wir Jugendliche fördern, die noch keinen Abschluss haben, weil sie keine Schule gemacht haben, und sie die Möglichkeit haben, sich nachträglich die entsprechende Bildung anzueignen, und auch die Möglichkeit haben, letztendlich hier bei uns am Arbeitsleben teilzunehmen.

„Start Wien“: Die Info-Module, die wir hier bereitstellen, speziell in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Zusammenleben, quasi das, was so oft als die sogenannten Werte einer Gesellschaft genannt werden. Wir sorgen dafür, dass wir das machen. Wir haben diese Programme auch auf die Sprachen Arabisch, Farsi und Englisch erweitert, damit wir mit den Menschen gemeinsam etwas anfangen können.

Wichtig ist uns auch, dass die Stadt eine Stadt der Menschenrechte ist, in der wir gemeinsam gegen Diskriminierung, gegen Rassismus auftreten und für eine Gleichbehandlung der Menschen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* Symbolhaft gesprochen ist mir die Regenbogenfahne lieber als eine Fahne mit einem Hakenkreuz.

Das Wichtigste, um Politik letztendlich umzusetzen, ist ... *(GR Wolfgang Seidl: Das ist ja unglaublich!)* Wieso

ist das unglaublich? *(GR Wolfgang Seidl: Der Vergleich ist ein Wahnsinn!)* Warum ist der Vergleich ein Wahnsinn? Fühlen Sie sich betroffen? Ich hoffe nicht!

Also, das Wichtigste, um Politik umzusetzen, ist letztendlich das Personal in dieser Stadt. Gerade dem Personal der Stadt Wien gilt unsere Aufmerksamkeit. Als Beispiele darf ich nennen, was wir im vergangenen Jahr getan haben: die Umwandlung der Väterfrühkarenz in eine Frühkarenz. Davon profitieren vor allem gleichgeschlechtliche Paare, aber auch Paare, die Kinder adoptiert haben. besoldungsrechtliche Verbesserungen im KAV, wo sich speziell unsere Ärzte doch einige Verbesserungen zu erwarten hatten und sie auch bekommen haben. Das war ein harter Brocken, in vielen, vielen Verhandlungen - ist ja auch lange genug in den Zeitungen gestanden. Aber gemeinsam haben wir es geschafft. Dienstrechtsnovelle 2015: Eine sehr technische Sache, hinter der aber mannigfaltige Arbeit unserer Personaldienststellen in dieser Stadt liegt. Und es sei ihnen dafür gedankt, dass sie sich das antun. Ich weiß aus vielen, vielen Verhandlungen, wie schwierig das ist und wie schwierig diese Materie ist - trocken -, aber letztendlich wirkt sie sich für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in dieser Stadt aus. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* Und - weil es uns so wichtig ist -, arbeitsmedizinische Betreuung, die wir in sehr, sehr vielen Fällen anbieten, wie auch die berufliche Gesundheitsförderung für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, denn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Stadt sind letztendlich unser höchstes Gut. Ihnen gilt unser Dank, dem Personal, diesen 64.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Wien, und ich hoffe, dass wir gemeinsam über 2020 hinaus diesen Weg mit ihnen gemeinsam weitergehen werden. - Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Die Redezeit waren 9 Minuten. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag. El-Nagashi. Die selbstgewählte Redezeit ist 5 Minuten.

GRin Mag. Faika **El-Nagashi** *(GRÜNE)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wien hat letztes Jahr etwas Hervorragendes geschafft und etwas Beispielhaftes, nämlich Wien hat gezeigt, wie Integration funktioniert. Und Wien hat vorgelegt, wie Integration funktioniert, nämlich auf zwei Ebenen: Einerseits ist es das Miteinander der Menschen in dieser Stadt, das Integration ausmacht, und es sind auch die Strukturen und es ist das Organisieren des Zusammenlebens in dieser Stadt, das letztes Jahr ausgezeichnet funktioniert hat und das vorgelegt wurde. Und dass Integration in diesem Sinne funktioniert hat, das hat auch sehr viel mit der Zivilgesellschaft hier zu tun. Das hängt mit den Wienerinnen und Wienern in dieser Stadt zusammen, die zusammengekommen sind und die sich engagiert haben: Menschen, die hier geboren sind, und Menschen, die selbst eine Flucht und eine Migrationsbiographie haben; Menschen, die mehrsprachig sind, das sind die Älteren, das sind die Jüngeren, die zusammengekommen sind, und das sind auch muslimische und es

sind auch christliche Wienerinnen und Wiener - und ich bin mir sicher, das sind sogar Menschen auch aus Ihren Reihen. Ich glaube auch, dass es an Ihnen nicht spurlos vorbeigegangen ist, und ich weiß von manchen, dass Sie auch mit dabei waren und sich engagiert haben und hier etwas gemacht haben und Integration gelebt haben.

Integration in Wien hat letztes Jahr auch deswegen so gut funktioniert, weil es die Strukturen in Wien gibt, weil Wien sich auf ganz starke und engagierte NGOs stützen kann, vom Arbeiter-Samariter-Bund angefangen, über das Rote Kreuz, die Caritas, die Diakonie, die Volkshilfe, die über eine Expertise in diesem Bereich verfügen, die wissen, was sie machen und wie sie es machen. Und die es gut machen und das ganze Netzwerk (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*) der MA 17, die nicht erst letztes Jahr angefangen hat, Angebote zu entwickeln, sondern die auf bestehende Angebote zurückgegriffen hat, auf die Orientierungskurse, auf die Orientierungsmodule, die seit vielen, vielen Jahren in bewährter Weise angeboten werden, und auch auf die Struktur des FSW, der in kürzester Zeit eine ausgezeichnete Infrastruktur schaffen konnte.

Das ist das, was wir gemacht haben in Wien. Wir haben Menschen menschenwürdig betreut, während in anderen Ländern, in Nachbarländern geflüchtete Menschen marginalisiert wurden, diskriminiert und ausgegrenzt wurden. Und auch in diese Richtung möchte ich sagen: Während Teile Ihrer Fraktion gegen Kinder protestiert haben, wie in Erdberg, haben wir sichergestellt, dass alle Kinder Schutz und Sicherheit in Wien finden. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*) Kinderrechte sind uns ein sehr, sehr wichtiges Anliegen, und wenn Sie heute einen Antrag einbringen oder einbringen werden gegen die Zwangsverheiratung von Kindern, dann gibt es eine große Schere zwischen Ihren Worten und Taten. Frau Ullmann und Frau Matiassek und Frau Schütz, oder wer auch immer bei Ihnen den Antrag geschrieben hat, ich gehe davon aus, wenn Ihnen das Thema der Kinderrechte so wichtig ist, dass Sie dann auch für die entsprechenden Projekte stimmen werden, die wir im Gemeinderat behandeln werden, entgegen Ihres Abstimmungsverhaltens im Ausschuss. Denn wenn wir Entwicklungsprojekte der Entwicklungszusammenarbeit fördern, die sich gegen Zwangsverheiratung stellen, die sich gegen Kinderhandel stellen, die Sie dann ablehnen, die Sie ablehnen und leider aber auch die ÖVP ablehnt, und darüber hinaus, wenn wir Organisationen fördern in Wien, Vereine, die gegen Zwangsverheiratung arbeiten, die Sie nicht subventionieren, die Sie wiederholt und über Jahre nicht subventionieren und nicht mitunterstützen, dann gibt es eine Schere zwischen Ihren Worten und Taten. Und dann ist es scheinheilig, wenn Sie mit solchen Anträgen kommen und in der Praxis etwas ganz anderes leben und Kinderrechte Ihnen offensichtlich nichts bedeuten. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Rückblickend sind wir sehr stolz, zu sagen, dass Wien eine Menschenrechtsstadt ist, eine Kinderrechtsstadt - Kinderrechte sind tatsächlich einer der Schwerpunkte auch des Menschenrechtsbüros -, eine Stadt, in der die Menschenrechte gemeinsam mit allen gelebt und

umgesetzt werden. Und dafür gilt unser Dank tatsächlich auch allen aus der Zivilbevölkerung, die das möglich machen. - Vielen Dank. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Die Redezeit war 5 Minuten, daher beträgt die Restredezeit für die GRÜNEN 6 Minuten. Zu Wort gelangt Frau GRin Ullmann. Selbstgewählte Redezeit sind 6 Minuten.

GRin Elisabeth **Ullmann** (FPÖ): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Ich bin natürlich jetzt das direkte Gegenprogramm zu meinen Kolleginnen und Kollegen der rot-grünen Stadtregierung und versuche in den nächsten kurzen Minuten, die freiheitlichen Positionen zu den aufgelegten und aufgebrachten Themen darzustellen und weiß, dass ich und wir einen großen Teil der Wiener Bevölkerung hinter uns haben.

Zu unserer Frauenpolitik, die immer wieder kritisiert wird, ist zu sagen: Wir stellen uns einfach nicht unter das Diktat der linken, ideologischen Feministinnen. Unser Feminismus ist nicht unentspannt, er ist nicht unnatürlich, sondern er hat die Interessen und Ziele der Frauen im Sinn. (*Beifall bei der FPÖ.*) Und gerade da ist sehr viel zu sagen. Wir hören jetzt im Zuge der Rechnungsabschlussdebatte seit gestern unheimlich tolle Visionen, wahnsinnig gute Schlagworte und Namen für Programme, et cetera.

Tatsache ist, ein Drittel aller arbeitslosen Frauen in Österreich lebt in Wien. Und diese Zahl ist seit dem Vorjahr um 4,5 Prozent gestiegen. OECD Studie „Women in Work“, auch hier haben wir seit dem Jahr 2007 Punkte verloren, das heißt, wir haben sieben Plätze im internationalen Ranking verloren. Ich frage mich, wo die Effekte bleiben.

Frau Kollegin Hanke - ich weiß nicht, wo sie jetzt gerade ist -, in Wien sollen die Frauen in Freiheit leben können. Wunderbar, kann man alles eigentlich nur unterschreiben, Tatsache ist, und das ist genau das, was ich mit meinem Antrag auch sagen wollte: Wo ist die öffentliche Debatte, die transparente Debatte, ob es in Wien überhaupt Fälle von Kinderehen gibt? Ich höre nichts. Ich weiß zum Beispiel, dass in Baden-Württemberg 188 Fälle registriert worden sind. Wird das in Wien überhaupt registriert, oder ist es so wie bei den islamischen Kindergärten, dass man nicht hinschauen will, dass man das ignoriert und dass man aus falsch verstandener Toleranz fremden Kulturen gegenüber Dinge einfach sich entwickeln lässt - und dann schauen wir einmal? (*Beifall bei der FPÖ.*) Es kann ja auch nur in Ihrem Interesse sein, dass man sagt, man zieht hier klare gesetzliche Linien ein. Da müssen wir aber vielleicht auch als Magnet für Zuwanderung, und das ist Wien nun einmal, bei der Bundesregierung, beim Gesetzgeber sagen ... (*GRin Martina Ludwig-Faymann: Es gibt Gesetze gegen Zwangsehen!*) - Ja, die Ehemündigkeit, aber Sie wissen ganz genau, dass in Ausnahmefällen die Ehemündigkeit übergangen wird und dann - bitte, diese Beispiele gibt es - eventuell, so wie es jetzt in Bamberg war, ein Schariagesetz über das österreichische Gesetz gestellt wird.

Und das gilt es auf jeden Fall zu vermeiden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das heißt, der Gesetzgeber muss hier ganz klare Linien einziehen, das heißt, eine Altersgrenze und eine Linie, ab wann eine Ehe überhaupt in Österreich gestattet werden kann. *(GRin Dr. Jennifer Kickert: Die gibt es!)* - Okay, Sie wissen ja offensichtlich nicht einmal, wie viele zwangsverheiratete Mädchen sich derzeit in Wien befinden. Ich höre nichts davon. *(Amtsf. StR Dr. Michael Ludwig: Sie kümmern sich um Zwangsehen?!)* Ich wollte eine Anfrage machen, die ist abgelehnt worden, weil es angeblich Bundessache ist. Im Bund gibt es eine Anfrage, die läuft, nur ich dachte eigentlich, dass bei dieser intensiven Vereinsstruktur, die sich mit diesen Themen befasst, diese Dinge eigentlich bewusst sein sollten. Und ich weiß nicht, ob Sie so weit denken, dass, wenn eine Ehe nicht anerkannt wird, wenn sie nämlich nach der österreichischen Ehemündigkeit geht, diese Mädchen dann eigentlich im Regen stehen. Und da frage ich mich ... *(Zwischenrufe bei SPÖ und GRÜNEN.)* - Okay, sehr schön, Vereine subventionieren. Nein, es geht um etwas anderes. Uns fehlen hier auch die absoluten Kriterien, das heißt, wir würden diese Dinge und Programme für derlei Mädchen ja unterstützen, nur in Wien gibt es keine Kriterien, die Maßnahmen sind Wischiwaschi, wir haben keine Zielvorgaben. Im Endeffekt steht in den Jahresberichten dann drinnen, es hat stattgefunden, und die Effekte stehen in den Sternen.

Ich bringe hiermit den Antrag ein, dass sich der Gemeinderat bei der Bundesregierung dafür stark macht, dass klare Kriterien bei Anerkennung der Kinderehe geschaffen werden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Für meinen zweiten Antrag zu Gender Mainstreaming habe ich leider nicht mehr allzu viel Zeit. Ich war jetzt auch wieder bei einem sehr interessanten Vortrag der Gender-Mainstreaming-Beauftragten der Stadt Wien. Von der technischen Seite und wenn es darum geht, Benachteiligungen abzuschaffen und Frauen zu fördern, wunderbar, das können wir nur unterzeichnen. Nur, was daraus von der politischen herrschenden Klasse derzeit gemacht wird, unterschreiben wir nicht, da gehen wir nicht mit. Es geht darum, dass ein Binnen-I noch keinen einzigen Arbeitsplatz geschaffen hat. Es geht darum, dass ein Binnen-I noch keine einzige Frau vor Gewalt geschützt hat. *(GRin Mag. Barbara Huemer: Warum verschwenden Sie dann Ihre Zeit damit?!)* - Weil wir heute beantragen, dass das Binnen-I aus sämtlichen Textstücken und Publikationen der Verwaltung der Stadt Wien eliminiert wird. *(Beifall bei der FPÖ.)* Und wie es schon die Frau Walburg-Ernst - nicht Ernst-Walburg -, die Vorsitzende des Komitees zur Regelung des Schriftverkehrs des Österreichischen Normungsinstitut gesagt hat: „Die Sprache dient der klaglosen Verständigung und nicht der Durchsetzung zweifelhafter politischer Ziele.“ Sprachliche Gleichberechtigung und faktische Gleichberechtigung sind verschiedene Paar Schuhe.

Es gibt auf der anderen Seite auch noch die auch von Universitätsprofessoren unterstützten Forderungen dagegen: die Unlesbarkeit, die Benachteiligung Sehbehinderter, et cetera. Es spricht eigentlich sehr viel dage-

gen, und bevor die faktischen Ungleichbehandlungen nicht abgeschafft sind, sollten wir eigentlich auch unsere deutsche Sprache damit in Ruhe lassen. - Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Die Redezeit war 6 Minuten, Restredezeit für die FPÖ ist 17 Minuten. Als Nächster zu Wort gemeldet ist GR Peter Kraus. Selbstgewählte Redezeit 5 Minuten, Fraktionsredezeit noch 6 Minuten.

GR Peter **Kraus**, BSc *(GRÜNE)*: Herr Vorsitzender! Geschätzte Frau Stadträtin! Liebe Kolleginnen, Kollegen!

Lassen Sie mich kurz anfangen mit einer schon etwas weiter zurückliegenden Wortmeldung von Frau Kugler. Sie haben ein bisschen über die Kinder geredet in dieser Stadt, und wenn man Ihnen so zuhört, muss ich ehrlich sagen, bekommt man das Gefühl, in dieser Stadt leben nur handysüchtige, desinteressierte Kinder. Ist das wirklich Ihr Bild der Kinder in unserer Stadt? *(GRin MMag. Dr. Gudrun Kugler: Machen Sie die Augen auf!)* - Okay, das Bild der Frau Kugler ist, dass alle Kinder in der Stadt handysüchtig und desinteressiert sind.

Mein Bild ist das nicht. Frau Kugler, es hat sich in den letzten Jahren etwas getan im Bildungssystem, es hat sich etwas getan bei der Jugend. Digitalisierung wird auch für die Zukunft unserer Kinder eine wahnsinnig wichtige Rolle spielen, es wird neue Formen des Schulunterrichts geben. Und wenn das Ihr Bild unserer Jugend der Zukunft ist, dann wundert mich auch nicht, dass nichts weitergeht mit der ÖVP.

Ein anderer Punkt noch, weil Sie „Augen aufmachen“ sagen: Sie haben sehr viel über Familien geredet, eine Frage haben Sie mir nicht beantwortet. Was ist denn Familie für sie? *(GRin MMag. Dr. Gudrun Kugler: Gefördert soll werden, wo Kinder sind!)* - Gut, auch wieder keine Antwort. Es gibt in Wien sehr, sehr viele Definitionen von Familien, es gibt Regenbogenfamilien, es gibt die sogenannte klassische Vater-Mutter-Kind-Familie, es gibt alleinerziehende Väter, es gibt alleinerziehende Mütter, es gibt ganz, ganz viele verschiedene Formen von Familien. Sie sagen zwar immer - und ich glaube, Sie haben das ein paar Mal gesagt -, es gehe um die Freiheit und um die Wahlfreiheit, ja, aber gleichzeitig sind Sie die Partei, die vorschreiben will, was Familie ist. Wie geht denn das zusammen? Wie geht das zusammen, dass Sie dann in ein Partnerschaftsgesetz hineinschreiben, was denn alles zum Beispiel für Regenbogenfamilien verboten ist? - Übrigens mittlerweile eh schon alles vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben: ein Adoptionsverbot, ein Fortpflanzungsmedizinverbot, ein Bindestrichverbot. Das war der ÖVP so wichtig, dass man definiert, was da alles nicht erlaubt ist, nur weil Sie glauben, was Familie ist. *(Zwischenruf von GRin MMag. Dr. Gudrun Kugler.)* - Gut, Sie haben mir noch immer nicht gesagt, was für Sie Familie ist.

Kommen wir jetzt zu ein paar Themen, die ich zum Rechnungsabschluss noch ansprechen möchte. Das eine, und die Frau Hanke hat es vorher schon gesagt, darum will ich gar nicht mehr zu viel darüber verlieren, ist die außerschulische Jugendarbeit. Ich habe die letzten Monate als Jugendsprecher meiner Partei, gemeinsam

mit Frau Hanke, einige Einrichtungen besuchen dürfen und kann nur berichten, welche großartige Arbeit die Einrichtungen der außerschulischen Jugendarbeit hier leisten, auch integrative Arbeit. Wir haben gesehen, dass sehr viele Neuankömmlinge in unserer Stadt die Angebote der außerschulischen Jugendarbeit ja auch annehmen. - Das ist eine gute Nachricht für die Stadt, auch was den Zusammenhalt und das Zusammenwirken in unserer Stadt betrifft.

Der zweite Punkt, auf den ich noch eingehen möchte - in aller Kürze, da meine Zeit schon knapp wird -, ist die Wiener Antidiskriminierungsstelle, die auch Frau Hanke schon angesprochen hat, die es ja jetzt schon seit 15 Jahren gibt. Mit dem Kleinprojektetopf haben wir auch im letzten Jahr wieder einige tolle Projekte gefördert, ganz aktuell, da ja gerade Europameisterschaft ist, auch ein Projekt gegen Homophobie im Fußball - finde ich wahnsinnig spannend -, darüber hinaus natürlich viele Beratungsangebote. *(GR Mag. Dietbert Kowarik: Das sind die brennenden Probleme unserer Gesellschaft!)* - Ja, wenn Sie es nicht spannend finden, dann ist das Ihre Geschichte, ich darf es trotzdem spannend finden. Wissen Sie, eineinhalb Wochen nach Orlando bei Homophobie über Sorgen zu sprechen, finde ich schon ein bisschen ... *(GRin Dr. Jennifer Kickert: Gewalt! - Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)* - Nein, es ist eigentlich nicht gewagt, es ist geschmacklos, eigentlich ist es geschmacklos.

Es sind darüber hinaus internationale Aktivitäten, da Menschenrechte eben nicht an einer Stadtgrenze Halt machen, auch nicht an einer Landesgrenze, und im Rainbow-Cities-Netzwerk vertreten sind.

Abschließend möchte ich noch im Namen meiner ganzen Fraktion der MA 13, die ja für die außerschulische Jugendarbeit zuständig ist, und den vielen, vielen Einrichtungen, die da großartige Arbeit leisten, danke sagen. Ich möchte den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Wiener Antidiskriminierungsstelle großen Dank aussprechen, auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Büro der StRin Frauenberger - ein wahnsinnig engagiertes junges Team, mit dem ich wirklich sehr gerne zusammenarbeite, muss ich sagen -, und zuletzt auch der StRin Sandra Frauenberger selbst.

Ich möchte jetzt nur einen Eindruck hier hereinholen, den ich vor eineinhalb Wochen bei der Regenbogenparade hatte, als 130.000 Menschen beim Votivpark gestanden sind, gemeinsam mit uns gefeiert haben, 130.000 Menschen unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlicher sexueller Identität, unterschiedlicher sexuellen Orientierung. Und diese 130.000 Menschen haben das wahre Bild von Wien gezeigt: Wien ist eine weltoffene Stadt, Wien ist eine Stadt, in der alle Menschen Akzeptanz finden. Und Sandra, das ist auch dein Verdienst - vielen Dank dafür. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Damjanovic, selbstgewählte Redezeit 6 Minuten.

GR Nemanja **Damjanovic**, BA (FPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren! Geschätztes Publikum!

Vereinssubventionen sind ein wichtiges Thema, und vor allem im Bereich Integration wird es von Jahr zu Jahr eine komplexere Materie für das schwer angeschlagene Budget. Sehr oft haben hier in der Plenarsitzung die Vertreter der regierenden Parteien über die Tätigkeiten, Ziele, Zwecke und Erfolge jener Vereine gesprochen, die seitens der Stadt Wien immer brav und mächtig finanziell unterstützt worden sind. Die sogenannten Experten konnten mich mit ihrer Vereinskompentenz und kontroversen Vereinsideologie überhaupt nicht überzeugen. und ich bleibe dabei, dass die meisten von der Regierung geförderten Vereine keine natürlichen, sondern künstlich gemachte Vereine sind. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Heutzutage ist für die Stadtregierung sehr vieles, was in Wahrheit normal ist, nicht mehr normal, und darum brauchen wir uns nicht wundern, wenn der schlechte Trend weiterhin fortgesetzt wird und wenn aus einer Integration, dank der Regierung, eine Desintegration entsteht. Ich werde Ihnen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, zwei Beispiele und tatsächliche Ereignisse nennen und überlasse es Ihnen selbst, die Entscheidung zu treffen, ob es sich bei diesen um eine erfundene Phantasie oder bittere Realität handelt.

Beim Verein „NACHBARINNEN in Wien“ sind Nachbarinnen die Frauen mit türkischer, arabischer, somalischer und tschetschenischer Muttersprache, somit wird eine allerwichtigste Voraussetzung der erfolgreichen Integration beinahe eliminiert: die Einbindung der Vertreter der Aufnahmegesellschaft. Es ist uns allen klar, dass die Integration in Österreich nicht ohne Österreicher, ohne österreichische Kultur und deren Werte stattfinden kann. *(Beifall der FPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, manche Vereine, die keine wirklichen Wirkungsziele haben, werden sozusagen für ihre kontraproduktiven Tätigkeiten im Bereich der Integration mit den Subventionsgeldern belohnt, und der Bürger wird weiterhin verpflichtet, in den Topf ohne Boden brav einzuzahlen, ohne zu ahnen, was mit seinem Geld wirklich geschieht. *(Beifall bei der FPÖ.)* Integrationsprozesse dürfen auf keinen Fall die Benachteiligung für die eigene Bevölkerung bringen.

Wir haben derzeit auch im Bildungssystem mit massiven Problemen zu kämpfen, Kinder und Jugendliche werden Teile mancher Experimentversuche im Bereich der Bildung und Integration. Wie uns zuletzt aus Simmering bestätigt wurde, in einigen Schulklassen in Wien, die mehrheitlich aus Schülern mit Migrationshintergrund gebildet sind, werden seitens der Lehrerinnen und Lehrer oftmals fremdsprachige Unterrichtsmaterialien verwendet. Schülern mit entsprechenden Deutschdefiziten wird dadurch das Erlernen der deutschen Sprache massiv erschwert, zudem wird der Schüler noch stärker sozial entfremdet.

Die Verwendung fremdsprachiger Unterrichtsmaterialien läuft erfolgreichen Integrationsprozessen, wie zum Beispiel Einführung der Kindergartenpflicht, Deutsch vor Schulbeginn, et cetera zuwider. Gerade in den Mittel-

schulen ist es wichtig, dass Schüler mit Migrationshintergrund entsprechende Deutschkenntnisse erlernen und ausbauen. Nur durch das korrekte Erlernen der deutschen Sprache haben Kinder die Chance, nach Schulabschluss eine zukunftssträchtige Karriere einzuschlagen. Die deutsche Sprache ist die Basis für eine erfolgreiche Integration in die Gesellschaft und das effektivste Mittel zur Bekämpfung von Parallelgesellschaften. Diesbezüglich möchte ich einen Beschlussantrag einbringen:

„Die Wiener Stadtregierung wird aufgefordert, sicherzustellen, dass die deutsche Sprache die einzig zulässige Unterrichtssprache in den Wiener Schulen ist. Unterrichtsmaterialien dürfen ausschließlich in deutscher Sprache vorliegen, davon betroffen sind Lehrmaterialien wie Schulbücher, aber auch Schularbeiten, Tests und andere Prüfungen. Ausgenommen von dieser Regelung ist der Fremdsprachenunterricht, nicht betroffen sind zudem internationale Schulen, wie zum Beispiel Lycée Français oder die American International School.“

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ (Beifall bei der FPÖ.)

Sehr geehrte Damen und Herren, die derzeitige rot-grüne Integrationspolitik, die unsere Gesellschaft sehr spürbar spaltet, die alle vernünftigen und produktiven Vorschläge ausgrenzt, die sich immer mehr von der Bevölkerung entfremdet, die die Bevölkerung verunsichert, die mit eigenen fehlerhaften Handlungen massiv das Stadtbudget belastet, diese Integrationspolitik ist nicht mehr tragbar. (Beifall bei der FPÖ.)

Der Wähler wird sich das nicht mehr lange bieten lassen und wird bald diese Wiener Regierung abwählen. (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Kollege Damjanovic hat 6 Minuten gesprochen, das heißt, die Restredezeit der FPÖ-Fraktion beträgt 11 Minuten. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich GR Mag. Hobek. 6 Minuten selbstgewählte Redezeit. Ich erteile ihm das Wort.

GR Mag. Martin **Hobek** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Gäste, sehr schütter auf den Rängen und hoffentlich mehr daheim vor den Bildschirmen!

Wenn man bei der Rechnungsabschlussdebatte in Wien über Integration spricht, dann drängt sich heuer der Name Mirsad Omerovic auf, weil er die verschiedenen Facetten der Förderpolitik in Wien wunderschön aufzeigt. Sie wissen, wer Mirsad Omerovic ist, er ist mit seinem Zweitnamen Ebu Tejma der Hauptrekruteur und der Hauptaktivist der al-Nusra, das ist der syrische Zweig der al-Qaida, und er gilt als wichtigstes Bindeglied zwischen der Dschihadistenszene in Wien und in Bosnien. Seit Februar 2016 steht er in Graz vor Gericht, und das Verfahren hat sich sehr bald als so brisant erwiesen, dass man es auf die zweite Jahreshälfte verlegt hat. Der Prozess in Graz hat sich eher zufällig ergeben, da dort die erste Anzeige nach einer seiner Predigten gemacht wurde. Für Omerovic und seinen Mitangeklagten, einen tschetschenischen Asylwerber, ist das eine eher ungünstige Geschichte, denn in Graz ist man nach einer Amok-

fahrt eines angeblich katholischen Islamisten am 20. Juni 2015 mit drei Toten und Dutzenden Verletzten natürlich sehr sensibilisiert. Umso erschütterter war der Staatsanwalt, was Wien betrifft. Und zwar hat der Staatsanwalt in Graz Folgendes gesagt - man kann das in der „Presse“ vom 22. Februar 2016 nachlesen -: „In Wien habe Omerovic ‚Kinder unterrichtet‘ - unterrichten dürfen, sagt der Ankläger. Genauer: ‚Der Mann war Lehrer in Wien. Ich verstehe das überhaupt nicht. Das ist in Wien möglich.“

Ja, Mirsad Omerovic hat hier in Wien in einer ägyptisch-österreichischen Schule unterrichtet. Gut, jetzt sollte man eigentlich in Wien, wenn eine ägyptische Schule gegründet wird, vielleicht ein bisschen hellhörig sein. Wir wissen ja, dass in der islamischen Welt - die jetzt in ihrer Zeitrechnung das Jahr 1437 schreibt, wir wissen, was im Christentum im Jahr 1437 war, wo man da gestanden ist - momentan der religiöse Fundamentalismus kein Minderheitenprogramm ist. Im Gegenteil, wir haben das bei der ersten und bisher einzigen freien Wahl in Ägypten vom Jahreswechsel 2011 auf 2012 gesehen, es gab viele Parteien, aber die meisten haben unter 10 Prozent bekommen. Es gab nur 2 große Parteien, mit 37,5 Prozent die fundamentalistischen Muslimbrüder und mit 27,8 Prozent die Salafisten. Die haben also zwei Drittel der Stimmen dort in Ägypten bekommen (GR Mag. Rüdiger Maresch: Was war in Tunesien?), und wenn man bedenkt, dass knappe 10 Prozent der Bevölkerung christliche Kopten sind, die dort alltägliche Leiden durchmachen müssen, dann kann man sagen, dass drei Viertel der muslimischen Bewohner in Ägypten entweder Fundamentalisten oder Ultrafundamentalisten sind. Das heißt, wenn in Wien private Rauschebärte aus Ägypten kommen (GRin Mag. Faika El-Nagashi: Jetzt reicht's aber!) und sagen, wir wollen eine Schule machen, dann sollte man es vielleicht untersuchen. (GR Mag. Rüdiger Maresch: Wie war das in Tunesien? Da war es auch so, oder?) Stattdessen hat man einfach gesagt, okay, ihr kriegt das Geld.

Und es hat sich in diesem Prozess in Graz sehr schnell herausgestellt, dass Herr Omerovic, der Hauptschihadist, der dort als Lehrer unterrichtet hat, von der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich entsandt wurde und dass er vom Wiener Stadtschulrat finanziert wurde. (GR Dipl.-Ing. Omar Al-Rawi: Ungeheuerlich!) - Ja genau, das ist ungeheuerlich, da haben Sie völlig recht. Und dann hat er nicht mehr unterrichtet, dann war er quasi Privatier, der nur mehr gepredigt hat. Wie hat er das gemacht, wie hat er sich finanziert, wo hat er gewohnt? Er wohnte im Gemeindebau. Da gab es dann auch die schöne Zeitungsschlagzeile: „Hassprediger aus dem Gemeindebau“. Und er hat Sozialhilfe bezogen, denn er hat sechs Kinder. Wir wissen ja seit April dieses Jahres, wie viel eine afghanische Familie mit neun Kindern bekommt, nämlich 5.682 EUR allein durch Sozialhilfe.

Man sieht also, mit wie vielen Möglichkeiten die rot-grüne Stadtregierung in Wien islamischen Fundamentalismus unterstützt. Und es ist eigentlich völlig absurd, denn gerade der Salafismus wird in Europa durch Saudi-

Arabien gestützt, und ja, die Herren bauen ihre Paläste, haben goldene Wasserhähne, das ist ja alles kein Klischee, sie bauen hunderte Meter hohe Hochhäuser, sie kaufen europäische Spitzenklubs im Fußball. Und für die Lebenserhaltung dieser Epigonen zahlt dann die Stadt Wien. Warum macht sie das? Damit sie diese an den Tropf bringen kann, damit eine finanzielle Abhängigkeit besteht, und man hofft natürlich auf Wählerstimmen. Und das ist völlig absurd, denn während Sie schauen, ob ein Plakat vielleicht sexistisch ist und wie man die Sprechweise mit irgendwelchen Großbuchstaben und möglichen Sternderln gendert, unterstützen Sie jene, die ganz andere Pläne haben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir bringen daher heute einen Beschlussantrag ein, dass sich der Gemeinderat dafür ausspricht, dass das saudi-arabische König-Abdullah-Zentrum nicht mehr fortgeführt wird. Und an die beiden Fraktionen der rot-grünen Regierung möchte ich noch einen Satz richten: Nur die dümmsten Kälber subventionieren ihre Schlächter selber. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Kollege Hobek hat 6 Minuten Redezeit verbraucht. Das heißt, es bleibt für den nächsten Redner der FPÖ 5 Minuten Restredezeit. Ich erteile Kollegen Aigner das Wort.

GR Dr. Wolfgang **Aigner** (FPÖ): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin!

In aller Kürze, es sind ja schon sehr viele Themenbereiche seitens meiner Kollegen angeschnitten worden. Ich glaube, es ist durchaus sinnig und stimmig, dass Integration und Bildung in einer Geschäftsgruppe sind, und zwar deshalb, weil sich die mangelnde Integration der letzten Jahrzehnte nirgends so sehr fokussiert und Probleme bereitet wie im Bildungsbereich. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Für mich ist die Stadt Wien in diesem Bereich strukturell überfordert, und das nicht erst seit der großen Einwanderungswelle im letzten Jahr, sondern das schon seit Jahrzehnten. Es ist uns großteils nicht gelungen, die zweite und dritte Generation so zu integrieren, dass es auch zu einer Annahme unserer kulturellen Gegebenheiten kommt, dass die Menschen nicht nur dem Namen nach, sondern auch von der Gesinnung, von der Einstellung her richtige Europäer und Österreicher geworden sind. Das wird jetzt noch verstärkt durch das Öffnen der Grenzen, durch das Hereinlassen von zehntausenden Menschen, die aus gänzlich anderen Kulturkreisen kommen. Und wo treten die Probleme zuallererst auf? - Im Bildungsbereich. Wenn Sie sich den Gratiskindergarten anschauen, den Sie so bejubeln und den Sie so belobigen, wenn Sie anschauen, wie sehr Sie selbst überfordert waren, Sie haben die Plätze nicht gehabt, Sie sind abhängig davon, dass irgendwelche privaten Gruppen im kleinsten Kreis Plätze schaffen, die dann gefördert werden, und Sie brauchen eine Studie von außen, von der Universität, die Ihnen den Spiegel vor Augen hält, wie es in Ihren eigenen geförderten Kindergruppen ausschaut, so zeigt das schon, Sie sind einfach nicht in der Lage, die Probleme zu erkennen, weil Sie in einer völligen Scheinwelt leben. Sie haben sich die Welt so zurechtgezimmert, wie Sie sie gerne hätten.

Wir haben nicht nur Parallelgesellschaften, wir haben richtige Gegengesellschaften, und das mit Förderungen. Da gibt es Vereine, der Herr Aslan hat das ja aufgezeigt, wo im Impressum drinsteht, was diese Herrschaften im Schilde führen, und Sie kriegen dennoch die Förderungen. Sie haben ein System geschaffen, das Sie selbst nicht mehr überblicken können. Jetzt müssen wir eben schauen, dass wir das Beste daraus machen. Es kann nur in die Richtung gehen, dass wir die großen institutionellen Trägerorganisationen stärken, dass dort Plätze geschaffen werden, einerseits im Bereich der Stadt Wien und andererseits bei den großen Trägern wie Kinderfreunde, wie den KIWI, in den kirchlichen Vereinigungen, dass man wegkommt von der Abhängigkeit von den kleinen Kindergruppen, wo die pädagogische Qualität nicht sicherzustellen ist. Und daher bringe ich einen diesbezüglichen Beschlussantrag ein. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es wurde bereits bei der Novelle zum Tagesbetreuungsgesetz angekündigt, Sie sind ja selber schon draufgekommen, dass man mit einem Crash-Kurs von 90 Stunden kein Kindergartenpädagoge werden kann - das ist ja völlig absurd -, dass man das auf 400 Stunden anheben soll. Es ist, glaube ich, die Verordnung bis heute noch nicht erlassen worden. Auch diese 400 Stunden sind nur ein Minimum, und diese sollen nur für neu einzurichtende, für neu zu bewilligende Kindergruppen gelten. Auch das ist absurd, denn wenn uns die Kinder etwas wert sind, dann müssen auch die bestehenden Gruppen auf dieses pädagogische Niveau angehoben werden. Auch diesbezüglich möchte ich einen Beschlussantrag einbringen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Insgesamt muss man schon sagen, wenn man sich anhört, welche Schwerpunkte Sie auch inhaltlich setzen - wir haben Straßenschlachten am helllichten Tag im 20. Bezirk, wir haben Sittenwächter in der Millennium City, es wird gestochen, es wird geprügelt, es ist nicht mehr so, dass die normale Polizei damit zurande kommt, es müssen die WEGA und die Cobra herangezogen werden, weil das der normale Polizist gar nicht mehr bewältigen kann. Und was ist Ihre Antwort? Noch mehr Vereine, eine Straßenschlacht zwischen Afghanen und Tschetschenen im unmittelbaren Nahebereich der Base 20. Ich meine, man muss doch einmal dazu kommen, dass das ganz andere Jugendliche sind, dass das ganz andere Probleme sind. Das kann man nicht nur mit Streetworkern und einem 150. Verein gestalten. Sie reden von der Frauenpolitik, und wir haben das Problem, dass immer mehr muslimische Schüler und Eltern den Frauen nicht einmal die Hände geben wollen. Das ist Frauenproblematik heutzutage und nicht das Verhunzen unserer Sprache, das hilft niemandem. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir möchten, dass den Polizistinnen und den Lehrerinnen der ihnen gebührende Respekt zugebracht wird. Und es kann nicht sein, dass man das negiert und dass man sich da auf die Religion ausreden kann, dass man den Händedruck verweigert. Das wären Probleme, die man ansprechen sollte, aber da müsste man die Probleme

me zuerst einmal erkennen, und Sie sind ja Großmeister im Verweigern der Realitäten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Es wurden 5 Minuten Redezeit verbraucht. Das heißt, die Freiheitlichen haben keine Restredezeit mehr. Als Nächste auf der Rednerliste steht Frau GRin Mag. Emmerling, sie hat 12 Minuten Redezeit. - Bitte schön.

GRin Mag. Bettina **Emmerling**, MSc (NEOS): Danke, Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Ich möchte mich noch einmal zu Wort melden, und zwar zum Thema Kindergärten. Ich glaube, die Stadt Wien hat in den letzten Jahren vorbildhaft die Anzahl an Kindergartenplätzen ausgebaut. Ich glaube, wir haben in keinem anderen Bundesland ein so gutes Angebot wie in Wien, das ist absolut toll und zu begrüßen. Die Qualität der Kindergärten wird immer wieder von allen Fraktionen und vor allem von der Opposition angesprochen. Ich glaube, da wird schon noch zu viel weggeschaut und vor allem nicht wirklich nach einer Lösung gesucht. Dass die pädagogische Ausbildung auf 400 Stunden aufgewertet wird, ist gut, ist wahrscheinlich aber noch nicht genug, denn der Kern des Problems ist ein ganz ein anderer, und da fange ich mit dem Betreuungsschlüssel bei den Kindergärten an: Wir haben Kindergärten und Kindergruppen, in denen der Betreuungsschlüssel zur Zeit 1 zu 25 ist, also 25 Kinder und eine Pädagogin oder ein Pädagoge, und dazu noch ein Assistent. *(Beifall bei den NEOS.)*

Wenn wir wirklich Kindergärten als Bildungseinrichtung ansehen wollen, und das wollen Sie ja, glaube ich, auch, dann ist das absolut zu wenig. Aber warum haben wir so einen Betreuungsschlüssel? - Weil wir nicht mit den Beschäftigten in diesem Bereich zurande kommen. Wir haben zu wenige BetreuerInnen, zu wenige PädagogInnen, die diesen Weg wählen. Woran liegt das? - Natürlich an der schlechten Bezahlung und daran, dass dieser Berufszweig nicht genügend wertgeschätzt wird, wobei er aber einer der verantwortungsvollsten und wichtigsten überhaupt für die Zukunft unserer Kinder ist. Das heißt, eine Aufwertung der Ausbildung ist dringend notwendig, und diese miese Bezahlung muss aufhören!

Da komme ich auf Kollegin Huemer zurück, die vorhin gesagt hat, dass die Luxuspensionen, die wir in Wien bis 2042 ausbezahlen, die Zukunftsinvestitionen für sie sind. Da könnte man doch sparen und das Geld in die Kindergärten stecken. *(Beifall bei den NEOS.)* 12 Prozent dieser Luxuspensionen sind über dem ASVG-Wert von 3.400 EUR, und wir haben teilweise Summen von bis zu 14.000 EUR im Monat. Das sind Privilegien, die Sie in Wien leider mit Händen und Füßen verteidigen, und, liebe GRÜNE, auch Sie machen hier leider mit. Dabei wäre das Geld in der Zukunft und vor allem für die Zukunft der Kinder wohl besser aufgehoben. - Danke. *(Beifall bei den NEOS.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: 3 Minuten Redezeit verbraucht, es bleiben noch 9 Minuten für die NEOS. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist GR Vettermann. Restredezeit der Sozialdemokratischen Fraktion sind 17 Minuten. Ich erteile Ihnen das Wort.

GR Heinz **Vettermann** (SPÖ): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Liebe Stadträtin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

So lange werde ich es nicht machen, aber ich wollte mich nicht zu einer tatsächlichen Berichtigung melden, da doch viel gesagt worden ist, das einfach nicht passt. Da kann ich gleich beim Kollegen Aigner anschließen: Sie sind wiederum Meister beim Konstruieren einer eigenen, allerdings falschen Wirklichkeit. Ihre Maßnahmen zielen auf ein selbstgeschaffenes Trugbild; und das kann es ja eigentlich auch nicht sein. Es wurde ja schon gesagt, zu vielen Dingen gibt es schon Regelungen, zum Beispiel die Kindergruppen betreffend eine größere Ausbildung. Ja, die etablierten Trägerinnen und Träger bekommen die neuen Kindergruppen, die neuen Kindergärten. Das alles wird schon gemacht, es wurde hier und heute gefordert. Super Sache, wir haben es ja auch gemeinsam beschlossen.

Und zu ein, zwei Dingen werde ich aber doch auch einen Kommentar abgeben: Ich meine, wenn gesagt wird, das Binnen-I schafft ja keinen Arbeitsplatz, muss man sagen, auch das Nicht-Binnen-I schafft keinen. Aber was das Binnen-I schon schafft, ist Bewusstsein. Und wenn man sagt, wir wollen etwas ändern, dann wird man doch wohl zuerst das Bewusstsein ändern müssen, ehe man die Wirklichkeit ändert und das dann auch in die Realität und dann noch in die Arbeitsplätze und in die Gesellschaft reinbringt. Also das war schon eine sehr entlarvende Diskussion. Ich kann sagen, Sprache schafft Bewusstsein, und gerade deshalb kommen ja gerade Ihre, sagen wir mal, eigens konstruierten Wirklichkeiten zustande.

Zur Kollegin Schwarz: Jetzt komme ich eigentlich zu den Fakten, warum ich mich ursprünglich melden wollte. Sie fragen: Wenn jemand nicht genug Deutsch kann, wieso kommt der gleich in die Schule? Wieso kommt der gleich in die Klasse? - Ich meine, wissen Sie nicht, dass es seit vielen Jahren Vorschulklassen gibt? *(GRin Sabine Schwarz: Ja, funktioniert ja sehr gut!)* Einer der Hauptgründe und nicht der einzige Grund, warum man in eine Vorschulklasse kommt, ist genau der, dass man dem Unterricht nicht folgen könnte, wenn man noch nicht genügend Deutsch kann. Es gibt ja immer weniger, und warum? - Weil die Kindergartenpflicht jetzt greift, weil jetzt sozusagen immer weniger Kinder kommen, die nicht genug Deutsch können. *(GRin Sabine Schwarz: Ja, in die Vorschulklasse!)* Die Anzahl sinkt, aber wenn das der Fall ist und ein Kind nicht gut Deutsch kann, ist es zuerst ein ganzes Jahr in der Vorschulklasse. Das ist in ganz Wien so, und Sie sagen und tun so, als ob das nicht so wäre. Also bitte, nehmen Sie diese Wirklichkeit zur Kenntnis, dann können wir immer noch diskutieren, da gibt es genug Themen! Aber das sollten Sie einmal akzeptieren!

Zum Kollegen Maximilian Krauss: Ich finde das echt, ich will nicht sagen, beschämend, aber entlarvend - das ist ein gutes Wort -, dass Sie zum Barcelona-Ziel sagen: Was soll das für ein Ziel sein? Ist es, dass die Kinder auf der Karte Barcelona finden? - Hallo? Ich meine, das ist wirklich ein starkes Stück! Das Barcelona-Ziel ist eine

internationale Vereinbarung, bei der klar ist, dass man versucht, für 33 Prozent der 0- bis 3-jährigen Kinder einen Kindergartenplatz anzubieten. Sie machen darüber einen Witz! (*GR Mag. Rüdiger Maresch: Nein, er hat es ernst gemeint!*) - Genau, er hat es ja gar nicht gewusst, das ist noch ärger. Er hat keinen Witz gemacht, sondern er weiß es einfach nicht. Er kennt das Ziel nicht und wundert sich, warum wir uns darüber freuen, weil es international sehr selten erreicht wird. Wir haben 45 Prozent, wir haben als einziges Bundesland in ganz Österreich das Ziel erreicht, alle anderen sind weit hinten. Wenn man da sagt, das ist eine tolle Sache und zum Rechnungsabschluss sagt, dafür verbrauchen wir das Geld, kommen Sie raus und fragen: Was ist das für ein Ziel, dass man Barcelona trifft? (*Zwischenruf bei der FPÖ.*) Das ist wirklich eine starke und entlarvende Sache.

Wenn Sie sagen, Rot-Grün spaltet, auch was die ganzen Vereine betrifft - ich will mich jetzt nicht zu sehr in die Diskussion einlassen -, so ist aber eines klar: Wer nichts fördert und gegen alles ist, hat auch ein Wirkungsziel, nämlich die bestehende Ungleichheit zu verfestigen. Und die FPÖ fördert nichts, ist gegen alles und hat daher auch ein klares Wirkungsziel. Und sonst könnten wir einmal über alles andere auch diskutieren, darüber, welches Wirkungsziel wirkt. Das wollte ich Ihnen auch mitgeben. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Jetzt kommen wir noch zu ein, zwei ebenfalls Fakten, weil man gesagt hat, ha ha, die ägyptische Schule, der Stadtschulrat fördert das alles und die bekommen sofort eine Schule. - Ganz das Gegenteil war der Fall, es ist eines der besten Beispiele, Wien ist hier von ganz Österreich und auch international am härtesten vorgegangen. Diese Schule gibt es gar nicht mehr, es war ein rechtlich sehr schwieriger Prozess, denn Ägypten ist ja nicht irgendein Land, zu dem man sagt, ihr dürft keine Schule machen, das ist ausgeschlossen. Es ist sozusagen ein wirkliches Kulturland. Sie hatten die Schule für kurze Zeit, sie haben Auflagen bekommen, und sie haben sie jetzt nicht mehr. Es war also nicht so, dass wir irgendwas nachgeworfen haben, es war nicht so, dass nicht kontrolliert worden ist. Es war so, dass es nach zwei Jahren abgedreht worden ist. Das zeigt, wie Kontrolle funktioniert. Wien geht hier hart vor und ist sehr vorbildhaft. All diese Behauptungen sind daher nicht wahr! Das wollte ich Ihnen einfach einmal auch mitgeben. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Und die Unterrichtssprache ist und bleibt Deutsch, da brauchen Sie sich keine Sorgen zu machen. Daher sind all diese Anträge auch gänzlich sinnlos und unnötig, denn da gibt es ebenfalls keine Beispiele.

Zum Kollegen Aigner: Er weiß es ja an sich eh besser, aber er ist bei der FPÖ, also macht das sozusagen die Dinge dann klarer. Aber eine Geschichte betreffend die Kindergärten: Wenn jemand Geld unterschlägt, ist das natürlich eine harte Sache, und wenn das - das entnehme ich Zeitungsberichten - für Koks, Alkohol und Sexpartys vergeben wird, lehne ich das absolut ab. Aber was da ganz genau der islamistische Background ist, ist natürlich unklar. Nichtsdestotrotz muss das unterbunden

werden, muss angezeigt werden. All das ist ja geschehen, natürlich durch die MA 10 selbst. Und ja, weil man immer nur sagt: Warum macht Wien nichts? - Wien macht es, denn sonst wüsste es die Opposition gar nicht. So ist es, Sie könnten uns gar nichts vorwerfen, würden die eigenen Kontrollmechanismen nicht funktionieren. Es zeigt sich auch hier, dass es entsprechend funktioniert hat und dass auch diese Behauptungen eigentlich nur polemisch sind. Daher bitte ich Sie: Bitte informieren Sie sich, denn dann können wir zumindest über Fakten diskutieren! Da kann man dann immer noch anderer Meinung sein, werden wir wahrscheinlich auch sein, aber dass wir uns hier und heute nicht Zeit stehlen, aber Zeit nehmen müssen, um sozusagen eigene Trugbilder, Behauptungen, die einfach nicht stimmen und die ganz leicht durch Faktenstudium aus der Welt zu schaffen wären, um das alles zu widerlegen, ist eigentlich einer wirklich politischen und inhaltlichen Diskussion, die spannend wäre, nicht zuträglich. Deshalb bitte ich Sie, bleiben Sie bei den Fakten, dann werden Sie erkennen, dass auch viele unserer Gelder gut ausgegeben wurden! - Vielen Dank. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Kollege Vettermann hat 7 Minuten gesprochen, das heißt, die Restredezeit der SPÖ beträgt 10 Minuten. Wir haben noch jemanden auf der Rednerliste, Frau Kollegin El-Nagashi hat sich ein zweites Mal zu Wort gemeldet. Ihre Redezeit beträgt 1 Minute. - Ich erteile Ihnen das Wort.

GRin Mag. Faika **El-Nagashi** (*GRÜNE*): Frau Ullmann, Sie wissen wahrscheinlich, also ich gehe davon aus, dass Sie wissen, dass es eine Anfrage von Ihrem Kollegen Hofer gibt, und zwar zur Lesbarkeit des Binnen-I. Und es gibt auch eine parlamentarische Antwort von der damaligen Ministerin Schmied darauf, nämlich dass die Screenreader und auch die Braillezeile-Ausgabegeräte keine Schwierigkeit haben, das Binnen-I auszugeben. Also bitte argumentieren Sie nicht mit dem Behindertengesetz in Ihrer Anfrage, sondern sagen Sie deutlich, dass es eine ideologische Sache ist, mit der Sie sich hier beschäftigen wollen, dass Sie einfach gegen feministische Politik und gegen Frauenpolitik sind! - Erstens.

Und zweitens, bitte ersparen Sie uns Ihre orientalistischen Phantasien von Rauschebärten und wie auch immer und überlegen Sie sich, ob nicht vielleicht das Gender Mainstreaming oder eine Frauenpolitik für Sie den einen oder anderen Hinweis beinhalten könnte, wie Sie den Frauenanteil in Ihrer Partei von 28 zu 6 erhöhen könnten! - Danke. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Das war 1 Minute genau, damit ist die Redezeit der GRÜNEN erschöpft. Jetzt kommt, nach meiner Liste, Frau Amtsf. StRin Frauenberger zu Wort, 15 Minuten. - Bitte sehr.

Amtsf. StRin Sandra **Frauenberger**: Vielen Dank! Einen schönen Vormittag auch von meiner Seite!

Danke auch für die vielen Debattenbeiträge in meiner Geschäftsgruppe und für die, wie wir es in diesem Haus ohnehin gewohnt sind, sehr kontroverielle Debatte. Wir wurden in der letzten Zeit immer wieder mit sehr brennenden Fragen konfrontiert, und genau diese Fragen

sind auch heute hier diskutiert worden, also möchte ich auf fünf dieser brennenden Fragen noch einmal im Detail eingehen.

Die erste Frage: Wie schaffen wir es, obwohl Wien in den nächsten Jahren weiter wachsen und wachsen wird, ausreichend Plätze in den Kindergärten und in den Schulen zur Verfügung zu stellen? Da wird viel darüber gesprochen, haben wir einen Plan, haben wir keinen? - Die gute Nachricht ist, selbstverständlich haben wir einen Plan, denn wir bauen ständig Räume für Bildung. Bis 2045, das wissen wir, wird die Wiener Bevölkerung um 20 Prozent wachsen, und damit brauchen wir eine sehr einfache Gleichung, mit der wir arbeiten. Die Gleichung heißt: Mehr Bevölkerung bedeutet mehr Kinder und ist eben gleich mehr Schulen und Kindergärten. Das bedeutet, wir bekommen jährlich 1.300 Kinder mehr in unsere Krippen und Kindergärten, 1.000 Kinder mehr in unsere Volksschulen und 1.000 Kinder mehr in unsere Neuen Mittelschulen. Das kann man auch noch anders ausdrücken, das heißt, wir bauen 50 neue Volksschulen- und NMS-Klassen in einem Jahr und 30 neue Kindergarten-Gruppen in einem Jahr. Wie und wo das passiert und wo es den Bedarf dafür gibt, das findet sich in unserem Bildungs- und Infrastrukturplan, den wir ja auf die nächsten Jahre hingezeichnet haben.

Was wir noch gemacht haben - und das entspricht natürlich unserem politischen Grundsatz der Förderung der gemeinsamen Schule, der ganztägig geführten gemeinsamen Schule -, sind unsere Campusmodelle, wo wir eben die moderne Pädagogik, von der wir glauben, dass es sie in der Bildung braucht, in Architektur gießen, in diese Campusmodelle gießen, wo wir gemeinsame Bildungsstandorte für Kinder von 0 bis 14 Jahren schaffen.

Was man auch sagen muss, ist, dass wir in diesem Bereich sicher noch gerne viel mehr investieren würden, dass uns aber diese Investitionen eben auf Grund der Maastricht-Kriterien eigentlich nicht möglich sind. Das haben wir heute gar nicht diskutiert, aber ich möchte die Gelegenheit nutzen, um ein Mal mehr meine politische Forderung laut und klar zu sagen, nämlich: Investitionen für die soziale Infrastruktur müssen raus aus der Schuldenbremse! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Die zweite Frage: Bildung wird in Österreich - und das wissen wir auch aus den Bildungsstandards, die im Frühjahr präsentiert worden sind - immer noch sehr stark vererbt. Und die Frage lautet: Wie können wir weiter daran arbeiten, mehr Bildungsgerechtigkeit in unserem Land, in unserer Stadt letztendlich auch zu erreichen? - Da muss man einmal sehen, dass Kinder ganz unterschiedliche Ausgangsbedingungen haben. Das Kind, das aus einer sozial schwachen Familie kommt, wo die Eltern nur einen Pflichtschulabschluss haben, startet eigentlich gleich einmal mit viel mehr Gewicht an den Beinen als das Kind, das aus einem Elternhaus kommt, wo beide Eltern Akademiker sind. Da ist eben das Ziel die Bildungsgerechtigkeit. Was bedeutet das? - Das ist unsere politische Aufgabe, diese Unterschiede, die es da eben gibt, auszuräumen, damit alle Kinder - egal, mit welchen Bedingungen sie sozusagen losstarten - und all diese

unterschiedlichen Startvoraussetzungen eben die Chance haben, gleichzeitig das Ziel zu erreichen. Das ist unser ganz wesentliches Ziel in der Bildungspolitik: Bildungsgerechtigkeit. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ansetzen müssen wir dabei bereits im Kindergarten, da wir ja den Kindergarten als erste Bildungseinrichtung sehen. Hier investieren wir - Rechnungsabschluss -, also sehen wir uns an, was da unter dem Strich über bleibt, 747 Millionen EUR in mehr als 83.500 öffentliche und private Kindergartenplätze, elementarpädagogische Plätze. Was wir in den letzten Jahren gemacht haben, und das ist auch in unserem gemeinsamen Regierungsübereinkommen verankert, ist, dass wir auch die Sprachförderungen verdoppelt haben, weil wir natürlich davon überzeugt sind, dass das Erlernen der deutschen Sprache das Um und Auf ist, um eben dann in weiterer Folge eine gute, eine erfolgreiche Bildungskarriere bewältigen zu können. Diese Bildungsgerechtigkeit zieht sich eben von der Elementarpädagogik, wo wir jetzt auch den Übergang neu schaffen, hinein in unsere Pflichtschule. Was tun wir dort? - Wir bauen konsequent Ganztagschulen aus, wir haben die Campusstandorte, die ich schon erwähnt habe, und wir haben zusätzliches Unterstützungspersonal; auch das wurde heute von der Opposition sehr eindringlich gefordert.

Ja, wir, Rot-Grün, haben miteinander vereinbart, dass es 100 zusätzliche Vollzeitäquivalente an Unterstützungspersonal gibt; und die wird es auch geben. Wir werden schon im September mit rund einem Drittel dieser 100 Personen in das neue Schuljahr starten. Wovon ich einfach überzeugt bin - an dieser Stelle auch ein Mal mehr diese Forderung bedient -, ist, dass es wichtig und richtig ist, dass wir eine gerechte Verteilung der Ressourcen in unseren Schulen vornehmen können. Wir wollen die beste Bildung für alle Kinder, und das Mittel, um dorthin zu kommen, ist aus meiner Sicht die soziale Indexierung. Unsere Schulen müssen so ausgestattet sein, dass die beste Bildung für alle Kinder garantiert wird. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Apropos Ressourcen für unsere Kinder - weil das heute auch von der ÖVP angesprochen wurde -: Warum gibt es in Wien keine Familienkarte? - Nun, wir haben in Wien die kinderaktivcard. Ich muss dazusagen, das ist ein ganz tolles monatliches Programm für die kleinen Kinder, für die größeren Kinder, zwei unterschiedliche Angebote, Monat für Monat. Der Unterschied zu den anderen Bundesländern ist, dass wir uns ganz bewusst gegen eine kommerzielle Familienkarte entschieden haben, weil wir die Kinder direkt fördern wollen. Deshalb diese kinderaktivcard, und in den Sommerferien ist es das Ferienspiel.

Ich komme zur dritten Frage, über die heute sehr, sehr viel diskutiert worden ist: Es sind im letzten Jahr viele Flüchtlinge nach Wien gekommen, wie schaffen wir es, letztendlich eine gute Integration hinzubekommen? - Ja, viele Menschen sind nach Wien gekommen und haben hier Schutz vor Krieg, vor Leid, vor Verfolgung und vor Hunger gesucht. Was wir damit an Herausforderung angenommen haben, ist, dass wir eine sehr vielfältige Stadt vorfinden, noch vielfältiger, als sie vor einem

Jahr ohnehin schon war. Es ist jetzt die Frage, wie man sich dieser Herausforderung eben gegenüberstellt. Ich finde, der richtige Weg ist, dass wir daran arbeiten, gemeinsam eine positive Zukunft zu gestalten. Ich kann Ihnen versichern, die Wiener Integrationspolitik ist eine Politik des Handelns und ist eine Politik der Lösungen. Wir haben im letzten Jahr gemeinsam mit den vielen Organisationen, den vielen Ehrenamtlichen, der sogenannten engagierten Zivilgesellschaft ganz, ganz viel geschafft, weil wir es eben in Wien angepackt haben. Und wir wissen, dass die Integration von so vielen Menschen natürlich eine große Herausforderung ist. Wir brauchen Unterkünfte, wir brauchen Deutschkurse, wir brauchen Arbeitsmarkt- und Bildungsmaßnahmen. Wir müssen natürlich daran arbeiten, dass diese Menschen ein Teil unserer Gesellschaft werden. Dazu gehört natürlich die Vermittlung der deutschen Sprache, aber im Besonderen auch die Vermittlung unserer Werte in dieser Gesellschaft. Und es geht darum, dass die Menschen auch die Möglichkeit haben, andere Menschen, Wienerinnen und Wiener, die schon länger hier leben, kennen zu lernen, so miteinander in den Dialog zu kommen und eben gemeinsam diese Herausforderungen anzugehen. Dafür haben wir langjährige Erfahrungen in der Integrationspolitik, und diese Erfahrungen haben uns natürlich jetzt sehr stark genutzt, um schnell aktiv zu sein und entsprechend Angebote ab dem ersten Tag aufzumachen, Integration ab dem ersten Tag.

Ich möchte nur eines sagen: Stellen Sie immer alles in die richtigen Relationen und bitte überdramatisieren Sie diese Herausforderung nicht und verunsichern Sie auch nicht die Wienerinnen und Wiener! Wir haben 500 Kinder in unseren Kindergärten, das sind gerade einmal 500 Kinder von 83.500 elementarpädagogischen Ausbildungsplätzen. Wir haben 2.700 Kinder in unsere Pflichtschulen aufgenommen. Das sind 2.700 Kinder von 227.000 Schülerinnen und Schülern, die kommenden Freitag miteinander in die Ferien gehen werden. Wobei wir eben mit unseren Angeboten darauf geschaut haben, dass wir auch im Sommer gute Integrationsarbeit leisten können. Insgesamt sind 21.000 Menschen in Wien in der Grundversorgung. Das sind viele Menschen, keine Frage, aber es sind 1,2 Prozent der Menschen der Gesamtbevölkerung hier in Wien. Das heißt, auf einen Flüchtling kommen insgesamt 100 Wienerinnen und Wiener. Diese Relationen dürfen wir nicht aus den Augen lassen, wenn wir von der Aufgabe und von der Herausforderung sprechen, die wir haben. Die Wiener Integrationspolitik basiert auf Daten, basiert auf Fakten und basiert auf einer ganz klaren politischen Haltung, nämlich einer Haltung für Menschlichkeit und gegen Fremdenfeindlichkeit in unserer Stadt. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Es wurde heute über Frauenpolitik diskutiert - ich komme zur vierten Frage: Wienerinnen verdienen immer noch weniger als die Männer, sie sind sehr stark von Gewalt betroffen, was können wir denn letztendlich tun, um eben noch mehr in Richtung Gleichberechtigung in dieser Stadt gehen zu können? - Da muss man einmal sagen, Stillstand bedeutet in der Frauenpolitik immer Rückschritt, und gerade Krisen und besondere Heraus-

forderungen führen oft dazu, dass der Fokus von der Frauenpolitik, von der Gleichberechtigung weggeht. Da muss man entsprechend dagegenhalten. Was man noch sehen muss, ist, dass wir eigentlich heute nicht mehr von der Frau und dem Angebot sprechen können. Wir brauchen ganz verschiedene genaue Angebote für Frauen, um tatsächlich auf ihre Lebensrealitäten entsprechend eingehen zu können, da wir ja auch wissen, dass die Zeitpunkte, zu denen Frauen unsere Unterstützung brauchen, auch auf Grund ihrer Lebenssituationen höchst unterschiedlich sind.

Über sprachliche Gleichberechtigung ist heute auch viel diskutiert worden, und ich möchte mich nur ganz kurz fassen: Es ist definitiv so, dass das kein zweifelhaftes politisches Ziel ist. Sprachliche Gleichberechtigung ist ganz wichtig, um wirklich in der Gleichberechtigung weiterzukommen und Frauen und Männern die gleiche Chance in dieser Stadt zu geben. Das brauchen wir bei der Vereinbarkeit, das brauchen wir aber auch, wenn wir uns die Gleichberechtigung in den wesentlichen Punkten, wo wir es geschafft haben, anschauen: zum Beispiel betriebliche Frauenförderung an die öffentliche Auftragsvergabe zu koppeln. 60 Millionen EUR sind mittlerweile daran gekoppelt. Und, was wir, finde ich, gut erreicht haben, ist, dass wir in der letzten Funktionsperiode wieder den Equal Pay Day um 14 Tage verschoben haben. Das kommt nicht von irgendwoher. Das kommt durch diese Frauenförderung. Und das kommt auch durch sprachliche Gleichberechtigung, auch wenn das viele in diesem Raum nicht wollen oder nicht wahrhaben wollen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Wichtig ist das Thema der sicheren Stadt für Frauen, der Gewalt an Frauen. Wir wissen, dass Gewalt an Frauen immer noch am meisten im Nahbereich passiert. Aber natürlich ist auch das Sicherheitsgefühl von Frauen auf Grund der öffentlichen Debatte in den letzten Wochen und Monaten ganz massiv gesunken. Das müssen wir ernst nehmen, und deswegen haben wir viele präventive Maßnahmen jetzt noch zu unserem sehr dichten Gewaltschutznetz dazugestellt, um Frauen ein sicheres Gefühl zu geben; mit Sicherheits-Workshops oder auch mit der Kampagne „Aber sicher!“, bei der es um Übergriffe im öffentlichen Raum geht. Wir haben gemeinsam mit der Frauenabteilung, dem Frauennotruf, der Kinder- und Jugendanwaltschaft für die Wiener Bäder ein 11-Punkte-Programm zur Sicherheit erarbeitet. Wir haben ganz viele Maßnahmen gemeinsam mit dem Verein Orient Express - weil das heute auch diskutiert wurde - und mit der Kinder- und Jugendanwaltschaft gegen die Zwangsverheiratung von Frauen und von Mädchen, natürlich im Besonderen auch von minderjährigen Mädchen, gesetzt. Wohl nur die FPÖ hat gegen die Förderung an Orient Express gestimmt, um diesen Frauen auch tatsächlich helfen zu können. Gewalt, egal, woher sie kommt, ist immer zu verurteilen. Und dieses Phänomen der sexistischen Gewalt hat sich in den letzten Wochen und Monaten durch die öffentliche Debatte ganz massiv verstärkt. Wer heute als Frau aufsteht, muss eigentlich schon fast damit rechnen, angegriffen zu werden. Ich möchte an dieser Stelle auch diese tolle Initiative von vier Journalis-

tinnen erwähnen, die mutig aufgestanden sind und unter #solidaristorm Haltung zeigen. - Ich habe nur mehr 27 Sekunden. - Hass und Gewalt gegen Frauen ist nicht zu tolerieren, weder im Internet noch hier in diesem Saal noch in unserer Gesellschaft noch sonst wo! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Die außerschulische Jugendarbeit hat Marina Hanke heute sehr im Detail beschrieben. Das wäre noch meine fünfte Frage gewesen, auf die ich jetzt leider verzichten muss. Aber es geht darum, dass wir in Wien ganz klar investieren, insgesamt 35 Millionen EUR.

Wir haben viel ins Netzwerk zur Deradikalisierung investiert, um eben unseren Jugendlichen eine Zukunft, eine Perspektive, eine Chance zu geben, nicht zuletzt auch mit unserer außerschulischen Jugendarbeit und mit der Bildungsarbeit. Was wir in Wien schaffen, das ist großartig, und das schaffen wir nur mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an den unterschiedlichsten Stellen in dieser Stadt. Sie machen Wien zu so einer lebenswerten Stadt. Ich möchte allen für dieses Engagement, gerade auch im letzten Jahr, danken. Sie haben Unglaubliches geleistet. Danke und einen schönen Sommer an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Zur Geschäftsgruppe Frauen, Bildung, Integration, Jugend und Personal liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Umwelt und Wiener Stadtwerke.

Ich schlage vor, die Debatte zur Geschäftsgruppe Umwelt und Wiener Stadtwerke mit der Postnummer 3, das ist der Jahresabschluss der Unternehmung Wien Kanal für das Jahr 2015, gemeinsam durchzuführen, die Abstimmung über den Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien und den Jahresabschluss der Unternehmung Wien Kanal jedoch getrennt vorzunehmen.

Wird dagegen ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall. Ich darf die Damen und Herren des Gemeinderates daher bitten, so vorzugehen. Wir kommen nunmehr zu den Rednern. Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag. Emmerling. Die selbstgewählte Redezeit beträgt 10 Minuten. - Bitte schön.

GRin Mag. Bettina **Emmerling**, MSc (NEOS): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, Abteilungsleiter, Abteilungsleiterinnen der Magistratsabteilungen, die Sie heute hier sind!

Wir besprechen den Rechnungsabschluss der Geschäftsgruppe Umwelt, und da geht es im Wesentlichen um die klassische Daseinsvorsorge, also im öffentlichen Interesse, selbstverständlich mit Steuergeld gefüttert. Bedürfnisanstalten, Straßenreinigung, Park, Spielplätze, bis zu einem gewissen Grad die Stadtförste, Quellenschutzwälder und dergleichen, wobei da sicher auch noch einige Einsparungen drin wären, wenn man die bevorstehende Schließung des Sägewerks in Hirschwang betrachtet. Ein tolles Ergebnis gab es jedenfalls beim Landwirtschaftsbetrieb. Ein Lob hierzu, wobei die Frage schon erlaubt sein sollte beziehungsweise man das prinzipiell diskutieren sollte, warum die Stadt-

verwaltung auf landwirtschaftlichen Gütern bis zu 800 Hektar den kleinen und mittleren Betrieben Konkurrenz machen muss. *(Beifall bei den NEOS.)*

Es ist aber auch eine klassische Daseinsvorsorge, die teilweise ganz schön viel Geld abwirft, nämlich die Wasserversorgung, Abwasser, Müllbeseitigung. Wir kommen zu den Gebühren, wie Sie sich denken können, und wenn man die Pensionsrückstellungen noch mitrechnet, kommen wir auf rund 160 Millionen EUR, die an kommunalen Abgaben mehr eingenommen werden, als für die Erhaltung und den Betrieb der Anlagen ausgegeben wird.

Ich möchte Ihnen jetzt ganz kurz erzählen, wie es im Umweltausschuss so abläuft, wo ich nämlich sehr gerne Fragen stelle, auch Fragen hierzu, und wo letztens der Ausschussvorsitzende, den ich eigentlich sehr schätze, gemeint hat: Dafür ist hier kein Platz, stellen Sie doch eine parlamentarische Anfrage! - Also ich glaube, die Abteilungsleiter und Abteilungsleiterinnen, die vor Ort sind, beantworten gerne Fragen, denn für diesen Termin kommen Sie ja extra zum Ausschuss, und vielleicht wäre es in zwei, drei Sätzen an Antwort auch getan gewesen, aber gut. Wir haben die parlamentarischen Anfragen gestellt, und nachdem ich heute Zeit habe, möchte ich Ihnen kurz ein paar Schmankerln vorlesen.

Wir haben gefragt: Warum wurden die Gebühren für die Benutzung von Gemeindevorrichtungen und -anlagen seit 2011 mehrfach angehoben, obwohl die Einnahmen der MA 31 die Ausgaben seit Jahren dauerhaft und deutlich übersteigen? - Da bekamen wir die Antwort - es war wohl ein längerer Text, aber ich lese Ihnen ein Teil vor -: Die Wassergebühr ist so gut wie bei allen Wasserversorgungsunternehmen an die Entwicklung des Verbraucherpreises gebunden. Die letzte VPI-Anpassung erfolgte mit 1.1.2014. - Und dann -: Für 1.000 l reinstes Hochquellwasser beträgt die Gebühr lediglich 1,80 EUR inklusive 10 Prozent USt. Im Vergleich würden Sie für 1.000 l „Römerquelle still“ in der 1,5 l-Flasche 430 EUR bezahlen. *(Beifall bei den NEOS. - GR Mag. Manfred Juraczka: Und wenn man das mit „Evian“ rechnet, wird es noch schlimmer! - Zwischenruf bei der FPÖ.)* So gesehen, eh super!

Ich wollte Ihnen nur ein Beispiel dafür geben, wie diese Anfragebeantwortungen ablaufen. Diese parlamentarischen Anfragen, die man durchnummeriert, wo man sich eigentlich auf sehr konkrete Fragen Zahlen und Aufklärung erwartet, denn es wird einem ja auch ständig vorgeworfen, dass man die Zusammenhänge nicht versteht. Ich lese Ihnen noch etwas vor - wir haben eine längere Anfrage gestellt, die Fragen 12 bis 15 -: Wie hoch waren im Jahr 2015 die Ausgaben der MA 48 für Öffentlichkeitsarbeit? *(GR Dominik Nepp: Böse Frage! - GR Mag. Manfred Juraczka: Gute Frage!)* Ist es geplant für das Jahr 2016, dass die MA 48 durch eine Reduktion ihrer Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit an der geplanten Kürzung des Werbeetats der Stadt Wien sich beteiligt? Wenn Ja, welche konkreten Maßnahmen sind vorgesehen, und wenn Nein, warum nicht? - Die Antwort: „Die umfangreichen Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung und Information der Wiener Bevölkerung in Sachen

Sauberkeit, Müllvermeidung, umweltgerechte Müllentsorgung, et cetera umfassen unzählige Maßnahmen auf unterschiedlichsten Ebenen. Sie reichen von Schulbesuchen, Kindergartenveranstaltungen über Veranstaltungen wie das Mistfest, unterschiedlichste Info-Offensiven, Putzaktionen, Deponieführungen, Abfallberatungen bei Veranstaltungen über Druckwerkefolder, Online-Kommunikation und Vorträge bis hin zur Betreuung von internationalen und nationalen Delegationen. Kommuniziert wurde – und jetzt kommt es – „und wird auch künftig je nach Bedarf an Information für die Wiener Bevölkerung im Sinne einer sauberen Stadt.“ – Das ist die Anfragebeantwortung zu ganz konkreten Fragen, von der man sich eigentlich ganz konkrete Zahlen erwartet dürfte. *(Beifall bei den NEOS.)*

Ich weiß jetzt nicht, was ich dazu sagen soll. Ich finde das einfach beschämend, solche Antworten zu liefern und eigentlich dieses demokratische Mittel einer parlamentarischen Anfrage so ins Lächerliche zu ziehen.

Ein letztes Beispiel für eine Beantwortung bringe ich noch, denn das war dann ein bisschen ein Aufreger. Wir haben gefragt: „Wofür wurden die genannten Einnahmen, die nicht von der MA 31 ausgegeben wurden, in den Jahren 2011 bis 2015 verwendet?“ – Und dazu sagt man: „Fundamentale Grundsätze einer betriebswirtschaftlichen Kostenrechnung sowie der Kameralistik voraussetzend darf ich klarstellen, dass die Differenz aus Einnahmen und Ausgaben niemals als Gewinn bezeichnet werden kann.“ – Haben wir auch nicht! Wir haben niemals Gewinn dazu gesagt, aber es gibt eine Kostenaufstellung, wir haben Einnahmen und Ausgaben und eine Differenz; es ist ganz einfach. Von Beantwortung also leider keine Spur.

Wir haben also in den vergangenen Jahren diese deutlich mehr Einnahmen als Ausgaben verbucht, und eigentlich muss man sagen, dass diese Abteilungen schon eine richtige Cashcow geworden sind. Wir stellen Anfragen zu sehr konkreten Themen, aber wir kriegen im Stil eines Aufsatzes zum schönsten Ferienerlebnis die Beantwortung. *(Beifall bei den NEOS.)*

Wie ist das überhaupt möglich, dass hier so viel eingenommen wird? Das Valorisierungsgesetz 2007 wurde damals sehr heftig kritisiert, auch von den GRÜNEN. Ich bin gespannt, wie man das heute sieht. Herr Margulies, ich habe Ihre Rede dazu gesehen. Das Gesetz beinhaltet noch einen sehr gefinkelten Schachzug, der vielleicht nicht so bekannt sein dürfte oder auch nicht beachtet wird. Es ermöglicht nämlich, dass man doppelt so viel an Gebühren einnehmen darf, als für den Betrieb und Erhaltung der Anlagen notwendig wäre; also jedes Jahr das Doppelte. Da kommt ganz schön was zusammen. *(Zwischenruf von GR Dipl.-Ing. Martin Margulies.)* Das Finanzausgleichsgesetz erlaubt das, ja, aber man muss es ja nicht so tun! Ich möchte schon sagen, das ist ein unsoziales und sehr intransparentes Gesetz, beschlossen von einer Partei, die sich soziale Gerechtigkeit auf die Fahnen heftet. *(Beifall bei den NEOS.)*

Man könnte auch sagen, dass das Gesetz ein Beitrag zur neoliberalen Austeritätspolitik der SPÖ war. *(GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Man kann viel sagen!)* Mit

diesen Gebühren subventionieren wir also die allgemeine Verwaltung. Ich bin der Meinung, dass man das für die Menschen, die diese Gebühren zahlen, zumindest transparent machen sollte. *(GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Das ist richtig!)* Diese Transparenz und diese effiziente Mittelverwendung würden ja auch einen Anreiz geben, zu rationalisieren und für einen sparsamen Umgang mit den öffentlichen Mitteln zu sorgen.

Diese Gebühren fließen ja auch in die Wohnkosten, und da sind wir beim Punkt, den Sie, glaube ich, auch wollen, nämlich Wohnen billiger zu machen. Ich denke, das wäre ein Punkt, an dem man durchaus ansetzen könnte. *(Beifall bei den NEOS.)*

Nachdem wir momentan deutlich höhere Erträge, also doppelt so viele, über die Gebühren einnehmen können, werden wir einen Antrag im Landtag dann einbringen, wonach wir Aufschläge von 10 Prozent als zweckmäßig und ausreichend erachten. Es ist schon klar, es gibt unvorhergesehene Investitionen, andere Risiken, durchaus angemessen, aber der doppelte Betrag erscheint uns als absolut zu hoch.

Ich glaube, diese Abzocke, die wirklich alle Wienerinnen und Wiener und wirklich alle, und vor allem auch die, die wenig verdienen, betrifft – es zahlen nämlich alle gleich viel an Wassergebühren –, sollte eingestellt werden. Die Gebührenzahler sollten definitiv nicht zum Stopfen von Budgetlöchern in der allgemeinen Verwaltung herangezogen werden. – Danke. *(Beifall bei den NEOS.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Die Kollegin hat 10 Minuten gesprochen, die Restredezeit der NEOS beträgt 13 Minuten. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Dipl.-Ing. Olischar; selbstgewählte Redezeit sind 15 Minuten. – Ich erteile ihr das Wort.

GRin Dipl.-Ing. Elisabeth **Olischar**, BSc (ÖVP): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

So wie gestern in der Debatte zur Stadtentwicklung möchte ich auch heute ein bisschen ein Resümee über meine erste Zeit im Gemeinderat ziehen; heute mit dem Fokus auf die Umwelt. Die Agenden des Umweltressorts haben sich seit der letzten Periode ein bisschen geändert, konkret sind jetzt mit den Wiener Stadtwerken neue Themen hinzugekommen. Aber ich muss gestehen, dass die tatsächlichen Aufgaben des Ressorts manchmal nicht wirklich durchsichtig sind. Da poppt seit Langem immer wieder ein Projekt auf, und meist im negativen Sinn, und zwar die Copa Cagrana. Ein Rucksack, der schon seit Ewigkeiten mitgeschleppt wird. Man hat den Eindruck, er wird und wird nicht abgelegt. Erst kürzlich waren wieder zahlreiche Zeitungen mit der Thematik beschäftigt, und nicht wenig Geld wurde hier verloren. Nicht zuletzt wegen eines schlechten Managements seitens des Ressorts und auch was die Verstrickung in der Lokalszene vor Ort betrifft. Jetzt steht ein neues Konzept für die Copa in den Startlöchern beziehungsweise eher eine Idee, denn Konzept war noch kein großes vorhanden, weder finanzielle Größenordnungen noch Zeitpläne konnten damals in der Pressekonferenz genannt werden.

Unwissende würden jetzt vermuten, ich habe mich vielleicht im Ressort geirrt, denn wie kann es denn sein, dass das Umweltressort Agenden übernimmt, die man eher bei der Stadtplanung vermuten würde? Hier ist auch schon der erste Hinweis darauf, was die angesprochenen Aufgaben des Ressorts betrifft. So übernimmt die Stadträtin immer wieder auch Agenden, die eigentlich vielleicht in ein anderes Ressort fallen könnten. Spannend war auch, dass bei der Konzeptpräsentation für die neue Copa Cagrana die eigentliche Planungsstadträtin gar nicht dabei war. Aber die Kompetenzaufteilung ist überhaupt ein Thema, das oftmals für ein bisschen Verwunderung sorgt, die Agenden des Verkehrs sind ja bekanntlich bei StRin Vassilakou, der öffentliche Verkehr bei StRin Sima. Auch was alternative Antriebe betrifft, ist es immer wieder ein bisschen verwirrend: die E-Autos sind eher wieder bei Vassilakou, Erdgas, sonstige Antriebe dann wieder bei StRin Sima, und so weiter. Es muss daher nicht erwähnt werden, dass auch die Förderungen, was die Alternativen betrifft, uneinheitlich sind, wenn es überhaupt welche gibt. Eine Vereinheitlichung beziehungsweise ein gemeinsames System und auch Rahmenbedingungen dazu scheinen weit entfernt voneinander und am Rande der Unmöglichkeit. Ein möglicher Grund, warum bei umweltfreundlichen Mobilitätsformen so wenig weitergeht? Wer zuständig ist, wer die Kompetenz dazu hat und die Entwicklung ganzheitlicher Systeme und Lösungskonzepte scheinen auch ein bisschen ein unlösbares Problem in dieser Hinsicht zu sein.

In dem Zusammenhang darf ich noch einmal, wie gestern schon erwähnt, die Ressortzusammenarbeit herausstreichen. Man hat nämlich derzeit ein bisschen den Eindruck, als wären die Ressorts in den Thematiken sehr wenig verschränkt miteinander, nicht so, dass kein Blatt dazwischen passt, sondern eher eine ganze Allee. Aber das ist vielleicht auch ein Grund, warum in vielen Bereichen einfach nichts weitergeht.

Im Rechnungsabschluss wird durch die Aufschlüsselung sichtbar, dass ein Großteil des Geldes nicht, wie erwartet, in Projekte investiert wird, sondern in zahlreichen Posten der Verwaltung, wie beispielsweise Personalkosten, untergeht. Dadurch bleiben natürlich auch einige Maßnahmen betreffend Umwelt- und Naturschutz auf der Strecke. Konzepte werden immer wieder neu ausgerollt und neu verkauft, konkrete Maßnahmen werden aber wenige gesetzt. Vor ungefähr genau einem Jahr sind wieder einmal Ankündigungen gekommen, was die Stadt Wien nicht alles gegen die Hitzeinseln tun möchte. Pünktlich vor dem Sommer wird angepriesen, wie wichtig Grünräume sind, aber betonierte Flussläufe als Renaturierung zu verkaufen, fällt nicht gerade in die erwarteten Maßnahmen zur Hitzeinselvermeidung. Ein fast identischer Artikel, der haargenau dieselben Maßnahmen anpreist, befindet sich aktuell auf der Homepage der Stadt Wien und gleichzeitig auch im Archiv.

Es stellt sich die Frage, wann zumindest vielleicht die Gebäude in öffentlicher Hand Maßnahmen zur Kühlung der Stadt setzen. Neubauten mit zum Beispiel Gründächern und/oder Solaranlagen auszurüsten und bei bestehenden Gebäuden, wenn möglich, eine Nachrüstung

vorzunehmen, wäre ein Schritt in die richtige Richtung. Man muss im Ressort vom Reden ins Tun kommen, Bekenntnisse und schöne Broschüren tragen wenig zu ambitionierten Zielen bei. Nur Entscheidungen und konkrete Lösungen werden zur Verbesserung beitragen. Und um da ein bisschen hilfgreifend beizusteuern, möchten wir einen Antrag betreffend Sicherung der Baudequalität in der Alten Donau im Hinblick auf den Algenbewuchs einbringen.

Abschließend ein Wort zur Arbeit im Ausschuss, weil es meine Kollegin Bettina Emmerling auch schon angesprochen hat. Ich glaube, auch im Namen der anderen Oppositionsparteien zu sprechen, wenn ich sage, die Behandlung der Opposition, vor allem was Informationen im Ausschuss betrifft, lässt sehr zu wünschen übrig. Die Akten und die uns zur Verfügung stehenden Informationen sind sehr dünn, und zu behaupten, es gibt nicht mehr Information, der Akt ist so dünn, ist wirklich unglaublich. Ich sage das, weil wir aus konkreten Beispielen wissen, wie viel an Information Projektantragstellerinnen und -antragsteller vorlegen und abgeben müssen. Dass die Zusammenfassung der Magistratsabteilungen da vielleicht nur eine Seite umfasst, mag sein, aber zu sagen, mehr Information existiert nicht, entspricht oft nicht der Wahrheit.

Ich möchte daher die Gelegenheit nutzen und hoffe, dass diese dünne Versorgung mit Informationen damit jetzt auch abgeschlossen ist, für eine bessere Zusammenarbeit untereinander. - Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Kollegin Dipl.-Ing. Olischar hat 6 Minuten Redezeit verbraucht, das heißt, die Restredezeit der ÖVP-Fraktion beträgt 19 Minuten. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist GR Mag. Maresch; selbstgewählte Redezeit sind 10 Minuten. - Ich erteile ihm das Wort.

GR Mag. Rüdiger **Maresch** (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Ich möchte nur kurz auf die Frau Kollegin von den NEOS eingehen. Ich habe es interessant gefunden - Wien ist ja die größte Biobäuerin Österreichs und hat ungefähr 1.000 Hektar Biolandwirtschaft, das ist also eine ganz, ganz wichtige Geschichte -, dass sie dann hergeht und sagt, na ja, eigentlich konkurrenzieren wir dann irgendwie die anderen Bauern und Bäuerinnen. - Da muss man schon sagen, in Wien hat es ganz lange gedauert, bis die Landwirtschaftsbetriebe, die vielfach ganz anders strukturiert sind, weil viel Weinbau ist und viele Gärtnereien sind, auch Biolandbau betrieben haben. In anderen Bundesländern kann man natürlich sagen, Grünland, ist es anders, aber da war Wien in Wien Vorreiterin, nicht nur im Bund, sondern auch in Wien. Und jetzt zu sagen, na ja, muss das so sein, kann man da konkurrenzieren? - Da stellt sich natürlich die Frage: Wollt ihr es verkaufen oder wollt ihr es eh nicht verkaufen? Aber es so in den Raum zu stellen, heißt schon, ich denke darüber nach, ob ich es verkaufe oder nicht verkaufe. *(GRin Mag. Bettina Emmerling, MSc: Man muss es diskutieren!)* - Nein, dann muss man es auf

den Tisch legen, wenn man es diskutieren will, und nicht so kryptisch sagen, na ja die Konkurrenz und überhaupt.

Ich meine, normalerweise gibt es in der Marktwirtschaft Konkurrenz - und warum kann sich eine Stadt nicht einen Betrieb leisten, der durchaus mit anderen konkurrenziert? Warum nicht? Das ist nun einmal so, ganz einfach.

Also, noch einmal: Dieser Landwirtschaftsbetrieb mit 1.000 Hektar ist die größte Biobäuerin Österreichs.

Und - ganz, ganz wichtig -: Wir haben in Wien dazu auch ein Kompetenzzentrum, das auch von der MA 49 zumindest mitunterstützt wird, das ist die Bio Forschung Austria in der Eßlinger Hauptstraße - ein ganz wichtiger Ort, weil dort viel, viel Forschungsarbeit geleistet wird, die allen Landwirtschaftsbetrieben, allen Landwirtschaftskammern in ganz Österreich zur Verfügung gestellt wird. Dort arbeiten wirklich ganz, ganz wenige Menschen, und die bringen ganz, ganz viel weiter.

Und - wichtig! - im Koalitionsübereinkommen haben wir uns natürlich auch überlegt: Welche Möglichkeiten wird es für die Stadtlandwirtschaft in Zukunft geben? Denn Wien ist einfach anders, Wien ist nicht so wie Niederösterreich - mit großen Weizenfeldern, Maisfeldern, Erdäpfelfeldern -, sondern Wien hat eine andere Struktur, auch in den Randbezirken. Wien hat viel Wein- und Gartenbau. Und da war es notwendig, sich Stadtlandwirtschaft anders anzuschauen. Da gibt es kleine Imker, die versuchen, irgendwie Bioimkereien aufzubauen. Da gibt es Gemeinschaftsgärtnerei, Gemeinschaftsgärten - sagen wir jetzt einmal so -, und da gibt es solidarisches Landwirtschaften und Betriebe, die gemeinsam produzieren - und zwar viele, viele Menschen gemeinsam - und das dann über Food-Coops verkaufen.

Und da war wichtig, dass wir ein Kompetenzzentrum geschaffen haben mit dieser Bio Forschung Austria - dort ist es angegliedert worden. Die meisten haben schon geglaubt: Oh, da gibt es wieder einen Beauftragten! - Nein, es gibt keinen Beauftragten, sondern ein Kompetenzzentrum, das es schon vorher gegeben hat, das erweitert wird und wo man sich solche Sachen holen kann.

Eine weitere wichtige Geschichte bei der Landwirtschaft, die auch für die Stadt wichtig ist, ist das Kompostwerk. Die Stadt Wien verkauft auch zum Beispiel gemischt den sogenannten „Guten Grund“. Viele, viele Hundert Säcke solchen Bodens sind verkauft worden für Menschen, die garteln wollen oder auf dem Balkon arbeiten wollen oder in einem Gemeinschaftsgarten. Die Stadt Wien unterstützt auch ganz viele Gemeinschaftsgärten. Und der Kompost kommt aus dem Kompostwerk und hat auch eine Auszeichnung erhalten. Wiener Gärtnereien, Wiener Landwirtschaftsbetriebe sind da immer sehr skeptisch. Da kann man sicherlich noch viel Werbung dazu machen.

Aber was uns gelungen ist: Obwohl die Landwirtschaftskammer immer und immer wieder dagegen geredet hat, ist es über, sagen wir jetzt einmal, kreative Verhandlungen mit der Landwirtschaftskammer gelungen, dort zu initiieren, dass man endlich die Errichtung eines Bioclusters angegangen ist, wo sogar ein ehemaliger

Kollege von der ÖVP einer der wichtigen Menschen ist. Er - der letztes Mal noch hier gesessen ist - hat einen Gärtnereibetrieb, wo er einer von acht Biogärtnern ist, die beginnen, in Wien einen Biocluster und eine Vertriebsorganisation aufzubauen. Das finde ich gut, das hatten wir vorher nicht, und das ist uns gemeinsam gelungen - eigentlich Rot-Grün und ein bisschen auch den Schwarzen. Nicht schlecht!

Und es ist uns auch gelungen, dass wir einen der größten Dachgärten Europas haben, und zwar auf einer Garage in der Windmühlgasse. Das muss man einmal herbringen! Da ist ganz, ganz viel passiert. - So, das war der eine Teil.

Jetzt zum anderen Teil. Es war in Wien ein Axiom: In öffentlichen Gartenanlagen gibt es keine Obstbäume, niemals! Es hat zwar am Stadtrand an den Straßenrändern immer Obstbäume gegeben - in der Strebersdorfer Straße zum Beispiel, oder in der Kirschenallee. Wie der Name schon sagt, gibt es dort Straßenbäume. Und wir sind davon ausgegangen, dass wir entsprechend dieser maria-theresianischen Tradition, die natürlich auch noch in Niederösterreich, in der Steiermark, aber auch im Burgenland weiterlebt, auch hier in Wien wieder Obstbäume im öffentlichen Raum setzen. Es war nicht ganz einfach, hat viel Überzeugungsarbeit auch in der MA 42 bedurft - die Frau Stadträtin war da sehr hilfreich -, aber im Arenbergpark wurden drei Kirschbäume gesetzt. Das ist vielleicht nur eine Kleinigkeit, aber in Wirklichkeit ist da ein Stimmungswandel eingetreten. Und auch im Helmut-Zilk-Park wurden viele Kirschbäume gesetzt.

Und damit komme ich nämlich zum Punkt: Das heißt, wir haben einen anderen Fokus auf das, was Stadtlandwirtschaft und Gemüseanbau und dergleichen in der Stadt betrifft. Wir sind eben nicht Bruck an der Leitha oder Mistelbach, wo es viele Flächen gibt, sondern wir haben eine Stadt, eine wachsende Stadt, und da sucht die Landwirtschaft und wird die Landwirtschaft auch einen wichtigen Teil finden.

Der zweite Punkt, auf den ich mich heute besonders stützen möchte, ist: Lange, lange Zeit waren ja wir GRÜNEN sozusagen immer wieder ein bisschen im Clinch mit der MA 48, was die Müllverbrennungsanlagen betrifft, weil wir immer der Meinung waren, je mehr Müllverbrennungsanlagen es gibt, desto weniger wird auf Müllvermeidung Rücksicht genommen. Das war ein ganz wichtiger Punkt, weil da natürlich früher manche Filteranlagen nicht so toll funktioniert haben. Da ist sicher sehr viel passiert, auch auf unseren Druck hin. Es hat in diesem Bereich viel, viel an Verbesserungen gegeben - auf der einen Seite.

Aber was Wien auf der anderen Seite auch sehr, sehr gut macht: Trotz wachsender Stadt sind die Restmüllmengen - und das sind immerhin eine halbe Million Tonnen - kaum gestiegen oder gar nicht gestiegen. Das ist ganz wichtig. Das ist eine der großen Errungenschaften der Stadt, dass wir beim Restmüll eigentlich gut unterwegs sind. Das habe ich selber nicht geglaubt, muss ich echt dazusagen, aber es ist gut gemacht worden. - Das war das Erste.

Das Zweite: Natürlich gehört da auch das Kompostwerk dazu, da gehört aber auch zum Beispiel so etwas wie der 48er-Tandler dazu. Da hat es früher so Versuche gegeben, das zu tun, aber mittlerweile, denke ich mir, interessiert mich das sehr, und ich werde den bald besuchen, weil ich mir denke, da gibt's interessante Sachen, und das möchte ich mir gerne anschauen.

So etwas ist wichtig, denn einer der Eckpfeiler der Müllvermeidung besteht in Wirklichkeit nicht nur darin, dass wir ein bisschen recyceln, sondern es geht auch um das Wiederverwenden, also Reuse. Das erfolgt in anderen Ländern auf breiter Basis, und dazu gibt es auch hier demnächst einen Antrag von Kollegen Taucher. Da bin ich auch drauf - danke! Das war auch deine Idee, Joe, muss man dazusagen. Das ist eine wichtige Sache, da geht es um Upcycling und um Reuse, und da soll es Erleichterungen gesetzlicher Art geben. Und das werden wir in Wien machen, denn ich glaube, dass wir es der Stadt schuldig sind, dass eines der wichtigsten Elemente der Daseinsvorsorge, nämlich die Müllbeseitigung, oder die Müllvermeidung, wenn man so will, ein ganz wichtiger Punkt ist.

So, jetzt habe ich nur mehr ganz wenig Redezeit. - Eine schöne Geschichte ist auch die Wiener Umweltschutzgesellschaft, die natürlich auch durch die MA 22 gestützt wird. Worum geht es dabei? - Was die Atomkraft betrifft, so ist Anti-Atom ja so ein bisschen die österreichische Umweltfolklore, wenn man so will. Eh klar, bei uns gibt's das nicht; in anderen Städten und anderen Ländern ist das natürlich ganz anders. Und da ist es so, dass es in der Wiener Umweltschutzgesellschaft sozusagen die Anti-Atom-Beauftragte - nicht Person, sondern in dem Fall Organisation - gibt, dass wir hier eigentlich ein Netzwerk von Städten haben, die gegen Atomkraft sind, natürlich auch gegen Atombewaffnung sind, und da haben wir große Unterstützung in weiten Teilen Europas gefunden. Da geht es auch darum, dass man in grenznahen Atomkraftwerken wie Paks oder Bohunice, aber auch in tschechischen Kraftwerken, die ganz nahe der österreichischen Grenze sind, tätig wird, wenn es darum geht, bei der Umweltverträglichkeitsprüfung oder beim Ausbau irgendwie Nein zu sagen oder Aufklärung zu leisten. Also noch einmal: ein wichtiges Dankeschön natürlich auch an die Wiener Umweltschutzgesellschaft. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

So, jetzt bleibt mir praktisch keine Zeit mehr. Ich möchte auch kurz noch einmal sagen: Es ist mir ganz wichtig, mich bei den Beamten und Beamtinnen und bei den Angestellten in den Magistratsdienststellen in diesem Bereich zu bedanken - das sind die MA 22, 31, 36, 38, 42, 45, die MA 48, 49, 55, 58, 59, 60, die Wiener Umweltschutzgesellschaft, Wien Kanal und die Tierschutzombudsstelle. Wobei ich mich bei der Tierschutzombudsstelle und der MA 60 für die wichtigen Verhandlungen über das Fiakergesetz, das am Donnerstag dann ja hier auf der Tagesordnung sein wird, besonders bedanken möchte. Denn die Verhandlungen waren hart, wir haben gemeinsam viel geschwitzt, aber wir haben etwas Gutes herausgebracht. - Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Eine Punktlandung des Kollegen Maresch - er hat genau 10 Minuten gesprochen, wie vorgegeben. Die Restredezeit für die GRÜNEN beträgt noch 15 Minuten. Nächster Redner ist Herr Kollege GR Guggenbichler. Selbstgewählte Redezeit 12 Minuten. Ich erteile das Wort.

GR Ing. Udo **Guggenbichler**, MSc (FPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ganz kurz zum vorher Angesprochenen: Ja, wir haben es geschafft, am letzten Anti-Atom-Gipfel einen Antrag zu formulieren, den wir schon seit Jahren gefordert haben, nämlich: Am Ende des Tages raus aus Euratom, weil es nicht akzeptabel ist, Geld - und das sind doch jedes Jahr einige Millionen Euro von Österreich - aufzuwenden für Organisationen, die letztlich dieses Geld wieder in den Weiterbetrieb und in die Lebensverlängerung von Schrottreaktoren investieren. Da, muss ich sagen, war sehr viel Überzeugungsarbeit notwendig, denn früher wurde ja immer gesagt, man kann nur von innen verändern. Aber ich glaube, ein gewisser Druck von außen macht hier durchaus Sinn.

Zum Thema, das Frau Kollegin Emmerling angesprochen hat, der Anfragebeantwortung: Ja, ich hätte da auch einige Schmäckerl. Ich habe sie nicht mitgebracht, aber vielleicht ist morgen, im Rahmen der Diskussion zum Stadtrechnungshof, ein guter Zeitpunkt, sie zu präsentieren.

Man hätte das auch anders beantworten können. Man hätte nicht Römerquelle nehmen müssen und nicht gegenüberstellen müssen, was 1.000 l Römerquelle kosten, man hätte ja auch gegenüberstellen können, was 1.000 l Wildalp kosten. Wildalp ist nämlich ein Mineralwasser, das aus der Seisensteinquelle gewonnen wird, und die Seisensteinquelle ist eine von sieben Quellen, die eigentlich im Eigentum der Stadt Wien sind. Das ist eine dieser Quellen, deren Wasser das damals noch rote Wien unter Bgm Häupl privatisiert hat (*GR Erich Valentin: Das ist schon Geschichte!*), an einen australischen Investor. - Das hätte mich wirklich interessiert, und vielleicht stellen Sie in der nächsten Anfragebeantwortung nicht 1 m³ Hochquellleitungswasser 1 m³ Römerquelle gegenüber, sondern 1 m³ Wildalp, denn das ist das gleiche Wasser. Das wäre ja viel eher vergleichbar! Und das ist jenes Wasser, das halbliterweise beim Meisl am Graben für 4 EUR, glaube ich, verkauft wird. 4 EUR - das könnte man jetzt hochrechnen. Ich habe keinen Taschenrechner bei mir, aber vielleicht melde ich mich später noch einmal zu Wort, damit wir auch da einen vergleichbaren Wert in der Anfragebeantwortung haben.

Wie läuft es im Ausschuss? Wir reden ja schon seit Jahren darüber, und ich sage es jetzt offen, was in den letzten Jahren auch von Journalisten und von anderen Politikern immer wieder thematisiert worden ist: Worum geht es? Warum macht die StRin Sima so eine intransparente Politik, die wir dann in Stadtrechnungshofberichten schwarz auf weiß erleben dürfen, weil dadurch - das wissen wir ja ganz genau - auch Missstände entstehen? Warum macht das die Frau StRin Sima? Ich habe auch mit vielen Journalisten darüber geredet.

Die Frau StRin Sima macht das aus einem besonderen Grund: Weil sie aus ihrer Sandkiste nicht herauskommt. Weil der Herr GR Guggenbichler vor vier Jahren in einem Vergabeakt gefordert hat, er hätte gerne eine CD, die in dem Vergabeakt drinnen war, lesbar gemacht, damit er sich diesen Akt anständig anschauen kann, hat die Frau StRin Sima beschlossen: Okay, wenn das so ist, dann schlanken wir die Akten total ab! - Da geht es jetzt nicht darum, dass die Information im Magistrat nicht vorhanden ist. Da geht es nicht darum, dass die Information nicht beschaffbar ist. Das ist schlicht und ergreifend eine trotzige Reaktion der Stadträtin, die sagt, na, da hat er drei Mal blöd nachgefragt, und jetzt bekommen sie einfach alle nichts mehr! - Das ist eine Verhöhnung der Demokratie, das ist eine Verhöhnung dieses Hauses. *(Beifall bei der FPÖ. - Zwischenruf von GR Erich Valentin.)*

Erich, du bemühst dich eh. Ich muss den Erich Valentin loben, er bemüht sich ja wirklich, im ständigen Abwehrkampf gegen die Intransparenz der StRin Sima, uns Unterlagen beizuschaffen. Danke, lieber Erich *(Ironische Heiterkeit bei GR Erich Valentin.)*, und ich schätze dich deshalb als Ausschussvorsitzenden immer mehr. Das muss ich ganz ehrlich sagen. Denn es ist nicht einfach. Aber der Erich hat es eben in gleicher Weise nicht einfach wie die anderen Mitarbeiter.

Ich kann mich noch erinnern, wie die StRin Sima - nicht sie persönlich, aber in der Magistratsabteilung - vor einem Jahr gesagt hat - vor der Wahl war das, kann ich mich erinnern -: Wenn ihr nicht Rot wählt, dann werdet ihr nächstes Jahr keine Jobs mehr haben! - Da wurde gespielt mit den Ängsten der Mitarbeiter. *(Zwischenruf von GRin Kathrin Gaal und weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.)* - Frau Gaal, Sie haben sich ja später zu Wort gemeldet, Sie können ja dann kurz darüber reden. - Da wurde mit den Ängsten der Mitarbeiter in Magistratsabteilungen gespielt, die nämlich dann die Sorge haben, dass sie ihre Familien nicht mehr ernähren können.

Aber was passiert jetzt? - Man hört es, die Rathausspatzen pfeifen es von den Dächern: Es soll im Ressort Sima ein Personalarückbau erfolgen. Das hört man immer öfter. Jetzt haben diejenigen, denen Sie das damals gesagt haben, die SPÖ gewählt - und jetzt passiert ihnen genau das, was ihnen angedroht wurde, wenn sie nicht die SPÖ wählen. Das, muss ich sagen, ist schon ein bisschen traurig und eigentlich auch peinlich.

Gut, jetzt zum Thema Müllverbrennung; dieses hat Kollege Maresch schon angesprochen. Die Situation ist eine, die wir in Wien natürlich auch leben, aber bei der Müllverbrennung muss man auch Folgendes sehen: Mittlerweile ist die Frau StRin Sima ja auch zuständig für die Müllverbrennung, aber ich kann mich erinnern, als ich eine Anfrage gestellt habe, wie sie mit Emissionen umgeht, sagte sie, sie sei nicht zuständig. Sie hat gesagt, für die Luft, die oben rauskommt, ist sie nicht zuständig, das geht sie nichts an, das ist für eine Umweltstadträtin nicht geeignet.

Aber was haben wir in der letzten Zeit noch erlebt an finanziellen Schmankerln? - Die Mähboot-Geschichte zum Beispiel. Dafür habe ich wirklich einen Zeugen, der

kein Freiheitlicher ist, der das bestätigt. Da geht es nämlich darum, dass die Stadt Wien um 2,3 Millionen ein Mähboot gekauft hat, oder diese Summe dafür investiert hat, und jährlich 10.000 EUR in die Erhaltung dieses Mähbootes investiert hat. Was ist in weiterer Folge passiert? - Nach dem 19. Jahr haben Sie es um 36.000 EUR Schrottwert verkauft. Und was liest man jetzt in den Medien? - Wir haben zu wenig Mähboote, und wir brauchen ein neues Mähboot! Wisst ihr, warum eigentlich die Sonderanfertigung, das alte Mähboot nie in Einsatz gekommen ist? - Weil die Sonderanfertigung zu groß war.

Frau Stadträtin, da geht es um 2,3 Millionen EUR! Sie sparen bei den Mitarbeitern, und da wird das Geld hinausgeworfen!

Und wer ist mein Zeuge? - Mein Zeuge ist der Bgm Häupl. Ich glaube, er ist kein Freiheitlicher. Und er sagt, in einer großen Verwaltung passiert auch einmal Blödsinn, und das ist einer davon. - Ja, Frau Stadträtin, bitte, bitte schauen Sie, dass in Zukunft diese Formen von Blödsinn nicht passieren. Denn wir wissen ja, dass unser Schuldenstand jährlich steigt, und mit solchen Situationen tragen Sie dazu bei. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich werde heute auch noch einen Antrag einbringen, denn wir haben ja in den letzten Tagen in den Medien lesen dürfen, dass gerade Hunde in heißen Autos zu Tode gekommen sind. Frau Stadträtin, man hat von Ihnen so viele Informationskampagnen gesehen, von denen 80 Prozent der Selbstbeweihräucherung dienen, und ich werde heute einen Antrag einbringen, eben zu diesem Thema eine Informationskampagne zu starten: um eben das Leben der Tiere zu schützen und die Bürger zu informieren. Und ich hoffe, dass ich da von rot-grüner Seite eine Zustimmung bekomme, denn das Leben der Tiere sollte uns doch ein Anliegen sein, und es sollte auch dieser Stadtregierung und unserer Umweltstadträtin ein Anliegen sein. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Kurz angesprochen wurde auch noch die Copa Cagrana. Wir wissen, es war nicht leicht mit dem alten Pächter. Das wissen wir alle, wir hatten alle Gespräche mit ihm. Und jetzt wurde hier halt Platz geschaffen, und es wurden im letzten Jahr zwei neue Lokale eröffnet, die auch sehr schön sind. Aber ich sage es schon ganz offen: Ich glaube nicht, dass es notwendig ist, das ausgliedern in eine stadteigene Firma, in der der Büroleiter der StRin Sima als Prokurist tätig ist und für die wir in einem Vierzeiler im Akt einen einmaligen Subventionskostenzuschuss, der nicht rückzahlbar ist, in der Höhe von 2,5 Millionen EUR vorgelegt bekommen.

Hier hätte es locker lässig eine Ausschreibung geben können. Hier hätte man locker lässig am freien Markt darüber nachdenken können, wie man dieses Geld sinnvoll im Sinne der Steuerzahler einsetzt, denn das ist ja nicht das Geld des Ressorts, sondern das ist das, was, wie wir heute schon gehört haben, mit Gebühren eingenommen wird, die bis zum Doppelten dessen ansteigen können, was wirklich im Jahr ausgegeben wird. Es wird zwar immer gesagt, dass diese Gebühren zweckgebunden sind, aber der Bundesrechnungshof sieht es anders. Der Bundesrechnungshof hat geschrieben, dass das illegale Steuern sind, weil es einfach die Transparenz

diesbezüglich nicht gibt. (GR Erich Valentin: *Da reden wir aber von anderen Berichten, gell?*) - Ja, das sind unterschiedliche Organisationen: Es gibt einen Stadtrechnungshof, und es gibt einen Bundesrechnungshof, Kollege Valentin. Und du weißt es ganz genau, dass das der Bundesrechnungshof festgestellt hat, dass da so viel Intransparenz herrscht, dass man hierbei von illegalen Steuern sprechen kann. - Ich melde mich dann gerne noch einmal zu Wort und zitiere es für dich. Das ist kein Problem. Ich habe es jetzt nicht mit. (*Zwischenruf von GR Mag. Rüdiger Maresch.*)

Der Rüdiger Maresch, jetzt meldet er sich zu Wort! Umweltpolitisch hat man das ganze Jahr nichts von ihm gehört, und jetzt macht er irgendwelche komischen Zwischenrufe. Das ist echt ein Wahnsinn. Aber gratuliere, Rüdiger! Weiter so! Passt schon. (GR Mag. Rüdiger Maresch: *So ist er, der Kollege Guggenbichler: Wenn er sich nicht mehr auskennt, ... dann fällt ihm nichts anderes mehr ein!*)

Gut, des Weiteren haben wir natürlich einen sehr schönen Stadtrechnungshofbericht, der die „Good for Vienna“ betrifft. Das haben wir ja auch schon öfters angesprochen, wie diese Firma zustande gekommen ist und dass der Abteilungsleiter der MA 48 dort als Prokurist tätig ist oder war, was ja schon eigentümlich ist, weil die Gewinne vom 48er-Tandler zu 100 Prozent der „Good for Vienna“ zu Gute kommen. Das heißt, einerseits ist er Chef der MA 48, und auf der anderen Seite gibt er der Firma, wo er Prokurist ist, 100 Prozent der Erlöse, wobei wir ganz genau wissen, dass wir ein zweites Tierschutzhaus in Wien haben. Ich habe ja schon einmal angeregt, dass man sich überlegen könnte, beide Tierschutzhäuser zu unterstützen und sich nicht darauf zu kaprizieren, alles nur auf eines zu konzentrieren.

Ich habe einige Anträge formuliert - Sie werden sie gelesen haben -, weil ich mir den Stadtrechnungshofbericht genauer angeschaut habe, und darf diese auch kurz einbringen.

Der Stadtrechnungshof hat angeregt, dass künftig bei der Bestellung von Mitgliedern des Leitungsorgans die Vorgaben des Stellenbesetzungsgesetzes eingehalten werden. - Ich bin davon ausgegangen, dass das in einer stadteigenen Firma eigentlich üblich ist, aber offensichtlich wurde festgestellt, dass das nicht der Fall ist.

Weiters: Dass im Zuge der Jahresabschlussaufstellung für das Geschäftsjahr 2014, wo es um die Nutzungsüberlassung der Grundstücksflächen geht, hierfür erforderliche Bestands- und Erfolgskonten berücksichtigt werden, im Rahmen des Abschlusses von Verträgen auf die richtige Festlegung der im Vertrag vereinbarten Stichtage geachtet wird, bei der Vertragsgestaltung künftig erhöhtes Augenmerk auf eindeutige und nachvollziehbare Festlegung der Vertragsbedingungen gerichtet wird - spannend, dass das in einem stadtnahen Unternehmen kritisiert werden muss -, die sonstigen betrieblichen Aufwendungen nach der erfolgten Inbetriebnahme des TierQuarTiers den Erfordernissen des laufenden Betriebs angepasst werden sollen, die unternehmensrechtlichen Bestimmungen zum Verrechnungsverbot konzerninterner Forderungen und Verbindlichkeiten eingehalten

werden, die unternehmensrechtlichen Bestimmungen zu den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung im Rahmen der Erfassung der Geschäftsfälle und Finanzbuchhaltung eingehalten werden.

Das ist ja phänomenal, dass das der Stadtrechnungshof feststellen muss in einer Firma, die der Stadt Wien gehört! Und wir reden jetzt nicht von einem Kleinunternehmen, und wir reden auch von Vertrauensträgern, die von der Stadträtin eingesetzt wurden, weil das Erfordernis der Ausschreibung der Führungspositionen natürlich auch nicht eingehalten wurde. Aber das wissen wir ja auch, dass das so ist. - Gut.

Und: Dass aus Gründen der Transparenz und der Nachvollziehbarkeit und der rechtlichen Sicherheit die getroffenen Vereinbarungen sowie die Vertragsgrundlagen schriftlich festgelegt werden. - Offensichtlich gibt es da mündliche Verträge. Wenn man weiß, dass die „Good for Vienna“ schon 21 Millionen EUR bekommen hat, wäre es doch naheliegend, dass man hier eine gewisse Verschriftlichung herbeiführt. Und wenn das der Stadtrechnungshof so sieht, kann ich das Anliegen des Stadtrechnungshofes diesbezüglich auch nur unterstützen.

Ja, das wären meine Anträge zu diesem Thema; ich darf Sie jetzt auch einbringen.

Ich habe da noch einen weiteren Antrag. Da geht es um eine Überprüfung, die schon im Jahr 2007 stattgefunden hat, und da hat der Stadtrechnungshof jetzt noch einmal festgestellt, dass man vielleicht die Vorschläge aus dem Jahr 2007 umsetzen könnte. Da geht es um eine Hundezone im 13. Bezirk. Auch diesen Antrag darf ich einbringen, und ich bitte um sofortige Abstimmung der eingebrachten Anträge. - Danke sehr. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Kollege Guggenbichler hat 13 Minuten Redezeit verbraucht. Damit verbleiben 25 Minuten für die Freiheitliche Fraktion. Nächste Rednerin ist Frau GRin Gaal. Selbstgewählte Redezeit 12 Minuten. Ich erteile ihr das Wort.

GRin Kathrin **Gaal** (SPÖ): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Die Debattenbeiträge der Oppositionsparteien waren gekennzeichnet von Wehleidigkeit. Nur zwei kurze Antworten dazu: Alle Mitglieder des Umweltausschusses bekommen bei jeder Sitzung kompetente Antworten von den Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleitern und von der Frau Stadträtin. Und, Kollege Guggenbichler, Personalabbau findet ausschließlich dort statt, wo die FPÖ mit dabei ist, so wie es am Beispiel Wiener Neustadt sichtbar wird. (*Beifall bei der SPÖ und von GRin Brigitte Meinhard-Schiebel.*)

Es wurde ja gestern und heute schon mehrfach erwähnt, aber noch nicht von mir: Wien wächst. Das weiß mittlerweile jeder. Und unsere Aufgabe ist es, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass wir den Wienerinnen und Wienern ein lebenswertes Umfeld ermöglichen - das heißt, wie wir auch schon in den vergangenen Diskussionen gehört haben, den entsprechenden Wohnraum, die so wichtigen Arbeitsplätze, natürlich die entsprechende soziale und technische Infrastruktur und ausreichend

Grünraum. Und damit wären wir auch schon beim heutigen Thema.

Gleich vorweg ein großes Dankeschön an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsgruppe für ihre kompetente Arbeit, die einen wesentlichen Beitrag zur hohen Lebensqualität in dieser Stadt leisten. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*) - Diesen Applaus haben sie sich verdient, das stimmt. - Denn Wien ist eine der grünsten Metropolen Europas, meine sehr geehrten Damen und Herren. Da braucht man nur den Wienerwald zu erwähnen oder den Nationalpark Donau-Auen, die vielen Tieren und Pflanzen einen entsprechenden Lebensraum bieten, und schon das alleine ist dann sehr beeindruckend.

Das führt mich zur MA 49, die nicht nur Felder, Wiesen und Wälder bewirtschaftet, sondern eben auch - Kollege Maresch hat es schon erwähnt - einer der größten Landwirtschaftsbetriebe Österreichs ist, mit ihren Weingärten und vor allem mit ihren Bioprodukten. Da reden wir von mittlerweile 1.000 Hektar biologischer Landbaufläche.

Beeindruckend ist aber auch, dass die Stadt einen Waldanteil von doch 20 Prozent hat. Doch damit geben wir uns nicht zufrieden, es findet eine weitere Erschließung von Naherholungsgebieten statt und von Aufforstungsgebieten, wie dem Norbert-Scheed-Wald in der Donaustadt oder auch dem Wald der jungen WienerInnen - ein wesentlicher Beitrag zur Erweiterung des Grüngürtels. Denn insgesamt, meine sehr geehrten Damen und Herren, wurde 2015 eine Fläche von 2 Hektar mit 16.000 Pflanzen aufgeforstet. Und genau deshalb findet Wien auch internationale Anerkennung und - und das freut mich besonders - auch Auszeichnung für den Schutz der Wälder und des Grünraums.

Denn Natur und Grünraum schaffen in einer Stadt auch einen Ort der Begegnung. Und da sind die Grünflächen und Parks in Wien etwas ganz Besonderes, vor allem dank der MA 42, die hervorragende Arbeit in der Ausgestaltung, in der Pflege der Parkanlagen und auch der Kinderspielplätze leistet.

2015 wurden viele Parkanlagen neu gestaltet, wurden besonders und anders gestaltet. Beispielhaft möchte ich im 11. Bezirk die Parkanlage Hutterergasse erwähnen, im 15. Bezirk auf besonderen Wunsch des Bezirks die Jugendaktivzone Otto-Wagner-Brücke, im 20. Bezirk den Sachsenpark und im 21. Bezirk den Paul-Hock-Park.

Ganz besonders großer Beliebtheit erfreuen sich auch die Wiener Wasserspielplätze, denn sie bieten einen kühlenden Wasserspaß für die Kinder in unserer Stadt. In jedem Bezirk gibt es mittlerweile so einen Wasserspielplatz, und ganz besonders toll sind natürlich die zwei größten, auf der Donauinsel und beim Wasserturm in Favoriten.

Und wenn wir schon im 10. Bezirk sind, möchte ich als Favoritner Mandatarin unbedingt an dieser Stelle die in Kürze stattfindende Eröffnung des Helmut-Zilk-Parks erwähnen. In Zukunft können sich viele Tausende Bewohnerinnen und Bewohner des Sonnwendviertels dann in dem sieben Hektar großen Park erholen, und das

Highlight dieses Parks, der neue Motorikpark, wird sich sicher großer Beliebtheit erfreuen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Zuge meiner Vorbereitung für diese Rechnungsabschlussdebatte bin ich über ein paar Zahlen gestolpert, die ich an dieser Stelle unbedingt erwähnen möchte, vor allem für Frau Kollegin Emmerling, die ja ab und zu und immer wieder Zahlen und Fakten vermisst:

Wenn wir von der MA 42 sprechen, sprechen wir von 17,1 Millionen Quadratmetern Grünflächen, 1.016 Parkanlagen, 114.748 Bäumen in diesen Parkanlagen, 230.000 Frühjahrsblumen, 750.000 Sommerblumen, 288 Ballspielplätzen und 268 Kleinkinderspielplätzen. - Sehr beeindruckend!

Wenn es um Umweltschutz in Wien geht, dann denkt man sofort und muss man sofort denken an die MA 22 - mit ihren Zielen, klarerweise die Umwelt zu schützen, aber vor allem auch das Umweltbewusstsein zu fördern, denn das ist eigentlich die Voraussetzung für erfolgreichen Umweltschutz.

Die MA 22 hatte 2015 mehrere Schwerpunkte. Ich möchte einen besonders hervorheben, nämlich die Vermeidung von Lebensmittelabfällen. Das ist sowohl aus ethischen Gründen, aber vor allem auch aus umwelttechnischen Gründen enorm wichtig, denn Lebensmittel müssen weite Strecken transportiert werden, müssen gekühlt werden, müssen verarbeitet werden, dann in den Handel gebracht werden und dann schlussendlich auch noch kostenintensiv entsorgt werden. Deshalb unterstützte die Stadt Wien auch 2015 wieder die Initiative „United Against Waste“, genauso wie sie Initiativen unterstützte im Bereich der nachhaltigen Entwicklung, den ÖkoKauf Wien und den ÖkoBusinessPlan Wien.

In diesem Sinne, meine sehr geehrten Damen und Herren: Grünräume sind enorm wichtige Erholungsgebiete für Menschen. Sie dienen dem Stadtklima, sie dienen dem Wohlbefinden und steigern somit die Lebensqualität. Daher abschließend nochmals ein großes Dankeschön an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der zuständigen Geschäftsgruppe, ein großes Dankeschön an dich, liebe Frau Stadträtin, und dein Büro für die gute Zusammenarbeit! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: 6 Minuten hat die Frau Kollegin verbraucht. Das heißt, es bleiben noch 34 Minuten Restredezeit für die SPÖ. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Dr. Kugler. Selbstgewählte Redezeit 10 Minuten. Restredezeit der ÖVP 19 Minuten. Ich stelle einmal 10 Minuten ein. - Bitte schön.

GRin MMag. Dr. Gudrun **Kugler** (ÖVP): Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Es hat sich schon ein bisschen Mittagsmüdigkeit breitgemacht. Ich hoffe, dass Sie mir trotzdem folgen werden. Vielleicht ein paar Gedanken vorweg zu meinen Vorrednern:

Mehrfach ist jetzt das Thema Müllvermeidung, auch Müllverbrennung oder auch Vermeidung von Lebensmittelabfällen angesprochen worden. Das teilen wir natürlich. Wir möchten nur vielleicht noch einen Schritt weiter-

gehen und das Prinzip Urban Mining auch in die Diskussion einbringen. Wir haben dazu auch einen Antrag mitgebracht. Und zwar bedeutet Urban Mining die optimale Wiederverwertung des anfallenden Mülls, sodass der Müll in einer gewissen Weise auch als Rohstoffquelle gesehen wird. Wien hat naturgemäß wenig eigentliche Rohstoffe, dafür sehr viel Müll - das wäre also eine Handlungsmaxime gerade für die Stadt Wien.

Und wenn man dann sagt, was bedeutet das konkret, dann kann ich Ihnen zwei Beispiele nennen. Das eine ist die Frage: Können wir aus dem Klärschlamm oder aus der Klärschlammasche Phosphor rückgewinnen? Und: Können wir - ganz besonders auch für Wien relevant - die Elektroaltgeräte noch besser nutzen? Hier gibt es noch Möglichkeiten. Und in vielen anderen Bereichen, wo das vielleicht noch nicht geht, hängt das auch an der Frage, ob und wie in Forschung investiert wird. Und ich weiß, dass es außertourlich in den letzten Jahren mit der BOKU sehr, sehr gute Zusammenarbeit gab, dass Wien die Forschung auch gefördert hat, und ich hoffe, dass das dann auch so weitergeführt wird.

Wir stellen daher heute den Antrag, dass das Prinzip Urban Mining als Handlungsmaxime der Stadt Wien verankert wird, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Kreislaufwirtschaft in Konsum, Produktion und Abfall auch funktioniert.

Aber ich habe heute noch ein ganz anderes Thema mitgebracht, und zwar die Frage der Subventionsvergabe durch die Stadt Wien. Und ich weiß, das betrifft zu einem großen Teil auch den Umweltbereich, aber es betrifft letztlich alle Bereiche. Ich habe mir den Subventionsbericht sehr genau angesehen - den Subventionsbericht, der erstmals veröffentlicht wurde, das ist jetzt der Subventionsbericht für 2015 -, und es ist gut und es ist wichtig, dass die Stadt Wien auflistet, wofür, für welche Vereine Subventionen vergeben werden. Aber wir vermissen fünf Dinge, und ich möchte Ihnen diese fünf Dinge heute mitgeben, mit der Bitte, das im nächsten Jahr zu berücksichtigen.

Erstens fehlt uns die präzise Definition, welche Subventionen und Zuschüsse in diesem Bericht aufgelistet werden und welche nicht - und vor allem dann auch, warum nicht.

Zweitens gibt es ja Subventionen, die von Betrieben getätigt werden, die sich im Eigentum der Stadt Wien befinden, und diese Subventionen werden nicht aufgelistet. Es ist aber wichtig, dass das getan wird, weil man nur dann erkennt, ob hier Doppelförderungen vorliegen, Mehrfachförderungen, die man dann auch im Sinne einer sparsamen Verwaltung eigentlich vermeiden möchte.

Ähnlich gelagert ist mein dritter Punkt: Manchmal bekommt ein Subventionswerber eine Subvention, um diese an weitere Fördernehmer weiterzugeben. Auch diese sind nicht aufgelistet.

Viertens, eine Frage der Darstellung der Beträge: Im Moment sind in diesem Bericht alle Subventionsbeschlüsse aufgelistet, die im Rechnungsjahr, in dem Fall 2015, beschlossen wurden. Was nicht zu finden ist, sind Subventionen, die zum Beispiel einmal beschlossen werden und dann über Jahre vergeben werden. Die kann

man dann nicht darin sehen. Ein ganz prominentes Beispiel: die Subvention der Vereinigten Bühnen Wien, die in diesem Bericht 2015 gar nicht vorkommt, weil der Beschluss im Jahr 2014 gefasst wurde. Das verzerrt aber die Wahrnehmung der Subventionen, die im Jahr 2015 vergeben wurden. Und wenn wir transparent sein wollen, ist es, glaube ich, wichtig, dass man hier auch den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit gibt, ganz klar zu sehen, was in einem Jahr so vergeben wurde.

Und mein fünfter und letzter Punkt im Bereich Subventionsbericht ist, dass die Rahmenbeträge angeführt werden, aber dann natürlich nicht, wer das Geld im Rahmen der Rahmenbeträge bekommen hat. Das heißt - Sie wissen das -, man vergibt eine bestimmte Summe für einen bestimmten Zweck, und dann wird das aufgeteilt in kleinere Beträge, und diese Information ist nicht im Bericht zu finden, und darauf haben wir auch keinen Einfluss als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte.

Ich habe Ihnen ausgerechnet, um welche Summe es sich hier handelt - ich glaube, es ist wichtig, sich das einmal anzusehen -: Insgesamt sind im Subventionsbericht 2015 37 Rahmenbeträge zu finden - da heißt es nur „Rahmenbetrag“, da steht nicht, wo das Geld hingegangen ist -, die insgesamt 48 Millionen EUR ausmachen. Und diese 48 Millionen EUR sind von den aufgelisteten Subventionen insgesamt 20 Prozent. Und nicht nur können wir das nicht einsehen und haben keinen Überblick, wo das Geld hingegangen ist, sondern es bedeutet ja auch für den Fördernehmer, dass er oder sie sich nicht darauf verlassen kann, diese Förderung wieder zu bekommen, und keine Möglichkeit hat, Einfluss darauf zu nehmen, wie die Entscheidung getroffen wird, mit den Verantwortlichen zu sprechen. Denn die Fördernehmer können sich nur auf die freundliche Haltung der verschiedenen Abteilungen verlassen. Im Gemeinderat können wir diese Förderungen dann nicht besprechen.

Fünf Punkte habe ich Ihnen jetzt zum Subventionsbericht gesagt, und ich bitte Sie, das nächste Mal im Sinne der Transparenz und Zusammenarbeit diese Punkte auch ernst zu nehmen.

Ich habe mir aber noch ein Zweites angesehen - und jetzt wird es vielleicht noch ein bisschen brisanter und „eingemachter“ -, und zwar habe ich mir die subventionierten Vereine auf ihre Parteinähe angesehen. Und ich habe gestern schon gehört - leider weiß ich nicht mehr, welche Kollegin von den Sozialdemokraten das gesagt hat -: Bitte werft uns nicht vor, dass die Subventionen nach Parteibuch vergeben worden sind! - Das war so quasi eine Flucht nach vorne, denn das hat zu diesem Zeitpunkt noch niemand vorgeworfen gehabt, aber da ist schon was dran.

Ich habe jetzt selber eine Statistik erarbeitet. Und zwar habe ich in der Gemeinderäte-Datenbank bei der Offenlegung der Bezüge nachgesehen, wer sich da so gemeldet hat für Funktionen in Vereinen, und habe mir dann angesehen, welche Vereine subventioniert worden sind. Das war viel Arbeit, das können Sie sich vorstellen. Das habe ich aber ganz genau gemacht und bin auf folgende wunderschöne Statistik gekommen:

Laut der Transparenzdatenbank der Bezüge der Gemeinderäte - alles ganz offiziell; ich weiß nicht, ob alles angegeben wurde, aber das kann man einmal als Basis heranziehen - sind mehr als die Hälfte der Abgeordneten der Koalition in Vereinen, die gefördert werden. Auf Seiten der Opposition sind es nur 7 Prozent. Das ist schon einmal interessant, oder? Auf Seiten der Koalitionsparteien mehr als die Hälfte der Abgeordneten in Vorständen von Vereinen, die gefördert werden - in der Opposition 7 Prozent.

Jetzt könnte man sagen: Ja, aber da sind ja Vereine dabei, die so quasi Stadtaufgaben erfüllen, ausgelagerte Aufgaben, wo einfach die Stadt Hoheitsaufgaben einem Verein gegeben hat. Auch das ist nachvollziehbar, verstehbar. Und dann habe ich die einmal herausgerechnet - und komme immer noch auf einen eklatanten Unterschied. Und zwar habe ich den Beobachtungszeitraum Anfang 2014 bis Mitte 2016 herangezogen und komme da auf folgende Zahl: Die Vereine, in denen Gemeinderäte der Koalition Vorstandsaufgaben innehaben, haben insgesamt rund 20 Millionen EUR bekommen - da sind die großen, stadtnahen nicht drinnen, denn das wären natürlich viel höhere Beträge -, und bei der Opposition sind es insgesamt 437.000 EUR. - Wenn man jetzt sagt, die Zahlen sind ja fast ausgeglichen, denn zwischen Opposition und Koalition ist ja der Unterschied nicht so groß, dann besteht ein ganz eklatanter Unterschied in der Höhe der Förderungen, die vergeben worden sind. Und das müssen Sie uns einmal erklären!

Jetzt könnte man noch einen Schritt weiter gehen - das ist aber schwieriger -, und zwar könnte man prüfen, welche Vereine ohne Gemeinderäte im Vorstand immer noch eine Parteinähe haben, zum Beispiel über andere Funktionäre oder ehemalige Funktionäre. Auch davon gibt es ganz, ganz viele. Das können wir natürlich bei vielen Tausend Vereinen nicht erschöpfend nachprüfen, aber da gibt es auch eine interessante Liste von Vereinen. Und ich glaube, auch hier müsste man noch einmal nachdenken, ob die Förderungen der Stadt denn wirklich dafür da sind, schlussendlich Basisarbeit einer Partei zu finanzieren.

Darum stellen wir heute einen Antrag auf, erstens, eine Verbesserung des Subventionsberichts - so, wie ich das auch gesagt habe -, aber zweitens auch auf eine Auflistung all jener Institutionen, die um eine Subvention angesucht haben und diese nicht bekommen haben, ohne dass die politischen Gremien damit befasst worden wären. Alle, die um eine Förderung angesucht haben, deren Ansuchen dann nicht einmal dem Gemeinderat vorgelegt wurde, die möchte ich gerne einmal in einer Liste sehen, damit wir als Opposition unserer Aufgabe nachkommen können, nämlich die Vergabe von Geldmitteln durch die Stadt Wien zu kontrollieren.

Nun blinkt zwar das rote Licht, aber ich habe noch Redezeit, und aus unserer Fraktion wird keiner mehr reden. Ich werde daher jetzt noch zu meinem letzten Punkt kommen.

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik** (*unterbrechend*): Sie haben noch 9 Minuten, Frau Kollegin.

GRin MMag. Dr. Gudrun **Kugler** (*fortsetzend*): Neun? - Na bitte! Dann können Sie das rote Licht wieder ausschalten. (*Heiterkeit.*)

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik** (*unterbrechend*): Eines nach dem anderen, Frau Kollegin!

GRin MMag. Dr. Gudrun **Kugler** (*fortsetzend*): Danke. - Es ist doch interessant, dass sich in keiner anderen Spezialdebatte bisher jemand aus der Opposition über die Umgangsformen beschwert hat, aber in der Umweltspezialdebatte jetzt schon alle. Da muss doch etwas dran sein! Und auch ich habe da einiges erlebt und darf vielleicht auch ein Beispiel bringen:

Kollegin Emmerling von den NEOS hat in einer Ausschussdebatte die Magistratsabteilungen gefragt, wie es sich mit dem Überschuss der Gebühreneinnahmen bei der MA 48 und bei Wien Kanal verhält. Und beide Leiter der Magistratsabteilungen, Herr Ilmer und Herr Thon, haben ihr nur einen einzigen Satz als Antwort gegeben. Sie haben ihr gesagt: „Zeigen Sie mir den Überschuss!“ - und sonst nichts. Und ich finde das unendlich unhöflich. Ich glaube nicht, dass es einem Hohen Haus wie dem unseren gut ansteht, wenn man so miteinander redet.

Jetzt könnte man sagen, sie hätte ja selber ausrechnen können, und so weiter. Das hat sie sicher auch gemacht, aber darum geht es gar nicht. Es geht darum, dass die Magistratsabteilungen in einer Ausschusssitzung keine schnippischen Antworten geben dürfen, die ich meiner zehnjährigen Tochter, die gerade in die Pubertät kommt, nicht erlauben würde.

Ich darf jetzt noch einen Schritt weiter gehen, weg von der Frage Umwelt. Auch andere Dinge in Bezug auf Umgangsformen haben mich eigentlich geschreckt. Ich bin jetzt erst seit einem halben Jahr in diesem Haus und habe mehrfach Doppelstandards erlebt, und einen Fall eines Doppelstandards möchte ich Ihnen erzählen, weil er mich persönlich sehr getroffen hat.

Ich habe 140 Studenten eingeladen, und die sind mit 3 Bussen aus Niederösterreich nach Wien gekommen, um das Rathaus zu besichtigen. Im Jänner wurde alles schriftlich mit der Verwaltung des Hauses ausgemacht, dass sie dann hier sitzen dürfen und ich als Mandatarin ihnen von unserer Arbeit hier erzählen darf. Und eine Woche vorher wurden diese Studenten ausgeladen, indem man sagte: Das geht nicht, das ist nicht üblich im Gemeinderat, da sitzen nicht so viele Gäste. - Komischerweise habe ich immer wieder Besuchergruppen gesehen, die hier gesessen sind, und komischerweise war das immer nur bei mir ein Problem. Dann habe ich noch einmal genauer nachgefragt und habe dann gehört, ja, ich hatte einmal eine Schulklasse hier, und die hat dann am Mikrophon gesprochen - das hat die Führerin damals erlaubt; ich habe nicht gewusst, dass man das nicht darf; es war ja schließlich auch jemand vom Haus dabei -, und deswegen dürfen jetzt meine 140 Studenten nicht kommen.

Sie können sich vorstellen, wie aufwändig es für mich war, einen Ersatz zu finden, wo ich 140 Leute in Wien unterbringe - die Busse waren organisiert und bezahlt -; es wurde dann freundlicherweise von Seiten des Parla-

ments ermöglicht, dass sie dort unterkommen, und ich habe dort zu ihnen gesprochen.

Aber dabei ist es nicht geblieben. Ich habe nämlich vorige Woche am 20. Juni auf „orf.at“ ein wunderschönes Bild gesehen, wo der ganze Raum hier voll ist mit Flüchtlingen, die eine Debatte nachspielen und an den Mikrofonen reden. Und ich freue mich, dass Flüchtlinge dieses Haus hier nützen und somit Österreich, Wien und unsere Demokratie kennen lernen, aber Sie verstehen schon, dass es mich wundert, dass meine Studenten nicht kommen durften. Und das ist ein Doppelstandard, mit dem ich mir sehr schwer tue. Denn einmal ist einer in der Koalition, ein anderes Mal ein anderer. Ich glaube, wir sind alle reif genug, um Umgangsformen zu haben, die für jeden Platz lassen.

Und jetzt sage ich Ihnen zum Abschluss noch eine Sache - es ist, glaube ich, eine, die Sie hoffentlich interessiert -: Es war in diesem Haus im Jahr 1918 und im Jahr 1919 eine Frau Mitglied, eine der ersten Frauen im Gemeinderat, die mittlerweile interessanterweise von der katholischen Kirche selig gesprochen worden ist, Hildegard Burjan. Und Hildegard Burjan, die Gründerin der Caritas socialis - Sie wissen alle, was dort an großartiger Arbeit geleistet wird -, saß auf dem Platz von unserer Vizebürgermeisterin Vassilakou, hier vorne, und sie hat versucht, Politik zu machen über Parteigrenzen hinweg, für Anliegen, die allen wichtig sein müssen. Heute bin ich schlechter Stimmung auf Grund der Debatte im Bildungsbereich, und trotzdem lese ich Ihnen und auch mir selber ein Zitat von Hildegard Burjan vor, denn so sollten wir Politik machen. Sie schreibt von Frauen, aber es betrifft nicht nur Frauen, sondern alle.

Im Jahr 1919 sagte Hildegard Burjan: „Die über allen Parteiunterschieden stehende Not wird die Frauen der verschiedensten Weltanschauungen zu gemeinsamer Frauenarbeit zusammenführen. Wir Frauen wollen nicht unsere beste Kraft verbitterten, fruchtlosen Parteikämpfen opfern, sondern praktische, die Gesamtheit fördernde Arbeit leisten. Wir brauchen den Geist des Friedens und der Versöhnung in sachlicher, uneigennütziger Arbeit.“

Und das soll unsere Arbeit charakterisieren. Ich hoffe, dass wir unsere Zusammenarbeit auch noch verbessern können. - Vielen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und von GR Ing. Udo Guggenbichler.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: An Frau Kollegin Dr. Kugler, nur zur Information: Eingegeben wird immer die selbstgewählte Redezeit. Das waren 10 Minuten. Als diese abgelaufen sind, habe ich sofort versucht, die 9 Minuten einzugeben, damit Sie wissen, wie lange Sie noch reden dürfen. - Auch für die Anträge sage ich danke schön.

Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr GR Valentin zu Wort gemeldet. 3 Minuten. - Bitte.

GR Erich **Valentin** (SPÖ): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zwei Dinge, die ich in der Tat richtigstellen möchte:

Frau Kollegin Kugler! Obwohl ich Sie sehr schätze und auch, so glaube ich, unsere Zusammenarbeit nicht so schlecht ist - ich habe bisher immer diesen Eindruck

gehabt -: Ich kann mich nicht erinnern, dass Kolleginnen und Kollegen Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter im Ausschuss schnippische, einem Abgeordneten, einer Gemeinderätin nicht gebührende Antworten gegeben haben. - Das möchte ich einmal richtigstellen.

Ich halte es auch für eine Frage der politischen Hygiene, dass man diejenigen, die sich hier nicht verteidigen können - und das sind die Kolleginnen und Kollegen, die hier stehen und die sich tagtäglich bemühen, eine hervorragende Arbeit zu machen -, auch nicht hier kritisiert und irgendetwas unterstellt. Sie sollten keine Hemmungen der Frau Stadträtin gegenüber oder mir gegenüber verspüren, wenn Sie uns angreifen, aber die Kolleginnen und Kollegen des Magistrats können sich hier nicht wehren, und wir haben es bis jetzt immer so gehalten, dass wir das, was Sie soeben getan haben, nicht tun. Und das möchte ich gerne auch in Zukunft bei uns so gehandhabt wissen.

Deshalb noch einmal: Die Kolleginnen und Kollegen geben sich Mühe, im Ausschuss Antworten zu geben, und mir ist keine schnippische Antwort im Gedächtnis. - Das ist das Erste, was ich richtigstellen möchte.

Das Zweite ist: Wir mögen für vieles verantwortlich sein, aber sicherlich nicht dafür, dass wir in der Geschäftsgruppe selektieren, mit wem Sie in den Gemeinderatssitzungssaal hinein dürfen. Da überschätzen Sie uns in der tatsächlichen Macht. Ich attestiere Ihnen, dass Sie heute schlecht drauf sind, aber all das Böse, was Ihnen heute passiert ist, über uns auszuschütten, das entspricht nicht ganz den tatsächlichen Umständen.

Also in diesem Sinne: Auf weitere gute Zusammenarbeit! Und bemühen wir uns gegenseitig, uns mit jenen Dingen zu beschäftigen, die tatsächlich bei uns und die tatsächlich bei Ihnen richtig adressiert sind, und nicht mit anderen Dingen. - Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ und von GR Mag. Rüdiger Maresch.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir schon beim Bemühen sind, dann würde ich an die Abgeordneten beziehungsweise Gemeinderäte auch appellieren, dass wir uns bemühen, auch tatsächlich tatsächliche Berichtigungen zu machen.

In diesem Sinne erteile ich zur nächsten tatsächlichen Berichtigung, zu der sich Herr GR Guggenbichler gemeldet hat, das Wort. 3 Minuten. - Bitte schön.

GR Ing. Udo **Guggenbichler**, MSc (FPÖ): Ich darf die tatsächliche Berichtigung berichtigen.

Kollege Valentin, es mag schon sein, dass Sie nicht den Eindruck haben, dass es schnippisch war. Aber so, wie es die Kollegin Kugler gesagt hat, ist es schlicht und ergreifend passiert. *(Demonstrativer Beifall von GRin MMag. Dr. Gudrun Kugler.)* Und da sollte man vielleicht doch an sich arbeiten und jetzt nicht sagen, dass die Magistratschefs nicht schnippisch sind. Nein, sie haben das so gesagt, und vielleicht sollte man schauen, dass das in Zukunft einfach in dieser Form nicht mehr vorkommt. - Danke. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau GRin Matiasek. Ihre selbstgewählte Redezeit ist 10 Minuten. - Bitte schön.

GRin Veronika **Matiassek** (FPÖ): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Vielleicht darf ich schon auch kurz darauf zurückkommen, wie die Diskussion geführt wird, nicht nur in diesem Ausschuss, sondern: Das, was der Opposition von der Vorrednerin Gaal vorgeworfen wurde, nämlich dass sie so wehleidig reagieren würde, das empfinde ich - aber vielleicht ist das auch eine Frage des Sitzplatzes - genau umgekehrt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Was, bitte, soll man denn bei einem Rechnungsabschluss machen? - Na, selbstverständlich konzentriert man sich auf die Punkte, die einem bemerkenswert oder besonders bemerkenswert erscheinen. Und das ist in der Regel natürlich - das ist das, was wir alle hier als Oppositionspolitiker machen - mit Kritik verbunden. So viel müssen Sie sich schon gefallen lassen.

Vielleicht aber ist es nicht so einfach, das Ganze in der gebotenen Kürze darzustellen, und es soll sicher nicht an uns scheitern, hier auch wieder eine ausführliche Debatte im Rahmen des Rechnungsabschlusses oder im Rahmen der nächstliegenden Debatte dieser Art - bis zum nächsten Rechnungsabschluss dauert es ja noch ein Jahr, aber in zirka einem halben Jahr haben wir die Budgetdebatte - durchzuführen. Es ist ja Ihr großes Anliegen, diese „Wiener Stunde“ durchzuführen. An uns soll es nicht scheitern, auch wieder ausführlich zu diskutieren. Vielleicht entstehen da weniger Missverständnisse und man kann die Diskussion besser führen. Also wie gesagt, das würde ich überlegen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir haben ja gerade im Rahmen des Umweltausschusses zu Beginn dieser Legislaturperiode sehr intensive Diskussionen über die Poststücke gehabt, die der Opposition vorgelegt wurden, und haben durch unsere wiederholte Kritik, und zwar aller drei Oppositionsparteien, wenigstens doch erreichen können, dass man eine ausführlichere Information bekommt über die Dinge, über die man zu entscheiden hat. Und das ist das Mindeste, denn es geht hier um Geld, es geht um Steuergeld, und um dieses geht es ja auch bei diesem Rechnungsabschluss.

Lassen Sie mich auf hauptsächlich drei Punkte eingehen - ich bin froh, dass wir das Thema Naturschutz ja noch im Landtag im Rahmen des Naturschutzberichtes diskutieren können, denn sonst wäre die Zeit wirklich nicht ausreichend.

Heute schon angesprochen wurde das Thema Öffentlichkeitsarbeit, heute schon angesprochen wurde auch das Thema der Müllentsorgung, -vermeidung, -trennung. Ich habe zu diesem Thema auch einen Antrag eingebracht, denn es ist nach wie vor so, dass zwar die Müllmengen nicht exorbitant mit der Bevölkerungszahl gestiegen sind, dass es aber trotzdem im Österreichvergleich in Wien trotz massiver Kampagnen noch immer Defizite bei der Mülltrennung gibt. Es hat sogar der Herr Abteilungsleiter im Zuge eines Interviews zum Rinterzelt gesagt, hier ist noch Luft nach oben. Das heißt, offensichtlich wirken die Kampagnen, wirkt die Bewusstseinsbildung, die von der Stadt betrieben wird, nicht dort, wo sie wirken soll.

Ich werde daher einen Antrag einbringen, die Öffentlichkeitsarbeit dahin gehend anders zu gestalten, dass sie leichter verständlich ist. Wir haben ja gerade im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit im Umweltressort durchaus bemerkenswerte Kampagnen, und wir lachen ja auch darüber und wir finden sie witzig. Aber auf der anderen Seite muss man schon überlegen: Sprachwitz und Humor verlangen halt auch eine gute Kenntnis der Sprache, verlangen auch eine gewisse Vorbildung. Und gerade dort, wo wir aber ansetzen sollen, nämlich dass die Anleitungen, sage ich jetzt einmal, zur - schon vorab - Müllvermeidung, aber auch zur Mülltrennung verstanden werden, dort, glaube ich, kommt einfach der Wortwitz nicht an. Also diese Gefälligkeit und Originalität der diversen Schriftstücke oder anderen Kampagnen ist sicher auch abhängig von einem sehr guten Verständnis der Sprache. Und ich beziehe das jetzt nicht nur auf die Personen, die Deutsch nicht als Muttersprache haben, aber auch ich nehme nicht für mich in Anspruch, dass ich mit Sicherheit den Wortwitz einer anderen Sprache verstehe, selbst wenn ich sie ganz gut und leidlich spreche, um mich verständigen zu können.

In diesem Sinne treten wir dafür ein, dass wir dort, wo man wirklich gezielt ansetzt oder ansetzen muss, um ein allgemeines Verständnis etwa für das Thema Mülltrennung - und da ist es tatsächlich notwendig, noch mehr zu tun - zu erwirken, die Sprache dahin gehend ändern, dass sie einfach leicht verständlich und besser verständlich ist.

Ich komme zu meinem zweiten Thema, etwas, das mir aufgefallen ist im Zuge von Ausführungen im Stadtrechnungshof, und gehe jetzt unter die Erde zu Wien Kanal. Im Rahmen dieses Poststücks war ersichtlich, dass täglich 15 Tonnen an Ablagerungen gehoben werden müssen. Einerseits sind das Fette und auf der anderen Seite Materialien, die im Kanal nichts verloren haben. Auch hier, sehr geehrte Damen und Herren, scheint offensichtlich das Bewusstsein der Wienerinnen und Wiener noch nicht ganz so gut zu sein, wie es sein sollte, denn auch diese Arbeiten im Kanal kosten ja Geld und kosten Steuergeld. Und das wäre wahrscheinlich noch viel mehr, wenn nicht die eine oder andere Tonne, wenn man es in der Gesamtheit sieht, bereits aus den Hauskanälen auf private Kosten entsorgt hätte werden müssen.

Angesprochen wurde da auch das Produkt Katzenstreu. Es steht zwar auf jeder Packung Katzenstreu irgendwo ganz klein, dass das nichts im Kanal verloren hat oder dass es nicht in die Toilette zu entsorgen ist, nichtsdestotrotz werden aber tatsächlich noch täglich große Mengen dieses Materials in den Kanal entsorgt. Und ich glaube, das gilt es zu vermeiden, und auch da sollte angesetzt werden, indem man, um das Verständnis dafür zu verbessern, in Zukunft nicht nur Öffentlichkeitsarbeit wie etwa die „Dritte Mann Tour“ stattfinden lässt, sondern vor allem auch in Zusammenarbeit mit der zuständigen Umweltauswahl die Wienerinnen und Wiener in verständlicher Form auf all das aufmerksam macht, was im Kanal nichts zu suchen hat. Denn, wie gesagt, auch da kann man vermeiden, dass teure und

aufwändige Nacharbeiten notwendig werden, um überhaupt unsere Kanäle sauber zu halten und ihre Funktion zu erhalten.

Und ich sage auch etwas Positives: Ich bin froh, dass Wien jetzt so weitgehend kanalisiert ist, denn die Methode mit den Senkgruben ist sicher keine gute, und sie hat auch immer zu Konflikten geführt. Ich sehe es daher wirklich als sehr positiv, dass wir ein ausgedehntes Kanalnetz auch bis in die Stadtrandsiedlungsgebiete haben. Das möchte ich durchaus erwähnen. Dafür sind wir auch immer eingetreten.

Bevor ich zu meinem allerletzten Antrag komme, der sich mit dem öffentlichen Verkehr beschäftigt, kurz noch zum Thema Grünraum: Es ist in vielen Bereichen des straßenbegleitenden Grüns mittlerweile in Wien ersichtlich, dass die Wiener Stadtbäume, die natürlich einer großen Belastung ausgesetzt sind, massiv leiden und dass leider ein ununterbrochenes Nachsetzen von sehr jungen Bäumen erfolgen muss - also da geht es wirklich in manchen Bereichen Baum rein, Baum raus -, obwohl jetzt angeblich die Bäume mit einem tollen Granulat eingesetzt werden. Was entlang dieser Straßen wahrnehmbar ist, ist, dass viel zu wenig gegossen wird, dass die Bäume teilweise nicht nur vertrocknen, weil das Streusalz und die Sole so stark in den Boden eindringen, sondern weil es auch an der Bewässerung fehlt. Und es ist deutlich wahrnehmbar, dass die Bäume insgesamt zu wenig gepflegt werden und dass es auch am Baumschnitt fehlt. Das hat vielleicht mit fehlenden Mitteln und Ressourcen dafür zu tun.

Ich glaube, das ist nicht gut, denn, wie man auch aus der Medizin weiß, Vorbeugen ist immer besser als Heilen. Und à la longue wird das ununterbrochene Entfernenmüssen von selbst sehr jungen Bäumen zu einem teuren Spaß - das setze ich jetzt unter Anführungszeichen - für den Steuerzahler werden. Daher mein wiederholtes Ersuchen, bei den Stadtbäumen erstens schon beim Einsetzen vermehrt darauf Rücksicht zu nehmen, welche Bäume überhaupt geeignet sind, das vielleicht auch besser zu beforschen, und auf der anderen Seite den Stadtbäumen eine weitaus bessere Pflege zukommen zu lassen.

Frau Stadträtin, Sie und Ihr Ressort sind ja jetzt auch zuständig für den öffentlichen Verkehr. Dieser ist sehr wichtig, und ich stehe auch dafür, dass wir möglichst die öffentlichen Verkehrsmittel benutzen können. Es gibt ein paar Linien in Wien, die überaus stark frequentiert sind, sodass das Fahren mit diesen Verkehrsmitteln zu manchen Zeiten wirklich schon schwierig ist. Es gibt keine klassische Fahrgastverteilung mehr, wie man sie früher einmal gehabt hat, und daher kommt es in sehr weiträumig ausgeprägten Stoßzeiten immer wieder zu einer wirklichen Überfüllung der Verkehrsmittel - und ich meine jetzt besonders die Ihnen sicher nicht unbekanntes Linie 43. Hier würde ich um Prüfung ersuchen, ob man diese Straßenbahnlinie durch das Einsetzen von Bussen teilweise und zeitweise entlasten kann. - Auch diesen Antrag möchte ich einbringen.

Meine Redezeit ist nun zu Ende. Ich möchte auch meinen Kollegen ihre Sprechzeit nicht wegnehmen. Wie

gesagt, man muss vieles in kurzer Zeit unterbringen. Ob das wirklich der Weisheit letzter Schluss ist, bleibt dahin gestellt. Ich werde jetzt die drei Anträge einbringen. - Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Die Redezeit betrug 11 Minuten. Fraktionelle Restredezeit 14 Minuten. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GRin Karner-Kremser. Selbstgewählte Redezeit 12 Minuten. Ich erteile ihr das Wort.

GRin Waltraud **Karner-Kremser**, MAS (SPÖ): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Hohes Haus!

Als ich 2010 in den Umweltausschuss gekommen bin, habe ich mir gedacht, eigentlich wäre ich lieber in der Planung oder irgendwo anders - aber Umwelt, was ist das schon? Ich habe dann erstmals zum Rechnungsabschluss gesprochen, und wenn man sich da richtig reinfallen lässt, dann merkt man, was dieses Ressort alles kann, nämlich mit den relativ geringen Mitteln. Das Umweltressort hat 6,5 Prozent des Gesamtbudgets der Stadt Wien, und mit diesem Geld schafft dieses Ressort - es wurde heute schon angesprochen - einen Teil der Daseinsvorsorge, nämlich die gesamte Müllbeseitigung, das Wiener Wasser, die Abwässer, den Kanal und, und, und - ich brauche es Ihnen nicht vorzulesen, denn Sie sind ja alle des Lesens mächtig und haben sich auch damit beschäftigt; das heißt, wir müssen das jetzt nicht im Einzelnen durchkauen.

Aber - und da hat die Kollegin Matiassek recht - es geht sehr viel auch immer um die Bewusstseins-schaffung, und gerade dieses Ressort beschäftigt sich in einem sehr, sehr hohen Ausmaß mit der Bewusstseins-schaffung für Dinge, die in einer Stadt ablaufen. Ich fange da wieder an, von den Bienen zu reden: Es geht dabei nicht nur um die wissenschaftliche Abhandlung, warum Bienen gefährdet sind und warum sie so wichtig sind, sondern wir züchten in dieser Stadt Bienen, wir haben in dieser Stadt einen Bienentag, der öffentlich gemacht wird, wo wir die Bevölkerung einladen: Kommt und schaut und macht mit!

Wir haben, und das wurde ebenfalls angesprochen, ganz, ganz viele verschiedene Dinge, die wir Schulen und Kindergärten anbieten, ob das jetzt etwas ist, wo es um Wiesen geht, ob das etwas in der Schule ist, wo es um Wasser geht. Also es gibt ganz, ganz viele Elemente, die sich damit befassen, dass Bewusstsein geschaffen wird. Und es ist sinnvoll, da bei den ganz Kleinen anzufangen, denn was Hänchen nicht lernt, lernt Hans nicht mehr - das haben wir schon gehört und kennen wir alle: Es ist sicher schwieriger, Dinge aufzunehmen, wenn man alt ist. - Das heißt, die Bewusstseinsbildung beginnt bei den ganz Kleinen, und das ist hervorragend. Und da ist dieses Ressort eines, das auf vielfältigste Art und Weise auf die Bedürfnisse eingeht. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Kollegin Gaal hat es schon angesprochen, wir haben uns auch verstärkt mit der Frage beschäftigt - und sie hat gesagt, aus ethischen Gründen und auch deswegen, weil es sehr, sehr viel Geld kostet -, was mit Lebensmitteln ist, die gekauft werden in einer Gesellschaft wie der,

in der wir leben, die eigentlich übersättigt ist, wo vieles noch ganz fix verschlossen und vakuumverpackt wieder weggeworfen wird. Da gibt es und gab es eine Kampagne, die besonders mit der Gastronomie geführt wurde. Sie ist eingeflossen in den ÖkoBusinessPlan, den es seit vielen Jahren gibt, der sich besonders mit Effizienzen in der Wirtschaft beschäftigt und der einen ganz, ganz hohen Stellenwert in der Stadt bekommen hat, besonders im Umweltschutz und in den Nachhaltigkeitsinitiativen.

Wenn wir über das Wiener Wasser reden und wenn wir sagen, ja, das ist alles nichts, und wieso kostet das etwas, dann darf ich Sie mit ein paar Zahlen belästigen, weil diese so eindrucksvoll sind und weil man sich ja auch überlegen muss, wie lange es das alles schon gibt und dass das natürlich Instandhaltungsmaßnahmen braucht.

Wir haben in Wien ein Rohrnetz mit einer Länge von 3.000 km. Wir haben 800 km Anschlussleitungen. Wir haben 102.500 Anschlüsse, 12.000 Feuerhydranten und ganz viele Trinkbrunnen. - Ja, ich weiß, dass Sie (*in Richtung FPÖ*) es wissen. Ich wiederhole es trotzdem, denn Sie weisen ja immer darauf hin, dass die Leute überall in den sozialen Medien sind, und einer, der sich dann bei Ihnen, bei der FPÖ, einklinkt, kann dann vielleicht auch das hören, was ich gesagt habe. (*Heiterkeit und Beifall der GR Ing. Udo Guggenbichler, MSc und Maximilian Krauss.*) - 31,5 km Rohrleitungen, Erneuerungen der Anschlussleitungen aus Kupfer und Stahl - das sind 1.081 Stück - und die Straßeninstandsetzung - das sind 67.000 m².

Wir bekommen aber auch - und das ist für mich als Liesingerin sehr interessant - mit der Waldmühle Rodaun an der Stadtgrenze einen neuen Wohnbau mit etwa 450 Wohneinheiten. (*GR Mag. Wolfgang Jung: ... keine Schule dafür!*) Auch da arbeitet das Umweltressort mit, denn es hat ein neues Pumpwerk und einen neuen Wasserbehälter errichtet. (*GR Mag. Wolfgang Jung: Das Chaos ab dem 2. Juli!*) - Es gibt sicher die eine oder andere Minute auch für Sie, Herr Jung, auch in der Debatte zum Umweltressort. Nutzen Sie sie! (*GR Mag. Wolfgang Jung: Ich sag es nur! Weil Sie es gerade verursachen in den nächsten Tagen!*)

Es gibt zum Beispiel das Wiener Wasserfest „10 Jahre Wasserschule“. In der Wiener Wasserschule konnten Schülerinnen und Schüler Wissenswertes über das Lebensmittel Nummer 1 (*Auf dem Rednerpult wird ein frisches Glas Wasser platziert.*) - das ich jetzt gerade bekomme, vielen Dank! - lernen, und die Wiener Wasserschule feiert ihr zehnjähriges Jubiläum. Es gab den Danube Day 2015, wo sich 800 Schul- und Hortkinder den Schutz des Lebensraums Donau erarbeitet haben und sich damit beschäftigt haben.

Mit all dem beschäftigt sich das Ressort und noch mit ganz, ganz vielem mehr, das Sie nicht so gerne hören: Marktaufsicht, Lebensmittelaufsicht, die Wiener Gewässer, die Abfallwirtschaft, die MA 48 - die beispielgebend ist, und man sagt es ohnedies immer wieder: Es gibt wenige Städte, die so sauber sind. Und wir hatten voriges Jahr einen Riesen-Event mit dem Song Contest, wo

die Müllabfuhr mit allen ihren Mitarbeitern dafür gesorgt hat, dass die Fans dort unglaublich viel Spaß hatten, aber die Menschen, die am nächsten Tag in die Arbeit gegangen sind, auf den Straßen ordentliche Verhältnisse vorgefunden haben, nämlich Sauberkeit.

Und es sind immer charmante Kampagnen, die wir haben. Ich muss schmunzeln, wenn ich an einem Müll-eimer vorbeigehe, wo ein netter Spruch draufsteht. Ja, ich muss schmunzeln, denn ich finde es nett! Das ist sozusagen ein Abholen der Menschen, das ist ein Mit-einbeziehen. Und ich finde das richtig, mich amüsiert es, und ich finde, das gehört zum Wiener Schmah. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und mit all den Dingen, die sie beseitigt, konnte die 48er aber auch Dinge erwirtschaften, nämlich: 40.000 Säcke torffreie Erde konnte die MA 48 verkaufen. Das heißt, sie sorgt auch dafür, dass es ein Reuse gibt - ja, das macht die 48er - und dass sie innovativ ist, und das von bis, nämlich auch mit dem Tandlermarkt. In ganz vielen Gemeinden - ich sehe das immer wieder - werden Dinge einfach zur Mülldeponie gebracht, die werden weggeworfen - nach dem Motto: Tausend Rosen, es ist weg; ich kaufe mir etwas Neues! - Und dass es den Tandlermarkt gibt, der wirklich konsequent Dinge wieder repariert, Dinge sauber macht, und so weiter und dadurch einen Benefit erwirtschaftet, dazu muss man doch klatschen, bitte, und nicht mit dem Finger auf sie zeigen und sagen: Uh, da habt ihr aber einen Gewinn gemacht! Wie böse! - Das ist nicht böse, das ist gut so. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und so gäbe es in diesem Ressort noch ganz, ganz viele Dinge, über die man hier reden könnte. Auch den Bürgerdienst, zum Beispiel, das Wasserrecht - all diese Dinge sind im Umweltressort beheimatet.

Ich danke an dieser Stelle allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern - die ich ja zum allergrößten Teil nicht kenne, denn das sind die, die bei mir sauber machen, meinen Müll wegtransportieren, die dafür sorgen, dass ich im Winter nicht ausrutsche, wenn es vor der Tür glatt ist. Herzlichen Dank dafür, dass diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter früh aufstehen und bis spät in die Nacht arbeiten!

Ich danke aber vor allem auch all jenen Referenten, die bei uns im Ausschuss sitzen, denn ich muss sagen, ich habe dort schon viele, viele Fragen gestellt, und das sind immer Fragen eines Laien, weil ich mich beruflich nie damit beschäftigt habe - mich kann man fragen zur Krankenpflege, da kann ich ausführlich und stundenlang Auskunft geben. Ich danke den Referenten für die Geduld und für die inhaltliche Auseinandersetzung mit den Fragen, die ich gestellt habe. Auf jede Frage, die ich gestellt habe, habe ich aus diesem Ressort eine ausführliche Antwort bekommen. - Danke schön. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Die Redezeit betrug 9 Minuten. Als fraktionelle Restredezeit verbleiben noch 25 Minuten. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Hofbauer. Selbstgewählte Redezeit 9 Minuten. Fraktionelle Restredezeit 14 Minuten. - Bitte.

GR Manfred **Hofbauer**, MAS (FPÖ): Frau Vorsitzende! Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte mir zum Thema Umwelt zwei Themen, die mir ein persönliches Anliegen sind, vornehmen und diese abarbeiten. Das eine Thema ist die heute schon oft angesprochene Müllvermeidung und hier vor allem die Mülltrennung. Gleich vorweg möchte ich dem Chef der MA 48, Herrn Thon, den Dank für seine Mitarbeiter aussprechen, nämlich die Müllaufleger - ich hoffe, ich habe das richtig gesagt -, die dafür verantwortlich sind, dass der Müll ordnungsgemäß abgeholt und entsorgt wird. Sie haben sicher keinen leichten Job, und sie machen den Job ausgezeichnet. Dafür noch einmal mein Dank, und ich ersuche Sie, das auszurichten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Kollege Maresch und auch meine Vorrednerin haben das Thema Müllvermeidung angesprochen, sprich, 48er-Tandler, Wiederverwendung von Müll. Ja, da sind wir, glaube ich, alle einer Meinung. Ich persönlich und, so glaube ich, auch meine Kollegen von der FPÖ, wir finden dieses Projekt toll, wichtig und richtig. Ich bin sogar der Meinung, dass man dieses Projekt fördern sollte und da mehr machen sollte.

Allerdings gehört zur Müllvermeidung nicht nur die Wiederverwendung von Müll, sondern auch die Mülltrennung. Bei der Mülltrennung bin ich der Überzeugung, dass da noch ein bisschen Luft nach oben ist. Nicht ich alleine bin dieser Meinung, dass da Luft nach oben ist, sondern das zeigen auch die Zahlen und Fakten, nämlich Zahlen von der Statistik Austria. Diese besagen, dass sehr wohl die Mülltrennung in Wien, was das Altpapier betrifft, nahezu perfekt ist, da dieses nämlich zu fast 100 Prozent getrennt wird, dass aber bei allen anderen Produkten, die man auch noch trennen könnte, wie zum Beispiel Kunststoff, Glas und Altmetall, noch einiges zu verbessern wäre.

Jetzt kann man sich fragen, wieso das so ist. Dazu ein Beispiel aus meinem Bau - ich wohne in einem Genossenschaftsbau in Simmering, in meinem Heimatbezirk. Da gibt es natürlich auch einen Müllraum, und in diesem Müllraum stehen die Restmülltonnen - kein Thema, die stehen überall -, es stehen in diesem Müllraum aber auch Altpapiertonnen. Und wenn man sich das anschaut, dann sind diese Altpapiertonnen immer randvoll. Also das wird angenommen. - Gut, man kann natürlich diskutieren: Es gibt immer auch Leute, die es nicht kapieren, den Karton nicht zusammenfalten, sondern einfach den ganzen Karton hineinwerfen. Das ist ein anderes Thema.

Von diesem Müllraum, von diesem Bau keine 200 m entfernt ist eine Müllsammelstelle, wo eben Glas, Metall, und so weiter abgegeben werden können. Wenn man sich das dort anschaut, dann schlägt man die Hände zusammen und fragt sich: Was passiert da? - Der Müll liegt neben den Containern. In den Containern für Kunststoffabfälle liegt zum Beispiel Haushaltsmüll drinnen. Also es wird einfach nicht richtig getrennt. Da fragt man sich jetzt: Machen die Leute das mutwillig? Wissen die Leute nicht, wie man Müll trennt? Ist es ihnen egal? - Wie auch immer.

Ein Ansatz ist sicherlich der, dafür zu sorgen, dass die Leute nicht zu wenig informiert sind. Meine Vorrednerin Niki Matiasek hat schon einen Antrag dahin gehend eingebracht, dass man da eine Informationskampagne macht, und ich finde, das ist ein guter Antrag, und ich hoffe auf Ihre Zustimmung.

Ich möchte das Ganze allerdings vielleicht noch von einem anderen Aspekt her aufziehen: Vielleicht ist es auch so, dass man sich überlegen sollte, dass diese Müllinseln, diese Restsammelstellen strategisch besser woanders aufgestellt gehören oder dass man vielleicht ein bisschen mehr analysieren sollte, wo die strategisch gut aufgestellt werden können. Ich habe schon erwähnt, bei mir im Müllraum sind die Papiercontainer immer voll. Wieso kann man nicht in großen Gemeindebauten, in großen Genossenschaftsbauten neben den Altpapiercontainern vielleicht auch den einen oder anderen Glascontainer hinstellen, sodass die Leute einfach diesen Weg, auch wenn er nicht weit ist, nicht zurücklegen müssen, sondern dass sie das Altglas oder das Altmetall einfach im eigenen Haus entsorgen können? - Das wäre vielleicht ein Ansatz. Oder auch, dass man diese Müllsammelstellen vermehrt in der Nähe von Supermärkten aufstellt, sodass die Leute dort mit ihrem Leergut hingehen und beim Einkauf gleich das Alte wegschmeißen können.

Also meiner Meinung nach - noch einmal - besteht hier Verbesserungsbedarf und gibt es hier Luft nach oben. Ich ersuche die Frau Stadträtin, hier auch entsprechende Initiativen zu setzen, eben erstens diese Informationsinitiative mit unserem Antrag und als Zweites vielleicht, dass man sich das ein bisschen näher anschaut. Vielleicht schaffen wir es wirklich, dass wir auch so einen Deckungsgrad bei der Restmülltrennung haben, wie es in den restlichen Bundesländern derzeit schon der Fall ist.

Das Zweite, was mir noch ein besonderes Anliegen ist, und das ist wirklich eine spannende Sache: Seit der letzten Wahl im Jahr 2015 sind ja im Umweltressort auch die Wiener Linien angesiedelt, und da möchte ich jetzt ein Beispiel bringen, wie man Politik nämlich nicht macht und wie man mit der Politik, wie sie hier in diesem einen Beispiel, wie es von mir jetzt gleich erwähnt wird, stattgefunden hat, Leute verärgert, erzürnt und von der Politik wegtreibt. Ich möchte Sie dazu einladen, dieses Beispiel zu verstehen.

Simmering, mein Heimatbezirk, ist ein sehr großer Bezirk, wo viele Leute zuziehen. Am Rande von Simmering, in Kaiserebersdorf, gibt es einen Stadtteil, einen Bezirksteil, wo zig Tausende Menschen leben, nämlich den Leberberg. Kollege Holzmann kennt diese Gegend, glaube ich, auch ganz gut. In diesem Gebiet Leberberg wohnen, wie gesagt, tausende Menschen, und bis zum Jahr 2012 sind von den öffentlichen Verkehrsmitteln die Linie 6 und die Linie 71 dort hingefahren, beides Linien, die recht lange Linien sind, wo es durchaus auch zu Verspätungen kommen kann, eben weil das so lange Linien sind - das heißt, dass Autos den Linienfluss beeinflussen oder wie auch immer.

Wir haben jetzt seit langen Jahren schon die U3 in Simmering, und wir sind auch dankbar dafür - eine tolle Einrichtung. Allerdings hat die U3 ein Manko: Sie endet mitten in Simmering. Jetzt haben alle Parteien, und das ist wirklich interessant, relativ bald nach der Eröffnung der U3 - auch die SPÖ in Simmering, als sie dort noch an der Regierung war - Anträge gemacht, dass die U3 doch verlängert werden soll, nämlich eben Richtung Leberberg, Richtung Kaiserebersdorf, damit man dort die Leute weg vom Auto bringt, hin zur U-Bahn und hin zur Straßenbahn, die bis zum Jahr 2012 noch mit den Linien 6 und 71 dort hingefahren ist. - Auf die U3 warten wir heute noch, da passiert nichts. Aber es kommt noch schlimmer: Eben im Jahr 2012 wurde die Linie 71 noch kurzgeführt, das heißt, sie endet jetzt auch mitten in Simmering und fährt den Leberberg nicht mehr an.

Das bedeutet, dass bei diesen tausenden Menschen jetzt nur mehr eine einzige Linie zur Verfügung steht, nämlich der 6er, der, wie gesagt, dort nicht unbedingt immer regelmäßig hinfährt.

Das hat zu einem riesigen Aufstand bei den Menschen im Gebiet Leberberg geführt. Die Leute waren hoch unzufrieden, haben gesagt, das ist ein Wahnsinn, wir müssen teilweise bis zu 20 Minuten warten, und das im Winter mit Kleinkindern an der Seite. Also so kann es nicht sein, so darf es nicht sein, da muss etwas passieren.

Das haben, und das muss ich ganz ehrlich auch sagen, alle Parteien in Simmering erkannt. Wir haben dann eigentlich fast alle die deckungsgleichen Anträge eingebracht, nämlich dass eben der 71er wieder nach Simmering, und nicht nur nach Simmering, sondern auch zum Leberberg hinunterfahren soll. - So weit, so gut.

Ich kann mich noch ganz genau erinnern: Bei der Angelobung der jetzt in Pension befindlichen ehemaligen Bezirksvorsteherin Hatzl war der Herr Bürgermeister persönlich vor Ort und hat dort - mag sein, dass es ein Wahlkampf-Gag war, ich weiß es nicht - verkündet, dass er sich persönlich mit all seinem Gewicht - und das ist jetzt ein bisschen doppelzünftig, ich weiß es - politisch dafür einsetzt, dass die U3 Richtung Leberberg verlängert wird und dass auch der 71er wieder dort hinfährt. - Ja, das war vor der Wahl. Passiert ist gar nichts. Passiert ist bis heute nichts. Das Einzige, was passiert ist - und das hat alle gefreut, auch die FPÖ in Simmering -: Die SPÖ in Simmering hat vor der Wahl ganz groß in Zeitungen und in Werbebroschüren solche Dinge geschaltet mit der Überschrift „Fix: 71er wird verlängert“: „Zusage für Bim-Linien, die bis zur Endstelle Zinnergasse fahren. ‚Versprochen und gehalten: Der 71er wird wie der 6er bis zur Zinnergasse fahren‘, freut sich SP-Bezirksvorsteherin Eva-Maria Hatzl.“

Da kann man sagen: Versprochen - nach der Wahl gebrochen. Passiert ist gar nichts.

Ich habe dahin gehend eine Anfrage an die Frau StRin Sima eingebracht - sie hat das weitergegeben an die Wiener Linien -, wie es denn jetzt ausschaut mit der U3 und wie es ausschaut mit der Verlängerung des 71ers. Sie hat mir dann die Anfragebeantwortung, nämlich eine Antwort von den Wiener Linien, zugeschickt,

und da steht wortwörtlich drinnen: Von der U3 ist überhaupt nichts in Sicht, es findet keine Planung statt, es ist kein Bedarf vorhanden, und auch die Linie 71 soll nicht verlängert werden, dafür ist auch kein Bedarf vorhanden.

Jetzt frage ich mich ganz ehrlich: Wo, bitte, und wann messen die Wiener Linien den Verkehrsstrom oder wie die Situation dort ausschaut? Machen die das am Sonntag um 6 Uhr in der Früh? Wenn man das so macht, am Sonntag um 6 Uhr in der Früh, dann brauchen wir überhaupt keine Tramway, denn da fährt einfach niemand mit der Tramway, oder nur ganz wenige Menschen.

Also ich finde, das ist eine schwache Aussage, und ich finde - und da ersuche ich die Simmeringer SPÖ-Gemeinderäte, sich doch auch einmal solidarisch zu zeigen und da aufzutreten -, man sollte Wahlversprechen einhalten und man sollte sich dort wirklich solidarisch zeigen. Man sollte auf die Bedürfnisse der Bürger mehr Rücksicht nehmen. So kann es einfach nicht sein.

Und, Frau Stadträtin, an Sie noch ein Appell: Diese Anfragebeantwortung einfach so weiterzugeben und es dabei zu belassen, ich finde, das ist auch ein bisschen schwach. Ich kann nur eines sagen: Wir haben in Simmering jetzt dahin gehend eine Kampagne gestartet, haben Unterschriften gesammelt und binnen weniger Tage an die 1.500 Unterschriften erhalten, nämlich von Bürgern, die am Leberberg wohnen. Es hat sich auch die ÖVP da angehängt, es hat sich die „Bezirkszeitung“ angehängt, wir haben einen riesigen Zuspruch. Wir sehen das als Zeichen für Sie, Frau Stadträtin, dass Sie mit diesen Unterschriften - wir sammeln noch einige Zeit - dann bei den Wiener Linien, und das können Sie mit Ihrem politischen Gewicht, vielleicht dann doch noch einmal vorsprechen und sagen: Also bitte, Freunde, agiert nicht gegen die Bevölkerung! Sorgt dafür, dass der 71er wieder zum Leberberg kommt, dass es dort eine ordentliche öffentliche Anbindung gibt!

Und damit möchte ich auch schon enden. - Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Die Redezeit betrug 10 Minuten. Das heißt, Herrn Mag. Dr. Wansch, der als nächster Redner zu Wort gemeldet ist, verbleiben 4 Minuten. - Bitte schön.

GR Mag. Dr. Alfred **Wansch** (FPÖ): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren hier im Saal und vor den Bildschirmen!

Ich möchte mich abschließend in aller Kürze noch auf einen bestimmten Teilbereich fokussieren: Es geht um den Jahresabschluss der Unternehmung Wien Kanal. Und da kann ich als Einstiegsaneddote dieselbe nehmen wie bei der Unternehmung Wiener Wohnen gestern. Sie erinnern sich an das Jahresabschlussprüfungshonorar für die Consultatio, die der SPÖ nahesteht. Bei der Wien Kanal sind es 106.000 EUR.

Eine weitere Erinnerung an die gestrige Debatte zum Geschäftsbereich Finanzen: Wir haben festgestellt und haben nachgewiesen, dass die Sozialdemokratische Partei, vorsichtig ausgedrückt, gerne neoliberal agiert, und die Beweise liegen auch im Bereich Wien Kanal auf dem Tisch. Ich zitiere Seite 3 des Anhanges wörtlich:

„Die im Jahresabschluss ausgewiesene Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten beinhaltet eine im Rahmen der Cross-Border-Leasing-Transaktion für das Kanalnetz im 21. und 22. Bezirk eingegangene Verpflichtung in Höhe von 24,26 Millionen EUR.“

Viel Geld für die Übertragung des Kanalnetzes an US-amerikanische Investoren und Rückmietung durch die Stadt Wien, damit wir das Kanalnetz überhaupt nutzen können! Und an dieser Stelle ist die Frage, die sich aufdrängt, warum aus einer Vermietung und Rückmietung auf einmal eine Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten in der Höhe von mehr als 20 Millionen EUR auszuweisen ist. - Aber weiter zum neoliberalen SPÖ-Deal - wörtliches Zitat -: „Im Jahr 2003 wurden von der Stadt Wien Teile des Kanalnetzes in eine Cross-Border-Leasing-Transaktion in Form einer LILO-Struktur eingebracht.“

Und jetzt für alle nicht neoliberal Geschulten die Erklärung, dass LILO nicht der Vorname der Erfinderin dieser Transaktion ist, sondern für Lease-In-Lease-Out steht. - So weit alles klar.

Es steht dann weiter, dass auf dieser Transaktion im Jahresabschluss die im Equity-Depot befindlichen Wertpapiere ausgewiesen werden. Da reden wir dann schon von Größenordnungen von 80, 86 Millionen EUR. Und wir lesen dann weiter, dass zur Bedeckung der Untermietzahlungen, die von der Stadt Wien an die amerikanischen Investoren zu leisten sind, auch Depots gebildet werden.

Und am Ende sage ich Ihnen eines - Untermiete muss man zahlen und rückstellen -: Seien Sie so ehrlich und sagen Sie den Menschen jetzt, dass Sie das Kanalnetz des 21. und 22. Bezirks an US-Amerikaner vergeben haben und dass die Wienerinnen und Wiener, die Gebührenzahlerinnen und Gebührenzahler mit ihren Gebühren mitbezahlen müssen für diesen neoliberalen Deal der SPÖ, mit Unterstützung der GRÜNEN, denn die Unterstützung der GRÜNEN ist jetzt Leugnen und Vertuschen, obwohl sie damals noch dagegen waren.

Aber diese Kosten, dieser Deal an sich ist ja gar nicht der volle Skandal. Da hat man halt mit US-amerikanischen Millionären und Milliardären einen Deal gemacht, damit diese SPÖ-Zielgruppe sich Steuern ersparen kann, zu Lasten der amerikanischen Arbeiterinnen und Arbeiter und des gesamten amerikanischen Volkes. Das ist die Solidarität der früheren sozialdemokratischen SPÖ. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Abschließend die Erinnerung: Im Rechnungshofbericht, der sich damit befasst hat, ist ausgewiesen, dass die Stadt Wien den Gebührenzahlerinnen und Gebührenzählern Geld schuldet, das sie zu Unrecht im allgemeinen Haushalt verwendet hat, nämlich den Vorteil aus dieser Transaktion, der ganz einfach in den allgemeinen Haushalt geflossen ist, und die Gelder, die für die veranlagten Zinsen im allgemeinen Haushalt eingenommen wurden und die auch den Gebührenzahlerinnen und Gebührenzählern zurückgezahlt hätten werden müssen. Wir Freiheitliche versprechen den Wienerinnen und Wienern, dass wir diese offene Schuld einbringlich ma-

chen werden und dafür sorgen, dass diese Schuld nicht vergessen wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Dipl.-Ing. Margulies. Fraktionelle Restredezeit 15 Minuten. - Bitte.

GR Dipl.-Ing. Martin **Margulies** (GRÜNE): Werte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Werte Kolleginnen! Werte Kollegen!

Ich gebe es ehrlich zu, ich wollte jetzt gar nicht reden, aber die hanebüchenen Aussagen des Kollegen Wansch muss man doch zurechtrücken.

Einerseits bezüglich Cross Border Leasing wo, glaube ich, niemand hier im Haus mir unterstellen würde, ich hätte jemals in irgendeiner Art und Weise zugestimmt. Ich habe immer dagegen gekämpft - vollkommen wurscht -, im Gegensatz zu den Freiheitlichen: Flip-flop! Unterschiedlichste Cross-Border-Leasing-Transaktionen: Flip-flop, dafür - dagegen, dafür - dagegen, immer was gerade opportun erscheint. Man kann im Nachhinein dann auch immer sagen, ich war dafür oder ich war dagegen. Das ist schön: Wenn man jede Position vertritt, kann man auch immer dafür sein und immer dagegen und immer gerade das sagen, was vielleicht Teile der Bevölkerung hören wollen. Das ist unverantwortlich, werte Kollegen von den Freiheitlichen! - Aber mein Gott, so machen Sie Politik. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. - GR Mag. Dr. Alfred Wansch: Zahlen Sie das zurück, was Sie ...)*

Aber dann lesen Sie nicht einmal richtig, wenn Sie hier betreffend Wien Kanal zitieren, und reden über die 24 Millionen! Haben Sie den Kanal-Deal von damals noch im Kopf? Ich im Gegensatz zu Ihnen schon! Es hat in diesem Kanal-Deal nämlich tatsächlich etwas gegeben, was bei anderen Cross-Border-Leasing-Transaktionen nicht dabei war, nämlich einen tatsächlichen Investitions- und Kreditvertrag. Und das sind die offenen Schulden aus jenen Krediten, mit denen investiert wurde.

Beim anderen haben Sie recht. So sind die Cross-Border-Leasing-Verträge, und ich bin sehr froh darüber, dass es uns gelungen ist, dass die Stadt Wien es abgedreht hat, und ich bin froh, dass es in den USA gelungen ist, die Cross-Border-Leasing-Geschichten abzudrehen. Aber jetzt so zu tun ... *(GR Mag. Dr. Alfred Wansch: Den Rechnungshofbericht lesen! Zahlen Sie sie zurück, die Gebühren!)* - Warten Sie, zu den Gebühren komme ich auch noch! Kollege Wansch, bevor Sie sich aufregen: Zu den Gebühren komme ich auch noch! *(GR Mag. Dr. Alfred Wansch: Ich sag es Ihnen nur!)*

Bei den Cross-Border-Leasing-Geschichten haben wir klargestellt: Sie flip-flop, die GRÜNEN hingegen immer eine konsistente Linie. - Und jetzt kommen wir zu den Gebühren und zu dem von Ihnen immer wieder genannten Rechnungshofbericht.

Ich meine, man vergisst so leicht, dass dieser Rechnungshofpräsident Moser neben vielen - und das betone ich jetzt ausdrücklich - Dingen, wo er recht hat, auch immer wieder Politik gemacht hat. Welche Politik er gemacht hat, das wissen wir, denn wir wissen, woher er gekommen ist: aus dem Herz der FPÖ, als Klubdirektor

der FPÖ im Parlament. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. - Zwischenrufe bei der FPÖ.)*

Und das meine ich tatsächlich: Neben vielen guten Sachen, die er gemacht hat, hat er genau in dem Bereich, wo er geglaubt hat, er kann als Rechnungshofpräsident Politik machen, tatsächlich dem Rechnungshof auch geschadet. Denn der Rechnungshof ist nicht der oberste Politiker oder die oberste Politikerin Österreichs, sondern er ist Kontrolleur. Und dort, wo der Rechnungshofpräsident kontrolliert hat, hat er das meines Erachtens wirklich vollkommen in Ordnung gemacht; dort, wo er geglaubt hat, er muss Politik machen *(GR Mag. Wolfgang Jung: Wo Sie glauben!)* - und das ist unter anderem bei den Gebühren der Fall gewesen *(GR Mag. Wolfgang Jung: Das ist Ihre Sicht!)* -, hat er meines Erachtens dem Rechnungshof keinen guten Dienst erwiesen. - Das können Sie gerne anders sehen. *(Neuerlicher Zwischenruf von GR Mag. Wolfgang Jung.)* Ja, selbstverständlich, darum streitet man auch in der Politik über unterschiedliche Positionen. Aber es geht darum, Kontrolle und Politikmachen zu trennen.

Und jetzt komme ich zu den Gebühren. Denn: Wer ist denn im Zweifelsfall dann die oberste Instanz, die darüber entscheidet, ob irgendetwas erlaubt ist? Höchstgerichte? Oder der Rechnungshofpräsident? Und wenn Höchstgerichte feststellen und dann auch im Finanzausgleich festgestellt wird, dass es selbstverständlich möglich ist, bis zu 200 Prozent der Gesamtkosten - ganz bewusst: der Gesamtkosten - als Gebühren anzusetzen, dann ist das legitim! Und wir können politisch darüber streiten, ob man Budget-Voodoo macht, so wie Sie, und sagt, na, wir schenken einfach das Geld aus dem Gebührenbereich vom Wasser, aus dem Gebührenbereich vom Kanal, aus dem Gebührenbereich vom Müll her - und gleichzeitig wollen wir aber noch viel mehr Geld für andere Sachen ausgeben! *(GR Mag. Wolfgang Jung: Nein, herschenken tun wir es nicht! Wir geben es zurück!)* Sie kennen die budgetäre Situation Wiens. Wir reden jetzt über den Rechnungsabschluss, und Sie wollen einfach das Geld herschenken! *(GR Mag. Wolfgang Jung: Nein ...)*

Und jetzt komme ich zu Ihnen, Frau Kollegin Emmerling. Das hätte ich mir ursprünglich erspart, es hängt aber zusammen mit Ihrem großen Trauerlied über das Wasser, wie teuer das ist. Ganz kurz einmal: Haben Sie eigentlich die Zahlen von 2015 und 2014 verglichen und mit einbezogen, dass die Bevölkerung in Wien in diesem Jahr gewachsen ist? Dann würden Sie feststellen: Der Wasser-, der Abwasser-, der Müllgebührenpreis pro Person ist gesunken.

Aber wie viel Cent gibt man am Tag im Schnitt - ich sage jetzt bewusst, im Schnitt - für Wasser aus, unter der Grundannahme eines durchschnittlichen Wasserverbrauchs pro Person von 135 l, wie ihn das Ministerium ausweist? - 10 Cent im Großen und Ganzen. Denn - auch das muss man in Wien sozusagen dazunehmen - es sind ja nicht nur die privaten Haushalte, es sind Gebäude wie das Rathaus, es sind Unternehmen, et cetera. Nicht alles, was an Wasser genutzt wird, wird zu Hause genutzt. 10 Cent gibt man pro Person in Wien für Hoch-

quellwasser aus - zum Trinken, zum Baden, wofür auch immer. Das ist nicht das, was die Menschen verarmen lässt, und das ist auch nicht das, was das Wohnen teurer macht. Das Wohnen teurer machen die Spekulationen mit Wohnen, die Spekulationen mit Mietgebäuden, mit Eigentumswohnungen, et cetera. Das macht das Wohnen teurer! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Und da sage ich einmal ganz offen, da muss man sich auch einmal überlegen: Wem gehören denn in Österreich diese Wohnungen? Sind es die Armen und die Ärmsten, die ihre Wohnungen im Eigentum besitzen? - Nein, sie sind es natürlich nicht! Es sind genau die, von denen gestern schon festgestellt wurde, dass - auf unterschiedlichsten Ebenen - 1 Prozent zwischen 25 und 33 Prozent des Vermögens besitzt, 10 Prozent mehr als zwei Drittel des Vermögens besitzen, und 50 Prozent - wobei wir da wirklich schon tief im Mittelstand drinnen sind - dann 97 Prozent des Vermögens besitzen. Und die anderen 50 Prozent haben gar nichts - sagen wir es doch so offen! *(GRin Mag. Beate Meinl-Reisinger, MES: ... zahlen Gebühren!)*

Genau: Alle zahlen Wassergebühren, 10 Cent im Schnitt am Tag für das Wasser, zahlen aber irgendeinem Vermögenden, der seine paar Eigentumswohnungen vermietet - und nichts mehr weiter dafür leistet, sie möglicherweise geerbt hat - immer exorbitant höhere Mieten. Denn Sie wissen so gut wie ich: Es sind die Gemeinnützigen, die günstig sind. Es sind die Gemeindewohnungen, die günstig sind. Und die privaten Mietwohnungen und die Eigentumswohnungen sind ziemlich teuer in Wien. Also wer ist das, wer in Wien anderen das Geld abknöpft?! *(Zwischenruf, begleitet von heftiger Gestik, von GR Mag. Manfred Juraczka.)* - Es sind die Immobilienspekulanten, es sind die Hausbesitzer, die auf Kosten der Armen und Ärmsten leben - und nicht Wasser, Abwasser und Müll. Merken Sie sich das! - Danke sehr. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. - GR Mag. Manfred Juraczka: Unglaublich!)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung zu Wort gemeldet ist Herr GR Ing. Guggenbichler. *(GR Mag. Dr. Alfred Wansch, nachdem er bereits auf dem Weg zum Rednerpult war, wieder zu seinem Sitzplatz zurückkehrend: Einer nach dem anderen! - Heiterkeit.)*

GR Ing. Udo **Guggenbichler**, MSc (FPÖ): Ich darf tatsächlich berichten, weil Sie gesagt haben, das Wasser sei billiger geworden:

Seit der rot-grünen Regierung haben wir eine Erhöhung der Wassergebühren um 39 Prozent. 39 Prozent in den letzten 6 Jahren! *(GR Mag. Rüdiger Maresch: Erfinde nichts! - Weitere Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)* 39 Prozent, meine Damen und Herren. - Das darf ich also tatsächlich berichten. *(Ruf bei den GRÜNEN: Das ist keine Berichtigung!)*

Und die zweite tatsächliche Berichtigung wird die GRÜNEN vielleicht auch ein bisschen aufregen. *(Amtsf. StRin Mag. Ulli Sima, vom Rednerpult der Berichterstatlerin: Das ist keine Berichtigung!)* - Natürlich! *(Amtsf. StRin Mag. Ulli Sima: Nein, überhaupt nicht!)* - Natürlich! Sie haben gesagt, es ist billiger geworden. Ich sage, es

waren plus 39 Prozent. *(Ruf bei den GRÜNEN: Das ist die Unwahrheit, was Sie sagen!)*

Und dann sage ich Ihnen noch etwas, was ich auch noch tatsächlich berichtigen kann. Herr Margulies, Sie haben nämlich gesagt, die GRÜNEN haben eine klare und konsistente Linie. Das haben Sie vorher angesprochen. Stimmt das Zitat? *(GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: ... haben wir eine klare und konsistente Linie ...)*

Dann darf ich Ihnen erzählen, dass der Kollege Blind im letzten Gemeinderat einen Antrag gestellt hat, den er vom Kollegen Ellensohn abgeschrieben hat, wo die GRÜNEN und der Kollege Ellensohn dagegen gestimmt haben, und dass ich in der letzten Periode auch Anträge gestellt habe, von der Bezirksgruppe Floridsdorf der GRÜNEN, wo die GRÜNEN hier im Landtag und im Gemeinderat auch dagegen gestimmt haben.

Ich darf tatsächlich berichtigen und hier festhalten, dass die GRÜNEN gegen ihre eigenen Anträge stimmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Herr Guggenbichler, Ihre erste tatsächliche Berichtigung war keine. Ich würde Sie bitten, das zur Kenntnis zu nehmen und es ein bisschen genauer zu halten. *(GR Mag. Dietbert Kowarik: Man kann nur das berichtigen, was jemand wirklich gesagt hat - das stimmt schon!)*

Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich weiters Herr GR Mag. Dr. Wansch zu Wort gemeldet. - Bitte schön.

GR Mag. Dr. Alfred **Wansch** (FPÖ): Ich berichtigte: Der Rechnungshofpräsident hat in seiner Amtszeit als Rechnungshofpräsident keine Politik gemacht, keine politischen Berichte gemacht. *(Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)* Das ist eine Unterstellung gegenüber den Beamten des Rechnungshofes *(Weitere Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)*, eine Unterstellung durch einen politischen Eiferer, der sich herausnimmt zu entscheiden, welche Rechnungshofberichte ihm genehm sind und welche ihm nicht gefallen. *(Beifall bei FPÖ und NEOS sowie von GR Mag. Manfred Juraczka.)*

Weil das eine Tatsache ist, selbst wenn es politische Eiferer nicht glauben wollen, sei noch die Information hinzugefügt, dass jener Rechnungshofpräsident, von dem der politische Eiferer hier spricht, im Nationalrat mit Standing Ovationen verabschiedet wurde, auch von Seiten der GRÜNEN, und das deshalb, weil immer wieder seine Unabhängigkeit hervorgehoben wurde. *(Beifall bei der FPÖ. - GR Mag. Rüdiger Maresch: Auch die GRÜNEN können sich irren, manchmal! - Der das Rednerpult verlassende GR Mag. Dr. Alfred Wansch: Fürs Protokoll: Auch die GRÜNEN können sich irren! - Ein Zwischenruf fürs Protokoll!)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Zu Wort gemeldet ist nun Frau Amtsf. StRin Mag. Sima. Ich darf darauf hinweisen, dass die Redezeit mit 15 Minuten begrenzt ist. - Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf. StRin Mag. Ulli **Sima**: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Gestatten Sie auch mir ein paar Bemerkungen zu der aktuellen Debatte zum Rechnungshofpräsidenten. Das amüsiert mich ja fast, wenn hier behauptet wird, dass

jemand, der jahrelang Klubdirektor der FPÖ und Mastermind des Parlamentsklubs war, quasi seine politische Gesinnung dann an der Garderobe abgegeben hat und vollkommen unabhängig agiert. *(GR Ing. Udo Guggenbichler, MSc: Der Van der Bellen ist ja auch unabhängig! - GR Mag. Manfred Juraczka: Frau Stadträtin, es geht darum, ob sich die politische Gesinnung des Präsidenten in Berichten wiederfindet!)* - Regen Sie sich doch nicht so auf, Herr Klubobmann! Ich wollte auch gerade zur ÖVP kommen. - Genauso wie ich es auch bezweifle, dass jemand, der Mitarbeiter, ich glaube, es war in der steirischen ÖVP ... *(Zwischenruf bei der SPÖ.)* - Ja, ein Skandal. *(GR Mag. Manfred Juraczka: Die politische Gesinnung des Präsidenten findet sich in Berichten wieder?! Meinen Sie das ernst?)* - Schauen Sie, solange die Rechnungshofpräsidenten so bestellt werden, wie wir den Modus derzeit haben, müssen Sie damit rechnen, dass es selbstverständlich auch zu politischen Entscheidungen kommt, auch zu politischen Vorgaben. Und das kann man sich ja in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten sehr schön anschauen. *(Ruf bei der FPÖ: ... ist der Van der Bellen unabhängig!)* - Aber es freut mich, dass ich damit wieder die Aufmerksamkeit der Opposition erlangt habe, die sich hier ja furchtbar aufregt.

Zunächst möchte ich in dieser Debatte, wie eigentlich jedes Jahr, den Rechnungsabschluss dazu nutzen, meinen Dank auszusprechen, nicht nur an alle Abteilungsleiter und Abteilungsleiterinnen, sondern selbstverständlich auch an alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Stadt, die wirklich tagtäglich ihren Einsatz dafür leisten, dass Wien eine umweltfreundliche und lebenswerte Stadt ist. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Der Dank gilt selbstverständlich auch für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Büros, die sich auch tagtäglich wirklich einsetzen dafür, dass es eine gut funktionierende Büroinfrastruktur gibt. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. - Der Geräuschpegel im Saal ist sehr hoch.)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk** *(unterbrechend)*: Darf ich die Kolleginnen und Kollegen Gemeinderäte ersuchen, den Geräuschpegel bitte zu senken, damit die Frau Stadträtin weiterreden kann. - Danke schön.

Amtsf. StRin Mag. Ulli **Sima** *(fortsetzend)*: Es sind in den diversen Wortmeldungen ein paar Punkte angesprochen worden, auf die ich gerne eingehen möchte. Einer davon, und damit möchte ich gerne anfangen, ist das ganze Thema Copa Cagrana. Warum ist das in der Geschäftsgruppe angesiedelt? Oder vielleicht fange ich noch mit einem anderen Thema an, das ein bisschen übergeordnet ist:

Es scheint eine ständige Verwirrung zu geben über die Frage: Wofür ist die Geschäftsgruppe Umwelt zuständig und wofür nicht? Und es wird mir immer so ein bisschen unterstellt, wie arg das ist, dass ich auf bestimmte Dinge keine Antwort gebe. - Schauen Sie, es gibt die Geschäftseinteilung des Magistrats, die hier im Gemeinderat beschlossen wird und die eine ganz klare schriftliche Zuordnung trifft, wofür ich zuständig bin und wofür nicht.

Das kann man jetzt zur Kenntnis nehmen, das kann einen freuen oder auch nicht, auf jeden Fall ist es so. Und ich möchte Sie ersuchen, wenn Sie Anfragen stellen, einfach dieses Schriftstück zur Hand zu nehmen und nachzuschauen: Bin ich tatsächlich zuständig? Denn wenn ich nicht zuständig bin, dann kann ich es auch nicht beantworten - nicht weil ich nicht will, sondern weil ich kraft dieses hier beschlossenen Dokuments nicht dafür zuständig sein kann. Also es ist keine Bösartigkeit von mir, auch sonst keine Intrige und auch keine Verschwörung, sondern schlicht und ergreifend die Geschäftseinteilung des Magistrats der Stadt Wien. Und ich bitte Sie, diese auch einzuhalten, so wie ich sie auch einhalten muss. Die gilt nämlich für alle. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ebenso ist es keine Bösartigkeit von mir, dass die Copa Cagrana nicht von der Stadtplanung geplant wird. Sie ist nämlich ein Hochwasserabflussgebiet, und das ist sie vor allem. Sie ist ein Hochwasserabflussgebiet, deswegen bei der MA 45 angesiedelt, und deswegen - es ist heute schon kritisiert worden, warum wir das machen, deswegen erkläre ich es noch einmal; Sie, Herr Klubobmann, wissen das wahrscheinlich schon, weil Sie schon länger im Haus sind -, aus diesem Grund ist es auch wichtig, das Hochwassermanagement bei der Planung auch zu berücksichtigen, weil es einfach in den letzten Jahren verstärkt zu sehr großen Hochwassern gekommen ist und dann die ganze Copa Cagrana natürlich auch davon beeinflusst wird. Das heißt, wie immer man dann die Gestaltung auch auslegt, sie muss mit einem Hochwasser kompatibel sein, sozusagen ein Hochwasser dann auch aushalten und nicht nachher dort eine komplett zerstörte Stadtstruktur aufweisen. Aus diesem Grund ist die MA 45 damit betraut.

Es ist irgendwo, von jemand anderem, auch dieses Thema mit der WGM kritisiert worden. Ich versuche es jetzt noch ein letztes Mal, auf einer sachlichen Ebene aufzuklären, wenngleich ich den Verdacht habe, dass die sachliche Auseinandersetzung den Kollegen Guggenbichler jetzt nicht ganz zentral interessiert, denn ich glaube, er weiß eigentlich, was dort das Thema ist.

Also: Sie haben mir beziehungsweise meiner Abteilung unterstellt, es hätte dort Bautätigkeiten ohne Ausschreibung gegeben. Das möchte ich an dieser Stelle einmal zurückweisen, denn selbstverständlich sind der Bautätigkeit eine Ausschreibung und eine entsprechende Vergabe vorausgegangen, so wie es nach dem Bundesvergabegesetz vorgesehen ist. Also diesen Punkt können wir einmal von der Liste streichen. - Gut.

Sie kritisieren, dass die WGM das übernommen hat. Ich darf Sie jetzt darauf hinweisen: Die WGM ist eine 100-Prozent-Tochter der MA 45, und in diesem Sinne und im Sinne einer In-House-Vergabe ist es nicht nur sinnvoll, sondern auch legal, sich dieser Möglichkeiten zu bedienen. Sie haben ja den Stadtrechnungshof in dieser Frage angerufen und Sie werden sehen, dass Sie da eine ähnliche Auskunft bekommen, weil wir uns hier ganz streng an die Vorschriften gehalten haben, und ich frage mich bis heute, welche bösen Machenschaften Sie dahinter vermuten, wenn wir eine 100-Prozent-Tochter

der MA 45, die genau aus diesem Grund gegründet worden ist, um bestimmte Tätigkeiten im Auftrag der MA 45 im Sinne einer In-House-Vergabe durchzuführen, auch damit beauftragt haben. Das haben wir immer gesagt, das haben wir auch im Ausschuss so beschlossen, und es ist ja auch im Ausschuss die Gründung der WGM beschlossen worden. Welche sinisternen Kräfte Sie da dahinter sehen, ist mir ein Rätsel. Ich kann nur heute noch einmal versuchen, das aufzuklären. Das habe ich aber schon öfter gemacht, und es hat bisher nichts gebracht, daher bin ich jetzt sozusagen nicht ganz optimistisch, dass wir es damit ausgeräumt haben werden. Aber ich habe es zumindest versucht.

Es sind ein paar Punkte, auf die ich jetzt wirklich nur ganz kurz eingehen möchte.

Herr Guggenbichler muss in Vorbereitung des morgigen Schwerpunkttages ein paar Rechnungshofberichte aus seinem verstaubten Koffer - denn es sind teilweise schon ziemlich alte Berichte gewesen - gekramt haben und hat hier wahrscheinlich so ein bisschen die „Best of“-Highlights aus der Mottenkiste präsentiert. Er hatte selber bedauerlicherweise keine Zeit, beim letzten Rechnungshofausschuss der Geschäftsgruppe Umwelt dabei zu sein, deswegen hat er das heute quasi in seiner Rede ein bisschen nachgeholt.

Die angebliche Privatisierung von einer Wasserquelle ist hier wieder angesprochen worden. Dazu kann ich nur sagen: Da spielt wahrscheinlich Ihre Enttäuschung immer noch mit, weil Sie enttäuscht darüber sind, dass der Rechnungshofbericht keine, aber auch wirklich keine Ihrer Verschwörungstheorien, die Sie da immer in den Medien geäußert haben, bestätigt hat. Ganz im Gegenteil, der Rechnungshofbericht war so, ich sage jetzt einmal, unaufregend, dass ihn fast niemand aufrufen wollte, weil es zu diesem Thema eigentlich überhaupt nichts Interessantes zu berichten gab.

Dann ein weiterer Mythos, den Sie hier verbreitet haben: Wir hätten irgendwelchen Mitarbeitern gesagt, wenn ihr nicht Rot wählt, dann gibt es nächstes Jahr keinen Job. - Ich habe es leider akustisch nicht verstanden, ob ich das angeblich gesagt haben soll, oder wer auch immer. *(GR Ing. Udo Guggenbichler, MSc: ... nichts Persönliches! Das hätt ich nie gemacht!)* Ich kann das nur aufs Schärfste zurückweisen. Ich habe so etwas nie gesagt. Ich möchte auch nur die Frage stellen - wenn man jetzt ganz kurz nachdenkt -: Glauben Sie wirklich, dass bei pragmatisierten Beamten diese Drohung reingeht? Und trauen Sie uns das intellektuell zu, so doof zu sein *(Heiterkeit)*, den Leuten zu sagen, wenn ihr nicht rot wählt, habt ihr keinen Job mehr, wenn man eh weiß, dass sie auf jeden Fall pragmatisiert sind bis zur Pension? *(GR Mag. Manfred Juraczka zu GR Ing. Udo Guggenbichler, MSc: Ihr zwei habt es lustig im Umweltausschuss! Kann das sein?)* - Also ich weiß nicht. Ich würde da einmal ganz kurz darüber nachdenken, ob das wirklich etwas ist, was wir gesagt haben könnten, weil es einfach so absurd ist, weil es wirklich so absurd ist.

So, ich komme zum nächsten Thema: die Mähboote. Ich möchte jetzt nur einmal darauf hinweisen: Das Mähboot, über das Sie da immer reden, hat mein Vorvorgän-

ger angeschafft (GR Ing. Udo Guggenbichler, MSc: Es sagt sogar der Bürgermeister, dass das keine gute Idee war!), und übrigens war es ein Antrag, der mit Zustimmung der FPÖ beschlossen worden ist. Das heißt, Ihre Vorgänger, sage ich jetzt einmal, müssen offensichtlich auch gefunden haben, es war eine super Idee, denn sonst hätten sie ja wohl nicht zugestimmt. Was sich mein Vorgänger dabei gedacht hat, kann ich Ihnen, ehrlich gesagt, nicht sagen. Es ist sozusagen nicht überliefert.

So, jetzt kommen wir zu dem Thema, es sei zu groß. - Es ist nicht zu groß, denn dieses Mähboot wurde für die Neue Donau angeschafft. Da braucht man andere Mähboote, weil die wesentlich tiefer ist. Die Alte Donau hat ja eine maximale Tiefe von 3,5 m und ist teilweise mittlerweile schon noch weniger tief. Und es war immer klar, dass man dieses Mähboot nur auf der Neuen Donau einsetzen konnte. (GR Ing. Udo Guggenbichler, MSc: Wie oft war es im Einsatz? Wie oft?) Aber wie gesagt, mein Vorgänger hat es angeschafft. Ihre Vorgänger, oder wer auch immer - ich weiß nicht, wie viele Generationen vor Ihnen -, haben damals zugestimmt. Also könnte man sagen, Sie haben durchaus eine Mitschuld. Also die ÖVP ... (GR Mag. Manfred Juraczka: Frau Stadträtin, in welchem Jahr ist das angeschafft worden? Wissen Sie das noch?) 1995, von Fritz Svihaček. Aber die ÖVP hat damals auch zugestimmt. Es war einstimmig - ich sage es nur. (Heiterkeit. - GR Mag. Manfred Juraczka: Ich frag ja nur!) Also insofern - wie soll ich sagen -: Geteiltes Leid ist halbes Leid. Oder was soll ich zu diesem Punkt sonst noch sagen?

So, dann hat jemand kritisiert beziehungsweise gefordert - und das sage ich jetzt nur ganz allgemein, weil das sozusagen mit meinen Punkten nichts zu tun hat -, wir sollen die Subventionen offenlegen, die nicht im Ausschuss und nicht im Gemeinderat waren. - Die gibt es nicht! (Rufe bei FPÖ und ÖVP: Rahmensubvention!) Es muss, logischerweise, jede Subvention, die ausbezahlt wird, in den Ausschuss und in den Gemeinderat. Also das hat mich, ehrlich gesagt, ganz grundsätzlich verwirrt, und ich verstehe nicht, was Sie damit sagen wollen. (GR Mag. Dietbert Kowarik: So schwer ist das aber nicht zu kapieren, was wir wollen, Frau Stadträtin! Sie werden das ja durchschauen! Ist das so schwer?) Aber ich bin mir sicher, Sie haben das auch schon bei der Geschäftsgruppe Finanzen noch einmal eingebracht, weil es ja da auch um den ganzen Subventionsbericht geht, der ja nicht zu meinem Ressort zählt - Herr Kollege Guggenbichler, da wären wir wieder. (GR Mag. Dietbert Kowarik: Sie werden ja wohl wissen, wem Sie keine Subvention geben! Sie können es ja mitteilen! Oder ist das so schwer?) Sie haben jetzt eh einen Subventionsbericht bekommen, Herr Kollege! Ich weiß nicht, was Sie jetzt noch wollen. (GR Mag. Dietbert Kowarik: Da steht nicht drinnen, wer nichts bekommen hat! - Sie kapieren es nicht!)

Die Frau Kollegin hat hier ganz klar gesagt - zumindest habe ich es so verstanden -, sie hätte gerne noch einen Bericht darüber, welche Subventionen ausgezahlt werden, die wir hier nicht beschlossen haben. Und ich habe lediglich festgestellt, dass das nicht möglich ist.

(GR Mag. Manfred Juraczka: Darf ich helfen? Ich glaube, die Herrschaften meinen: Antragsteller, die keine Subvention bekommen haben! - GR Mag. Dietbert Kowarik: Bravo! - Weitere Zwischenrufe bei ÖVP und FPÖ.) - Na gut, ich glaube, wir werden diesem heiteren Zwiegespräch jetzt ein Ende bereiten (GR Mag. Dietbert Kowarik: Keine Antwort ist auch eine Antwort!), und ich werde dem Herrn StR Mailath-Pokorny das Feld überlassen, damit er sich weiter hier einen vergnüglichen Nachmittag mit der Opposition machen kann. (GR Mag. Wolfgang Jung: Das ist Ihr Verständnis von politischer Verantwortung!)

Ich darf zum Abschluss meines Blocks noch einmal meinen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Leistungen des vergangenen Jahres aussprechen und möchte mich auch bei dem Kollegen bedanken, der die MA 48 gelobt hat. Ich finde, das war eine sehr faire Rede, und freue mich, wenn wir hin und wieder die gute Leistung der Mitarbeiter nicht nur von der eigenen Fraktion, sondern auch von der Opposition gewürdigt bekommen. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Zur Geschäftsgruppe Umwelt und Wiener Stadtwerke und zum Jahresabschluss der Unternehmung Wien Kanal liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Kultur, Wissenschaft und Sport. Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag. Meinel-Reisinger. Ich erteile es ihr. Selbstgewählte Redezeit 8 Minuten.

GRin Mag. Beate **Meinel-Reisinger**, MES (NEOS): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte jetzt nur ganz kurz noch einmal auf das eingehen, was ich vorher gehört habe: Ja, ich halte das tatsächlich für einen Skandal - die Frau Stadträtin ist schon unterwegs, weg aus diesem Raum -, wenn man den Präsidenten des Rechnungshofs der Republik Österreich in einer derartigen persönlichen Art und Weise quasi diffamiert. Das beschädigt dieses Amt massiv, und ich halte das für eine unglaubliche Entgleisung der Frau Stadträtin. (Beifall bei NEOS, FPÖ und ÖVP.)

Ja, die Wiener Kunst- und Kulturszene ist zweifelsohne ein wirklich breitgefächertes Angebot, ein buntes Angebot, ein sehr hochwertiges Angebot für die Wienerinnen und Wiener, wobei auch versucht wird, alle Wienerinnen und Wiener damit zu erreichen, sie ist aber selbstverständlich auch ein Angebot für Gäste, die von außen kommen, weil sie ein tolles Aushängeschild ist. Kunst und Kultur sind zweifelsohne ein wichtiges „Lebensmittel“, würde ich sagen, in einer Gesellschaft, nicht nur, was die eigene persönliche Weiterentwicklung angeht, was die Auseinandersetzung mit durchaus gesellschaftlichen Themen, großen Themen angeht. Also das ist ein wesentlicher Bestandteil oder sollte ein wesentlicher Bestandteil im Leben vieler Menschen sein, und aus diesem Grund gibt es auch von unserer Seite immer ein ganz klares Bekenntnis für öffentliche Kunst- und Kulturförderung, weil wir Kunst und Kultur als meritorisches Gut sehen.

Ich glaube, in diesem Bekenntnis muss man durchaus unterscheiden nach den verschiedenen Sparten und Abteilungen, würde ich einmal sagen, von Kunst und Kultur. Wir haben uns ja da schon einige Male dahin gehend geäußert, dass wir uns das auch in Form einer Art Aufgliederung des Budgets wünschen würden, so dass man klarer sagen kann, was ist eigentlich der Beitrag zum Erhalt und zur Bewahrung des zweifelsohne großen und wichtigen kulturellen Erbes in dieser Stadt, was ist Kunstförderung im eigentlichen, im engeren Sinn, was wollen wir auch damit, sich aber auch anschauen kann: Welche Bedürfnisse hat beispielsweise die bildende Kunst gegenüber der darstellenden Kunst?

Ich bin sicher, dass da auf sehr viele Aspekte eingegangen wird, aber ich glaube, dass man hier einen kulturpolitischen Diskurs durchaus wieder verstärkt führen muss, denn in den einzelnen Bereichen ist das Zusammenspiel auch mit dem Markt ein ganz unterschiedliches. Es macht einen Unterschied, ob ich im Bereich der darstellenden Kunst unterwegs bin, wo ich immer - immer nicht, ich werde auch gleich darauf eingehen, aber großteils - auch Förderungen brauchen werde, um Stücke auf die Bühne zu bringen, oder beispielsweise im Bereich der bildenden Kunst, wo es sehr wohl auch meiner Meinung nach nötig wäre, sich verstärkt Gedanken darüber zu machen, wie man hier auch einen Markt forcieren kann. Das ist ja auch zum Teil geschehen, beispielsweise auch, wenn steuerliche Begünstigungen für private Subventionen in dem Bereich gewährt werden, aber ich glaube, hier könnte man entschlossener Schritte weitergehen, weil ich mit Bedauern feststellen muss und immer wieder höre, dass Künstlerinnen und Künstler nicht nur auf Grund fehlender Ateliers - das auch -, aber vor allem auch wegen des fehlenden Marktes Österreich dann verlassen, und das sollte uns zu denken geben.

Was auf jeden Fall mir oder uns wichtig ist: Dass Kunst und Kultur möglichst frei und ohne Einflüsse entstehen können. Ich glaube, das ist auch etwas, worauf wir uns generell einigen können. Das hieße meiner Meinung nach auch, verstärkt darüber nachzudenken, infrastrukturelle Förderungen zu geben und tatsächlich dann Dinge in einer gewissen Selbstverwaltung entstehen zu lassen. Da lohnt dann, glaube ich, auch einmal der Blick in andere Städte, wo solche selbstverwaltenden Kulturzentren über bestimmte Jahre - das wird ausgeschrieben - ein wertvoller Beitrag beispielsweise auch in Stadtentwicklungsgebieten sein können.

Wichtig ist mir bei dieser möglichst freien Entfaltung aber, dass man schon auch kritisch sehen muss, dass sich so etwas wie ein Fördermarkt herausetabliert hat. Also auch der Bereich der öffentlichen Kunst- und Kulturförderung ist nicht frei von einem Markt. Wir wissen ganz genau, und Künstlerinnen und Künstler sagen mir das immer, welche Art der Produktionen gefördert wird, wofür es Geld gibt und wofür nicht. Ich möchte jetzt nicht polemisch werden, aber ich glaube, Sie können sich vorstellen, dass es gewisse gesellschaftspolitische Anliegen gibt, die verstärkt gefördert werden - ich würde diese durchaus dann teilweise in einen Mainstream einordnen

und nicht in eine kritische Auseinandersetzung mit der Gesellschaft -, und andere Bereiche - was weiß ich, wenn ich jetzt beispielsweise über Alien etwas machen möchte - sind halt im Moment nicht so im Spektrum angekommen. Ich weise einfach darauf hin.

Ich sage das auch deshalb, weil es sehr wohl auch in diesen bestehenden öffentlichen Förderstrukturen gläserne Decken gibt. Diese gläsernen Decken gibt es auf Grund eines vorherrschenden Senioritätsprinzips - das wissen wir auch aus ganz vielen Evaluierungen. Und an dieser Stelle sei noch einmal gesagt, wie wichtig ich es fände, dass Wien entschlossen einmal eine umfassende Evaluierung der Kunst- und Kulturförderung dieser Stadt durchführen würde, so wie das beispielsweise die Stadt Graz gemacht hat.

Neben dem Senioritätsprinzip, hinsichtlich dessen immer wieder auch mir erklärt wird - und das verstehe ich schon -, das war schon immer so, das ist historisch gewachsen, gibt es aber natürlich noch den zweiten Bereich, der eine gläserne Decke bietet, das ist die Freunderl- und Günstlingswirtschaft, die natürlich hinderlich ist, wenn junge Künstlerinnen und Künstler, die frei sind von einem Beziehungsnetzwerk, sich auch etablieren wollen. In diesem Zusammenhang halte ich es für ganz besonders wichtig, dass wir Kriterien festlegen. Wir haben schon gestern auch einen Antrag eingebracht hinsichtlich eines Subventionsgesetzes. Klare Kriterien der Kunst- und Kulturförderung helfen einerseits, Transparenz zu schaffen, und andererseits, auch Klarheit zu schaffen für die Künstlerinnen und Künstler, für die Kulturschaffenden, um zu wissen, woran sie sind, und nicht vielleicht in unzähligen Gesprächen mit sehr engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der MA 7 ein bisschen irrezugehen, denn das passiert bisweilen auch.

Wenn man beim Punkt Günstlings- und Freunderlwirtschaft ist, dann muss man natürlich auch immer den Fokus auf die Frage richten: Wie werden Posten besetzt? Das ist jetzt besonders lustig, wenn ich das sage, gerade nach dem Ausrutscher der Frau Stadträtin, weil ich glaube, die Wahl eines Rechnungshofpräsidenten ist zumindest transparenter - wenn auch nicht immer nachvollziehbar von den Kriterien her, wie man das erst zuletzt gesehen hat -, als es so manche andere Postenbesetzungen sind, gerade im Dunstkreis der Stadt Wien.

Wobei ich hier sagen möchte, dass es mir dabei nicht um Persönliches geht. Es geht mir nicht um Persönliches, ich will hier keiner Person irgendeine Fähigkeit oder Kompetenz absprechen. Mir geht es vielmehr um das Prinzip, und zwar das Prinzip auf einer viel höheren Ebene: Dass ich davon überzeugt bin, dass, wenn Netzwerke, wenn Günstlings- und Freunderlwirtschaft vorherrschend sind gegenüber einem wirklichen Wettbewerb der besten Köpfe, dies keine guten Auswirkungen auf den Standort, auf den Staat an sich hat. (*Beifall bei den NEOS.*)

Das ist de facto eine Privatisierung der res publica hin zu einer res privata. Und in so einem Zusammenhang macht der Spruch, ich glaube, der Wiener Linien „Die Stadt gehört dir“ besonders Sinn, wenn man denkt:

Die Stadt gehört dir, liebe SPÖ. - So soll es wirklich nicht sein.

Wir haben uns den Rechnungsabschluss auch genauer angeschaut. Da ist ein Aspekt, auf den ich hinweisen möchte, den ich schon bemerkenswert finde, das sind die versteckten Werbeausgaben. Unter der Haushaltsstelle 1/3819/728 werden unter dem Namen „Entgelte für sonstige Leistungen“ seit mehreren Jahren Werbeausgaben versteckt. In den letzten 4 Jahren wurden dort durchgehend immer nur 13.000 EUR budgetiert, ausgegeben wurden dann aber immer Mittel in der Höhe von mehreren Hunderttausend Euro, in einem Jahr von über 1 Million, und im Jahr 2015 waren es mehr als 980.000 EUR, also mehr, als im Budgetvoranschlag enthalten war. Und immer lautet die saloppe Begründung nur: „Die Abweichung ergibt sich aus zusätzlichen Ausgaben für eine Kommunikationsoffensive zur Bewerbung von kulturellen Veranstaltungen.“ - Da frage ich mich jetzt schon: Wenn man über Jahre diese Praxis hat, dass man eigentlich fast 1 Million EUR an Werbeausgaben zur Bewerbung des breiten kulturellen Angebotes tätigt, warum macht man das nicht gleich im Voranschlag fest, wenn man eh schon weiß, dass man in diesem Bereich weitere Werbeausgaben tätigen wird, die ja, das muss man einfach sagen, für - berechtigtes oder unberechtigtes, das sei dahingestellt - Eigenlob der Stadt zusätzlich zu den ohnedies schon vorhandenen, ohnedies schon in diesem Bereich ausgewiesenen Werbemillionen dazukommen?

Ich wollte auch auf den Kunst- und Kulturbericht eingehen, insbesondere auf den einen Aspekt, der bis vor einer halben Stunde noch Thema war, denn bis vor einer halben Stunde konnte man im Kunst- und Kulturbericht der Stadt Wien nicht die dezentrale Kulturförderung finden, wie das in den Jahren zuvor der Fall war. Ein Schelm, wer sich dabei denkt, dass hier vor allem die NEOS immer vorpreschen mit der Frage: Wer ist denn Profiteur dieser dezentralen Kulturförderung, die ja in der Theorie etwas Gutes ist - kleine Kunst- und Kulturinitiativen, verankert im Grätzl, im Bezirk, zu fördern -, aber, wie gesagt, nur in der Theorie?

Wir haben letztes Jahr auch festgestellt, dass von den insgesamt 2,6 Millionen EUR der dezentralen Kulturförderung, wenn man jetzt alle Förderungen über 5.000 EUR hernimmt, und wir haben uns nicht die Mühe gemacht, alle anzuschauen, sondern nur die über 5.000 EUR nach den Kriterien, die wir definiert haben - und darüber kann man streiten, unsere Kriterien sind ein Bezirksrat oder ein Gemeinderatsabgeordneter oder ein hoher Funktionsträger einer Partei ist im Vorstand dieses Vereins -, und da haben wir klassifiziert: Was sind parteinahe Vereine? Da sind wir auf die Summe gekommen, dass von diesen 2,6 Millionen EUR 819.000 EUR an parteinahe Vereine gehen, das heißt, 44 Prozent aller Förderungen über 5.000 EUR gehen an Parteivereine! Das ist nicht der Sinn einer dezentralen Kunst- und Kulturförderung! Es ist nicht der Sinn, dass hier wieder die Parteien hergehen und in jedem Bezirk Vereine gründen, um sich so ein zusätzliches Körbergeld in die Tasche zu stecken! Es sind übrigens *(Beifall bei den NEOS.)* 17

Vereine der SPÖ, 4 Vereine der FPÖ, 10 Vereine der ÖVP, 1 den GRÜNEN nahestehend, und dann gibt's noch 7 Vereine, wo mehrere Parteien drinnen sind. Gerade in Zeiten der knappen Budgets muss man sich die Frage stellen: Was ist hier wirklich wesentlich und förderungswürdig? Jedenfalls sollte es nicht so sein, dass es Vereine sind, die im Dunstkreis der Parteien sind. Das sage ich auch ganz bewusst, weil ich weiß, dass es im nächsten Jahr mit dem Budget sehr eng wird und mir schon sehr viele Kulturbetriebe sagen, dass sie auf informellem Wege gehört haben, 10 bis 30 Prozent weniger. Das halte ich natürlich für ein Problem, bei allem Verständnis für die budgetären Nöte dieser Stadt, erster Punkt.

Der zweite Punkt ist, es ist nicht transparent. Und weil wir gerade gestern bedauerlicherweise und meiner Meinung nach einen großen Mann der Kulturszene in Österreich verloren haben, der, so schonungslos wie Qualtinger es mit Figuren und mit der Sprache gemacht hat, so hat er es mit dem Stift gezeichnet, die österreichische Seele, so halte ich Ihnen einfach den Spiegel des Herrn Deix hin *(Die Rednerin zeigt eine Deix-Karikatur.)*, der hier gezeigt hat, wie die österreichische Parteeisele tickt, wo man eigentlich schon dem Baby die Frage stellt: Welches Parteibuch ist denn das richtige für dich? Das ist Ihre Art der Kulturförderung teilweise in den Bezirken, und das lehnen wir ab! Vielen herzlichen Dank. *(Beifall bei NEOS.)*

Entschuldigen Sie, ich sage noch ergänzend: Ich habe gesehen, dass mittlerweile das PDF zum Kunst- und Kulturbericht gekommen ist. Es ist jetzt auf der Website, bedauerlicherweise eine halbe Stunde, bevor ich hier ans Rednerpult getreten bin. Also mag sein, dass es Zufall ist. Ich konnte mich damit nicht intensiv beschäftigen, aber ich werde es nachreichen. Das ist ein Versprechen. *(Beifall bei NEOS.)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Die Redezeit ist 13 Minuten gewesen. Das heißt, die Restredezeit der Fraktion beträgt 10 Minuten. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Dkfm. Dr. Aichinger. Ich erteile es ihm. Gewählte Redezeit ist 15 Minuten.

GR Dkfm. Dr. Fritz **Aichinger** (ÖVP): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Kulturstadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das ist ja eine typische Rechnungsabschlussdebatte, und ein Ressort trifft es wahrscheinlich immer und es muss das letzte sein. Ich nehme an, dass es der Präsenz des Hauses derzeit eher geschuldet ist, dass es das letzte Ressort ist und nicht dass es das ist, was am uninteressantesten ist. Aber wir müssen damit leben. Die Bänke sind sehr, sehr leer.

Zu Anfang, meine Damen und Herren, sehr geehrter Stadtrat, komme ich mit einer Bitte, die auch schon meine VorgängerInnen immer wieder gesagt haben. Wir wissen ganz genau, wann Rechnungsabschlussdebatten stattfinden, im Prinzip in der letzten Juniwoche. Wir kriegen dann von der Finanzstadträtin so schöne dicke Bücher mit verschiedenen Abschlüssen und auch das Hauptbuch. Aber den Kunst- und Kulturbericht beziehungsweise den Wissenschaftsbericht kriegen wir am

selben Tag der Debatte. Und da muss ich sagen, auch da müsste es eine Möglichkeit geben, diesen Bericht in Zukunft auch zumindest 14, 10 Tage vorher zuzustellen so wie das normale Budget, um über das wirklich reden zu können. Es hat keinen Sinn, über so ein Elaborat, das man am gleichen Tag bekommt, zu reden. Der Wissenschaftsbericht hat überhaupt 400 Seiten. Also ich glaube, da kann man jetzt nicht seriös diskutieren. Ich würde bitten, vielleicht kann man hier in Zukunft etwas anders vorgehen.

Ich möchte mich aber im Prinzip damit beschäftigen, und ich sage bewusst so das Wort, welche Baustellen im wahrsten Sinne des Wortes demnächst in diesem Ressort anfallen. Baustelle, dieses Wort sage ich deswegen, weil ich mit dem Wien Museum beginnen möchte und eben frage oder sage: Was wird denn da jetzt im Prinzip weitergehen? Wir wissen ganz genau, es ist bekannt, dass seit 2009 darüber diskutiert wird, ein neues Wien Museum zu bauen, zu renovieren, umzubauen, zu vergrößern oder Ähnliches. Das heißt, wir haben immerhin schon eine Diskussion von rund gerechnet sieben Jahren, wo wir über dieses Projekt sprechen. Es hat dann 2011 der Rechnungshof gesagt, da muss was geschehen, weil der alte Hertl-Bau so baufällig ist, dass etwas passieren muss. Es ist dann endlich passiert, dass es doch zu einem Wettbewerb gekommen ist, zu einem internationalen Architekturwettbewerb, der dann abgeschlossen wurde und Ende des letzten Jahres hier ein Sieger hervorgegangen ist, nämlich das Architektenteam Winkler + Ruck aus Klagenfurt. Ich glaube, es ist ein gelungenes Projekt. Man kann natürlich über jedes Projekt diskutieren, es war aber einhellig sehr, sehr gelungen. Die Frage, die aber ich jetzt stelle, ist natürlich die: Wie geht's damit weiter, meine Damen und Herren? Das heißt, einige Fragen müssen aufgeworfen werden. Erstens einmal würde ich sagen: Wie schaut es mit den Nachbarn aus? Sie wissen, daneben gibt es einen Bau der Zürich Versicherung. Hier gibt es angeblich Verhandlungen. Hier soll es auch Modelle der Vorschläge geben, die in diesen Bau eingeschlossen werden beziehungsweise eben dass das Ensemble hier attraktiver gestaltet wird. Es ist die Frage der Flächenwidmung: Wie geht das weiter? Und gar nicht wegzudenken ist natürlich auch noch die Frage des Denkmalschutzes, sprich, das Denkmalamt hat sich dazu noch nicht geäußert. Und die letzte und wichtigste Frage ist natürlich, und das ist einem Kaufmann wie mir das Wichtigste: Gibt es schon eine Idee, wie wir das finanzieren werden? Wir wissen, am Anfang ist von 50 und 70 Millionen gesprochen worden. Jetzt sind wir ungefähr bei 100 bis 120 Millionen. Da wäre sicher die Frage: Wie wird das ausschauen? In welchem Zeitraum können wir das realisieren? Ich glaube, das ist eine wichtige Geschichte, weil wir jetzt schon relativ viele Jahre damit verbracht haben und wir haben dort jetzt ein Gebäude stehen, das eingerüstet ist, und es macht, glaube ich, für diese Stadt nicht unbedingt einen sehr, sehr schlanken Eindruck, wenn dort nichts weitergeht. Das wären, meine Damen und Herren, einige Fragen zum Wien Museum.

Die nächste Baustelle, wenn ich so sagen darf, beziehungsweise das nächste Thema, das ich ansprechen muss, sind die Vereinigten Bühnen. Die Vereinigten Bühnen haben zwar jetzt ein ganz anderes Problem. Wir haben ja immer wieder die Subventionen in den verschiedenen Höhen diskutiert. Da hat es einmal die Aussage gegeben, die werden mit 37 Millionen, nehmen wir an, gedeckelt. Wir haben jetzt 40, 41, 42 Millionen beschlossen. Auch da will ich mich nicht einlassen. Aber ich glaube, das wichtigste Problem dort ist, dass wir eine neue Führung brauchen. Der Geschäftsführer der Vereinigten Bühnen Wien ist uns ja, wenn ich so sagen darf, abhandengekommen. Daher die Frage: Wie geht es dort weiter? Wird es dort eine Ausschreibung geben? Wie schaut das aus? Wann kann man damit rechnen, dass es dort zu einer neuen Führung kommen wird?

Ein weiteres Thema im Kunst- und Kulturbereich, auch hier eine Never-ending-story, wenn ich so sagen darf: Der damalige Planungsstadtrat Rudi Schicker hat 2004 angekündigt und gesagt, er möchte ein Denkmal für die Opfer der Deportation, ein Holocaust-Denkmal auf den Aspang-Gründen haben. Da haben wir damals einen Wettbewerb gemacht. Der Wettbewerb hat 98.000 EUR gekostet. Das ist aber dann versandet, ist ja nicht realisierbar gewesen und Ähnliches. Es ist ein neuer Wettbewerb ausgeschrieben worden. Auch hier wieder eine Baustelle, wie es weitergehen soll.

Bei einem Objekt, Herr Stadtrat, kann man sagen, ist ein privater Mäzen eingesprungen, und das ist das Künstlerhaus. Beim Künstlerhaus haben sich Hans Peter Haselsteiner und seine Privatstiftung gefunden, um hier mit der Künstlerhaus GesmbH einen Vertrag abzuschließen. Er wird 30 Millionen investieren, und es wird dort die Albertina mitpartizipieren können. Hier hat, Gott sei Dank, ein Privater etwas gemacht. Die Frage ist nur: Wie wird die Gemeinde Wien weiterhin hinter dem Künstlerhaus stehen beziehungsweise die Subventionen für den Betrieb im Großen und Ganzen in der Richtung aufrecht erhalten können.

Zwei Anmerkungen noch zum Sportbereich, auch hier haben wir einige Dinge. Ein Problem wurde bereits gelöst, und zwar haben wir einen Dauerbrenner gehabt, die Hohe-Wand-Wiese im Freizeitbereich.

Es ist eben leider so, dass in Wien die Schneelage, das muss man zur Kenntnis nehmen, nicht mehr so wie vor 20, 30 Jahren ist, wo man wirklich damit rechnen konnte, dass man dort auf natürlichem Schnee fahren konnte. Dann hat man natürlich die Schneekanonen installiert. Auch das ist, glaube ich, nicht ganz von Erfolg gekrönt gewesen, weil auf der einen Seite die Temperaturen gefehlt haben und es nicht mehr möglich war. Ich sage, ich bin sehr froh, dass da jetzt eine andere Nutzung für dieses Gelände gemacht worden ist, weil ich glaube, es ist die Hohe-Wand-Wiese eine unheimliche Tradition gewesen, und hier eine Nutzung vorzunehmen, die das ganze Jahr möglich ist, sprich, es wird zu einer Mountainbike-Strecke kommen und es wird dort andere Attraktionen geben. Ich glaube, dass das eine gute Geschichte ist, um hier an diesem Traditionsort wirklich etwas weiterzubringen.

Eine Baustelle, die uns schon sehr, sehr weh tut und die auch schon sehr, sehr lange ist, ist der Eisring Süd. Oben am Wienerberg gibt es diese Anlage, auch eine traditionsreiche Anlage, wo ganz einfach Eislaufen und Eislaufsport betrieben werden konnten. Dieser Eisring Süd ist in einem desolaten Zustand und da müsste wirklich etwas passieren. Da muss was geschehen. Auch dort beginnt die ganze Geschichte schon 2008, dass man gesagt hat, man wird dort ein Objekt realisieren, wo dieser Eisring Süd, diese Sportstätte, natürlich wieder revitalisiert wird, hergerichtet wird und zur Verfügung gestellt wird, damit das auf der einen Seite Private beziehungsweise auch Vereine benützen können und im Großen und Ganzen hier wirklich Sport betrieben werden kann. Klubobmann Oxonitsch schaut schon, Eisring Süd, da hört er etwas. Das hat einmal zu ihm gehört, ist aber im Großen und Ganzen leider auch eine „never ending story“ und ich hoffe, dass da was passiert. Wir haben ein Sportstättengesetz, meine Damen und Herren, wo Sportstätten nicht wegrationalisiert werden dürfen, sondern sie müssen erhalten werden! Die Stadt muss schauen, dass hier etwas passiert, und ich würde Sie bitten, Herr Stadtrat, dass hier im Großen und Ganzen etwas weitergeht. Die Frage ist nur: Wie geht es weiter? Wir haben Ihnen auch eine schriftliche Anfrage gestellt. Ich erspare mir daher heute, Ihnen das hier noch einmal vorzulesen. Aber ich würde wirklich bitten, dass wir hier konkrete Antworten bekommen, was da jetzt bei diesem Eisring Süd passiert, weil wir auch gehört haben, dass in der Albert-Schultz-Halle die Eiszeiten im Großen und Ganzen ja auch immer geringer werden. Es gibt immer mehr Nachfrage, wo Vereine und auch Private hier Sport betreiben wollen und es zu Engpässen kommt. Es wäre wirklich eine wichtige Sache.

Abschließend, meine Damen und Herren, vielleicht auch hier noch immer die Frage eines sogenannten Sportstättenentwicklungsplanes: Wie schaut es aus in Wien? Wie werden in Zukunft Sportstätten hergerichtet, renoviert? Wie schaut es aus? Was brauchen wir noch? Wir wissen ganz genau, dass wir in Wien auch noch eine Mehrzweckhalle brauchen würden, um hier der Nachfrage nachkommen zu können. Es wäre uns ein großes Anliegen, dass es in dieser Stadt endlich ein Sportstättenentwicklungsprogramm gibt, um hier weiter für diejenigen Damen und Herren, die Sport betreiben wollen, ein gutes Angebot zu haben. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP und von GR Mag. Gerald Ebinger.)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Die Redezeit ist 10 Minuten gewesen. Das heißt, die fraktionelle Restredezeit beträgt 15 Minuten.

Ich darf bekannt geben, dass Herr GR Mag. Pawkowicz heute für den ganzen Tag entschuldigt ist.

Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Dipl.-Ing. Margulies, selbstgewählte Redezeit 10 Minuten. Bitte schön.

GR Dipl.-Ing. Martin **Margulies** (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Sehr geehrte Frau Vorsitzende!

Es ist ja interessant, wie sehr sich das Ressort im letzten Jahr vergrößert hat: Statt Kultur und Wissenschaft haben wir jetzt Kultur, Wissenschaft, Sport, Wahlen, Öffentlichkeitsarbeit: Ich erlaube mir dennoch, mich im Großen und Ganzen nur auf den Bereich Kultur zu konzentrieren, auch weil es in den letzten sechs Monaten ein für mich gänzlich neuer Bereich war und ich mich vorweg gleich einmal bedanken will, nicht nur beim Herrn Stadtrat, sondern auch bei allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Kulturressorts, weil ich mich sehr gut aufgehoben fühle, auch viel Neues lerne und viele neue Menschen kennen lerne. Es ist ja nicht so, dass es gänzlich neu ist. Ich war ja immer wieder über die Finanzen mit dem Bereich Kultur verbunden. Aber ich erlaube mir, ganz am Anfang eine Bemerkung zum Kulturbericht und zum Wissenschaftsbericht aufgreifend. Man riecht es ja noch, er ist ja wirklich druckfrisch, und ich würde mir wünschen, so wie mein Kollege Aichinger, er käme ein paar Tage früher, weil, und jetzt sage ich das bewusst dazu, ich halte ihn für eine der interessantesten Publikationen, die die Stadt Wien herausgibt. Es wäre wirklich toll, ihn vorher echt lesen zu können, um eine inhaltliche Diskussion darüber zu führen. Ich finde den Kulturbericht und auch den Wissenschaftsbericht wirklich für zwei herausragende Exemplare, wie Transparenz funktionieren kann, wie inhaltliche Auseinandersetzung funktionieren kann, und die sollten wir tatsächlich gerne auch im eigenen Sinne mit der Opposition führen können.

Ein zweiter Punkt von meiner Vorrednerin Kollegin Meinel-Reisinger ist, wo ich ein bisschen enttäuscht bin, tatsächlich, weil ... *(Heiterkeit bei den NEOS.)* Mein Gott, ich erlebe Sie ja auch immer wieder bei den unterschiedlichsten Theaterproduktionen so wie auch andere KollegInnen, wo wir uns regelmäßig treffen. Das war eine der wirklich interessantesten und spannendsten Erfahrungen für mich. Im letzten halben Jahr habe ich mehr Kulturerlebnisse gehabt wie in den letzten fünf und zehn Jahren davor, und in dem Sinne, wen man trifft und wen man auch nicht trifft, ich sage jetzt keine Fraktion, die ich nicht treffe, aber wen man auch nicht trifft. Gerade da dachte ich mir, dass wir in Wien im Großen und Ganzen eigentlich auf die Kulturszene, auf die Theaterszene, auf die Tanzszene inklusive der Intendanten, die von unabhängigen Jurys gewählt werden, wirklich stolz sein können. *(GRin Mag. Beate Meinel-Reisinger, MES: Es ist lustig, ich habe gar nicht von Intendanten gesprochen!)* Wo ich einmal denke, dass wir die breiten Bereiche der Kultur einmal in den Vordergrund stellen und sagen, nein, es hat sich in den letzten 15 Jahren wirklich etwas verändert, und jetzt sage ich nicht, in den letzten 2, sondern in den letzten 15 Jahren im gesamten Kultursektor der Stadt Wien, wo wirklich zentrale Elemente, und Sie wissen, dass Intendanten von Häusern natürlich zentral sind, wie sich etwas weiterentwickelt, und sich auch die Ernennung dieser Intendanten weitab und fernab parteipolitischer Überlegungen abspielen. *(Zwischenruf von GRin Mag. Beate Meinel-Reisinger, MES.)* Ich komme auf die Kleinen auch noch, ich komm' eh noch hin.

Im großen Bereich, und da bin ich echt in das kalte Wasser hineingestoßen worden, war ich eigentlich über-

rascht und froh darüber, in welcher Art und Weise und wer vor allem dann die Personen sind, die für den Kulturbetrieb fernab der großen Bundestheater, fernab auch der großen Vereinigten Bühnen für das kulturelle Leben in Wien im Musikbereich, im Filmbereich, im Theaterbereich verantwortlich sind. Im Literaturbereich, das gebe ich offen zu, bin ich nicht so bewandert, gegenwärtig noch. Ich hoffe, das wird vielleicht noch irgendwann einmal.

Dann kommen die kleineren Bereiche. Ja, und da gebe ich Ihnen recht, insbesondere auch, wenn ich mir manchmal die Bezirkskultur anschau. Das ist etwas, was wir über viele Jahre hinweg mitkritisiert haben, verändert haben, manchmal, wie Sie auch richtig aufgezeigt haben, es gibt in den Bezirksbereichen auch grüne Kulturvereine, die Geld haben, kritisiert haben, uns selbst kritisiert haben, auch intern diskutieren. Aber ich glaube, es wäre ein großer Fehler, Vereine, insbesondere kleinere Vereine, kleinere Gruppen, Kulturschaffende, ausschließlich daran zu messen, wer wo politisch beheimatet ist. Gerade im Bezirk ist das überhaupt nichts Verwerfliches, dass Menschen, die als Bezirksrat, als Bezirksrätin tätig sind, auch im Kulturbereich tätig sind. Ich habe tatsächlich nicht das Gefühl, dass im Bereich der Bezirkskultur, im Bereich der dezentralen Kultur und auch nicht im Bereich der Alltagskultur vor allem das Parteibuch dominiert.

Jetzt kann man dazu stehen, wie man will, nicht alles, was da gefördert wird, gefällt mir, Gott behüte. Ich schaue mir auch bei Weitem nicht alles an. Ich glaube, da gibt es ungefähr tausend Förderungen, die im Jahr vergeben werden. Nein, ich bin meilenweit davon weg, mir alles anzusehen. Aber nicht alles ist parteipolitisch punziert und ein bisschen erwecken sie den Eindruck. Ich habe das Gefühl, dass wir auf das kulturelle Leben in Wien stolz sein können. Und das haben Sie richtig gesagt, das funktioniert natürlich nur mit Förderungen. Wenn es irgendwie ginge, ist der Kulturbereich der Bereich, wo ich mit Freuden viel mehr Geld hineinstecken würde, weil ich tatsächlich glaube, dass es gesellschaftlich notwendig ist, weil sich in der Kultur die Gesellschaft widerspiegelt und wir über kulturelle Aktivitäten oft vielfach mehr erreichen könnten als über Sprachkurse, über Weiterbildung.

Deshalb freut mich ja auch diese Parallellität, die jetzt bei StR Mailath-Pokorny bündelt, beim Sport. Es ist ein zutiefst unterschätzter Bereich im Sport, die Möglichkeit, im Sport im Bereich Integration Sachen weiterzubringen, in diesem Bereich gemeinsame Sachen zu entwickeln, etwas weiterzubringen. Da ist Sport und Kultur wahrscheinlich tatsächlich einmalig.

In diesem Sinne würde es mich freuen, wenn wir gemeinsam an einer positiven Kulturpolitik weiterarbeiten werden. Ich bedanke mich. Es hat mich extrem gefreut, in diesen Bereich hineinschnuppern zu können. Ich werde mit viel Freude in diesem Bereich bleiben, auch tätig bleiben. Ich denke, es gibt kaum einen Bereich, selbst wenn man sich jetzt die Kritik der Kollegin Meinel-Reisinger und des Kollegen Aichinger zu Herzen nimmt,

wo es so viel Übereinstimmung gibt wie im Bereich Kultur. Ich danke sehr! (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Danke schön. Die Redezeit war 7 Minuten. Die fraktionelle Restredezeit ist 18 Minuten. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag. Ebinger. Ich erteile es ihm. Selbstgewählte Redezeit 8 Minuten.

GR Mag. Gerald **Ebinger** (FPÖ): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Ich finde es jetzt schon auch ein bisschen lustig, jetzt der Kollege Margulies-soft, sozusagen Soft-Margulies in der Kultur. Ich habe immer das Glück, wenn ich oben sitze, dann redest du zu anderen Themen, was immer gefährlich werden kann. Aber bei der Kultur - ich fand das jetzt wirklich nett eigentlich, ja. Zuerst wird einem der unabhängigsten Ämter des Staates unterstellt, dass es politisch eigentlich irgendwo in eine gewisse Richtung tendiert. Gleichzeitig, wenn die Frau Kollegin Meinel-Reisinger zu Recht sagt, dass hier vieles an Freunderl vergeben wird, sagt dann der Kollege Margulies, nein, weil das muss man nicht so sehen, die sind kulturell tätig, da ist das Parteibuch nicht so wichtig. Komischerweise sieht die IG Kultur das ein bisschen anders, glaube ich, ehrlich gesagt, weil die sieht da schon eine gewisse Parallele, eine Zentralisierung in Richtung eines bestimmten Parteibuchs und einer bestimmten Parteinähe. (*GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Eine deutliche Verbesserung! Eine deutliche Verbesserung!*) Eine deutliche Verbesserung, ja. Ich habe gehört, dass der Kollege Margulies jetzt auch Kulturveranstaltungen besucht. Gesehen habe ich ihn noch nicht, aber ganz egal. (*Heiterkeit bei GR Dipl.-Ing. Martin Margulies.*) Wir werden uns sicher noch gemeinsam was anschauen, davon bin ich überzeugt, weil eines stimmt natürlich: Uns liegt allen die Kultur am Herzen und deswegen stimmen wir nicht aus irgendwelchen Pseudogründen gegen irgendwas, sondern wenn etwas der Kultur dient, dann sind wir dafür. Es ist auch richtig, dass wir alle wollen, dass das Budget nicht gesenkt wird, dass wir alle wollen, dass die Kultur mehr kriegt und mehr blüht in der Stadt Wien.

Ich habe aber heute nur ganz wenig Redezeit. Und jetzt hast du auch richtig gesagt, nicht nur Kultur, es ist Sport. Da wird ein anderer Kollege reden, zur Kultur werden noch Kolleginnen reden. Wir haben natürlich auch Wahlen und deswegen möchte ich kurz beginnen und mich mit diesen mehr trockenen Dingen beschäftigen. Sie wissen, viele Bezirksvertretungen hegen den Wunsch, dass die Anträge, die gestellt werden, auch auf der jeweiligen Bezirks-Homepage veröffentlicht werden. Das ist im Sinne der Einbeziehung der Bürgertransparenz. Das hat man in der Bezirksvertretung Döbling versucht, und am 23.6. wurde die Auskunft der Stadt Wien verlesen, dass die Geschäftsordnung eine solche Veröffentlichung von Anträgen auf der Bezirks-Homepage nicht zulässt. Deswegen stellen die gefertigten Gemeinderäte Nepp und Ebinger mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien folgenden Beschlussantrag:

„Der Wiener Gemeinderat beschließt die Änderung der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen, welche es den Bezirken erlaubt, ab September 2016 sämtliche in einer Bezirksvertretungssitzung eingebrachten Anträge gemeinsam mit dem Protokoll auf der Homepage des Bezirkes veröffentlichen zu lassen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.“ (*Beifall bei der FPÖ.*)

Jetzt könnte man natürlich sagen, ja, das sind zum Teil auch Anträge, die interessieren keinen. Aber die Bezirksbevölkerung interessiert das sehr wohl. Die Bezirksbevölkerung sollte man nicht unterschätzen. Wir haben diese Geschichte gehabt mit dem Floridsdorfer Bezirksmuseum. Das ist für die Floridsdorfer eine identitätsstiftende Angelegenheit. Also ich würde das nicht unterschätzen. Und wenn sie blöde Anträge stellen, dann blamieren sich die Leute eh von selbst. Aber ich finde, dass wir das im Sinne der Transparenz möglich machen sollten. Deswegen ersuche ich um Zustimmung zu diesem Antrag.

Es liegt auch ein anderer Antrag der ÖVP vor, weil Wahlen jetzt auch in unser Fach gehören, und zwar ein Beschluss- und Resolutionsantrag betreffend Initiative zur Reform der Wiener Gemeindewahlordnung. Jetzt sind wir natürlich für so eine Reform und könnten größtenteils zustimmen. Aber es gibt leider einen Absatz, der uns die Zustimmung nicht möglich macht, und zwar lautet dieser Absatz: „Auch verleitet die Wahlordnung durch die derzeitige Formulierung eventuell die ansuchende Person zu falschen Angaben. Eine Wahlkartenvahl sollte für alle Wahlberechtigten prinzipiell ohne Angaben von Gründen möglich sein.“ Das sehen wir nicht so, meine Damen und Herren. Wir sind eher der Meinung, dass sie nur in Ausnahmefällen möglich sein soll und ohne Angabe von Gründen. Dem ÖVP-Antrag, der eingebracht wurde, können wir nicht zustimmen.

Jetzt möchte ich die drei Minuten, die ich noch habe, doch über Kultur reden. Der Fritz Aichinger hat ja zuerst sozusagen eine Tour d'horizon durch die großen Probleme der großen offenen Fragen oder großen Themen der Wiener Kulturpolitik gemacht. Deswegen habe ich auch geklatscht, damit irgendwer klatscht. Ich stimme all dem, was du angeschnitten hast, hundertprozentig zu. Aber die paar Minuten reichen halt nicht aus, dass man das im Detail erörtert. Eines der großen Dinge sind die Vereinigten Bühnen Wien. Dazu werden auch noch andere reden. Aber seit vielen, vielen Jahren, sagen wir mal so, seit der jetzige Kanzleramtsminister Drozda Geschäftsführer der Vereinigten Bühnen geworden ist, hat es geheißen: Jetzt kommt eine fundamentale Neuausrichtung. Die fundamentale Neuausrichtung - ich kann mich an einen „Standard“-Artikel vom Kultursprecher der SPÖ mit dem damaligen Kultursprecher der GRÜNEN erinnern, die auch von einer fundamentalen Neuausrichtung gesprochen haben und was man alles ändern soll: Die Häuser sind zu klein. Damals ist eine große Bühne am Hauptbahnhof im Gespräch gewesen. Wie auch immer, wir werden darüber noch ausgiebig diskutieren. Es gibt nur leider keine fundamentale Neuausrichtung. Jetzt haben wir 2016, und das mit dem

Budget ist noch immer alles ungelöst. Es gibt keine Eigenproduktionen, die sich verkaufen ließen. Dadurch wird das eher höher als niedriger. Und das bindet natürlich wieder Budget für neue Kulturinitiativen, das ist völlig klar.

Ein Punkt ist, es gab in diesem Zeitraum auch mehrere Befassungen des Kontrollamtes beziehungsweise des Wiener Stadtrechnungshofes. Aus einem möchte ich zitieren, weil wir von dieser Sache auch nicht runtergehen werden, und wir haben heute auch eine schriftliche Anfrage dahin gehend eingebracht. Da wurde in einem Bericht von 2013 betreffend die Geschäftsjahre 2007 bis 2009, glaube ich, Folgendes festgestellt: Die Durchsicht der Unterlagen für die Prämien des Geschäftsführers, also des Herrn Mag. Drozda, im Jahre 2009 zeigte, dass für das Jahr 2008 mit der Mehrheitseigentümerin, das ist die Stadt Wien, vereinbart wurde, die gesamte Jahresprämie auszuzahlen. Da das Dienstverhältnis jedoch erst Mitte des Jahres begonnen hat, wurde auf Vorschlag der Mehrheitseigentümerin vereinbart, dass der Geschäftsführer am Ende der Geschäftsführertätigkeit auf eine halbe Jahresprämie verzichten wird. Da derartige Vereinbarungen aus Sicht des Kontrollamtes als unüblich zu qualifizieren sind, wurde empfohlen, Leistungsansprüche entsprechend zu aliquotieren. Ja, wir haben eine schriftliche Anfrage, weil es jetzt so weit ist. Jetzt haben wir praktisch bis Mai den Geschäftsführer gehabt, der jetzt Kanzleramtsminister ist, und ich bin sehr gespannt, ob sich die Stadt Wien daran halten wird. Es war von vornherein nicht nachvollziehbar, wofür man eine Ganzjahresprämie kriegt, wenn man im August kommt, weil eine Leistungsprämie kann das ja ganz schwerlich sein, wenn man gar nicht da war. Aber meines Erachtens müsste jetzt zumindest auf die Prämie für 2016 verzichtet werden. Ich bin auf die Antwort unseres Stadtrats sehr gespannt. Danke schön. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Die Redezeit wurde genau eingehalten. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GRin Bluma. Selbstgewählte Redezeit ist 20 Minuten. Bitte schön.

GRin Susanne **Bluma** (SPÖ): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Werte Kolleginnen und Kollegen!

An Tagen wie diesen stehe ich ganz besonders gerne vor diesem Rednerpult. Und an Tagen wie diesen bin ich ganz gerne Mitglied einer Regierungspartei, und erlauben Sie mir bitte, dass ich Ihnen das anhand eines kleinen Beispiels auch näher erläutere. An Tagen wie diesen scheint die Sonne 16 Stunden am Tag und 5 Minuten lang schiebt sich vielleicht eine kleine Wolke vor die Sonne. Sie als Oppositionspolitikerinnen und -politiker sprechen über diese fünf Minuten. Ich darf über 15 Stunden und 55 Minuten reden, und das mache ich sehr gerne! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch 29 Stunden, Sie erinnern sich, die lange Nacht des Wiener Landtages, würden nicht ausreichen, um hier in dieser Stadt eine Leistungsschau der Kunst und Kultur darzulegen. Das Kultur- und Wissenschaftsressort ist gewachsen. Neue Bereiche haben das Budget unserer

Geschäftsgruppe nahezu verdoppelt. Ich werde mich in meiner Rede in erster Linie auf die frühere Geschäftsgruppe, und hier insbesondere auf die MA 7, also auf die Kulturabteilung der Stadt Wien, konzentrieren und in diesem Zusammenhang das erste Dankeschön aussprechen. Vielen Dank! Ich weiß, er ist heute nicht da, aber er wird es vielleicht nachlesen: Vielen Dank, Dr. Denschner! Vielen Dank für die jahrelange Arbeit, die Sie im Dienste der Kulturschaffenden dieser Stadt ganz kompetent, sehr kompetent und völlig unaufgeregt gemacht haben. Vielen Dank! Alles Gute für den nächsten Lebensabschnitt! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Und wo ein Abschied, ist auch ein Neubeginn. Herzlich willkommen der neuen Leiterin der MA 7, Anita Zemlyak und alles Gute für eine weitere erfolgreiche Arbeit! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Kunst und Kultur wird in dieser Stadt öffentlich gefördert. Das ist übrigens in einer modernen Gesellschaft eine Selbstverständlichkeit, denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, was wäre die Alternative zur öffentlichen Kunstförderung? Mäzenatentum oder Sponsoring. Beides hat eklatante Nachteile. Beides führt nicht zu dem Ziel, zu unserem Ziel. Wie lautet unser Ziel in der Kunst- und Kulturpolitik? Kunst und Kultur ist für alle Menschen da und Kunst und Kultur ist vielfältig. Das steht einmal ganz oben. Subventionen durch die öffentliche Hand für Kunst und Kultur ermöglichen auf der einen Seite das Ansteigen der Lebensqualität aller Menschen, die in dieser Stadt leben, und ermöglichen auch ein Ansteigen des Tourismus. Und Tourismus ist gut für die Wirtschaft.

Ich möchte aber auf die Wienerinnen und Wiener zurückkommen, und da sind zwei Dinge für mich ganz wesentlich: Wir wollen, dass alle Menschen in dieser Stadt Zugang zu Kunst und Kultur haben, denn die kulturelle Teilhabe ist ein Gradmesser dafür, wie demokratisch eine Gesellschaft ist. Ich glaube, wir alle wünschen uns eine demokratische Gesellschaft. Kulturelle Teilhabe hat aber auch ganz viel mit Chancengleichheit und mit Inklusion zu tun. Kunst und Kultur ist somit ein Instrument und aus meiner Sicht ein sehr schönes, wenn nicht überhaupt das schönste Instrument, um unsere Gesellschaft demokratischer und besser zu machen. Wie schaut es mit der kulturellen Teilhabe in Wien aus? 94 Prozent der Wienerinnen und Wiener besuchen zumindest ein Mal im Jahr eine kulturelle Veranstaltung in unserer Stadt. 95 Prozent der Wienerinnen und Wiener sind mit den Kulturangeboten in Wien sehr zufrieden. Junge WienerInnen und MigrantInnen der zweiten Generation sind besonders kulturaktiv. Und WienerInnen mit höherem Bildungsabschluss sind auch kulturaktiv, besonders kulturaktiv. Das heißt, was ich Ihnen zeigen möchte, ist, mit Kunst und Kultur erreichen wir die Menschen. Das steht außer Zweifel. Die Teilhabe an Kunst und Kultur erhöht die Lebenszufriedenheit der Menschen, stärkt das Miteinander und trägt zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Das schaffen wir als Kulturpolitikerinnen und Kulturpolitiker, wenn wir es gescheit machen. Wir stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt in dieser Stadt. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ob jemand kulturaktiv ist oder nicht, das hängt aber auch von seiner sozialen Herkunft ab. Jetzt ist es auch unsere Aufgabe, die Aufgabe der Politikerinnen und Politiker, hier einen Ausgleich zu schaffen. Den Ausgleich, einerseits wir haben die Kulturangebote in dieser Stadt und nicht alle Menschen nehmen die Kulturangebote an. Wie können wir dazu beitragen, dass die verbleibenden restlichen Prozente auch an der Kultur mitpartizipieren? Nun, das können wir einerseits durch Bildung. Da meine ich, dass auch die Bildung hin zu Kunst und Kultur schon bei den Kleinsten beginnt, nämlich im Kindergarten. Ich erinnere mich immer gerne an ein Projekt, das uns in einem Museum in Deutschland vorgestellt wurde, wo es eigens ausgebildete MuseumspädagogInnen gibt, die in die Kindergärten, in die Kitas, wie sie dort heißen, mit einem Museumskoffer gehen, in dem allerlei Gegenstände, immer auf die Altersgruppe abgestimmt, sind und die Kinder in ihrem Kindergarten den ersten Kontakt mit Museum haben, bevor dann der erste richtige Besuch, auch noch im Kindergartenalter, in einem Museum erfolgt. Also Kunst und Kultur beginnt bereits im Kindergarten. Wir müssen die Kinder mit Theaterbesuchen, mit Museumsbesuchen konfrontieren und hier sind auch unsere Schulen ganz, ganz stark aufgerufen.

Unsere Aufgabe in der Politik ist es, ein möglichst breites, vielfältiges, kostengünstiges oder kostenfreies Angebot zu stellen, um möglichst vielen Menschen die Teilhabe an Kunst und Kultur zu ermöglichen, um auch bildungsfernen Schichten diesen Zugang ganz leicht und niederschwellig zu ermöglichen. 40 Prozent der Wienerinnen und Wiener besuchen kulturelle Veranstaltungen in ihren Bezirken. 363 Förderungen von Bezirksinitiativen haben wir 2015 beschlossen.

Zu dem Thema Parteipolitik in Vereinen zwei Sätze, weil ich da eh schon oft geredet habe und weil meine Meinung hinlänglich bekannt ist. Aber noch einmal zwei Sätze: In Vereinen passiert Gesellschaftspolitik, in Kulturvereinen passiert Gesellschaftspolitik und Kulturpolitik. Es darf nicht ausgeschlossen sein, dass ein Mensch, der sich parteipolitisch betätigt, auch in einem Verein mitarbeitet. Punkt. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Es gibt von Rot-Grün ein klares Bekenntnis zur Bezirkskultur, zur Grätzkultur. Wir wollen das noch mehr fördern. Kultur am Wohnort ist ein Bestandteil der sozialen Infrastruktur in einer Stadt. Das gehört einfach zu einer Smart City. Das gehört einfach zu einer g'scheiten Stadt. Kunst und Kultur findet in dieser Stadt nicht nur innerhalb des Rings oder des Gürtels statt, sondern reicht von der Simmeringer Hauptstraße bis nach Stammersdorf.

Und nun konkret eine kleine Leistungsschau das Jahr 2015 betreffend: 100.000 Sitzplätze für Theater, Performance, Musik und Kino jeden Abend, 20 Millionen BesucherInnen in Wiener Kultureinrichtungen insgesamt, rund 80 Festivals und 2.500 Großveranstaltungen in Wien. Diese Fakten sind uns aber allen bekannt. Es gab aber auch Änderungen im Jahr 2015. In drei Theatern wurde die Leitung gewechselt. Anna Badora hat das Volkstheater übernommen, Kira Kirsch das brut und Tomas

Schweigen das Schauspielhaus. Auch das Wien Museum, es wurde bereits erwähnt, hat einen neuen Leiter, Matti Bunzl. Er ist auf einem sehr, sehr guten Weg, soweit ich das beobachten kann. Es geht auch mit der Neugestaltung und dem Ausbau des Wien Museum Neu weiter. Das Wien Museum Neu ist ja im Bereich Museumsbauten das wichtigste Bauvorhaben der Stadt Wien seit Jahrzehnten. Ich würde es sogar als Jahrhundertprojekt bezeichnen.

Der Sieger des Architekturwettbewerbs wurde im November 2015 aus 274 Vorschlägen ermittelt. Das Siegerprojekt der Architekten Winkler + Ruck gefällt mir persönlich auch sehr gut. Bemerkenswert waren aber auch die vielen anderen Vorschläge, die in einer ganz beeindruckenden Ausstellung im Wien Museum gezeigt wurden und das bei freiem Eintritt. Das signalisiert genau das, was wir wollen. Das Wien Museum Neu ist ein Museum für alle Wienerinnen und Wiener. Sie sollen sich dort finden, sie sind eingeladen, das ist ihr Museum, das gehört ihnen.

Eine andere Einrichtung möchte ich gerne erwähnen, weil sie mir persönlich sehr gut gefällt und weil ich eine kleine Anekdote dazu zu berichten weiß, und das ist die Wienbibliothek im Rathaus, die sich großer Beliebtheit in unserer Stadt erfreut. Viele Menschen benützen die bestehende Institution, viele besuchen die vielseitigen Veranstaltungen und viele nutzen die Angebote der Website. Ich erwähne die Wienbibliothek auch deshalb, weil ich damit eine kleine Geschichte verbinde. Ich habe vor mehreren Jahren eine japanische StudentInnendelegation in Wien betreut und habe ihnen die Sehenswürdigkeiten dieser Stadt gezeigt, von der Spanischen Hofreitschule über das Burgtheater, die Oper. Wir waren in allen großen Museen. Auf Wunsch der Delegation waren wir auch in Salzburg. Und wir haben auch das Rathaus und die Wienbibliothek besucht. Als das Besuchsprogramm, das sich über einige Tage erstreckt hat, zu Ende war, habe ich die StudentInnen gefragt: Was hat euch jetzt von all dem, was wir uns angeschaut haben, am besten gefallen? Sie haben ganz kurz überlegt und haben gesagt: „Die Wienbibliothek, weil sie uns so an Harry Potter erinnert hat.“ - Ich wollte diese Geschichte mit Ihnen teilen und wollte Ihnen empfehlen, die Wienbibliothek auch in Ihr Besucherprogramm, wenn Sie Freunde, Verwandte hier haben, einzubauen.

Wien ist auch eine Wissenschafts- und Forschungsstadt. Wien ist die größte Universitätsstadt im deutschsprachigen Raum. Man kann das nicht oft genug betonen. Wir investieren auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten in die Wissenschaft und Forschung, denn es gibt einen ganz klaren direkten Zusammenhang zwischen Wissenschaft und Forschung auf der einen Seite und dem Wirtschaftswachstum unserer Stadt auf der anderen Seite. Im Bereich der Wissenschaft wurden im vorigen Jahr viele Jubiläen mit noch mehr Begleitveranstaltungen und Aktivitäten begangen: Die Universität Wien feiert ihren 650. Geburtstag, die Veterinärmedizinische Universität den 250. Geburtstag und die Technische Universität den 200. Geburtstag.

Erwähnen möchte ich auch die Initiativen zwischen Universitäten und Stadtverwaltung, insbesondere im Bereich Stadtkultur und öffentlicher Raum. Wir fördern hier zum Beispiel eine Stiftungsprofessur. Aber es gibt ganz, ganz viele andere Arten der Zusammenarbeit und die Frage ist immer: Was ist der Zweck solcher Initiativen, die wir auch als Einladung an die Wissenschaften verstehen? Nun, der Zweck ist auch, dass man sich mit Fragen aus wissenschaftlicher Sicht auseinandersetzt, die für diese Stadt wichtig sind, die für uns alle wichtig sind und den Wienerinnen und Wienern vor allem wichtig sind. Es geht um aktiven Meinungsaustausch, und es geht um Wissenstransfer in dieser Stadt.

Wenn ich eingangs von der Teilhabe an Kunst und Kultur gesprochen habe, die wir möglichst vielen Menschen in dieser Stadt zukommen lassen wollen, dann möchte ich jetzt davon sprechen, dass wir auch den Wunsch nach einer großen Teilhabe an Wissenschaft in dieser Stadt haben. In diesem Zusammenhang kann man wohl nichts Besseres anführen als die Wiener Vorlesungen, 53 Veranstaltungen im Jahr, also mindestens eine pro Woche, wenn man die Urlaubszeit abzieht, die Menschen aus Wissenschaft und Forschung, ganz hochkarätige Persönlichkeiten, mit den Wienerinnen und Wienern zusammenbringen, hochkarätige Vorträge, Diskussionen, und das alles bei freiem Eintritt, Wissenschaft für alle. Die Wiener Vorlesungen kann man, wie so vieles in dieser Stadt, exemplarisch als Erfolgsgeschichte bezeichnen.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, wie gesagt, 29 Stunden würden nicht ausreichen. Meine Schwierigkeit war, eine kurze Auswahl zu treffen und darzustellen, wie wunderbar wir in dieser Geschäftsgruppe und in diesem Ressort unterwegs sind, sowohl auf politischer Ebene, aber natürlich bedarf es da auch vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung des Ressorts, die jeden Tag zum Wohle der Kulturschaffenden in dieser Stadt, zum Wohle der Kulturinteressierten in dieser Stadt Arbeit leisten, die bereit sind, sich ständigen Herausforderungen zu stellen, Veränderungen anzunehmen, ja sogar voranzutreiben, die Wien zu dem machen, was es ist: Die Weltkulturhauptstadt der Kunst und Kultur. Wir alle tragen dazu bei, dass unser Wien das ist, was es ist: Eine Stadt mit zwei Millionen Chancen! Vielen Dank. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Die Redezeit war 16 Minuten. Die fraktionelle Restredezeit beträgt 24 Minuten. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr GR Ornig. Seine gewählte Redezeit wäre 12 Minuten. Allerdings hat Ihnen Ihre Klubobfrau nur 10 Minuten übrig gelassen. Ich stelle diese auch ein.

GR Markus **Ornig**, MBA (NEOS): Ich werde mich bemühen.

Sehr geehrter Herr Stadtrat! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Kollegin Bluma!

Ich bin von Ihrer Einleitung mit der Sonne und den Wolken, und so weiter sehr inspiriert. Ich möchte jetzt die zwei Bereiche erläutern, wo es vielleicht nicht so viel Sonnenschein, aber eher ab und zu ein Gewitter gibt.

Das ist das Thema Sport, und es ist vor allem das Thema Stadtkommunikation. Der Herr Stadtrat hat diese beiden Ressorts neu dazu bekommen und steht hier vor wirklich enormen Herausforderungen. Aber gleich vorweg: Sportförderung ist eine wichtige Sache, und ich will an dieser Stelle den tausenden ehrenamtlichen Funktionären, Trainern und Aktiven meinen aufrichtigen Dank für ihre unbezahlte, aber unbezahlbare Tätigkeit aussprechen. Sie leisten wirklich einen unschätzbaren Beitrag für den Breitensport, für die Nachwuchsförderung, und dafür gebührt ihnen höchste Anerkennung. *(Beifall bei den NEOS und von GRin Martina Ludwig-Faymann.)*

Und ja, diese ehrenamtliche Struktur braucht Förderungen der öffentlichen Hand, und ich sage, sie braucht und sie verdient sogar noch mehr, und das Geld dafür, das ist da. Es kommt nur nicht dort an, wo es gebraucht wird. Der Löwenanteil der Wiener Sportförderungen versickert leider in der Verwaltung parteinaher Apparate. Das Problem ist also wieder einmal die Politisierung des Sports. Wir haben es in der Kultur auch schon kurz angesprochen. Schon 2009 hat der Rechnungshof die intransparente und ineffiziente Sportförderung kritisiert, und dieser Befund ist aktueller denn je. Ich darf kurz zitieren: „Die Sportförderung war insgesamt durch eine komplexe und wenig transparente Förderungslandschaft gekennzeichnet. In weiten Bereichen fehlten operative Zielsetzungen und Förderschwerpunkte. Eine nicht ausreichende Abstimmung der Förderungsgeber beeinträchtigt die Effizienz der öffentlichen Sportförderung. Die Tätigkeitsbereiche der mit bedeutenden Mitteln geförderten Dach- und Fachverbände überschneiden sich.“ Das ist das Resümee des Rechnungshofes. ASKÖ, ASVÖ, Sportunion, das sind die drei Dachverbände, um die es geht und die sind alle beide den beiden Altparteien zuzuordnen. Ich könnte jetzt auch noch einmal das Bild vom Herrn Deix herzeigen. Es würde auch perfekt hierher passen.

60 Prozent der Sportförderungen fressen die aufgeblähten Apparate dieser Dachverbände, während nur 40 Prozent tatsächlich bei den Vereinen ankommen. Österreichweit beschäftigen die Dachverbände 268 VollzeitmitarbeiterInnen, 6,8 Millionen EUR Steuergeld bekommen sie für ihre Verwaltungstätigkeit. Hier versickert also das Geld, das niemals an der Basis ankommt. Dazu kommt, dass vier von fünf SportlerInnen nichts mit Vereinen am Hut haben, sondern individuell Sport betreiben.

Für die breite Masse, also den tatsächlichen Breitensport, bleibt von der Sportförderung nicht viel übrig. Dieser Tatsache müssen wir uns in der Sportförderung endlich bewusst werden und umdenken, auch bei den Förderungen. *(Beifall bei den NEOS.)*

Statt die bereits erwähnten Millionen in aufgeblähte Apparate zu stecken, muss die Politik dafür sorgen, dass gerade diese Mehrheit der Sportler, die nicht in Vereinen oder Verbänden aktiv ist, auch profitiert, indem das Angebot der öffentlichen Sportstätten erweitert wird. Wie es genau nicht geht, zeigt Wien mit seiner morgen zu beschließenden Förderung des Vorhabens Sportplatz Wien wieder einmal ziemlich exemplarisch. Gemäß dem Leitpruch des Bürgermeisters „Brot und Spiele“ fördert die

Stadt lieber Event-Kultur, anstatt tatsächlich etwas für den Individualsport zu tun. Und, Überraschung, Nutznießer ist auch hier der ASKÖ WAT, dessen Präsident durch seine unternehmerische Tätigkeit in puncto Marketing und Events zumindest in diesem Bereich die fachliche Qualifikation mitbringt.

Aber es gibt auch positive Ansätze. Der Herr Aichinger hat schon von der Hohe-Wand-Wiese gesprochen, von dem Mountainbiketrial hier, und hat das Projekt auch schon gelobt. Das hatte ich auch vor. Ich will aber eines ergänzen, was der Herr Aichinger leider nicht erwähnt hat, das hat nämlich leider wieder einen leicht fahlen Beigeschmack, nämlich durch die Beteiligung eines führenden Mitarbeiters der Pro Event im Vereinsvorstand ist auch hier die Verbindung zum echo medienverlag wieder einmal sichergestellt.

Meine Damen und Herren! Es ist unpackbar! Man kann eigentlich hinschauen, wo man will, es gibt in Wien tatsächlich kaum ein gefördertes Projekt, von dem die SPÖ und ihre Günstlinge nicht in irgendeiner Art und Weise profitieren. Das stinkt bei der Sportförderung wirklich zum Himmel!

Aber auch noch viel penetranter ist es bei der Selbstbeweihräucherung dieser Regierung, offiziell Stadtkommunikation genannt, womit ich jetzt beim zweiten Punkt bin, über den ich heute sprechen will. In der vorliegenden Bilanz der Stadtkommunikation von Wien, ein Ressort, das Sie, wie gesagt, erst übernommen haben, wurden allein im Jahr 2015 von der Stadt Wien 32,7 Millionen EUR für Inserate ausgegeben. Für die ausgegliederten Bereiche noch einmal 20 Millionen! Das ist ein absoluter Rekordwert seit 2012, seit die Werbeausgaben der öffentlichen Stellen erstmals bei der RTR gemeldet werden mussten. Und das ist nur die Spitze des Eisberges. Bekanntlich müssen Einschaltungen unter 5.000 EUR pro Medium und Quartal gar nicht gemeldet werden. Die tatsächlichen Kosten dürften laut verschiedenster Schätzungen um noch einmal 40 Prozent höher sein, und damit kommen wir auf insgesamt 70 Millionen EUR. Bemerkenswert sind die Werbekosten aber auch, wenn man sich die Entwicklung über die 4 Quartale 2015 einmal genauer anschaut. Da gibt es von Quartal zu Quartal in den ersten 3 Quartalen einen stetigen Anstieg, im 4. Quartal einen drastischen Rückgang. Mit der Gemeinderatswahl im Oktober des letzten Jahres wird das sicher nichts zu tun haben, oder? Oder ist es ein reiner Zufall, dass im letzten Quartal keine Kommunikationsagenden mehr bei der Stadt Wien waren?

Aber nicht nur die Höhe der Ausgaben und die Zeitleiste sind äußerst interessant, sondern auch die Nutznießer dieser mit Abstand höchsten Werbeausgaben eines einzigen Bundeslandes. Wohin der Löwenanteil geht, ich glaube, das ist bekannt. Aber viele Millionen wandern auch in Publikationen, mit denen die Wienerinnen und Wiener eher unfreiwillig beglückt werden. Ich spreche da von Periodika wie dem Vormagazin, Wienlive, 24 Stunden Energie oder dem Wiener Bezirksblatt, alle diese Medien aus Häusern wie Bohmann, echo oder Gewista, die entweder im direkten wirtschaftlichen Zusammenhang mit der SPÖ-Wien stehen oder zumindest

allfällige personelle Verflechtungen aufweisen. Hier gingen in den letzten 3 Jahren gut 6 Millionen EUR aus dem Werbetopf der Stadt Wien ein, und ein Schelm, der hier vermutet, dass es hier nicht zu Querfinanzierungen des roten Medienimperiums durch die öffentliche Hand kommt.

Meine Damen und Herren! Entgeltliche Einschaltungen der Stadt Wien sollten ausschließlich unbedingt notwendige Informationen für Bürgerinnen und Bürger enthalten und nicht der Selbstbeweihräucherung der Stadtregierung und der werblichen Unterstützung der regierenden Parteien im Wahlkampf dienen! (*Beifall bei den NEOS.*) Dieser Versuch der regierenden Parteien, sich mit Steuergeld öffentliche Meinung zu kaufen, ist ein echtes medien- und demokratiepolitisches Problem, wie ich meine. In Zeiten dieses Schuldenberges von 5,5 Milliarden EUR ist das aber auch eine echte Unverfrorenheit und eine unzumutbare Belastung des Budgets. Wir haben es gestern diskutiert, die Frau StRin Brauner hat dieser Tage schon viele Rechtfertigungen für die Überschreitung des Voranschlages um eine halbe Milliarde Euro vorgebracht. Von den überhöhten Werbekosten im Wahljahr haben wir von ihr aber nichts gehört. Wie kann man die argumentieren, während das Budget aus allen Nähten platzt? Sie reden sich auf Krisen- und Sozialabgaben aus. Der tatsächliche Grund für die finanzielle Misere der Stadt liegt daran, dass die Regierung Geld für nichts und wieder nichts aus dem Fenster wirft: Inserate, Parteienförderung, sinnlose Posten, et cetera! Angesichts der Erhöhung im vergangenen Jahr ist die angekündigte Reduzierung um ein Drittel eigentlich eine Farce und nicht mehr als das Einschwenken auf das ohnehin schon enorme normale Wiener Niveau, das im Vergleich mit anderen Bundesländern und Städten immer noch unfassbar hoch ist.

Wir werden Ihnen jetzt trotzdem ganz genau auf die Finger schauen, ob zumindest diese angekündigte Reduzierung befolgt wird, und zwar in den Werbetöpfen der Stadt und denen der ausgelagerten Betriebe. Wir werden nicht aufhören, diese Steuergeldverschwendung durch Inserate anzuprangern. Halbieren wir die Werbeausgaben! Damit liegt Wien noch an der Spitze aller österreichischen Bundesländer, und die tatsächlichen Informationsbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger können damit mehr als gut abgedeckt werden! (*Beifall bei NEOS.*)

Aber ich befürchte und ich hoffe, der Herr Stadtrat hat vielleicht den Mut, ich befürchte, Sie haben nicht den Mut, und ja, dazu braucht es Mut, denn die Stadtregierung hat sich mit ihrer Inseratenpolitik in eine selbstgewählte Abhängigkeit zu bestimmten Medien begeben. Sorgen Sie doch endlich mit guter Politik für Schlagzeilen und nicht mit einer prall gefüllten Inseratenhandkasse!

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk** (*unterbrechend*): Herr Ornig, ich darf Sie ersuchen, den Satzungssatz zu formulieren, bitte.

GR Markus **Ornig**, MBA (*fortsetzend*): Schon der Satzungssatz. Das bringt der Stadt Millionen, die wir derzeit so dringend brauchen. Es bringt aber auch Ihnen ein ganz neues Selbstwertgefühl, wenn Sie nicht mehr über-

legen müssen, ob die Geschichte nur deshalb gedruckt wurde, weil Rapid in derselben Ausgabe ein sündteures Inserat geschaltet hat. Seien Sie mutig, brechen Sie das auf! Es wird Ihnen gut tun und es wird vor allem der Stadt gut tun. Und dann haben wir auch in diesen Bereichen in Zukunft sehr viel Sonnenschein! Vielen Dank. (*Beifall bei NEOS.*)

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Dr. Ulm. Selbstgewählte Redezeit 10 Minuten, fraktionelle Redezeit 15 Minuten. Bitte schön.

GR Dr. Wolfgang **Ulm** (*ÖVP*): Danke schön, Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Sehr verehrte Damen und Herren!

Ich werde mich nur eines Themas annehmen und zwar dem Thema Wahlen, ein ungewöhnliches Thema für den Herrn Stadtrat. Für den Kulturstadtrat gibt es diesen Bereich doch erst seit der letzten Wahl, seit der neuen Geschäftsgruppeneinteilung. Ich meine aber, dass wir die Briefwahl nun wirklich reformieren müssen, und ich würde mich freuen, wenn der Herr Kulturstadtrat, nachdem ja die Briefwahl nunmehr auch zu seinen Agenden gehört, hier eine Initiative zur Verbesserung der Briefwahl setzen würde. Wofür der Herr Stadtrat natürlich nichts kann, das ist das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes zur Bezirksvertretungswahl im 2. Bezirk. Es kommt nicht oft vor, dass eine Wiener Wahl auf Grund einer Anfechtung aufgehoben wird. Jetzt ist es einmal passiert. Im 2. Bezirk muss noch einmal gewählt werden, weil es zu Rechtswidrigkeiten bei der Auszählung der Briefwahlstimmen gekommen ist und weil es letztendlich einen unaufklärbaren Überschuss von 23 Stimmen gegenüber 23 Wahlkarten gegeben hat.

Ob es auch eine Aufhebung der Bundespräsidentenwahl geben wird, wissen wir heute natürlich noch nicht. Was wir aber schon wissen, das ist, dass es auch bei der Bundespräsidentenwahl mit dem Vollzug der Bestimmungen zur Briefwahl Probleme gegeben hat. Ich glaube daher, dass wir auch unsere Gemeindewahlordnung ganz genau untersuchen sollten und mit den Bestimmungen zur Briefwahl, so wie sie jetzt festgeschrieben sind, nicht weitermachen sollten, sondern die Briefwahl in zumindest drei Punkten reformieren sollten:

Punkt 1. Wir müssen die Auszählung noch am gleichen Abend schaffen. Das ist administrativ bewältigbar. Wir wollen keine Hängepartie zum Wahlergebnis haben. Das war bei der Bundespräsidentenwahl unerquicklich, das würde auch in Zukunft bei anderen Wahlen unerquicklich sein. Ich glaube, dass wir entsprechende organisatorische Vorbereitungen treffen müssen, damit man die Auszählung noch am gleichen Abend machen kann. Es ist ja so, dass die Wahlkarten bis 17 Uhr des Wahltages einlangen müssen. Daher sollte es administrativ möglich sein, auch zu einer Auszählung zu gelangen.

Punkt 2. Im Augenblick ist es viel zu einfach, dass Personen in den Besitz von Wahlkarten kommen, die das vielleicht nicht sollten. Wir haben in der Bundesverfassung ein allgemeines, gleiches, geheimes und freies Wahlrecht, und wir müssen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dieses geheime und freie Wahlrecht verteidigen.

gen. Es gibt in einer Familie ganz einfach dominante Väter, die Einfluss darauf ausüben können, wie es zum Wahlverhalten der übrigen Familienmitglieder kommt. Es gibt auch dominante Mütter, dominante Dienstgeber, und es gibt Personen, die pflegebedürftig sind und in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis zu den Personen stehen, die sie betreuen. Ich glaube daher, dass der § 40 der Gemeindevahlordnung unbedingt reformiert werden muss. Es kann nicht so sein, dass irgendjemand per E-Mail eine Wahlkarte für eine Person beantragt, von der lediglich eine Kopie des Personalausweises oder eine Kopie einer anderen Personenstandsurkunde mitschickt und dann wird die Wahlkarte schon auf den Weg geschickt. Da ist Tür und Tor für die Manipulation geöffnet.

Wie ist das im § 40 der Gemeindevahlordnung formuliert? Da steht tatsächlich, dass beim schriftlichen Antrag auf Ausstellung einer Wahlkarte die Identität des Antragstellers nur glaubhaft zu machen ist, insbesondere durch Angabe der Passausweisnummer oder Personalausweisnummer, durch Vorlage der Ablichtung eines Lichtbildausweises oder einer anderen Urkunde. Sehr geehrte Damen und Herren, das darf uns nicht genügen! Wir müssen sicherstellen, dass der Wähler frei und unbeeinflusst seine Stimme abgeben kann. Da reicht uns auch der § 58a Abs. 2 überhaupt nicht. Ich werde Ihnen sagen, was da drinnen steht. Da drinnen ist normiert, dass der Wähler eine schriftliche Erklärung abgeben muss, dass er persönlich, unbeobachtet und unbeeinflusst den Stimmzettel ausgefüllt hat. So eine Erklärung kann den tatsächlichen Sachverhalt, den wir brauchen, nicht ersetzen. Der Satz 2 des Abs. 2 lautet: „Sodann hat die wahlberechtigte Person auf der Wahlkarte durch eigenhändige Unterschrift eidesstattlich zu erklären, dass sie den amtlichen Stimmzettel persönlich, unbeobachtet und unbeeinflusst und vor Schließen des letzten Wahllokals ausgefüllt hat.“ Ja, man verlangt da etwas von der Person, was sie ja wahrscheinlich gar nicht leicht erklären wird können, denn völlig unbeeinflusst wählt niemand. Die Frage ist ja nur, wie ich das „unbeeinflusst“ da jetzt definiere und wie weit ich den Begriffshof für dieses „unbeeinflusst“ ziehe. Letztendlich verlangt man von der Person etwas, was sie vielleicht gar nicht leicht erklären kann.

Ebenso verhält es sich überhaupt mit dem Antrag auf Ausstellung einer Wahlkarte. Auch hier müsste man die Formulierung im § 39 Abs. 1 verändern. Es ist nicht so, dass jetzt vorgesehen ist, dass jeder Mann oder jede Frau eine Wahlkarte beantragen kann, wenn es nicht gefällt, am Sonntag ins Wahllokal zu gehen. Nein, es ist so, dass man nur aus ganz wenigen Gründen eine Wahlkarte beantragen darf, und zwar besteht der Anspruch auf Ausstellung einer Wahlkarte nur für Wahlberechtigte, die voraussichtlich am Wahltag verhindert sein werden, etwa wegen Ortsabwesenheit, aus gesundheitlichen Gründen oder wegen Aufenthalts im Ausland. Auch hier verleitet man ja geradezu die antragstellende Person, etwas vielleicht nicht ganz Richtiges oder etwas vielleicht nur halb Richtiges zu sagen. Denn was macht der Bezirksparteiobmann beispielsweise oder ein Beisitzer oder jemand, der die Wahllokale besucht oder die

Beisitzer mit Kaffee versorgt und deswegen Probleme hat, in seinem eigenen Sprengel abzustimmen? Ist der dann verhindert? Wäre es ihm nicht vielleicht doch möglich, in seinem Sprengel abzustimmen? Jedenfalls, er ist nicht ortsabwesend, es gibt keine gesundheitlichen Gründe und im Ausland hält er sich auch nicht auf. Ich glaube also, dass wir auch hier einen Wortlaut haben, der viel zu eng ist, der viel zu streng ist, dass hier Bestimmungen einfach nicht zusammenpassen.

Punkt 3. Etwas, was der Verfassungsgerichtshof jetzt bei der mündlichen Verhandlung immer wieder angesprochen hat ist: Die Rechtmäßigkeit des Auszählungsvorganges muss bereits bei Öffnung der Wahlkarte bei der Außenprüfung des Wahlkuverts gewährleistet sein. Und dann kommt es erst zur Öffnung des Wahlkuverts und zur Öffnung der Stimmzettel. Da muss auch ganz klar festgelegt sein, wer jetzt welche Kompetenz hat. Liegt die beim Wahlleiter, oder liegt die bei der Bezirkswahlbehörde? Da haben wir auch im § 80a einen Reformbedarf. Hier wird auf drei Sachverhalte abgestellt: Die Außenprüfung. Bei der Außenprüfung ist vorgesehen, dass diese Außenprüfung der Wahlkarte der Bezirkswahlleiter unter Beobachtung durch die anwesenden Beisitzer und Vertrauenspersonen vornimmt. Dann geht's um den Sachverhalt der Öffnung der Wahlkuverts. Das macht laut Gesetzestext der Bezirkswahlleiter alleine. Und die Öffnung der Wahlkuverts zur Auszählung der Stimmzettel wird dann von der Bezirkswahlbehörde vorgenommen. Sehr schwierig, ein Gesetz zu vollziehen, wenn es schlecht formuliert ist. Ich glaube, wir brauchen eine deutlichere und bessere Formulierung. Ich glaube auch, dass man das zusammenbringen kann und bitte daher den Herrn Stadtrat, uns diesbezüglich einen Reformvorschlag zu machen und bringe diesbezüglich einen Beschluss- und Resolutionsantrag ein. *(Beifall bei der ÖVP. - GR Mag. Manfred Juraczka: Sie haben schon lange nicht über das Wahlrecht geredet!)*

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Die Restredezeit der ÖVP wäre noch 4 Minuten. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag. Huemer. Selbstgewählte Redezeit 10 Minuten, tatsächlich wäre sie noch 18 Minuten.

GRin Mag. Barbara **Huemer** (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich werde nach der Analyse des Wahlmodus und der Wahlgesetze wieder zur Wissenschaft und zur Wissenschaftspolitik zurückkehren, die Wien macht. Kollegin Bluma hat ja dazu schon einiges gesagt. Wien als Wissenschaftsstadt braucht Wissenschaft und Forschung wie ein Stück Brot.

Sie wissen alle, bei diesem Schiff Richtung 4.0 nimmt die Bedeutung der Wissensdienstleistungen bei allem, was davor ist, zunehmend zu. Das hat auch eine Studie, die aktuell für die Stadt Wien erstellt wurde, wo es darum geht, wie sich die Zukunft der Arbeit gestalten wird, neuerlich bestätigt. Also wir brauchen Wissenschaft und Forschung ganz, ganz dringend und deshalb fördert Wien Wissenschaft, Forschung und Entwicklung aus sehr vielen Bereichen und auf sehr vielen Ebenen, ein

wichtiger Beitrag jenseits der Förderpolitik, die in diesem phantastischen Bericht, der heute schon mit 406 oder 408 Seiten angesprochen wurde.

Nicht drinnen steht ein Bereich, der aber ganz, ganz wesentlich ist, und das sind die Rahmenbedingungen, die Wien als Wissenschaftsort und Forschungsort attraktiv machen. Und attraktiv ist in Zeiten, wo ein Bereich, der extrem globalisiert arbeitet, der extrem internationalisiert arbeitet, wo Exzellenz einem extrem starken Konkurrenzprinzip unterworfen ist, etwas sehr, sehr Wichtiges ist. Ich glaube, Wien leistet hier auch einen sehr guten und unterstützenden Beitrag, denn Universitätsförderung obliegt dem Bund. Dass trotz der Jubiläen, die wir 2015 hatten, auch parallel negative Nachrichten zu lesen waren, nämlich dass beispielweise die Universität Wien im internationalen Ranking zurückgefallen ist, hat nicht unbedingt damit zu tun, dass dort schlecht gelehrt werden würde oder schlechte Forschung betrieben worden ist, sondern dass wir einfach ein sehr, sehr schlechtes Verhältnis zwischen Lehrenden und Forschenden haben. Was ich damit auch sagen möchte, ist, die Universitätsforschung und Wissenschaftspolitik unterliegt seit vielen, vielen Jahren einer Unterdotierung und Unterfinanzierung. Und trotz Finanzminister, der auch Wissenschaftsminister ist, geht in den letzten Jahren hier in keinsten Weise etwas weiter.

Ich möchte den Forschungsrat Hannes Androsch dazu zitieren, der uns vorige Woche eben in seiner Funktion mitgeteilt hat, dass Österreich bis 2020, das war das Ziel der Bundesregierung, kein führendes Innovationsland sein wird und werden wird. Zu diesem Schluss kommt eben der Rat für Forschung und Technologieentwicklung in seinem Bericht zur wissenschaftlichen und technologischen Leistungsfähigkeit Österreichs 2016. Ganz, ganz wichtig wird hier angemerkt, dass, um den Output zu verbessern, würden mehr Mittel notwendig werden. Also Österreich fällt im Ranking zurück, der Innovationsstandort wird damit abgewertet, und das ist natürlich keine gute Nachricht auch für Wien. Jetzt ist klar, wir können das nicht kompensieren, was hier der Bund versäumt zu tun. Aber wir tun eine Menge und diese Menge wird hier in diesen Seiten abgebildet, die aus meiner Sicht, Kollege Margulies hat es gesagt, wirklich lesenswert sind nachzulesen.

Ich möchte daraus nur einige Beispiele bringen, um ein Bild zu skizzieren, in welchen Bereichen die Wissenschaftsforschung der Stadt Wien unterwegs ist. Da geht es einmal darum, große Fonds zu dotieren, Fonds, die dann ihrerseits in ihren eigenen Fondsförderrichtlinien Gelder teils an junge WissenschaftlerInnen, teils an Exzellenz-Forschungsgruppen, teils auch an kleine Projekte wie Forschungsdiplomarbeiten vergeben. Dann fördert Wien Forschungsinstitutionen selber beziehungsweise Projekte, die diese Institutionen ins Leben rufen oder in Kooperation erstellen. Es geht Förderung an Universitäten, Privatuniversitäten, und nicht zu vergessen die Fachhochschulförderung, die nicht in diesem Ressort hier angesiedelt ist, aber auch erwähnenswert ist. Natürlich steht im Bericht auch die Fachhochschulförderrichtlinie 2015 bis 2018 drinnen, die 18 Millionen an

Fördermittel vorsieht. Ein Aspekt, den ich für sehr, sehr wichtig halte, ich habe es hier schon einmal gesagt, ist Gender Mainstreaming, und genau diese Forschungsrichtlinie hat dieses Kriterium in allen Phasen inkludiert. Das ist ein K.O.-Kriterium. Sobald in einer Phase nicht darauf Rücksicht genommen wird, gibt es keine Förderung. Also auch in Calls wird hier auf die 50-Prozent-Quote Wert gelegt. Ich finde das sehr vorbildlich.

Was macht die Stadt Wien beziehungsweise hier noch einmal die MA 7 weiter in der Wissenschaftsförderung? Sie vergibt Preise, und sie vergibt Stipendien. Das ist insbesondere für junge NachwuchswissenschaftlerInnen sehr, sehr wichtig. Wenn die Universitäten und die Forschungslandschaft ausgedünnt werden, dann ist es gerade für die, die noch nicht so etabliert sind, wichtig, hier Forschung betreiben zu können und sich ein Standing erarbeiten zu können. Dissertationen und Diplomarbeiten werden gefördert, aber auch Forschungsstipendien, um in eigenen Projekten einmal voranzukommen. Stiftungsprofessuren sind auch ein Instrument, das von Wiener Seite angewendet wird, weil an sich eben der Bund natürlich für die Universitäten zuständig ist, aber hier Wien einen Beitrag leisten kann, um eigene Schwerpunkte in der Wissenschaft und Forschung zu unterstützen. Dann gibt es auch noch kleine Sachen wie Buchankäufe, denn auch das ist in der Wissenschaft nach wie vor ein Thema, oder Druckkostenbeiträge, um die Publikationslisten auch füllen zu können.

Im Wissenschaftsbericht, der ja, wie gesagt, sehr umfassend ist und nicht nur die Leistungen der Abteilung 7 selbst erwähnt, sondern auch das, was in den anderen Abteilungen der Stadt Wien an Wissenschaftsförderung betrieben wird beziehungsweise an welchen anderen Stellen Wissenschaftspolitik im Sinne auch einer Wirtschafts- und Standortpolitik betrieben wird. Das ist zum Beispiel die IST Vienna Region oder der Österreichische Städtebund TINA Vienna GmbH. Ganz bedeutend sind die Wiener Stadtwerke oder auch die Wirtschaftsagentur, die hier Gelder vergeben.

Ein Bereich, der in der Wissenschaftsforschung der Stadt Wien einen großen Stellenwert hat, aber aus meiner Sicht noch viel stärker betont werden könnte, ist der Bereich der Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften. Warum sage ich das? Eine aus grüner Sicht nicht gerade Vorzeiginstitution habe ich hier, erwähne sie aber trotzdem. Das World Economic Forum befragt immer wieder Personalisten, was denn in Zukunft die Qualifikationen für die Arbeit sind. Da wurde für 2020 Folgendes gesagt, worum es zukünftig stärker gehen wird, nämlich komplexe Probleme lösen können. Das ist vorgerückt auf Platz 1 und war vor einem Jahr noch auf Platz 4. Dann das kritische Denken und Kreativität. Das sind Qualifikationen, Softskills, die bis vor wenigen Jahren noch weiter hinten gerankt wurden und die mittlerweile auf Grund der veränderten Arbeitswelt, auf Grund der Komplexität ganz, ganz wichtig sind. Ich glaube, dass hier die Geistes- und Sozialwissenschaften einen sehr, sehr wesentlichen Beitrag leisten können, um die Stadt Wien bei der Aufgabenlösung von globalisierten, komplexen Themen auch zu unterstützen.

Ein Thema, das ich auch ansprechen möchte, sind die Frauen in der Wissenschaft und in der Forschung. Hier auch von meiner Seite ein großes Lob an die Abteilung, die in vorbildlicher Art und Weise nicht nur im Gender-Budgeting-Bericht des Budgets, sondern auch im Kunst-, Kulturbericht, im Frauenbericht auflistet, wie die Mittel zwischen Frauen und Männern verteilt werden. Was mir auch besonders dabei gefällt: Hier gibt es auch einen Jahresvergleich. Das heißt, wir können genau sehen: Geht es in die richtige Richtung? Haben wir einen Fortschritt oder einen Rückschritt zu verzeichnen?

Explizit erwähnen möchte ich, dass es 2015 gelungen ist, die Subventionen an wissenschaftliche Institutionen, die einen 50-Prozent-Frauenanteil haben, zu erhöhen beziehungsweise auf die 50 Prozent zu bringen und die Projektförderungen ebenfalls anzuheben, wobei wir hier von der 50-Prozent-Verteilung noch ein bisschen weit entfernt sind.

Ich nehme mir noch ein bisschen Zeit, um zu einem anderen Thema zu kommen, das in dem Ressort angesiedelt ist, nämlich zum Sport. Der ist neu, und ich werde nicht generell über die Sportförderung reden, sondern über die Vergabe der Mittel an Frauen. Wir wissen für Wien tatsächlich noch relativ wenig, aber auf Bundesebene wissen wir, dass der Bereich Sport ein eklatantes Missverhältnis zwischen Frauen und Männern hat, dass es hier große Ungleichheiten gibt.

Und gerade das aktuelle Großsportereignis Fußball zeigt sehr deutlich, dass in der Öffentlichkeit der Männersport sehr, sehr präsent und dominant ist. (*GR Mag. Manfred Juraczka: Aber ich kann nichts dafür, dass man weniger zuschaut beim Damenfußball!*) Genau, Funktionäre, Präsidenten, Trainer, das ist einfach eine Mehrzahl nach wie vor. Auf Bundesebene wird davon ausgegangen, dass im Sport auf Funktionärebene 85 Prozent Männer und nur 15 Prozent Frauen sind. Und auch in der Preisgeldfrage dominieren 85 Prozent Männer zu 15 Prozent Frauen. Also die Mittel sind hier sehr ungleich verteilt und man kann sich natürlich fragen: Wie ist das in Wien? Geht hier Wien einen gegensteuernden Weg? Ich vernehme es mit sehr großer Freude, dass sich seit 2014, denn zuvor haben wir im Gleichstellungsmonitor ja noch lesen können, dass die Sportförderung, was die Geschlechterfrage betrifft, im Grund eine Blackbox ist, das Sportamt sich zunehmend bemüht, die Förderungen an Frauen und Gleichstellungskriterien zu koppeln. Ich glaube, da ist sicher noch Luft nach oben. Aber immerhin, und das möchte ich auch würdigen, gibt es ja schon Sensibilität und Anstrengungen in diese Richtung, dass Frauen an diesem Kuchen, den ich heute schon einmal erwähnt habe, einen größeren Anteil bekommen. So gesehen begrüße ich das sehr, dass das Sportamt die Sportlerinnen in diesem Land, die natürlich ganz stark im Breitensport zu Hause sind, unterstützt. Aber auch im Spitzensport sollen sie den Rahmen und den Raum bekommen, der ihrer Leistung gebührend ist, dass sie in den Medien entsprechend berücksichtigt werden, dass sie Sportanlagen nicht in der zweiten und dritten Klasse zu benützen haben, sondern ebenfalls dort spielen, wo Männer beispielsweise spielen. Also hier gibt es noch

viel zu tun, und ich denke, dass auch der Abbau der Geschlechtsstereotypen im Sport wir von Wien aus gut zum Thema machen können. Ich halte es aus diesen genannten Punkten für sehr notwendig, dass wir sowas wie eine Gender-Equality-Strategie für den Sport in Wien entwickeln und ich hoffe, wir werden da auch gemeinsam ein Stück weitergehen. Der Anfang ist aus meiner Sicht ja schon sehr, sehr vielversprechend, und ich hoffe und ich bin davon überzeugt, dass wir das in den nächsten Berichten schaffen, nicht nur im Frauenkulturbericht, weil der ist ja schon, wie gesagt, sehr vorzüglich, sondern auch in anderen Bereichen Fortschritte mit großer Freude verkünden können.

Abschließend, meine Damen und Herren, denke ich, dass Wissenschaft, Kultur und auch Sport, es wurde heute schon angesprochen, ganz wichtige gesellschaftspolitische Bereiche sind, die vielleicht in ihrer Bedeutung oft unterbeleuchtet sind, aber sehr, sehr viel Verbindendes haben. Das sind sehr globale Felder. Die sind alle nicht in einem kleinen Grätzl unterwegs, sondern die sind international unterwegs. Genau diese Globalisierung tut Wien gut und braucht Wien, damit es diese Weltoffenheit behält, damit neue Ideen entstehen können, damit Vernetzung quer über viele verschiedene Ressorts entsteht und dort genau die Innovation eintritt, die wir uns wünschen, die wir fördern möchten. Ich finde es schön, dass in Wien so viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler da sind, dass sie hier arbeiten wollen, und ich freue mich, wenn es in Zukunft noch mehr sind. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Die Redezeit wurde um 4 Minuten überschritten. Das heißt, es besteht für die GRÜNEN noch eine Restredezeit von 4 Minuten. Bevor ich der nächsten regulären Rednerin das Wort erteile, hat sich der Kollege Dr. Stürzenbecher hinsichtlich des Redebeitrags vom Kollegen Dr. Ulm zu einer tatsächlichen Berichtigung gemeldet!

GR Dr. Kurt **Stürzenbecher** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Kollege Ulm hat dargelegt, dass seiner Ansicht nach die Identitätsglaubhaftmachung bei der Wiener Regelung betreffend die Beantragung von Wahlkarten eine schlechte Regelung sei. Ich berichtige tatsächlich: Das ist keine schlechte Regelung und wenn es eine wäre, mache ich darauf aufmerksam, dass sie vollkommen wortgleich mit dem Bund ist und unsere § 40-Regelung in der Wiener Gemeindevahlordnung diesbezüglich wortident mit dem § 39 Abs. 1 der Nationalratswahlordnung ist, übrigens auch mit der Bundespräsidentenwahlordnung und Europawahlordnung. Im Übrigen ist, weil du auch dazu gesprochen hast, auch bei den Zustellungen in Heimen und am Arbeitsplatz die gleiche Regelung und auch die Auszählung der Wahlkarten betreffend und die Schritte dahin gehend ist auch eine idente Regelung. Natürlich haben wir in Wien das Bestreben, dass wir die Regelungen gleich machen, wie sie im Bund sind, weil das ja sonst gegenüber den Wählerinnen und Wählern nicht richtig wäre. Es ist im Interesse der WählerInnen, dass es gleiche Regelungen sind. Wenn man die nicht

für gut findet, dann könnte man von deiner Seite an den Innenminister Sobotka herantreten, dass er für den Nationalrat einen Vorschlag macht, damit man dort die Regelung ändert. Aber wir in Wien haben uns hier sicher nichts vorzuwerfen. Wir haben die bürgerfreundliche Regelung, dass wir Textgleichheit haben. Danke schön. *(Aufregung bei GR Mag. Wolfgang Jung. - Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GRin Schweiger-Stenzel. Selbstgewählte Redezeit ist 9 Minuten, Restredezeit der Fraktion wäre 30 Minuten.

GRin Ursula **Schweiger-Stenzel** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Verehrter Herr Stadtrat! Verehrte Damen und Herren!

Gestatten Sie mir, ich möchte hier einige Wünsche an die Kulturpolitik bringen, nicht so sehr Kritik, weil ich glaube, im Wesentlichen ist das kulturelle Angebot, das wir hier haben, ein sehr interessantes, auch ein weltstädtisches. Ich wünsche mir für das Kulturressort im Prinzip mehr Mittel, mehr Geld. Inhaltlich würde ich mir Schwerpunktsetzungen wünschen und nicht gießkannenartig über tausende Vereine drüberfahren. Ich habe nur einen im Gedächtnis, der heißt „Der Verein für die glückliche Gebärmutter“. Was das soll, weiß ich nicht, aber es ist nur ein kleines Beispiel.

Ich will aber etwas hier anbringen: Das Recht auf Kultur und wie man Kultur in dieser Stadt versteht. Das Recht auf Kultur ist ein Menschenrecht. Die UNESCO, die jetzt zwei Kongresse abgehalten hat, einen über die Zerstörung des Kulturerbes in Syrien, das war in Berlin, und einen Kongress in Brüssel über „Unite 4 Heritage“, also „Verbinden wir uns für das kulturelle Erbe“, und ich durfte als Vertreterin einer NGO als Österreicher-Präsidentin daran teilnehmen. Das hat mich ungeheuer inspiriert und über die Wertigkeit von Kulturgut, vom kulturellen Erbe weltweit ungeheuer aufgeklärt. Natürlich gilt das auch für Österreich, natürlich gilt das auch für Wien. Kulturerbe und das Bewahren von Kulturerbe ist ein fundamentales Menschenrecht laut UNESCO. Es ist seit Neuestem auch einklagbar und zwar beim Menschenrechtsgerichtshof in Den Haag. Am Podium dieser beiden Kongresse, sowohl in Berlin als auch in Brüssel, saßen die unterschiedlichsten Vertreter bedrohten Weltkulturerbes. Es waren Syrer unterschiedlichster Richtungen da, es war ein Vertreter von Mali, es war ein Vertreter von Sarajewo, es war ein Vertreter von Mostar da. Wenn wir denken, was hier alles an Raubbau geschieht, dann wird einem schlecht und man kann nur bedauern, warum die Weltgemeinschaft da so hilflos ist: Bamiyan Buddha-Statuen, Palmyra Syrien nur ein Beispiel, Mostar Stari most die Brücke, Sarajevo die Bibliothek.

Ja, und der Richter vom Menschenrechtsgerichtshof, ein Amerikaner übrigens, hat gesagt: „Der Angriff, der gezielte Angriff auf Weltkulturerbe ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, ist das Vorspiel oder eine Facette von Völkermord.“ So müssen wir es sehen. Jeder Mensch hat das Recht und jedes Volk hat das Recht auf kulturelle Identität, auf Übereinstimmung mit seinem historischen Erbe.

Es war bei diesem Kongress natürlich auch die Rede von dem Weltkulturerbe in Wien, und ich bedaure zutiefst, die Innere Stadt ist Weltkulturerbe, dass dieses Weltkulturerbe nur so zersplittert in den diversen Ressorts wahrgenommen werden kann. Dass das Weltkulturerbe sich ausgerechnet nur im Planungs- und Verkehrsressort findet und nicht im Kulturressort bei Ihnen, Herr Stadtrat, bedaure ich sehr, denn ich könnte mir vorstellen, dass, wenn dieses Ressort hier auch etwas zu sagen hätte, vielleicht der Umgang mit dem Weltkulturerbe Innere Stadt, und der gesamte Bezirk ist aus gutem Grund Weltkulturerbe, ein anderer wäre. *(Beifall bei der FPÖ.)* Dass man sich da vielleicht nicht so leicht getan hätte, ein Areal an einen potenten Unternehmer zu verkaufen und abzutreten, das in unmittelbarer Nähe der Ringstraße angelagert ist, das die Ringstraßen-Architektur berührt, das einen historischen Blick zerschneidet, Sichtachsen zerschneidet, dass man in letzter Minute sagt, hier ist Denkpause, und dass man gleichzeitig aber zu erkennen gibt, es ist nur Denkpause, ich habe noch keine Garantie, dass das Projekt, das für das Weltkulturerbe Innere Stadt ein Skandal wäre, dieses Hochhaus, dass das wirklich gestoppt würde. Und ich rufe Sie auf, Herr Stadtrat: Mischen Sie sich da ein und verlangen Sie, dass auch das Kulturressort über Weltkulturerbe etwas zu sagen hätte oder melden Sie sich ungefragt zu Wort, wenn es denn ein Anliegen von Ihnen ist! Sie haben es bis jetzt nicht getan. Ich wage es zu bezweifeln.

Und das andere ist, Wien ist Weltmusikstadt. Frau GRin Bluma hat natürlich Weltkulturhauptstadt gesagt, wunderbar, da sind wir alle dafür. Das wird jetzt angegriffen durch ein wichtiges Projekt. Da sage ich: Absolut, ich verstehe, dass man Zeitgeschichte, Geschichte, Vergangenheit, Schuldhaftigkeit, auch der Österreicherinnen und Österreicher, der Wienerinnen und Wiener im Dritten Reich für den Holocaust, dass man das zur Sprache bringen muss, an Generationen weitergeben muss. Dass man das aber auf Kosten eines Gutes tun muss, das eigentlich zum Weltkulturerbe gehört, nämlich der Sammlung alter Musikinstrumente in der Neuen Hofburg, ist nicht nachzuvollziehen! *(Beifall bei der FPÖ und NEOS.)*

Ich habe mir diese Musiksammlung angeschaut: Unglaubliche tolle Kuratorin, die einem das nahebringt. Ich kann sie nur jedem empfehlen. Mir ist aufgefallen, dass während meines ganzen Aufenthaltes dort, und es waren gut eineinhalb Stunden, sehr, sehr viele internationale Besucher in diese Sammlung alter Musikinstrumente gekommen sind, die anhand von historischen Musikinstrumenten einen Bogen von der Renaissance bis in die Gegenwart spannt. Das ist äußerst aussagekräftig. Eine derartige Sammlung zu amputieren, ist in meinen Augen ein kulturpolitisches Verbrechen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich bin davon überzeugt, dass es andere Möglichkeiten gibt. Wenn man denn Geschichte schon einhausen will, von der Zukunftseinhausung halte ich schon gar nichts, aber wenn man sie einhausen will, dass man das auch dezentral machen könnte. Es ist ja nicht so, dass sich alles nur auf die Innere Stadt konzentrieren sollte. Die Innere Stadt ist die touristische Cashcow. Wir leben

von dem kulturellen Erbe, das ist überhaupt keine Frage, auch wenn es imperial ist, auch wenn es bourgeois ist. 150 Jahre Ringstraße ist wunderbar. Dass ich jetzt davon einen Teil nicht sehe, weil der Rathausplatz von einem Euro-Zaun eingezäunt ist, dass ich glaube, ich komme in einen Tiergarten, wenn ich überhaupt hineinkomme, steht auf einem anderen Blatt. Aber es muss möglich sein, dass man hier das Bewusstsein für die Erhaltung von Weltkulturerbe schafft, fördert und dass man für das Haus der Geschichte eine Alternative findet, dezentral! Dafür gibt es wunderbare Modelle, wo auch die Bezirke davon etwas haben könnten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Genau die Redezeit eingehalten. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr GR Neumayer. Selbstgewählte Redezeit 20 Minuten, Restredezeit wäre 24 Minuten.

GR Jörg **Neumayer**, MA (SPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuseherinnen und Zuseher auf der Tribüne und online via Livestream!

Als einer der jüngsten Gemeinderäte möchte ich mich jetzt einem Thema widmen, das heute noch nicht so viel Platz hatte. Ich hatte nämlich in den letzten Monaten doch die Chance und die Möglichkeit, mir ein Bild zu machen, was in der Wiener Filmszene alles passiert und die Menschen, die dahinterstehen, besser kennen zu lernen. Ich kann es Ihnen sagen: Das, was hier passiert, ist für unsere Stadt einfach bereichernd und das ist ein Engagement, das mich persönlich begeistert. Wenn wir uns nur einmal die Highlights im letzten Jahr ansehen, muss man eines gleich vorwegnehmen: Wir waren fast Oscar. Fast ist noch nicht ganz Oscar. Aber Patrick Vollrath, ein Schüler vom renommierten Regisseur Haneke, hat es mit seinem Diplomfilm „Alles wird gut“ geschafft, zu den Oscars zu kommen und hätte es vor Ort auch beinahe geschafft. Oder der Horrorfilm „Ich sehe, ich sehe“, dem letztes Jahr auch ein internationaler Durchbruch geglückt ist. Oder die zwei Initiatoren von Vienna Independent Shorts, ein Kurzfilmfestival. Die haben vor einigen Jahren als studentische Initiative begonnen und heute sind sie das einzige österreichische Festival und eines von wenigen europäischen. Die Filme, die dort gewinnen, kommen danach zu den Oscars. Auch das ist etwas, worauf wir stolz sein können.

Diese Erfolge gibt es aber in der Filmbranche, in der Wiener Filmszene nur, weil die Menschen in dieser Szene zusammenarbeiten. Genau in diesem Moment möchte ich mich auch dafür bedanken, zum einen als junger Gemeinderat für die großartige Zusammenarbeit mit der MA 7, mit dem Filmfonds Wien und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich um die Struktur und den Rahmen für den Wiener Film bemühen. Und zum anderen als junger Wiener für die Arbeit, die die engagierten Filmschaffenden, die KünstlerInnen, die Requisiteure, die Filmmusiker, und, und, und leisten und den Wiener Film damit so besonders machen. Vielleicht werden wir es gemeinsam wieder schaffen, das gleiche Ruhmesblatt wie in den 1920er Jahren für Wien zu erreichen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ich habe vorhin schon kurz ein Festival zitiert. Nehmen wir uns noch zwei, drei andere her, beispielsweise die großartige Viennale, weit über unsere Grenzen bekannt. Oder das Identities, eines der wichtigsten Queer-Festivals in Europa. Oder das VOLXkino, das einfach wirklich gute Filme in unsere Bezirke hinausträgt.

Nachdem ich heute aber zum Rechnungsabschluss rede, möchte ich Ihnen noch zeigen, dass sich dieses Engagement auch wirtschaftlich lohnt, wirtschaftlich auch für unsere Stadt und die ganzen Filmschaffenden. Die Stadt Wien hat im letzten Jahr mit 12,5 Millionen EUR 157 Filmprojekte gefördert. Das ist eine Million mehr als noch im Jahr 2014. Und zirka das Vierfache bekommen wir an Investitionen zurück, das heißt, 50 Millionen, die am Investitionsstandort Wien dafür retourfließen. Alleine die vom Filmfonds Wien geförderten Projekte haben im letzten Jahr 580.000 BesucherInnen verbuchen können. Das ist eine Steigerung von 100.000 Karten. Auch das ist ein Zeichen für uns, dass die Richtung stimmt. Ein Kassenschlager war auch dabei, Wolf Haas-Verfilmung „Das ewige Leben“ mit 270.000 verkauften Karten und Anerkennung über unsere Landesgrenzen hinaus. Das heißt, Wien wird immer internationaler, auch im Film, und ich glaube, das ist mehr als gut und richtig so. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Wien ist zwar nicht Hollywood, vielleicht wollen wir das auch gar nicht. Aber Wien ist das Sprungbrett für die österreichische Filmbranche, und das wollen wir ganz eindeutig. Wien ist aber noch etwas. Wien ist in Wahrheit mittlerweile der Drehstandort der internationalen Filmbranche in unserem Land. Erinnern wir uns letztes Jahr an die Weltpremiere vom neuesten „Mission Impossible“-Teil, wo wir danach die Weltpremiere bei uns in der Stadt hatten. Das wiederum bringt mittelfristig eine enorme Werbung und mittel- wie langfristig im Tourismus eine Steigerung. Unser Ziel ist relativ klar. Unser Ziel ist, dass noch mehr junge Talente dieses Sprungbrett Wien in ihrem Bereich Film erfolgreich nutzen. Unser Ziel ist, dass noch mehr Weltpremieren bei uns stattfinden. Und unser Ziel ist natürlich, dass unsere jungen Talente in diesen Weltpremieren auch auf der Leinwand zu sehen sein werden.

Aber nicht nur die Wiener Filmszene bewegt. Der Bereich Sport, wir hatten ihn ja heute auch schon kurz und ich möchte jetzt auf einige Punkte eingehen, die zuvor gefallen sind, bewegt in Wien und bewegt die Wienerinnen und Wiener. In Wien kann jeder Sport machen. In Wien kann jeder den Sport machen, den er oder sie möchte. Wir sind uns auch einig, dass das gut ist für die Gesundheit, wir sind uns einig, dass das gut ist für den Teamgeist, und wir sind uns einig, dass das gut ist für den Zusammenhalt in dieser Stadt. Das stimmt alles.

Kollege Ornig von den NEOS, ich wollte mich vorhin nicht mehr zu einer tatsächlichen Berechtigung melden, aber Sie haben dazwischen unter anderem den Sport-Pool erwähnt. Ich glaube, Sie meinten die Sportunion, weil das nämlich ein Verband ist und kein Verein. Der Sport-Pool ist aber ein Verein und kein Verband. *(Zwischenruf von GR Markus Ornig, MBA.)* Okay, es kam

drei Mal so rüber. Es kam eher als Sport-Pool rüber, aber okay, dann haben wir das glücklicherweise geklärt.

Darüber hinaus haben Sie über lange Passagen einen Rechnungshofbericht zitiert, der schlichtweg einfach veraltet ist. Die Vorwürfe, die Sie vorhin in den Raum gestellt haben, sind aus dem Jahr 2009. Um das hier up to date zu bringen, 2014 gab es den Nachprüfbericht. Zwischen 2010 und 2013 ist auch online, wie ich mir vorhin ein Bild machen konnte. Hier ist ganz klar geschrieben: „Die Prüfung des Städtischen Rechnungshofes ergab, dass die MA 51 die Zielsetzungen in hohem Ausmaß auch verwirklicht hat.“ Hier möchte ich mich bei der MA 51 bedanken, denn sie hat gezeigt, dass sie sehr schnell die Empfehlungen des Stadtrechnungshofes aufgenommen hat und auch zu Positivem umgesetzt hat. Die Vergabe passt heute, das Vier-Augen-Prinzip passt heute, und die Prozesse sind auch korrekterweise abgebildet. Ich danke Ihnen dafür. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Darum möchte ich auch eigentlich zu dem kommen, was die MA 51 ausmacht und dieses breite Feld in unserer Stadt, das sie abdeckt. Das Sportamt hat 3.000 Vereine gelistet. Rund 70 Sportarten werden hier angeboten, ganz voran natürlich Fußball, Schwimmen, Volleyball, Tennis, Eishockey. Aber auch für Radsport, Leichtathletik oder Basketball ist Platz, genauso wie für Sportarten, wo ich nicht ganz so firm bin, Curling, Bogenschießen oder Eisschützen. Auch das ist etwas, wo in Wien Platz dafür ist. Wien macht hier viel. Wien fördert hier, und Wien hat auch selber Hallenanlagen und Möglichkeiten für die Sporttreibenden zur Verfügung. Wir reden über 200 Sportflächen in einem Ausmaß von rund 3,6 Millionen Quadratmetern. Das sind in Fußballfeldern gerechnet zirka 888, das heißt, 888 Fußballfelder an Platz für die unterschiedlichsten Sportarten in ganz Wien. Des Weiteren haben wir 18 Sporthallen, mehrere Sport- und Fun-Hallen, 15 Outdoor-Sportanlagen, darüber hinaus 152 verpachtete Sportanlagen und 4 Großsportanlagen. Und natürlich werden auch weiterhin rund 500 Turnsäle der Stadt in der Zeit, wo sie nicht von den Schulen genutzt werden, kostengünstig an Vereine vermietet und weitergegeben. Wien steht dazu. Wir haben ein vielseitiges Sportangebot für alle WienerInnen und die unterschiedlichsten Bedürfnisse, die es in dieser Stadt gibt. Und da sind Zahlen, weil ich vorhin die Förderung angesprochen habe, der Sportförderung letztes Jahr, die direkte betrug alleine fast 20 Millionen, was eine Erhöhung von rund 5 Millionen gegenüber dem Vorjahr war. Auch hier können wir klarstellen, was wir alles tun.

Zusätzlich, Herr Kollege Aichinger, ich glaube, Sie haben das vorhin angeführt, haben wir im Budget 2015 10,8 Millionen für Erhalt und Weiterentwicklung der Sporthallen auszuweisen und weitere 13 Millionen für den Erhalt und die Weiterentwicklung von Sportanlagen. Ich darf nur kurz aufzählen, was da alles d'runterfällt, das habe ich mir noch herausgesucht: Sportplatz Haidestraße in Simmering, Sportanlage Erdbrustgasse in Ottakring, Sportanlage Pastorstraße in Floridsdorf, die Lieblgasse in der Donaustadt, die Hopsagasse in der Brigit-

tenau, Alt Erlaa in Liesing und Eibesbrunnergasse in Favoriten. Das heißt, wir können hier zeigen, dass Wienweit hier nachgeholt wird und Schritt für Schritt gemacht wird, einfach umgesetzt wird. Und das Ganze auch in einer Ruhe, aber dafür umso besser für die Wienerinnen und Wiener, weil es einfach regelmäßig passiert. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ich darf Ihnen noch eine Sorge nehmen. Sie haben gesagt, verringerte Eiszeiten, das gibt es natürlich nicht. Der Pächter der Albert-Schultz-Halle soll natürlich die Möglichkeiten haben, aber er soll zum einen kein großes Geschäft daraus machen, die Plätze weiterzuvermieten. Aber zum anderen, und ich glaube, da werden gerade Sie aus der ÖVP mir recht geben, muss es möglich sein, dass ein Traditionsverein wie die Capitals jetzt nicht auf zusätzlichen Kosten sitzen bleibt. Wenn man sich jetzt anschaut, was das gerade in der Albert-Schultz-Halle bedeutet, nachdem die Preise vom Pächter jetzt adaptiert worden sind, dass wir österreichweit wahrscheinlich noch immer nirgends so günstige Eiszeiten finden werden wie in der Albert-Schultz-Halle. Ein kleines Beispiel: Gerade bei Kindergruppen, bei 20 Kindern pro Gruppe, reden wird von 2,40 EUR in der Stunde pro Kind. Das heißt, das ist im österreichischen Vergleich, auch mit einer Eishalle Villach oder sonstwo, wirklich mehr als günstig und richtig.

Wir dürfen dazu auch nicht außer Acht lassen, dass wir in dem Bereich noch eine weitere über 100.000 EUR Förderung haben, die in den Eishockeyvereinen zur Hälfte dem Nachwuchs zu Gute kommt und zur Hälfte den Dameneishockeyvereinen, wo wir auch das, was die Kollegin Huemer vorhin schon angesprochen hat, zeigen können, dass die Frauenförderung in dieser Stadt Schritt für Schritt sichtbar wird, und auch das ist gut so.

Indirekt, und da kommen wir noch einmal auf die vergünstigten Eintrittspreise, reden wir von einer Förderung von 530 Millionen EUR, wenn man sich überlegt, wie viele Vereine hier direkt indirekt gefördert werden. Das zeigt das Engagement im Breitensport genauso wie in einzelnen Randsportarten.

Wenn wir uns noch den Wiener Fußball hernehmen, vielleicht ist das auch endlich einmal ein Bereich, wo Sie mir auch recht geben werden, dass es gut ist, wenn es unterschiedliche Vereine mit unterschiedlichen Kulturen und unterschiedlichen Traditionen gibt. In jeder Familie und an jedem Stammtisch und auch hier in unserem Haus wird es in jeder Fraktion sowohl Rapidler als auch Austrianer geben, und das ist auch gut so, dass wir diese Vielfalt in dieser Stadt haben. Darum ist es für uns auch selbstverständlich, dass wir diese zwei Traditionsvereine beim Bau ihrer Stadien unterstützen, die Wiener Austria, aber natürlich auch Rapid.

Bei all diesen Fakten sehen wir, dass sich jeder dieser 1,8 Millionen Wienerinnen und Wiener unterschiedlich in unserer Stadt bewegt und bewegen kann. Das war auch immer unser Ziel und das wird auch unser Ziel bleiben, möglichst in der Wohnumgebung und möglichst für jeden ermöglicht. Und wenn wir schon über Sport reden, reden wir auch meistens über Räume, über Frei-

räume, die sich die Wienerinnen und Wiener zu Recht nehmen.

Jetzt möchte ich aber noch auf den letzten Teil meines Berichtes kommen, nämlich den Bereich, wo es um virtuelle Räume geht. Wir sind in einer Zeit, wo wir ganz klar sagen können: Digitalisierung ist immer und überall. Die Digitalisierung ist im Kommen und nicht umsonst reden wir jetzt weltweit auch schon von Industrie 4.0 und anderen großen Herausforderungen, die wir in der Zukunft haben werden. In Wien arbeiten wir seit Jahren daran, genau diese Herausforderung bestmöglichst in Potenzial umzuwandeln. Wien ist auf genau diese Digitalisierung vorbereitet, und wir sehen die Chancen darin und arbeiten da schon heute mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Wien nahen Unternehmungen, aber auch mit privaten Firmen und auch privaten Bürgerinnen und Bürgern, die einfach mitmachen in offenen Pendels, die sich um Handlungsempfehlungen bemühen, was wir alles gemeinsam in den nächsten Jahren im Bereich der Digitalisierung für die Stadt und für die Wienerinnen und Wiener nutzen können. Ein Beispiel ist der Bereich der Open Data, wo Schritt für Schritt Daten transparent aufbereitet werden, was natürlich vor allem Start-ups, Freelancern und kleinsten Unternehmen in der IT-Branche zu Gute kommt, die in den letzten Jahren mittlerweile schon mehrere sehr gute Applikationen gebastelt und produziert haben.

Ein anderes Stichwort ist das des Open Government. Wir können mittlerweile so viele Behördenwege, die die Stadt Wien betreffen, über das Internet erledigen, was einfach Kundenservice par excellence ist. Das gab es vor 10, 20 Jahren so noch nicht. Ohne die Digitalisierung und ohne diese Schritte wäre es auch nicht möglich gewesen. Bei diesen Bereichen dürfen wir aber auch nicht vergessen, dass die Wienerinnen und Wiener und wir alle eigentlich zu gutem Recht ein sehr hohes Sicherheitsbedürfnis auch im Netz haben, und das freut mich besonders. Ich war jetzt erst vor einiger Zeit im STAR 22, im neuen Wiener Rechenzentrum, zu Besuch und hatte hier Gespräche mit den MitarbeiterInnen und den Führungskräften. Es zeigt sich, dass unsere Systeme zweifach, dreifach abgesichert sind und dass wir eigentlich in Wien auch von einer relativ autonomen Server-Landschaft reden können, worauf auch nicht jede Stadt auf diesem Kontinent blicken kann. Das zeigt uns, sehr geehrte Wienerinnen und Wiener, Ihre Daten sind sicher, Ihre Daten bleiben sicher, und wir gehen hier mit der höchsten Sensibilität um, die Sie sich nur vorstellen können. Wir haben eine ISO-Zertifizierung dafür erreicht und wir haben auch bei STAR 22 einen Preis dafür erreicht, das heißt, auch international werden hier unsere Bemühungen wertgeschätzt.

Die Digitalisierung bringt aber noch etwas mit sich, nicht nur Open Data, nicht nur Open Government, nicht nur unterschiedlichste Möglichkeiten, die wir nutzen können, sondern dass sich auch unsere Arbeitsplätze und die Arbeitsplätze aller Wienerinnen und Wiener de facto in den nächsten Jahren ziemlich sicher verändern werden. Wir haben jetzt schon die Situation, wenn wir

auf unseren Schreibtisch schauen, wo früher Stifthalter, Briefbeschwerer und ein Kuvert gelegen sind, sind jetzt Monitor eins, Monitor zwei, Notebook, Tablet und Handy, und, und, und. Das sind Veränderungen, denen die Stadt Wien im Sinne der Magistratsbeamtinnen und Magistratsbeamten mit dem Mammutprojekt Kommunikation 2020 natürlich auch nachkommt. Es geht darum, 30.000 PCs, 27.000 Telefone, 17.000 Handys, 4.500 Drucker, mehrere Tausend Notebooks und Server auf den neuesten Stand der Technik zu bringen, und schon heute wird dies vorbereitet. Nebenbei nutzen wir die momentane Technik noch fertig, sodass hier bestmöglich das Potenzial ausgenutzt wird. Bis 2020 werden wir dann dem Arbeitsplatz der Zukunft auch Rechnung getragen haben.

All diese Bemühungen zeichnen sich in den letzten Jahren in diesem Bild hervorragend aus. Wir haben mittlerweile eine IKT-Branche in Wien, die dieses Setting in Wien sehr schätzt und die zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor geworden ist. Wir reden über 54.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in dem Bereich, wir reden über 5.700 Unternehmen in dem Bereich und wir reden von einer Wertschöpfung, die vier Mal so hoch ist wie der Tourismusbereich. Das alles spricht eine mehr als deutliche Sprache.

Ich darf das noch einmal zusammenfassen: Es gibt einen Grund, warum Wien zum wiederholten Male unter die ersten drei innovativsten Städte der Welt gekürt worden ist. Unser Ziel ist klar: Der Platz 1 wird auch wieder drinnen sein. Und ich denke mir oder ich weiß es oder ich sehe es, so wie ich die Kolleginnen und Kollegen in den Abteilungen kennen gelernt habe, gemeinsam und durch Zusammenarbeit wird das möglich sein. Zu guter Letzt herzlichen Dank an alle Mitarbeiter und KollegInnen der MA 7, des Filmfonds, der Vienna Film Commission, der MA 14, der digitalen Agenda, der MA 51 und den vielen Vereinen und Initiativen, die ich die letzten Monate kennen lernen durfte. Danke sehr. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Das waren 18 Minuten. Damit gäbe es noch eine Restredezeit der SPÖ von 6 Minuten. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Kops. Selbstgewählte Redezeit 7 Minuten.

GR Dietrich **Kops** (FPÖ): Danke, Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren! Geschätzte Zuschauer im Internet!

Ich werde mich als Sportsprecher der FPÖ-Wien jetzt in meiner Rede ganz auf den Sport konzentrieren. Mein Kollege von der ÖVP hat ja diesbezüglich schon einige Punkte angesprochen. Hier gibt es ja auch einige Baustellen wie in anderen Bereichen des Ressorts Kultur, Wissenschaft und Sport, wenn man sich hier den Eisring Süd anschaut, die Albert-Schultz-Halle, den Heumarkt im 3. Bezirk, den Trabrennplatz im 2. Bezirk oder den Sportklub-Platz, aber auch die Hohe-Wand-Wiese, wo ich von der Vergabe an den neuen Betreiber nicht sehr begeistert war.

Leider hat sich ja im neugeschaffenen Ressort Kultur, Wissenschaft und Sport nichts zum Positiven verändert. Das Ungleichgewicht zwischen Kultur, Presseinformati-

onsdienst und dem Sport ist ja wirklich eklatant. Das möchte ich eigentlich dann auch in meiner Rede ganz speziell hervorstreichen, die Budgetdotierung des PID, des Presse- und Informationsdienstes, und die Förderungen des Budgets des Sportbereiches. Hier sieht man auch ganz eklatant den Stellenwert des Sports, den die sogenannte Sportstadt Wien, in dem Fall Rot und Grün, für den Sport übrig hat. Und weil mein Kollege von der SPÖ gerade vorhin gesagt hat, es gibt so viele Sporthallen in Wien - es gibt viel zu wenige, und es wäre längst an der Zeit, dass man eine zweite Mehrzweckhalle im 22. Bezirk oder im 21. Bezirk errichten muss, sollte. Und weil Sie erwähnt haben, dass es ja so viele Sporthallen gibt, wo man als Privater auch Sport ausüben kann, habe ich nur in schlechter Erinnerung, dass zum Beispiel das Ferry-Dusika-Radstadion monatelang mit sogenannten Wirtschaftsflüchtlings belegt war und die Spitzensportler dort ihren Sport nicht ausüben konnten. (*GR Mag. Rüdiger Maresch: Das waren keine Wirtschaftsflüchtlinge, Herr Kops!*) Die danebenliegende „Fit and Fun“-Halle ist ja leider noch immer von Wirtschaftsflüchtlings belegt, und da (*GR Mag. Rüdiger Maresch: Das waren keine Wirtschaftsflüchtlinge, Herr Kops!*) sieht man ja den Stellenwert, den der Sport bei der SPÖ und bei den GRÜNEN hat, nämlich überhaupt keinen Stellenwert. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wenn man sich die Dotierung des Sportbudgets anschaut, dann kommt mir das Weinen. Seit Jahren ist das Sportbudget unterdotiert, und ich habe mir jetzt ganz konkret den Rechnungsabschluss und den Voranschlag für Sportförderungen der MA 51 angesehen. Hier gibt es wieder eine Reduktion für das Jahr 2016. Der Rechnungsabschluss für 2015 listet 51 Millionen für den Presse- und Informationsdienst auf. Der Voranschlag für die Sportförderungen sieht für 2016 rund 13 Millionen EUR vor. Das sind rein die Sportförderungen für Vereine. Gerade die kleinen Vereine, die hier ehrenamtlich tätig sind, haben sich das eigentlich nicht verdient, dass für ihre sehr wichtige Tätigkeit im Vergleich zum Budget des Presse- und Informationsdienstes nur so wenig Geld ausgeschüttet wird. Im Vergleich zu 2014 gibt es hier im Sportbudget eine Reduktion von 5 Millionen EUR. Hier sieht man, wie gesagt, den Stellenwert des Sports bei Rot und Grün. Auf der einen Seite streichen Sie, meine Damen und Herren von Rot und Grün, diverse Sportförderungen, und auf der anderen Seite füttern Sie den Presse- und Informationsdienst mit Steuergeldern, dass es nur so kracht. Einsparungen gibt es in diesem Bereich überhaupt keine. Hier kann der Presse- und Informationsdienst aus dem Vollen schöpfen.

Und gerade weil ich ja jetzt hier die Rufe von den GRÜNEN gehabt habe, in der Hinsicht aus der rechten Ecke, hier muss ich Sie schon auch in die Pflicht nehmen ... (*GR Mag. Rüdiger Maresch: Das waren keine Wirtschaftsflüchtlinge!*) Ja ja, ich muss Sie hier in die Pflicht nehmen, weil gerade Sie haben im Wien-Wahlkampf propagiert, das Werbebudget des Presse- und Informationsdienstes sollte doch halbiert werden. Ist ja eine gute Forderung, die können wir auch unterschreiben. Aber was haben Sie gemacht? Was haben Sie nach

der Wien-Wahl gemacht? Sie unterstützen natürlich wieder die SPÖ-Forderung und Sie unterstützen wieder das Budget für den Presse- und Informationsdienst! In dieser Hinsicht sind Sie komplett umgefallen, meine Damen und Herren von den GRÜNEN! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Den Presse- und Informationsdienst kann man ja nicht wirklich nur als Presse- und Informationsdienst der Gemeinde Wien betrachten. Für mich ist der Presse- und Informationsdienst in der Hinsicht ein reines SPÖ-Propagandaministerium, der seit Jahren aus dem Vollen schöpfen kann. Wie gesagt, der Rechnungsabschluss für 2015 listet hier 51 Millionen für den Presse- und Informationsdienst auf, wobei hier die ganzen ausgelagerten Betriebe ja nicht berücksichtigt werden, die auch noch ein eigenes Werbebudget übrig haben.

Das Budget des Presse- und Informationsdienstes beträgt 2016 rund 38 Millionen EUR. Im Vergleich dazu, wie gesagt, damit ich Ihnen das noch in Erinnerung rufe, die Sportförderung auf der anderen Seite 13 Millionen EUR. Hier sieht man das Ungleichgewicht wieder. Propaganda ja, Sport nein. Für parteipolitische Werbung, meine Damen und Herren von Rot und Grün, geben Sie Unsummen aus, und es sind Steuergelder, und auf der anderen Seite haben Sie für den Sportbereich viel zu wenig Geld zur Verfügung.

Das gesamte Werbebudget des Presse-, und Informationsdienstes beläuft sich nicht nur auf 38 Millionen EUR, sondern hier gibt es noch fünf verschiedene Säulen, die ich Ihnen kurz darbringen werde:

Die erste Säule ist natürlich das Budget des Presse- und Informationsdienstes von 38 Millionen EUR.

Dann haben wir zweitens die Projektmittel, die direkt den einzelnen Ressorts zuzurechnen sind.

Dann gibt es drittens das aufgesteckte Budget der Wien Holding, wobei die Wien Holding ausgelagert worden ist. Aber trotzdem sind es 9,5 Millionen EUR. Hier wird eben die Auslandskommunikation der Stadt Wien durchgeführt. Das hat früher der Compress-Verlag durchgeführt.

Viertens haben wir das für 2015 ebenfalls aufgestockte Budget der Stadt Wien Marketing GmbH.

Fünftens gibt es das Werbebudget für die ausgelagerten Betriebe. Das sehen wir fast täglich in der „Kronen Zeitung“ und in anderen Printmedien, Wiener Stadtwerke, KAV, Wiener Wohnen. Das gesamte Inseratenbudget der Stadt Wien ist, sage und schreibe, für 2016 90 Millionen EUR.

Meine Damen und Herren, das lehnen wir auf's Entschiedenste ab! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Abschließend, weil meine Zeit schon abgelaufen ist, wie ich gesehen habe, bringe ich noch zwei Beschlussanträge ein:

Ein Beschlussantrag betrifft den Landhockeysport.

Der andere, recht bezeichnend, betrifft den Eishockeysport.

So viel zur tollen Sportförderung in der Sportstadt Wien: Der Landhockeysport ist in der letzten Zeit eine der erfolgreichsten Mannschaftssportarten in Österreich. Hier gibt es unter anderem den Hallen-Europameistertitel

2010. Dann haben sie WM-Silber 2015, EM-Silber 2014 und 2016. Weiters sind als Ziel die Olympischen Spiele 2020 in Tokio angepeilt. Also, eine sehr erfolgreiche Sportart, wobei der heutige Landhockeysport hauptsächlich nur mehr auf Kunstrasen praktiziert wird und der betroffene Verein, um den es jetzt geht, die Sportstätte des WAC in der Rustenschacherallee, leider keinen Kunstrasenplatz hat. Die Sektion Hockey des WAC meint, ohne Kunstrasenplatz ist mittelfristig keine Möglichkeit auf nationaler und internationaler Ebene gegeben, dass man konkurrenzfähig bleibt und ist. Es besteht sogar die Gefahr, dass man die Heimstätte überhaupt verliert. Die Existenz der Sektion Hockey ist hier auch gefährdet.

Deshalb, meine Damen und Herren, stelle ich den Beschlussantrag mit den Kollegen auch von der ÖVP. Die Kollegen Ebinger, Stenzel, Nittmann, Unger, Reif, Kollegen von der ÖVP Aichinger und Schwarz stellen betreffend Kunstrasenfeld WAC den Beschlussantrag, dass der zuständige Stadtrat für Kultur, Wissenschaft und Sport dem WAC, Sektion Hockey für die Errichtung eines Kunstrasenplatzes am Standort Rustenschacherallee 9 Mittel aus der Sportstättenförderung im Verhältnis einer Drittelfinanzierung zur Verfügung stellt. - In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Jetzt komme ich zum zweiten Beschlussantrag. Da geht es eben um den Eishockeysport. Der Kollege von der SPÖ hat es eh auch schon erwähnt. Aber wir sehen das ganz anders. Die Förderungen in der Albert-Schultz-Halle sind nicht so, dass man sagen kann, dass das einmalig in Österreich ist. Es gibt zum Beispiel auch in Linz gerade für den Dameneishockeysport eine Förderung von 100 Prozent für die Eiszeiten. Gerade der Eishockeysport ist nicht unbedingt eine billige Sportart. Die Ausrüstung ist sehr teuer. Die Kosten für die Eiszeiten, und damit bin ich auch schon beim Antrag, werden immer teurer. In der kommenden Saison werden gerade auch in der Albert-Schultz-Halle die Eiszeiten um bis zu 100 Prozent verteuert gegenüber der Saison 2014/15. Das sind, wie gesagt, 100 Prozent, die für viele Vereine gerade auch an die Existenz gehen. Man spricht da bei den Jugendvereinen von einer Erhöhung um ungefähr 20.000 EUR. Speziell sind die Vereine der Wiener Liga, aber auch des Nachwuchses und der Frauen, betroffen. Hier würde ich mich freuen, wenn die GRÜNEN meinem Antrag beitreten könnten, weil es betrifft nämlich ganz speziell auch die Damen, die hier eine Preiserhöhung von 100 Prozent haben. Es geht nicht um Millionen Euro, es geht hier um einige Tausend Euro pro Verein. Wenn man weiß, welche anderen Vereine und Projekte die Stadt Wien, Rot und Grün, fördert, und hier meine ich nicht im Sportbereich, sondern ich meine in ganz anderem Bereich, wird mir, wird einem schlecht.

Hier nur ein kleiner Auszug, was von der Gemeinde Wien, von SPÖ und von den GRÜNEN, gefördert wird: Wir haben zum Beispiel 41.000 EUR für den Verein für österreichisch-türkische Freundschaft, 30.000 EUR für den Verein NACHBARINNEN in Wien, 35.000 EUR für den Verein Regenbogenfamilienzentrum Wien, 20.000

EUR für den Verein Horizont 3000 für Wasser- und Sanitätseinrichtungen in Uganda. Sehr interessant! Mit diesen 20.000 EUR zum Beispiel, weil ich sie als letzten Punkt von vielen Punkten habe, könnte ein Wiener Eishockeyverein, ein Wiener Ligaverein, die Mehrbelastung, die jetzt auf ihn zukommt, fünf Jahre lang ausgleichen. Das nur kurz zur Ungleichbehandlung der diversen Vereine und auch der Ungleichbehandlung des Sportes. Das war nur ein kleiner Auszug aus den Förderungen, die Rot und Grün morgen aus den Fördergeldern beschließen werden.

Ich merke schon, es ist ein bisschen zu lange. Ich bringe jetzt den Eishockeyantrag der Kollegen Ebinger, Nittmann, Unger, Reif ein. Hier ersuche ich eben den amtsführenden Stadtrat für Kultur, Wissenschaft und Sport, sich dafür einzusetzen, dass die Eiszeiten in der Albert-Schultz-Halle für die betroffenen Vereine weiterhin gefördert werden, dass die Vereine keine Verteuerung in der nächsten Saison ertragen müssen. - In formeller Hinsicht ersuche ich um sofortige Abstimmung. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Herr GR Kops hat seine Redezeit um 7 Minuten überzogen. Das bedeutet, es gibt nur mehr eine Restredezeit von 7 Minuten für die FPÖ. Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag. Nittmann.

GRin Mag. Ulrike **Nittmann** (FPÖ): Sehr geehrter Vorsitzender! Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich werde versuchen, mich sehr kurz zu halten, da meine Nachrednerin auch noch etwas zu sagen hat.

Ich möchte mich auf das Thema Kultur konzentrieren, das hier ein breites Feld ist. Wir von der FPÖ stehen grundsätzlich natürlich für Kulturförderungen, weil das etwas ganz Wichtiges ist. Kultur ist ein Teil der Gesellschaft und so differenziert, wie unsere Gesellschaft ist, soll auch die Kultur sein. Das ist wahrscheinlich der Grund, warum wir mit dem Kollegen Margulies nicht auf denselben Kulturveranstaltungen sind, weil die Geschmäcker eben verschieden sind.

Ganz toll finde ich, dass sich Rot-Grün dazu durchgerungen hat, einen Subventionsbericht zu veröffentlichen, der nicht nur den Kulturbereich, sondern alle subventionsvergebenden Stellen betrifft. Das Problem ist nur, dass dieser Subventionsbericht, sage ich, für einen nichtkundigen Leser etwas unübersichtlich ist. Schön wäre, wenn die einzelnen Magistratsabteilungen die Gesamtsummen ausweisen würden, kurze Beschreibung, weshalb bestimmte Vereine gefördert werden und was die Ziele und letztendlich die Erfolge sind.

Auch muss man sagen, dass dieser Subventionsbericht nicht alle Förderungen ausweist. Auch da sollte man einen kleinen Hinweis dazugeben, weil alle Förderungen, auf die man gesetzlichen Anspruch hat oder die sonstigen Richtlinien unterliegen, werden nicht ausgewiesen.

Auch das Geld, das an die Unternehmungen der Stadt Wien fließt, wird nicht ausgewiesen. Also, ein bisschen ist das schon eine Augenauswischerei.

Das ist auch, und damit komme ich wieder zu meinem Hauptthema, das ich eigentlich bei jeder meiner

Reden zu den Kulturthemen anbringe: Warum kann nicht endlich eine Liste der abgewiesenen Subventionen vorgelegt werden, damit wir als politisches Entscheidungsgremium in der Lage sind, auch gesamthaft darüber entscheiden zu können: Sind Subventionen im Kulturbereich sinnvoll oder auch nicht? Jedenfalls fehlt uns da die nötige Information.

Ganz kurz will ich auch erwähnen, was wir natürlich aus unserer Sicht ablehnen, ist, wohin die Gelder zum größten Teil fließen. Wir wissen, es sind parteinahe Vereine, wie Verein Basis.Kultur, der Trägerverein von rund 300 Vereinen ist, die dann letztendlich die Subventionen über die Basis.Kultur bekommen. Ganz groß angeschrieben in Subventionsfragen ist der echo-Verlag, der Kommunikationskonzern der Stadt Wien, weiters das Donauinselfest mit 1,8 Millionen EUR, der SPÖ-Pensionistenverein. Und bei einer Neuverschuldung, wie wir gestern gehört haben, von 525 Millionen EUR werden dann Frauenrechte in Uganda unterstützt. Das sehen wir eigentlich nicht ganz ein.

Das ist umso ärgerlicher, als die Musikschulen in Wien komplett vernachlässigt werden. Ich kenne schon das Argument von Rot-Grün, zu sagen, in den Grundschulen wird Musik jetzt viel mehr gefördert, nur, das weckt vielleicht das Interesse bei den Schülern und Schülerinnen, bei den kleinen Kindern. Wichtig ist aber die Einzelförderung. Entweder will man sich dieses Themas nicht annehmen oder man hat einfach keine Ahnung davon, wie man Kindern die Musik näherbringt. Letztendlich muss man sagen, ist das wohl ein wichtiger Teil unserer Kultur und unserer Gesellschaft, die Talente, die Kinder haben, auch zu fördern. So gibt es in 9 von 23 Bezirken nach wie vor keine Musikschulen.

Jetzt halte ich mich kurz, unsere Forderung ist, dass wir in all unseren Bezirken zumindest eine einzige Musikschule haben. - Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Dafür hat die letzte Rednerin ihre Redezeit unterschritten. Es wären jetzt noch 3 Minuten Redezeit. - Ich sehe, die Kollegin Reif verzichtet auf ihre Wortmeldung. Damit darf ich Herrn Amtsf. StR Dr. Mailath-Pokorny das Wort erteilen. 15 Minuten Maximum.

Amtsf. StR Dr. Andreas **Mailath-Pokorny**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich danke zunächst einmal für die sehr vielfältigen Beiträge, die auch das Umfassende, die Vielfalt und das breite Spektrum des Ressorts widerspiegeln, wie sich das nach den letzten Wahlen auch abbildet. Ein Rechenschaftsbericht ist immer einerseits auch Gelegenheit, das zu tun, was der Name sagt, Rechenschaft zu geben und zurückzublicken. Dies im Übrigen auch zu verbinden mit einem herzlichen Dank, nicht nur hier an die Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat und Landtag, für eine doch, möchte ich sagen, durchaus anregende Zusammenarbeit und Diskussion, sondern vor allem auch ein herzliches Dankeschön an die vielen Kolleginnen und Kollegen meiner mittlerweile sehr stark gewachsenen Geschäftsgruppe, sowohl in den Abteilungen als auch natürlich in meinem Büro. Ich bedanke mich sehr herz-

lich dafür, weil ich weiß, dass diese Arbeit unter den sehr engen und zunehmend engeren Bedingungen des Finanzrahmens gesetzt wird. Gleichzeitig sind die Aufgabenstellungen immer wachsende. Wir sind eine wachsende Stadt und dadurch ergeben sich wachsende Aufgabenstellungen. Ich weiß, und könnte hier Einzelbeispiele anführen, wie sehr die - lassen Sie mich das unter Führungszeichen setzen - Kundinnen und Kunden der jeweiligen Magistratsabteilungen zufrieden sind, teilweise geradezu hymnische Lobesworte für die Art und Weise finden, wie die Kolleginnen und Kollegen in den einzelnen Abteilungen das auch handlen, dass wir ein riesiges Finanzvolumen zu managen haben, wo sozusagen die Ratio zwischen denjenigen, die das verwalten, und dem großen Finanzvolumen eine wirklich beeindruckende ist. Ich möchte das auch einmal in aller Deutlichkeit sagen, dass oftmals das, was wir hier im Magistrat bewerkstelligen können, wahrscheinlich in dieser Personenanzahl von den besten und effizientesten Privaten nicht geleistet werden kann. Es ist auch einmal mehr ein Beweis der Schlagkräftigkeit, der Effizienz und der Tüchtigkeit der öffentlichen Verwaltung und des Magistrats. Ihnen allen ein herzliches Dankeschön am Beginn meines Beitrages zum Rechnungsabschluss 2015! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ich möchte mich auch an dieser Stelle noch explizit beim langjährigen Leiter der MA 7, Obersenatsrat Dr. Denscher bedanken. Er hat über die vielen Jahre seiner Tätigkeit Großartiges geleistet. Ich wünsche der neuen Leiterin der MA 7, Anita Zemlyak, alles Gute. Herzlich willkommen hier im Gemeinderatssitzungssaal nach vielen Jahren wieder! Alles Gute! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es geht in meiner Geschäftsgruppe um Kultur, Kunst und Wissenschaft, es geht um die Museen der Stadt Wien, es geht um Altstadterhaltung, es geht um die Archäologie, um Denkmalpflege, es geht um die Erinnerungskultur, das Archiv- und Bibliothekswesen, das schon bisher, und jetzt neu dazugekommen die direkte Information der Bevölkerung, die Medienpolitik, die Presseförderung, der internationale Informationsaustausch, die Förderung des Breiten-, Leistungs- und Spitzensports in Wien, die Personenstandsangelegenheiten, verschiedene Rechtsangelegenheiten, schließlich der große Bereich der Kommunikations- und Informationstechnologie, das E-Government und Open Data.

Das alles ist ein riesengroßer Bereich und auch dadurch hat sich das Budget der neuen Geschäftsgruppe annähernd verdoppelt. In diesem Rechnungsabschluss für 2015 findet erstmalig ein Rückblick auf die Ausgaben aller acht Abteilungen der Geschäftsgruppe statt. Der Vergleich der Ausgabenrahmen meiner Geschäftsgruppe, also des Rechnungsabschlusses 2014 zu 2015, zeigt naturgemäß einen absoluten Anstieg der Mittel, abgesehen vom Zuwachs der Materien und dem Anstieg der Abteilungen von drei auf acht. Im Jahr 2014 wurden gesamthaft rund 473 Millionen EUR aufgewendet, 2015 waren es bereits 498, also 473 zu 498 Millionen EUR. Die meisten Ausgaben erfolgten dabei durch die frühere

Geschäftsgruppe, das sind die MA 7 - Kulturabteilung, MA 9 - Bibliothek und MA 8 - Archiv. Auch da gab es einen Anstieg. Ich sage das deshalb, weil das auch immer gerne verglichen wird, von 250 auf 255 Millionen EUR oder rund 2 Prozent.

Was verbindet nun diese verschiedenen Inhalte miteinander? Zunächst geht es in all diesen Bereichen, und da sind wir auch innerhalb der rot-grünen Koalition sehr einig, um den Zugang, um den Zugang zu Kultur, um den Zugang zu Wissen, um den Zugang zu Sport, Information und natürlich auch um den Zugang zu Rechten. Es geht um Integration. Auch das halte ich für essenziell und als einen übergeordneten Begriff für all diese inhaltlichen Bereiche, Integration von Menschen mit unterschiedlichen kulturellen und sozialen Hintergründen. Es geht selbstverständlich und immer wieder um Selbstbestimmung, das Ziel unserer Politik, damit Menschen so frei wie möglich leben und sich auch entfalten können. Und es geht um Chancengleichheit. All das verbindet die sonst doch sehr unterschiedlichen Bereiche meines Ressorts.

All diese Bereiche tragen auch ganz wesentlich zur Lebensqualität dieser Stadt bei. Wir brauchen jetzt nicht die einzelnen Umfragen und die einzelnen international wahrnehmbaren Rankings zu zitieren. Diese Stadt ist nicht nur, was die Lebensqualität anbelangt, immer wieder an vorderster, ja an erster Stelle, sie ist interessanterweise auch dort vorne, wo man das vielleicht gemeinheitlich nicht so sehen würde. Nämlich ist sie jene Stadt, die am beliebtesten bei jenen ist, die studieren und die auswählen könnten, wo sie studieren. Sie würden am liebsten in Wien studieren. Sie ist in den Innovationsindizes an erster Stelle und jedenfalls an führender Stelle. Auch das ist ein Hinweis darauf, dass in dieser Stadt im großen Bereich der Kreativität, im großen Bereich der Kunst, der Wissenschaft, der Forschung sehr gute Bedingungen bestehen, sowohl von der öffentlichen Hand als auch von Privaten, und es auch einen sehr guten, von der Stadt entsprechend geförderten Mix gibt, was Kreativität im größten Sinne bedeutet.

Nicht zufällig, und es wurden heute bereits die Untersuchungen zitiert, sind, so stolz wir darauf sind, dass es internationale Rankings gibt, aber auch die Wienerinnen und Wiener selbst zu einem ganz hohen Ausmaß davon überzeugt, dass wir in diesem Bereich der Kultur, im Bereich der Wissenschaft, im Bereich der Kreativität ein hervorragendes Angebot stellen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich versuchen, in aller Kürze darauf einzugehen, was im vergangenen Jahr geschehen ist. Das ist eine ganze Menge, noch einmal, in Zeiten, in denen die Stadt wächst und wir die Budgets nicht unbegrenzt ausweiten können.

Ganz im Gegenteil, wir haben versucht, das großartige und ganz wichtige kulturelle Klima der Offenheit, auch der Investition, auch des Aufbruchs im kulturellen Bereich zu unterstützen, nicht nur durch Besetzungen. Mittlerweile ist ein guter Teil, ein großer Teil beispielsweise der Theaterintendanten Frauen. Ich möchte bei der Gelegenheit doch auch auf etwas hinweisen, was,

glaube ich, die Kollegen von den NEOS immer wieder versuchen, zu insinuieren. Stichwort Freunderlwirtschaft. Mich würde jetzt interessieren, in welcher Besetzung des letzten Jahres, aber auch der vergangenen Jahre Sie mir in irgendeiner Form Freunderlwirtschaft vorwerfen können. Ich würde gerne eine einzige Besetzung von Ihnen wissen, wo Sie sagen, dort ist jetzt ein Freunderl von mir oder, ich weiß nicht, von der SPÖ oder, ich weiß nicht, was Sie eigentlich damit sagen wollen, besetzt worden. Im Gegenteil, wenn Sie sich umhören, werden Sie selbstverständlich bei den Leuten hören, all diese Besetzungsverfahren sind in einem hohen Ausmaß transparent gewesen, all diese Besetzungsverfahren sind in einem hohen Ausmaß nachvollziehbar gewesen, und all diese Besetzungsverfahren haben auch in einem hohen Ausmaß eine hervorragende Qualität ergeben. Ich würde das gerne einmal von Ihnen hören, einen einzigen Nachweis einer Freunderlwirtschaft, was immer Sie sich darunter vorstellen - das würde ich auch einmal gerne hören -, dass der Beleg dafür erbracht wird, dass in einer der Besetzungen, was den Kulturbereich, den Wissenschaftsbereich oder irgendeinen Bereich in meiner Geschäftsgruppe betrifft, und ich nehme das auch einmal für meine Kolleginnen und Kollegen an, das passiert ist. Ich weise das daher mit aller Entschiedenheit zurück und fordere Sie auch auf, einen entsprechenden Beweis zu bringen! Ich diskutiere das gerne mit Ihnen aus! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich könnte jetzt sehr viel anführen, aber ich habe gar nicht mehr so viel Zeit. Ich möchte Ihnen nur eines sagen: Heute Vormittag haben wir eine Pressekonferenz zur siebenten Auflage des Popfestes in Wien gehabt. Ich kann mich noch gut erinnern, als wir das eingeführt haben, haben wir das aus drei Gründen gemacht, nämlich einerseits, weil wir einen wichtigen Platz in der Stadt, nämlich den Karlsplatz, der sozusagen sehr stark verkehrsdominiert war, auch mit Kunst bespielen und Kunst dort ermöglichen wollten. Der zweite Grund war, dass es uns wichtig war, dass in dieser Stadt auch die populäre Kultur, die junge Kultur noch stärker einen Rückhalt bekommt und dass sich Bands und Popkünstler sozusagen einem breiteren Publikum stellen. Und drittens war ein Grund, und das ist uns immer wichtig, dass das auch keine Frage der finanziellen Zugänglichkeit sein soll, sondern dass diese Auseinandersetzung möglich ist. Damals wurde geunkelt, auch hier, in diesem Haus, das ist ein Wahlzuckerl und das hört dann wieder auf und ich will mich auf irgendetwas draufsetzen. Wir haben heute die siebente Auflage dieses Popfestes angekündigt. Ich nehme das als pars pro toto, also einen Teil für das Ganze, weil ich es als einen Teil für diese ungeheuer große Vielfalt in der Stadt sehe, etwas zu veranstalten, was vielen Menschen bei hoher und höchster Qualität zu Gute kommt, was junge Leute anspricht, mittlerweile auch alte. Dort sind 40.000, 50.000 Leute, die Tag für Tag während drei Tagen hinkommen. Entscheidend ist, nachweisbar, weil das sagen die Leute, die dort gespielt haben, hat es einen ganzen Kulturzweig, nämlich die Wiener Popkultur, so sehr belebt und angeregt, dass wir

dort mittlerweile quasi über hundert Bewerbungen haben, Gruppen, die gerne dort auftreten und spielen. Auch das wurde ein sehr erfolgreicher Beweis dafür, wie wir versuchen, Kultur für alle, mit allen in dieser Stadt, zu verstehen und auch umzusetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vieles von dem, was hier gesagt oder kritisiert wurde, möchte ich schon auch sagen, betrifft im Wesentlichen den Bund, auch unter anderem der Vorschlag, dass wir den WAC, und den Verein kenne ich sehr gut, unterstützen sollen. Nur, das liegt auf Bundesgrund. Also bitte ich, das dort zu deponieren. Und einiges andere auch.

Ich möchte nur abschließend sagen, weil sich insbesondere auch von den Kollegen der FPÖ so gerne auf die Kunst und auf die Kultur bezogen wurde. Meine sehr geehrten Damen und Herren, unglücklicherweise sind in den vergangenen Tagen sehr viele oder einige großartige Künstler und Künstlerinnen gestorben, einer davon Manfred Deix, der, wie die meisten von uns wissen, auf eine besondere Art und Weise der österreichischen Gesellschaft seinen Spiegel vorgehalten hat. Es gab zahlreiche Nachrufe, viele wirklich Betroffene, viele, die sich ernsthaft damit beschäftigt haben und viele, von denen man weiß, dass sie auch Manfred Deix ernst genommen haben. Die Art und Weise, wie allerdings von Seiten der FPÖ mit der Kunst und Kultur umgegangen wird, zeigt sich paradigmatisch, also beispielhaft, auch dabei, hat sich doch der Herr Klubobmann der Wiener FPÖ bemüht, sich im Internet auch dazu zu äußern, nämlich auf Facebook, und schreibt, ein großer Österreicher ist von uns gegangen. Ich kannte Manfred Deix ein kleinwenig und ich weiß, er hätte sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen verwehrt. Aber, was wirklich pietätlos ist und was sozusagen auch wiederum sehr stark für Ihr Kunstverständnis steht, es wird bedauert, dass Manfred Deix gestorben ist und darunter wird ein Cartoon von Gerhard Haderer gelegt. Also, meine sehr geehrten Damen und Herren, entweder man meint es ernst, man meint die Auseinandersetzung mit den Künstlerinnen und Künstler ernst, das nehme ich für uns und für diesen Teil des Rathauses in Anspruch, oder man lässt es lieber sein und meldet sich dann auch gar nicht zu Wort, weil alles andere ist und bleibt nur peinlich! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich beschließe meinen Beitrag nicht nur mit der Bitte, einem, glaube ich, wirklich sehenswerten und lesenswerten Rechnungsabschluss für diesen gesamten Kultur-, Wissenschafts-, Sport-, Medien- und Rechtsbereich zuzustimmen, weil ich glaube, es ist hervorragende Arbeit geleistet worden, sondern ich bedanke mich noch einmal für die Diskussion und für die Anregungen und kann eigentlich sagen, dass, wenn man sich diesen Rechnungsabschluss für diesen und auch für alle anderen Bereiche durchliest und ansieht, er beredt Zeugnis von einer dynamisch wachsenden, von einer weltoffenen und von einer ausgesprochen lebenswerten Stadt gibt. - Ich danke sehr. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Zur Geschäftsgruppe Kultur, Wissenschaft und Sport liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Ich erteile der Frau Amtsf. StRin Mag. Brauner zum Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2015 das Schlusswort.

Berichterstatterin Amtsf. StRin Mag. Renate **Brauner**: Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Viel gäbe es noch zu sagen und zu diskutieren, aber ich möchte mich aus Zeitgründen auf den formellen Antrag zurückziehen. Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kollegen und Kolleginnen, nach der Auflage zur öffentlichen Einsichtnahme durch die Bevölkerung in der Zeit von 15. bis 22. Juni 2016 und der in den letzten beiden Tagen erfolgten ausführlichen Gemeinderatsdebatte zum vorliegenden Rechnungsabschluss 2015 darf ich der Einfachheit und Kürze halber auf die Anträge gemäß Seite XXVIII der Einleitung hinsichtlich des Rechnungsabschlusses sowie zum Inventar verweisen und, nicht überraschend, um entsprechende Beschlussfassung ersuchen. - Herzlichen Dank. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Danke, Frau Stadträtin.

Ich unterbreche die Sitzung bis 16.45 Uhr, also 17 Minuten.

(Unterbrechung der Sitzung von 16.30 bis 16.45 Uhr.)

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Bevor wir zu den Abstimmungen kommen, darf ich bekannt geben, dass GR Blind seit 16.30 Uhr wieder anwesend ist, aber dass Mag. Kowarik seit 16.30 Uhr entschuldigt ist.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Rechnungsabschluss 2015. Die Anträge der Berichterstatterin zum Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2015 sind im Rechnungsabschluss auf der Seite XXVIII abgedruckt. Ich lasse zuerst über den aus zwei Punkten bestehenden Antrag zur Erledigung der Rechnung und dann den Antrag zum Inventar abstimmen.

Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die den zwei Antragspunkten zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Das ist mit den Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN, gegen die Stimmen der FPÖ, ÖVP und NEOS, mehrstimmig angenommen.

Ich bitte nun jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag zum Inventar, abgedruckt auf der Seite XXVIII im Rechnungsabschluss, zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Das ist wieder die Regierungsmehrheit, mit SPÖ und GRÜNEN, gegen die Stimmen von FPÖ, ÖVP und NEOS, und daher mehrstimmig angenommen.

Damit ist der Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2015 angenommen.

Zur Postnummer 1 liegen zahlreiche Anträge vor. Ich bitte um Konzentration und deutliches Aufzeigen.

1. Antrag von NEOS, betreffend Steuerautonomie der Bundesländer. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - ÖVP, NEOS stimmen zu, gegen die Stimmen der FPÖ, SPÖ und GRÜNEN.

Antrag NEOS, Einführung eines Wiener Subventionsgesetzes. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Die Zustimmung erteilen NEOS, ÖVP und FPÖ, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN. Daher ist der Antrag abgelehnt.

Antrag 3, Halbierung der Ausgaben für Eigenwerbung der Stadt Wien und ihrer Unternehmen, auch von NEOS eingebracht. Wer hier zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Angenommen von NEOS und FPÖ, gegen die Stimmen der ÖVP, SPÖ und GRÜNEN, und daher abgelehnt.

Antrag der NEOS, betreffend Rücknahme des Beschlusses zur Förderung der staatsbürgerlichen Bildung auf Landesebene. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Dieser Antrag wird von NEOS alleine unterstützt, hat daher nicht die notwendige Mehrheit. Dagegen sind ÖVP, FPÖ, SPÖ und die GRÜNEN.

Antrag der NEOS, Halbierung der Parteienförderung. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Der Antrag wird von NEOS alleine unterstützt, hat daher nicht die erforderliche Mehrheit und ist abgelehnt. Gegen diesen Antrag waren die ÖVP, die FPÖ, die SPÖ und die GRÜNEN.

Antrag Nummer 6, von NEOS, betreffend ausgeglichener Haushalt durch Einführung einer Schuldenbremse. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Dieser Antrag wird unterstützt von NEOS, ÖVP und FPÖ, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN, und daher nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 7, von der FPÖ, betreffend Stopp dem Anreizsystem für Asylwerber. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Es sind die Antragsteller alleine, die FPÖ, die zustimmt. Daher ist der Antrag abgelehnt. Dagegen sind NEOS, ÖVP, SPÖ und GRÜNE.

Antrag 8, Maßnahmen zur Senkung der regulatorischen Belastungen - Deregulierungspaket, Antragsteller ist NEOS. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Der Antrag wird unterstützt von NEOS, ÖVP, FPÖ, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN. Daher ist der Antrag abgelehnt.

Antrag 9, von NEOS beantragt, Abschaffung der Vergnügungssteuer, Gesetz über die Besteuerung von Vergnügungen im Gebiete der Stadt Wien - Vergnügungssteuergesetz 2005 - VGSG. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Der Antrag wird unterstützt von NEOS, ÖVP und FPÖ, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN. Daher ist der Antrag abgelehnt.

Antrag Nummer 10, eingebracht von NEOS, Reduktion von Kammerpflichtbeiträgen. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Der An-

trag wird von NEOS alleine unterstützt, hat daher nicht die erforderliche Mehrheit, ist abgelehnt. Dagegen sind ÖVP, FPÖ, GRÜNE und die SPÖ.

Antrag 11, eingebracht von der ÖVP, betreffend Bürgerverträglichkeitsprüfung. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Der Antrag wird unterstützt von der ÖVP, von NEOS und der FPÖ, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN, hat daher nicht die erforderliche Mehrheit und ist abgelehnt.

Antrag 12, der ÖVP, Stärkung der Demokratie und des Parlamentarismus in Wien - Änderung der Geschäftsordnungen von Gemeinderat und Landtag - Möglichkeit der geheimen Abstimmung. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Wird unterstützt von ÖVP, NEOS und FPÖ, ist nicht die Mehrheit. Dagegen sind die SPÖ und die GRÜNEN. Der Antrag ist daher abgelehnt.

Antrag 13, eingebracht von der ÖVP, Reform der Bedarfsorientierten Mindestsicherung. Wer hier zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das sind die Antragsteller alleine, die ÖVP, und nicht die erforderliche Mehrheit. Dagegen sind NEOS, FPÖ, SPÖ und GRÜNE. Daher ist der Antrag abgelehnt.

Antrag 14, eingebracht von der FPÖ, betreffend dopplische Wiener Konzernbilanz samt Beteiligungsbericht für alle direkten und indirekten Beteiligungen. Wer hier zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Unterstützt von der FPÖ, von NEOS und der ÖVP, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN. Daher ist der Antrag abgelehnt.

Antrag 15, eingebracht von der ÖVP, betreffend Aufhebung des Wiener Vergnügungssteuergesetzes. Hier wurde die Zuweisung an den Ausschuss FiWi beantragt. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Der Antrag wird einstimmig von allen Parteien unterstützt und wird daher zugewiesen.

Antrag 16, eingebracht von der FPÖ, ist jetzt wieder auf sofortige Abstimmung, Zahlungsmoral der Stadt Wien. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Er ist von FPÖ, NEOS und ÖVP unterstützt, gegen die Stimmen von SPÖ und GRÜNEN, hat daher nicht die erforderliche Mehrheit und ist abgelehnt.

Antrag 17, eingebracht von der ÖVP, Abschaffung der Kontingentierung von Psychotherapie auf Krankenschein bei Kindern und Jugendlichen. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Er wird unterstützt von der ÖVP, von NEOS und der FPÖ, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN, hat daher nicht die erforderliche Mehrheit und ist abgelehnt.

Antrag 18, eingebracht von der ÖVP, Schutz vor religiös motivierter Gewalt in Flüchtlingsunterkünften. Beantragt ist die Zuweisung an den Bürgermeister, an Ge-SoG- und an FBIJP-Ausschuss. Wer für die Zuweisung ist, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Die Zuweisung ist unterstützt von ÖVP, NEOS und FPÖ, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN. Daher ist die Zuweisung abgelehnt.

Antrag 19, ist wieder auf sofortige Abstimmung, von der ÖVP, Aufhebung der Fristsetzung für das Projekt „Hilfe für Opfer von Gewalt in Einrichtungen der Wiener Jugendwohlfahrt“. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Wird unterstützt von ÖVP, NEOS, FPÖ, gegen die Stimmen SPÖ und GRÜNE, daher nicht die erforderliche Mehrheit und abgelehnt.

Antrag 21, eingebracht von der ÖVP, Wien braucht mehr Kassenärztinnen und Kassenärzte. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Unterstützt von ÖVP, NEOS und FPÖ, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN, hat daher nicht die erforderliche Mehrheit und daher abgelehnt.

Antrag 22, von der ÖVP, betreffend effektives Management zur Verkürzung der Wartezeiten bei planbaren Operationen. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Wird unterstützt von ÖVP, NEOS und FPÖ, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN, nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 24, von der FPÖ, betreffend Errichtung einer Wiener Gesundheitsholding. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Wird unterstützt von der FPÖ und NEOS, gegen die Stimmen von ÖVP, SPÖ und GRÜNEN, hat daher nicht die erforderliche Mehrheit und ist abgelehnt.

Antrag 25, eingebracht von der FPÖ, mehrjährige Finanzierungsvereinbarung für die Wiener Ordensspitäler. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Wird unterstützt von ÖVP, NEOS und FPÖ, gegen die Stimmen von SPÖ und GRÜNE, hat nicht die erforderliche Mehrheit und ist daher abgelehnt.

Antrag 26, eingebracht von der FPÖ, betreffend fehlende Rehabilitationseinrichtung für Kinder und Jugendliche. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - NEOS, ÖVP und FPÖ sind dafür, gegen die Stimmen von SPÖ und der GRÜNEN. Daher ist der Antrag abgelehnt.

Antrag 27, ist eine Zuweisung, der Antragsteller ist FPÖ, betreffend Kurzzeitpflege. Wer der Zuweisung an den Ausschuss zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Wird unterstützt von ÖVP, NEOS und FPÖ, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN. Daher ist die Zuweisung abgelehnt.

Antrag 28, wieder auf sofortige Abstimmung, von der FPÖ gestellt, betreffend Herstellung von Barrierefreiheit im öffentlichen Raum. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Wird unterstützt von NEOS, ÖVP und FPÖ, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN, ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 29, beantragt von NEOS, Aufnahme von Verhandlungen mit dem Bund zur Umwidmung der Bundesmittel für den Bau der Stadtstraße Asperrn. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Das sind die Antragsteller NEOS alleine, gegen die Stimmen von ÖVP, FPÖ, SPÖ und GRÜNEN, ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 30, beantragt von der ÖVP, Sicherstellung von Betriebsbaugebieten im Zuge der Flächenwid-

mungsverfahren. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Der Antrag wird unterstützt von ÖVP und FPÖ, gegen die Stimmen von NEOS, SPÖ und GRÜNEN, hat nicht die notwendige Mehrheit, ist daher abgelehnt.

Antrag 31, gestellt von der ÖVP, betreffend Evaluierung des Wiener Hochhauskonzeptes. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Wird unterstützt von ÖVP und NEOS, gegen die Stimmen von FPÖ, SPÖ und GRÜNEN, nicht die erforderliche Mehrheit und abgelehnt.

Antrag 32 von der ÖVP, betreffend rasche Widmung der mit einer Bausperre belegten Flächen in Wien. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Wird unterstützt von NEOS und ÖVP, gegen die Stimmen von FPÖ, SPÖ und GRÜNEN, hat nicht die notwendige Mehrheit und ist daher abgelehnt.

Antrag 33, gestellt von der FPÖ, betreffend Fahrverbot Meiereistraße. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Wird unterstützt von der ÖVP und von der FPÖ, gegen die Stimmen von NEOS, SPÖ und GRÜNEN, nicht die notwendige Mehrheit, daher abgelehnt.

Antrag 34, beantragt von der FPÖ, Errichtung von Bremsschwellen auf Fahrradwegen an neuralgischen, und nicht nostalgischen, Punkten. Ich erlaube mir das hier abzuändern auf „neuralgischen“ Punkten. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Der Antrag wird unterstützt von der ÖVP und von der FPÖ, gegen die Stimmen von NEOS, SPÖ und GRÜNEN, hat daher nicht die notwendige Mehrheit und ist abgelehnt, wobei es sicher auch einige nostalgische Punkte für Radfahrer gibt.

Antrag 35, gestellt von der ÖVP, auf sofortige Abstimmung, betreffend Prüfung der Benützung der Anrainerparkplätze für den Wirtschaftsverkehr. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - NEOS, ÖVP und FPÖ sind für den Antrag, dagegen sind SPÖ und GRÜNE, ist nicht die notwendige Mehrheit. Daher ist der Antrag abgelehnt.

Antrag 36, von der ÖVP gestellt, betreffend S1-Regionalring um Wien muss rasch komplettiert werden. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Das sind die Antragsteller alleine, die ÖVP, die zustimmt, dagegen sind NEOS, FPÖ, SPÖ und GRÜNE, ist nicht die notwendige Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 37, gestellt von der ÖVP, Erhaltung von Oberflächenparkplätzen im Zuge von Garagenerrichtungen. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Der Antrag wird unterstützt von der ÖVP, der FPÖ, gegen die Stimmen von NEOS, SPÖ und GRÜNEN, hat nicht die notwendige Mehrheit und ist daher abgelehnt.

Antrag 38, gestellt von der ÖVP, rasche Umsetzung des Vorhabens der Errichtung eines Busbahnhofs in Wien. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Der Antrag wird unterstützt von NEOS und ÖVP, gegen die Stimmen von FPÖ, SPÖ und GRÜNE, und ist

daher abgelehnt, weil er nicht die notwendige Mehrheit erreicht hat.

Antrag 39, von der FPÖ, betreffend Nordostumfahrung und Stadtstraße. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Wird unterstützt von ÖVP und FPÖ, gegen die Stimmen der NEOS, SPÖ und GRÜNEN, hat nicht die erforderliche Mehrheit und ist daher abgelehnt.

Antrag 40, gestellt von der FPÖ, betreffend Stadterweiterung Berresgasse. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Es sind die Antragsteller, die FPÖ, und die ÖVP, gegen die Stimmen von NEOS, SPÖ und GRÜNEN, nicht die erforderliche Mehrheit und abgelehnt.

Antrag 41, gestellt von der FPÖ, betreffend Skandal am Friedhof Aspern. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das sind die ÖVP und die FPÖ, die dafür sind, dagegen sind NEOS, SPÖ und GRÜNE. Daher ist der Antrag abgelehnt.

Antrag 42, gestellt von der FPÖ, betreffend keine Privatisierung der Wiener Lokalbahnen Verkehrsdienste GmbH. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Das sind die Antragsteller, die FPÖ alleine, die dafür ist, dagegen sind NEOS, ÖVP, SPÖ und GRÜNE. Daher ist der Antrag abgelehnt.

Antrag 43, von der FPÖ, Entwicklung des öffentlichen Verkehrsnetzes. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung zu diesem Antrag tun NEOS, ÖVP und FPÖ, dagegen sind SPÖ und GRÜNE. Daher ist der Antrag abgelehnt.

Antrag 46, gestellt von der FPÖ, ehrliche Erfassung von Vormerklisten für geförderten Wohnraum. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Wird unterstützt von NEOS, ÖVP und FPÖ, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN, hat nicht die erforderliche Mehrheit und ist daher abgelehnt.

Antrag 47, gestellt von der FPÖ, betreffend Erarbeitung einer mittel- und langfristigen Strategie für und durch den wohnfonds_wien. Wer diesem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Das sind die Oppositionsparteien, NEOS, ÖVP und FPÖ, gegen die Stimmen der SPÖ und GRÜNEN, nicht die erforderliche Mehrheit und daher abgelehnt.

Antrag 48, gestellt von der FPÖ, betreffend Maßnahmen gegen aufgeblähte Personalapparate im gemeinnützigen Wohnbau. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Wird unterstützt von NEOS und FPÖ, gegen die Stimmen der ÖVP, SPÖ und GRÜNEN, nicht die erforderliche Mehrheit und wird daher abgelehnt.

Antrag 49, gestellt von der FPÖ, betreffend transparente und nachvollziehbare Fertigstellungsstatistik für Wohnraum in Wien. Wer zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Das sind NEOS, ÖVP und FPÖ, gegen die Stimmen von SPÖ und GRÜNEN, nicht die notwendige Mehrheit und daher abgelehnt.

Antrag 51, gestellt von der ÖVP, Abschaffung des § 68a Abs. 1 Z 2 DO 1994 - vorzeitige Versetzung in den Ruhestand aus organisatorischen Gründen. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. -

Wird unterstützt von NEOS, ÖVP und FPÖ, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN, ist daher nicht die notwendige Mehrheit und der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 52, es ist eine Zuweisung an den zuständigen Fachausschuss, bezüglich Erhalt der Sonderschulen. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Wird unterstützt von NEOS, ÖVP und FPÖ, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN, nicht die notwendige Mehrheit und abgelehnt.

Antrag 53, wieder sofortige Abstimmung, ÖVP, Harmonisierung der Pensionssysteme im öffentlichen Dienst bis spätestens 2028 analog zur Bundesbeamtenpensionsreform. Wer zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das sind die ÖVP und NEOS, die zustimmen, dagegen sind FPÖ, SPÖ und GRÜNE, nicht die notwendige Mehrheit. Daher ist der Antrag abgelehnt.

Antrag 54, gestellt von der ÖVP, betreffend Förderung 2.0. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - NEOS, ÖVP und FPÖ unterstützen den Antrag, dagegen sind die SPÖ und die GRÜNEN, nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 55, das ist wieder eine Zuweisung, gestellt von der ÖVP, betreffend verpflichtender Vorschulbesuch von Kindern, welche die deutsche Unterrichtssprache nicht ausreichend beherrschen. Wer dem Antrag zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Das sind die ÖVP und die FPÖ, die dafür sind, dagegen sind NEOS, SPÖ und GRÜNE, nicht die notwendige Mehrheit. Daher ist der Antrag abgelehnt.

Antrag 56, von der ÖVP, Beschränkung der Förderungen für Trägerorganisationen im Rahmen des Modells „Beitragsfreier Kindergarten“ auf Einrichtungen, deren Kindergruppen von diplomierten Kindergartenpädagogen geleitet werden. Hier wird die Zuweisung beantragt. Wer der Zuweisung zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung zur Zuweisung geben ÖVP, NEOS und die FPÖ, dagegen sind die SPÖ und die GRÜNEN. Das ist nicht die notwendige Mehrheit. Die Zuweisung ist daher abgelehnt.

Antrag 57, sofortige Abstimmung wird gefordert, von der FPÖ der Antrag, Änderung der Dienstordnung - keine amtswegigen Frühpensionierungen mehr. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - NEOS, ÖVP und FPÖ stimmen zu, gegen die Stimmen von SPÖ und GRÜNEN, nicht die erforderliche Mehrheit. Daher ist der Antrag abgelehnt.

Antrag 58, von der ÖVP beantragt, Wien als „Stadt für Familien“. Die Zuweisung an einen Fachausschuss ist beantragt. Wer zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Unterstützt wird die Zuweisung von der ÖVP, NEOS und FPÖ, dagegen sind SPÖ und GRÜNE, nicht die notwendige Mehrheit. Die Zuweisung ist abgelehnt.

Antrag 59, wieder sofortige Abstimmung, Antragsteller FPÖ, Erhalt des Gymnasiums und Schließung der strukturellen Budgetlücke im Bildungsbudget. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen. - Das sind die ÖVP und FPÖ, die zustimmen, dagegen sind die NEOS, die SPÖ und die GRÜNEN, nicht die notwendige Mehrheit. Daher ist der Antrag abgelehnt.

Antrag 60, gestellt von der FPÖ, betreffend ausreichende Ausbildungsplätze in allgemein bildenden höheren Schulen. Wer zustimmt, bitte um ein Zeichen. - ÖVP, NEOS, und FPÖ stimmen zu, dagegen sind SPÖ und GRÜNE, nicht die notwendige Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 61, gestellt von der FPÖ, Tageskarte für die Wiener Bäder um den Eintrittspreis von 1 EUR für Jugendliche, Pensionisten und Behinderte. Wer dem Antrag zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Der Antrag wird unterstützt von ÖVP und FPÖ, gegen die Stimmen von NEOS, SPÖ und GRÜNEN. Das ist nicht die notwendige Mehrheit. Daher ist der Antrag abgelehnt.

Antrag 62, gestellt von der FPÖ, verstärkte Förderung von Musikschulen. Wer dem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - ÖVP, NEOS und FPÖ sind dafür, dagegen sind SPÖ und GRÜNE, nicht die notwendige Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 63, gestellt von der FPÖ, verbilligter Führerschein für Lehrlinge. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Da sind die Antragsteller alleine, die FPÖ, die zustimmt, dagegen sind NEOS, ÖVP, SPÖ und GRÜNE. Daher ist der Antrag abgelehnt.

Antrag 64, gestellt von der FPÖ, Freifahrt für Schüler, Lehrlinge und Studierende. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Das sind die Antragsteller, die FPÖ, und die ÖVP, die dafür sind, dagegen sind die NEOS, die SPÖ und die GRÜNEN, nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 65, von der FPÖ, keine Anerkennung von Kinderehen. Wer dem Antrag zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Der Antrag wird unterstützt von NEOS, ÖVP und FPÖ, gegen die Stimmen von SPÖ und GRÜNEN, nicht die notwendige Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 66, gestellt von der FPÖ, Abschaffung des Binnen-I. Wer dafür ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Wird unterstützt von der ÖVP und der FPÖ, gegen die Stimmen von NEOS, SPÖ und GRÜNEN, nicht die notwendige Mehrheit. Daher ist der Antrag abgelehnt.

Antrag 67, gestellt von der FPÖ, Deutsch als einzige Unterrichtssprache. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Der Antrag wird unterstützt von der ÖVP und der FPÖ, dagegen sind NEOS, SPÖ und GRÜNE, nicht die notwendige Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 68, gestellt von der FPÖ, betreffend Schließung des König-Abdullah-Zentrums für interreligiösen und interkulturellen Dialog. Wer dafür ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Das sind NEOS und die FPÖ, die dafür sind, dagegen sind die ÖVP, die SPÖ und die GRÜNEN. Der Antrag hat daher nicht die notwendige Mehrheit und ist abgelehnt.

Antrag 69, gestellt von der FPÖ, mehr pädagogische Qualität in geförderten Kindergruppen. Wer hier zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Wird unterstützt von der ÖVP und von der FPÖ, dagegen sind NEOS, SPÖ und GRÜNE, nicht die erforderliche Mehrheit. Daher ist der Antrag abgelehnt.

Antrag 70, gestellt von der FPÖ, mehr pädagogische Qualität in geförderten Kinderbetreuungseinrichtungen durch Ausbau des Angebotes in institutionellen Trägerorganisationen. Wer dem Antrag zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Der Antrag wird unterstützt von NEOS, ÖVP und FPÖ, dagegen sind SPÖ und GRÜNE, nicht die erforderliche Mehrheit. Daher ist der Antrag abgelehnt.

Antrag 71, gestellt von der ÖVP, Sicherung der Baedqualität in der Alten Donau im Hinblick auf den Algenbewuchs, sofortige Abstimmung. Wer dafür ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmend die ÖVP und die FPÖ, dagegen sind NEOS, SPÖ und GRÜNE. Daher ist der Antrag abgelehnt, weil er nicht die notwendige Mehrheit hat.

Antrag 72, gestellt von der FPÖ, Lass deinen Hund nicht im Stich! Wer den Antrag unterstützt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Das sind die Antragsteller und die ÖVP, also die FPÖ und die ÖVP unterstützen den Antrag, dagegen sind NEOS, SPÖ und die GRÜNEN. Das ist nicht die notwendige Mehrheit. Daher ist der Antrag abgelehnt.

Antrag 73, gestellt von der FPÖ, „Good for Vienna“. Wer dafür ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Wird unterstützt von ÖVP, NEOS und FPÖ, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN. Daher ist der Antrag abgelehnt.

Antrag 74, gestellt von der FPÖ, „Good in Vienna“ I. (*GR Dominik Nepp: Good for Vienna II!*) - Was habe ich gesagt? (*GR Dominik Nepp: Good in Vienna I.*) - Das ist natürlich auch richtig, aber nicht richtig. Also, „Good for Vienna“ I. Wer dem Antrag auf sofortige Abstimmung zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Das sind ÖVP, NEOS und die FPÖ, die dafür sind, dagegen sind die SPÖ und die GRÜNEN. Daher hat der Antrag nicht die notwendige Mehrheit und ist abgelehnt.

Antrag 75, gestellt von der FPÖ, „Good for Vienna“ III. (*GR Mag. Manfred Juraczka: Was ist mit II?*) - Also, ich habe hier III stehen. Antrag 75, wer dem zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das sind ÖVP, NEOS und FPÖ, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN. Daher ist der Antrag abgelehnt.

Antrag 76, gestellt von der FPÖ, „Good for Vienna“ IV. Wer hier den Antrag unterstützt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Das sind ÖVP, NEOS und FPÖ, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN, nicht die notwendige Mehrheit und daher abgelehnt.

Antrag 77, von der FPÖ gestellt, „Good for Vienna“ V. Wer hier zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Unterstützt von ÖVP, NEOS und FPÖ, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN und daher nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 78, Antragsteller FPÖ, „Good for Vienna“ VI. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Wird unterstützt von ÖVP, NEOS und FPÖ, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN, ist nicht die erforderliche Mehrheit und wird daher abgelehnt.

Antrag 79, gestellt von der FPÖ, betreffend „Good for Vienna“ VII. Wer hier zustimmt? - ÖVP, NEOS, FPÖ,

gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN, nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 80, FPÖ, „Good for Vienna“ VIII. (GR Dominik Nepp: *Eight!*) Wer zustimmt, also, wie immer, ÖVP, NEOS und FPÖ sind dafür, dagegen sind SPÖ und GRÜNE, nicht die erforderliche Mehrheit. Daher ist der Antrag abgelehnt. Wobei sich die Juristen streiten können, da die Amtssprache Deutsch ist, ob „Good for Vienna“ Deutsch ist oder nicht, aber ich habe eh acht gesagt. (GR Dominik Nepp: *Darüber reden wir das nächste Mal noch weiter!* - GR Mag. Manfred Juraczka: *Immer die FPÖ mit ihrem Multikulti!*)

Antrag 81, von der FPÖ, betreffend Napoleonwald im 13. Wiener Gemeindebezirk. Hier geht es um eine Hundeauslaufzone. Es wird die sofortige Abstimmung beantragt. Wer ist dafür? - Es sind die Antragsteller dafür, die FPÖ, und die NEOS, dagegen sind die ÖVP, die SPÖ und die GRÜNEN, daher nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 82, gestellt von der ÖVP, betreffend Umsetzung des Prinzips „Urban Mining“ in der Wiener Abfallwirtschaftspolitik. Wer dem zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Unterstützt von ÖVP, NEOS und FPÖ, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN, nicht die erforderliche Mehrheit. Daher ist der Antrag abgelehnt.

Antrag 83, gestellt von der ÖVP, Subventionsbericht der Stadt Wien. Bitte um Abstimmung. - ÖVP, NEOS und FPÖ sind dafür, gegen die Stimmen von SPÖ und GRÜNEN, daher nicht die erforderliche Mehrheit und daher abgelehnt.

Antrag 84, gestellt von der FPÖ, betreffend Entlastung Straßenbahnlinie 43. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wer dafür ist. - ÖVP, NEOS und FPÖ unterstützen den Antrag, dagegen sind SPÖ und GRÜNE, nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 86, Antragsteller FPÖ, betreffend Öffentlichkeitsarbeit Umwelt. Bitte um ein Zeichen mit der Hand, wer dafür ist. - Das sind die ÖVP und die FPÖ, gegen die Stimmen von NEOS, SPÖ und GRÜNEN, nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 87, gestellt von der FPÖ, bezüglich Veröffentlichung von Anträgen aus den Bezirksvertretungssitzungen. Wer hier zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Wird unterstützt von ÖVP, NEOS und FPÖ, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN, hat nicht die erforderliche Mehrheit und ist daher abgelehnt.

Antrag 88, gestellt von der ÖVP, Initiative zur Reform der Wiener Gemeindewahlordnung. Wer diesen Antrag unterstützt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Wird unterstützt von der ÖVP und den NEOS, gegen die Stimmen der FPÖ, SPÖ und GRÜNEN und daher nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 89, eingebracht von der FPÖ, Kunstrassenfeld WAC, Rustenschacherallee 9, 1020 Wien. Wer für den Antrag ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Wird unterstützt von ÖVP, NEOS und FPÖ, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN, hat nicht die erforderliche Mehrheit und ist daher abgelehnt.

Und Antrag 90, gestellt von der FPÖ, betreffend Förderung von Eiszeiten in der Albert-Schultz-Halle. Wer ist hier dafür? - Wird unterstützt von der ÖVP und von der FPÖ, dagegen sind NEOS, SPÖ und GRÜNE. Daher ist der Antrag abgelehnt, weil er nicht die notwendige Mehrheit erreicht hat.

Postnummer 2 der Tagesordnung betrifft den Jahresabschluss der Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund einschließlich der Jahresabschlüsse der Wiener Städtischen Krankenhäuser, der Teilunternehmung Allgemeines Krankenhaus der Stadt Wien - Medizinischer Universitätscampus und der Teilunternehmung Geriatriezentren und Pflegewohnhäuser der Stadt Wien mit sozialmedizinischer Betreuung für das Jahr 2015. Die Debatte über diesen Tagesordnungspunkt wurde schon bei der Behandlung der Geschäftsgruppe Gesundheit, Soziales und Generationen durchgeführt.

Wir kommen daher nur mehr zur Abstimmung. Wer der Postnummer 2 die Zustimmung geben möchte, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Postnummer 2 wird unterstützt von der SPÖ und den GRÜNEN, gegen die Stimmen der FPÖ, ÖVP und NEOS, und ist daher mehrstimmig angenommen.

Zur Postnummer 2 liegen auch zwei Anträge vor.

Und zwar der Antrag Nummer 20, gestellt von den NEOS, Weiterführung der forensisch-psychiatrischen Abteilung im Otto-Wagner-Spital. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Wird unterstützt von der ÖVP, NEOS und FPÖ, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN, nicht die erforderliche Mehrheit und ist daher abgelehnt.

Antrag 23, gestellt von der ÖVP, Streichung der Identifizierungsklausel aus der Mitarbeiterbeurteilung des KAV. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Wird unterstützt von der ÖVP, von NEOS und der FPÖ, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN, hat nicht die erforderliche Mehrheit und ist daher abgelehnt.

Postnummer 3 der Tagesordnung betrifft den Jahresabschluss der Unternehmung Wien Kanal für das Jahr 2015. Die Debatte über diesen Tagesordnungspunkt wurde schon bei der Behandlung der Geschäftsgruppe Umwelt und Wiener Stadtwerke durchgeführt.

Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Bitte um ein Zeichen, wer zustimmt. - Zustimmung geben die SPÖ und die GRÜNEN, gegen die Stimmen FPÖ, ÖVP und NEOS. Daher ist die Postnummer 3 mehrstimmig angenommen.

Es liegt ein Antrag zur Postnummer 3 vor. Antrag Nummer 85, eingebracht von der FPÖ, betreffend Wien Kanal. Wer für diesen Antrag ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Er wird unterstützt von den Antragstellern alleine, von der FPÖ, gegen die Stimmen von ÖVP, NEOS, SPÖ und GRÜNEN, und ist daher abgelehnt.

Postnummer 4 der Tagesordnung betrifft den Jahresabschluss der Unternehmung Stadt Wien - Wiener Wohnen für das Jahr 2015. Die Debatte wurde auch hier bereits bei der Behandlung der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung durchgeführt.

Wir kommen daher zur Abstimmung. Wer zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Die SPÖ und die GRÜNEN stimmen zu, gegen die Stimmen von FPÖ, ÖVP und NEOS. Daher ist der Antrag mehrstimmig angenommen.

Es liegen hier auch drei Anträge vor.

Antrag 44, auf sofortige Abstimmung, von der ÖVP, Weitergabe von Gemeindewohnungen einschränken - keine Mietrechtsübertragung an entfernte Verwandte soll möglich sein. Wer dem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Er wird unterstützt von ÖVP und NEOS, dagegen sind die FPÖ, SPÖ und die GRÜNEN, hat nicht die erforderliche Mehrheit und ist abgelehnt.

Antrag 45, ist eine Zuweisung an den Fachausschuss für Wohnen, und wird gestellt von der ÖVP, betreffend Gehaltsscheck (*Amtsf. StR Dr. Michael Ludwig: Gehaltscheck!*) - ich habe gewusst, ich verlese mich -, Gehaltscheck bei Wiener Wohnen. Das ist der vorletzte, bitte. Wer der Zuweisung an den Fachausschuss zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Die Zuweisung wird unterstützt von der ÖVP, von NEOS, von der SPÖ und von den GRÜNEN, gegen die Stimmen der FPÖ. Daher ist die Zuweisung mehrstimmig angenommen.

Antrag Nummer 50, Antragsteller FPÖ, Ombudsstelle im Zuständigkeits- und Verantwortungsbereich von Wiener Wohnen. Wer für diesen Antrag ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Der Antrag wird unterstützt von

der ÖVP und der FPÖ, gegen die Stimmen von NEOS, SPÖ und GRÜNEN. - Moment, wir sind noch nicht fertig. Ich habe die Sitzung noch nicht geschlossen. - Daher hat der Antrag nicht die notwendige Mehrheit und ist daher abgelehnt.

Ich darf noch kurz bekannt geben, was die Redezeit-ausnutzung der letzten 2 Tage betrifft, dass wir insgesamt 1.237 Minuten Redezeit zur Verfügung hatten als Fraktionen. Und die Ausnutzung sage ich kurz. Die NEOS haben zu 74,5 Prozent ausgenutzt, die ÖVP zu 85,9, die GRÜNEN zu 80,5, die FPÖ zu 96,8 und die SPÖ zu 68,3. Insgesamt haben wir 81,3 Prozent der Redezeit ausgenutzt.

Ich möchte mich an dieser Stelle für die Vorbereitung der Sitzung vor allem bei der Landtagskanzlei, bei Herrn Korn und bei seinem Team, recht herzlich bedanken. (*Allgemeiner Beifall.*)

Und auch bei allen anderen Kolleginnen und Kollegen des Rathauses, die uns durch diese zwei Tage begleitet haben und auch zu späterer Stunde noch ausgeharrt haben.

In diesem Sinne schließe ich die 10. Sitzung des Wiener Gemeinderates und wünsche noch einen schönen Abend!

(*Schluss um 17.29 Uhr.*)